

Hessische Landeszentrale
für politische Bildung



POLIS 41

Analysen - Meinungen - Debatten

Mechtild M. Jansen
Mechthild Veil (Hrsg.)

Familienpolitiken und Alltagspraxis



Inhalt

Vorwort: Mechtild M. Jansen, Mechthild Veil	3
Friedhelm Hengsbach, Alexandra Zimnik: Die Familiendebatte der Parteien – normativ aufgeladen, funktional anschlussfähig	5
Karin Jurczyk, Andreas Lange: Familie und die Vereinbarkeit von Arbeit und Leben – Neue Entwicklungen, alte Konzepte	21
Mechthild Veil: Der Staat soll es richten? Erwartungshaltungen französischer Eltern an Familienpolitik	35
Christina Klenner, Svenja Pfahl, Stefan Reuyß: Flexible Arbeitszeiten aus Sicht von Eltern und Kindern	45
Brigitte Stolz-Willig: Arbeitszeiten und Arbeitszeitwünsche im EU-Vergleich	65
Andreas Lange: Ansprüche von Kindern an Arbeits- und Familienzeiten ihrer Eltern	77
Rose Ahlheim: Was brauchen Kinder?	91
Thomas Wieseler: Familie bringt Gewinn!	103
Stefan J. Becker: Fokus „Beruf und Familie“ – Ergebnisse der Hertie-Stiftung	109
Cornelia Lange: Orientierungen einer zukünftigen Familienpolitik aus hessischer Sicht	117
Ute Gerhard: Familien- und Sozialpolitik – ein Perspektivenwechsel tut Not	125
Autorinnen und Autoren	139

Vorwort

Das vorliegende Heft „Familienpolitiken und Alltagspraxis“ basiert auf einer Veranstaltungsreihe der Hessischen Landeszentrale für politische Bildung, die in Kooperation mit dem Cornelia Goethe Centrum (CGC) der Johann Wolfgang Goethe-Universität Frankfurt am Main und dem Gemeinsamen Frauenforschungszentrum der Hessischen Fachhochschulen (gFFZ) im März 2004 in der Universität Frankfurt stattfand. Nachdem wir uns im Jahre 2003 bereits mit Familienpolitik in europäischer Perspektive, „Familienpolitiken und Betreuungskulturen in Europa“ beschäftigt hatten, richtet sich unser Augenmerk in diesem Heft auf Alltag von Familien aus Sicht von Kindern und Eltern. Wir sind der Frage nachgegangen inwieweit Initiativen des Staates, der Betriebe und zivilgesellschaftliches Engagement zur Bewältigung des Familienalltags beitragen.

Die Beiträge befassen sich im ersten Teil mit verschiedenen Facetten von Familienpolitiken und der Vereinbarkeit von Leben und Arbeit: Friedhelm Hengsbach SJ und Alexandra Zimnik diskutieren die parteipolitische Programmatik, Karin Jurczyk und Andreas Lange die Fürsorgearbeit und deren Bedeutung für den Familienalltag und Arbeit; Mechthild Veil referiert die Erwartungshaltung von Eltern an eine moderne Familienpolitik am Beispiel Frankreichs.

Der Frage, in welchem Verhältnis Familienzeiten und Arbeitszeiten und Arbeitszeitwünsche stehen, widmen sich im zweiten Teil aus der Sicht von Müttern und Vätern Christina Klenner, Svenja Pfahl, Stefan Reuyß und Brigitte Stolz-Willig sowie aus Sicht der Kinder Rose Ahlheim und Andreas Lange. Uns ist es besonders wichtig die Sicht der Kinder auf den Familienalltag und ihre Wünsche und Bedürfnisse mit ein zu beziehen.

Im dritten Teil diskutieren Thomas Wieseler vom Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend und Stefan Becker von der Hertie Stiftung die Familienfreundlichkeit der Betriebe. Cornelia Lange vom Hessischen Sozialministerium stellt die familienpolitischen Perspektiven der Hessischen Landesregierung vor. Ute Gerhard setzt sich abschließend für einen notwendigen und längst überfälligen Perspektivenwechsel in der Familien- und Sozialpolitik ein.

So unterschiedlich die Sichtweisen und Themenfelder der Beiträge auch sind, so schält sich doch ein vorläufiges Resümee heraus: Eine normativ überhöhte Familienpolitik, die wenig mit der Alltagspraxis von Familien rückgekoppelt ist, kann den Wünschen und Bedürfnissen von Eltern und Kindern nicht gerecht werden.

Es stimmt uns nachdenklich, dass alle wesentlichen Argumente,

z.B. „unterschiedliche Lebensführung und Zeitprobleme von Männern und Frauen“ und die Frage, „Kann Frau sich noch Familie leisten?“, bereits vor zehn Jahren im Polis-Heft 17, erschienen unter dem Titel „Für Frauen eine Rolle vorwärts – eine Rolle rückwärts? Familienleben heute. Von Liebe – Zeit – Geld – Macht“, vorgebracht wurden.

Nachdem Familienpolitik nahezu ausschließlich „für und mit Frauen“ diskutiert worden ist, hoffen

wir nun, dass das Thema, in der Mitte der Gesellschaft angekommen, alle Politikfelder durchziehen wird und Männer und Frauen, Väter und Mütter sich gleichermaßen angesprochen fühlen. Zuversichtlich gehen wir davon aus, dass es unsere Enkel und Enkelinnen besser ausfechten werden.

Mechtild M. Jansen
Mechthild Veil
Oktober 2004

Friedhelm Hengsbach SJ und Alexandra Zimnik

Die Familiendebatte der Parteien - normativ aufgeladen, funktional anschlussfähig

Die Parteien haben vor und nach der Wahl zum deutschen Bundestag 2002 die Familien entdeckt. Alle bekennen sich zur Familie, die nicht als Auslaufmodell oder fossiles Sozialmodell angesehen wird. Immerhin leben 80% der Bevölkerung im Familienzusammenhang und antworten auf die Frage, ob sie die Familie hoch schätzen, positiv. Dem wollen die Parteien nicht nachstehen. Alle Parteien erklären ihre Absicht, die Familie in den Mittelpunkt ihrer Politik zu stellen. Aber trotz ähnlich lautender Bekenntnisse zur Familie sind die milieubedingten normativen Divergenzen der Familienbilder und Reformprofile in den Parteien nicht zu übersehen, wenngleich deren operative Reformpolitik stark angenähert sind. Unsere Überlegungen konzentrieren sich auf die Debatte um die Vereinbarkeit von Erwerbs- und Familienarbeit und beziehen sich auf Parteiprogramme, programmatische Reden und Parteitagbeschlüsse seit 2002.

Normativ aufgeladen: das Familienbild

Alle Parteien überbieten sich darin zu versichern, dass sie nicht auf

ein normativ bestimmtes Familienbild fixiert seien. So definieren sie mehrheitlich die Familie als Zusammenleben mehrerer Generationen, wo Kinder und Eltern sind. Sie stimmen darin überein, dass Kinder ein Armutsrisiko darstellen und versprechen, die finanzielle Lage der Familien zu verbessern. Sie registrieren den Konflikt vieler Eltern, der dadurch entsteht, dass sie den Wunsch, erwerbstätig zu sein, mit der Verantwortung für die Kindererziehung vereinbaren möchten, und sichern zu, sich für mehr Einrichtungen der Kinderbetreuung einzusetzen. Alle Parteien würdigen die wichtige Rolle der Familie für die Gesellschaft. Angesichts der Diskrepanz zwischen der anerkannten Bedeutung der Familien für die Gesellschaft und deren tatsächlicher Lage sagen sie groß angelegte Reformen zu, die jedoch in der Durchführung weniger spektakulär ausfallen und in kleinförmige Reparaturen einmünden. Trotz des verbalen Gleichklangs weisen die Familienbilder große normative Differenzen auf. Wir unterscheiden im folgenden zwischen den Definitionsversuchen der Parteien, was Familie sei, und ihren Aussagen zur gesellschaftlichen Rolle, die sie der Familie zuweisen.

Alle Parteien erklären ihre Absicht, die Familie in den Mittelpunkt ihrer Politik zu stellen, und versprechen, die finanzielle Lage der Familien zu verbessern.

Was ist Familie?

Für die CDU/CSU ist Familie „überall dort, wo Eltern für Kinder und Kinder für Eltern Verantwortung tragen.“¹ Die bürgerlich-konservativen Parteien vermuten die beste Grundlage für diese dauerhafte Verantwortungsgemeinschaft in der Ehe und halten dementsprechend daran fest, „dass die Ehe als Institution einer auf Lebenszeit angelegten Beziehung in unserer Verfassungsordnung besonders geschützt bleibt.“² Obwohl die Union registriert, dass die Zahl der Eheschließungen rückläufig ist und zunehmend neue Familien- und Partnerschaftsstrukturen entstehen, wird eine rechtliche Gleichstellung anderer Lebensgemeinschaften mit der Ehe entschieden abgelehnt, da bei einer solchen Gleichstellung Ehe und Familie als Keimzelle unserer Gesellschaft missachtet würde.³

Die SPD definiert die Familie von den Kindern her: „Für uns ist sie dort, wo Kinder sind, ob ehelich oder nicht ehelich, leiblich oder adoptiert, mit einem oder mehreren Elternteilen, mit Eltern nationaler oder internationaler Herkunft, genauso wie die gleichgeschlechtliche Lebenspartnerschaft mit Kindern.“⁴ In Familien übernehmen Eltern, Großeltern und Kinder Verantwortung füreinander. Familien sind die erste und wichtigste Instanz für Erziehung, Persönlichkeits- und Charakterbildung.

Bündnis 90/Die Grünen gehen von einem offenen Familienbegriff

aus: Familie ist, wo Kinder sind. Sie beobachten in der Gesellschaft klassische Familien neben unverheirateten Paaren, biologische Eltern neben sozialen Eltern, Kinder desselben Elternpaares neben Kindern von geschiedenen, wieder verheirateten Paaren, Kinder mit Eltern unterschiedlichen Geschlechts neben Kindern mit gleichgeschlechtlichen Paaren. Die Pluralität der Lebensentwürfe wird von den Grünen als freie Entscheidung von Frauen und Männern akzeptiert. Den Vorrang eines Lebensentwurfes vor anderen lehnen die Grünen, gerade im Hinblick auf das Wohl der Kinder, ab: „Unsere Politik gilt allen Kindern, ganz egal in welchen Lebensgemeinschaften sie aufwachsen.“⁵

Die PDS schlägt einen neuen Familienbegriff vor: „Familie ist da, wo Nähe ist.“⁶ Die Sozialisten gehen auf die Pluralisierung der Lebensformen ein und betonen, dass die auf Eheschließung beruhende Kleinfamilie nur eine mögliche Lebensweise von vielen ist: „So verstanden kann es sich bei Familie um Verwandte im ursprünglichen Sinn, aber auch um selbstgewählte Wahlverwandtschaften handeln. Die Betroffenen können verheiratet sein oder nicht, hetero-, homo- oder bisexuell sein, mit Kindern zusammenleben oder ohne.“⁷ Gerade aufgrund dieser Veränderungen des familialen Zusammenlebens hätten soziale Netzwerke im Leben der meisten Menschen an Bedeutung gewonnen. Allerdings beschränkten sich soziale Bindungen nicht mehr allein auf die Herkunftsfamilie oder auf die

Familie ist „... jede Verantwortungsgemeinschaft mit Kindern.“

Partnerschaft, sondern würden nun vermehrt auf den Freundeskreis ausgeweitet: „Oft sind Freundinnen, Freunde und Wahlverwandte die dauerhafteren und verlässlicheren Konstanten im Leben eines Menschen, als der jeweilige Partner bzw. die jeweilige Partnerin.“⁸

Die FDP scheint von der Familiendebatte der anderen Parteien überrascht zu sein. Das Thema Familie stand nicht im Mittelpunkt konzeptioneller Überlegungen der liberalen Partei. Neben der Ehe, die auch weiterhin unter dem besonderen Schutz des Staates stehen soll, gibt es viele unterschiedliche Lebensentwürfe, denen die FDP gerecht werden will: „Für die FDP ist deshalb Familie nicht nur die klassische Ehe, sondern jede Verantwortungsgemeinschaft mit Kindern.“⁹

Die gesellschaftliche Rolle

Schutzraum / Grundpfeiler der Gesellschaft

Für die CDU/CSU ist die Familie eine relativ geschlossene Einheit, deren Eigenständigkeit und Integrität gegenüber gesellschaftlichen Übergriffen der Rechtsstaat zu garantieren hat. Sie ist ein Lernort, wo Freiheit, verlässliche Beziehungen und die Regeln des Zusammenlebens erfahren werden, wo Menschen in selbstbestimmte Verantwortung und in die Solidarität des Helfens und Teilens hineinwachsen, wo Bürgersein, aktives gesellschaftliches Engagement und kulturelle

Normen eingeübt werden. Die Familie ist eine natürliche Lebensform und Grundpfeiler der modernen Gesellschaft, ein alternativer Schutzraum und lebensweltlicher Kontrapunkt zur hochtechnischen Wissensgesellschaft und Marktökonomie. Die CDU/CSU betont die wichtige Rolle der Familie beim Generationenvertrag, welcher die Grundlage unseres sozialen Sicherungssystems darstelle. Eine Gesellschaft, in der immer weniger Kinder geboren werden, verspiele ihre Zukunft. Mit Hilfe einer aktiven Familienpolitik will die Union daher Anreize für eine höhere Geburtenrate schaffen, um wieder demographische Stabilität in Deutschland herzustellen. Die CDU/CSU fordert, alle einschlägigen künftigen Gesetze einer Familienverträglichkeitsprüfung zu unterziehen.¹⁰ Zudem dürften Familien mit Problemen der Kindererziehung oder der Haushaltsführung nicht allein gelassen werden. Deshalb will die Union die Erziehungskompetenz der Eltern stärken und ihnen „Wege aufzeigen, wie man eine Familie erfolgreich managen kann.“¹¹ Das Angebot an Familienbildung und Familienberatung soll erweitert werden, um „Überforderungen bei Erwachsenen und Kindern abzubauen sowie Eltern-Kind Konflikte und Konflikte unter den Eltern zu entschärfen.“¹²

Demographische, sozioökonomische Ressource

Die SPD widmet neuerdings der demographischen Entwicklung

**„Wege aufzeigen,
wie man eine Familie
erfolgreich managen
kann.“**

und den Finanzierungsproblemen der gesetzlichen Rentenversicherung eine intensive Aufmerksamkeit. Dem weiteren Absinken der Geburtenrate könnte eine behutsam bevölkerungsbewusste Familienpolitik zuvorkommen. Zu wenig Kinder und eine weiter schrumpfende Bevölkerung würden sich negativ auf das Wirtschaftswachstum und die kaufkräftige Nachfrage, das Innovationspotential, das Arbeitskräfteangebot, die Arbeitsproduktivität und die Finanzierbarkeit der sozialen Sicherungssysteme sowie auf die angemessene Nutzung vorhandener Immobilien auswirken. Um der Alterung der Gesellschaft entgegenzuwirken und das Erwerbspersonenpotential zu stabilisieren, verfolgen die Sozialdemokraten zwei Ziele: Zum einen eine Trendumkehr in der Geburtenentwicklung und zum anderen die Erhöhung der Frauenerwerbsquote. Diese Ziele sollen mit Hilfe der Kombination von unterstützender Infrastruktur in Form von Kinderbetreuungseinrichtungen sowie einer besseren Balance von Familie und Arbeitswelt erreicht werden. Aus ökonomischer Sicht sei die Entscheidung für oder gegen Kinder das Ergebnis einer Kosten-Nutzen-Rechnung. Sind die anfallenden Kosten eines Kindes zu hoch, d.h. übersteigen sie den zu erwartenden Nutzen, entscheiden sich Paare gegen Kinder. Obwohl es unzureichend ist, die Kosten eines Kindes, welche durch Erziehung, Güterkonsum und Einkommensverlust entstehen, mit dem kindlichen Nutzen, der zuerst im

emotionalen Bereich liegt, aufzuwiegen, ermögliche eine Fokussierung auf den ökonomischen Aspekt, gerade den Bereich des Geburtenverhaltens zu untersuchen, in dem familienpolitische Maßnahmen wirken könnten. Letztendlich sei es einfacher, die finanzielle Situation eines Haushaltes aufzuwerten, als kulturelle und historisch verfestigte Gegebenheiten zu verändern.¹³ Mit diesem Wechsel der Blickrichtung scheint die traditionelle sozialdemokratische Akzentsetzung, Familienpolitik in erster Linie zur Emanzipation und Gleichstellung von Frauen zu betreiben, abgeschwächt zu werden.

Geschlechterdemokratie

Für Bündnis 90/Die Grünen sind Familie und Gesellschaft wechselseitig offene Systeme. Demokratie ist nicht in erster Linie staatliche Herrschaftsform, sondern Lebensform. Direkte Geschlechterdemokratie wird als Leitbild sowohl für die Familie als auch für die Gesellschaft eingefordert. Deshalb müssen die Männer und deren Lebensqualität viel stärker in familienpolitische Reflexionen über autonome Lebensentwürfe einbezogen werden. Derzeit jedoch geht es in erster Linie darum, die Rechte der Kinder als eigenständige Persönlichkeiten einzulösen. Aufgrund der Tatsache, dass Kinder am längsten mit den Folgen heutiger Politik leben müssen, stellen die Grünen bewusst Kinder in den Mittelpunkt ihrer Politik: „Kinderpolitik ist für uns Bündnisgrüne ein Quer-

schnittsthema.“¹⁴ Jedes Kind ist ein Rechtssubjekt. Eine Politik „auf Kindernasenhöhe“ würde beispielsweise bei der abgasarmen, verkehrsberuhigten Stadtanierung andere Prioritäten als die bisher üblichen setzen: „[...] - auch wenn das für manche lächerlich klingt. Aber in Kindernasenhöhe bekommt man zum Beispiel mehr Schadstoffe ab. Deswegen müssen Grenzwerte bezogen auf den kindlichen Körper festgelegt werden.“¹⁵

Rechte der Kinder

Die PDS setzt sich dafür ein, dass Kinder als eigenständige Subjekte mit eigenen Rechtsansprüchen wahrgenommen werden. Die Forderung nach Gleichstellung aller Lebensentwürfe hat für die Sozialisten die Konsequenz, dass alle Privilegien der Ehe abgeschafft werden müssen. Die Partei will nicht länger die Ehe, sondern Kinder fördern: „Nicht eine bestimmte Lebensweise - die Ehe oder die eingetragene Lebenspartnerschaft - rechtfertigt eine besondere Förderung, sondern das Zusammenleben mit Kindern.“¹⁶ Anders als in der BRD waren Frauen in der DDR vollständig in den Erwerbsprozess integriert. Dennoch hat die Erwerbstätigkeit von Frauen nicht zu einem Rückgang der Geburtenrate geführt, da die Vereinbarkeit von Familie und Beruf durch ein flächendeckendes Angebot von Kinderbetreuungseinrichtungen möglich war. Es gab zudem arbeitsrechtlich abgesicherte Hilfen, wie z.B. Arbeitsbefreiung bei

Krankheit des Kindes, welche die Doppelbelastung von Erwerbs- und Familienarbeit erleichterten. Jedoch darf nicht außer Acht gelassen werden, dass in der DDR ausschließlich Frauen die Adressaten dieser Hilfen waren. Trotz selbstverständlicher Müttererwerbstätigkeit haben sich geschlechtsspezifische Rollenmuster zu Lasten der Frauen herausgebildet.¹⁷ Die PDS will Frauen und Männern einen gleichberechtigten Zugang zum Erwerbsleben ermöglichen. Ziel ist eine Vereinbarkeit von Kind und Beruf, die nicht nur ein Frauenproblem bleiben darf, sondern die für Mütter, Väter und andere soziale Bezugspersonen gleichermaßen möglich und selbstverständlich sein muss.¹⁸

Natürliches Elternrecht

Die FDP betont das verfassungsfeste natürliche Recht der Eltern zur Pflege und Erziehung der Kinder, woraus folgt, dass sie dazu auch an erster Stelle verpflichtet sind. Es sei allerdings notwendig, dass der Staat kinder- und familienfreundliche Rahmenbedingungen schaffe, um Frauen und Männer in ihrer Entscheidung für Kinder zu bestärken. Da die Grundlagen für die „Bildungskarriere“ unserer Kinder bereits in den ersten Lebensjahren gelegt würden, sieht die FDP vor, die Ausbildung von Erzieherinnen und Erziehern im Hinblick auf eine vorschulische Erziehung zu verbessern.¹⁹

Funktional anschlussfähig: Die Vereinbarkeit von Er- werbs- und Familienarbeit

Die gesellschaftliche Rolle, die der Familie von den Parteien zugewiesen wird, ist stark normativ besetzt. Diese normative Aufladung der Parteiendebatte, insofern die Familie unter dem Blickwinkel eines Schutzraums und Grundpfeilers der Gesellschaft, einer demographischen und sozioökonomischen Ressource, eines Lernorts der Geschlechterdemokratie, der Anerkennung der Rechte von Kindern oder eines natürlichen Elternrechts modelliert wird, fließt in die Debatte um die Vereinbarkeit von Erwerbsarbeit und Familienarbeit ein. Diesem Transfer des soziokulturellen, ökonomischen, feministischen, eltern- oder kindergerechten Blickwinkels wollen wir im folgenden reflexiv nachgehen. Die funktionale Anschlussfähigkeit gliedern wir in zwei Gesichtspunkte: Erstens stellen wir einen starken Zusammenhang zwischen den jeweiligen normativen Leitbildern und den Reformprofilen fest. Die Reformprofile sind anschlussfähig an die Leitbilder der eigenen Partei, lassen jedoch eine deutliche Divergenz zu den Reformprofilen der anderen Parteien erkennen, welche Akzente bei der Regelung der Vereinbarkeit von Erwerbstätigkeit und Familienarbeit zu setzen sind. Zweitens registrieren wir eine ebenso deutliche Konvergenz in der operativen Reformpolitik der Parteien.

Divergenz der Reformprofile

Wahlfreiheit / Familiengeld

Die CDU/CSU kann sich Männer vorstellen, die das Ein-Ernährer-Modell der herkömmlichen deutschen Kleinfamilie überwinden wollen. Bei den Frauen stellt die Partei eine größere Entschlossenheit fest, dieses Modell abzulehnen, das sie ausschließlich auf Haushalt und Kindererziehung ausrichtet. Dennoch rechnen die „christlichen“ Parteien mit einer Vielzahl von Frauen, die sich zumindest eine gewisse Zeit allein den Kindern widmen möchten. Deshalb plädieren sie für eine Wahlfreiheit der Frauen, entweder ununterbrochen voll- oder teilerwerbstätig zu sein oder die Phasen der Erwerbstätigkeit durch eine private Erziehungszeit zu unterbrechen. Mütter, die sich ausschließlich der Erziehung ihrer Kinder widmen möchten, dürften sich nicht länger als Frauen zweiter Klasse fühlen. Ziel der CDU/CSU ist die ideelle und materielle Aufwertung der Familienarbeit gegenüber der Erwerbsarbeit. Die finanziellen Leistungen des Staates sollen in der Höhe so bemessen sein, dass einem Elternteil eine ausschließliche Wahrnehmung von Familienarbeit möglich ist, ohne gravierende finanzielle Einbußen gegenüber Kinderlosen befürchten zu müssen. Die Union strebt deshalb die Einführung des sogenannten Familiengeldes, das weit über das bisherige Kinder- und Erziehungsgeld hinausgeht, an.²⁰

Die Reformprofile sind anschlussfähig an die Leitbilder der eigenen Partei, lassen jedoch eine deutliche Divergenz zu den Reformprofilen der anderen Parteien erkennen.

Mit dem Familiengeld wird zwar eine finanzielle Anerkennung von Fürsorgearbeit erreicht, aber eine ideelle Aufwertung von Erziehungsarbeit gelingt mit diesem Modell sicher nicht. Zudem läuft dieses Konzept einer Erleichterung der Vereinbarkeit von Familie und Beruf zuwider und trägt vielmehr dazu bei, alte Rollenbilder zu zementieren. Obwohl die CDU/CSU betont, sie wolle insbesondere Männer ermutigen, sich stärker an der Familienarbeit zu beteiligen, besteht die Gefahr „einer Einrichtung zweier, stark traditionell geschlechtsspezifisch ausgelegter Arbeits- (und Lebens-)wege, wonach Männer überwiegend auf Erwerbsarbeit und Frauen/Mütter überwiegend auf den Fürsorgeaspekt konzentriert werden.“²¹ Das Familiengeld schafft Anreize, in der Erziehungszeit auf Erwerbstätigkeit zu verzichten. Ein vorübergehender Ausstieg kann aber aufgrund der derzeitigen Verfassung des Arbeitsmarktes leicht zu einem grundsätzlichen Ausstieg wider Willen werden. Es besteht die Gefahr, dass das Familiengeld zwar den Ausstieg aus der Erwerbstätigkeit, nicht aber den Wiedereinstieg fördert.

Die CDU/CSU ist die einzige Parteiengruppierung, die an dem herkömmlichen Ehegattensplitting festhält. Friedrich Merz (der im Oktober 2004 zurück getretene Finanzexperte der CDU) betont den im Grundgesetz verankerten Schutz von Ehe und Familie, der auch in einer gerechten Besteuerung ausgedrückt werden müsse. Eine Entlastung für Familien sieht Merz vor allem in der Erhöhung

der Kinderfreibeträge. Er schlägt weiter vor, dass der Bezug von Kindergeld nur noch Eltern zustehen soll, die tatsächlich auf diese Leistung angewiesen sind.²²

Vollerwerbsarbeit / Elternzeit

Da die SPD die Emanzipation der Frauen vorrangig durch die gleichrangige Beteiligung an der Erwerbsarbeit verwirklicht sieht, sollen nach den enttäuschenden Erfahrungen, die mit einer partnerschaftlichen Vereinbarung zwischen Regierung und Unternehmen gemacht worden sind, gesetzliche Auflagen die Wirtschaft zu einer Personalplanung zwingen, die den Frauen mehr Chancen einer vollwertigen Erwerbsarbeit eröffnet. Tatsächlich werden ja Mini-Jobs, Teilzeitarbeit, prekäre Beschäftigungsverhältnisse und haushaltsnahe Dienstleistungen ganz überwiegend von Frauen ausgeübt.

Die Sozialdemokraten haben erkannt, dass das herkömmliche Ehegattensplitting das männliche Allein-Ernährer-Modell fördert. Die SPD strebt daher eine Umgestaltung des Ehegattensplittings zu Gunsten der Förderung von Kindern an. Hierfür sei allerdings sorgfältige Prüfung und gesetzgeberische Vorbereitung nötig.²³ Die Umgestaltung des Ehegattensplittings in ein Familiensplitting wird abgelehnt, da der Splittingeffekt bei den höheren Einkommensklassen voll, bei den niedrigen Einkommensklassen jedoch nur eingeschränkt oder gar nicht zum Tragen käme. Bert Rürup und Sandra Gruescu schla-

***Es besteht die Gefahr,
dass das Familiengeld
zwar den Ausstieg aus
der Erwerbstätigkeit,
nicht aber den
Wiedereinstieg fördert.***

gen ein Ehegattenrealsplitting vor, bei dem der eine Ehepartner dem anderen einen fiktiven Betrag in der Höhe des Unterhaltsbetrages zukommen ließe, den er von seinem zu versteuernden Einkommen abziehen könnte. Der andere Partner müsste diesen Unterhalt genauso wie ein mögliches Erwerbseinkommen versteuern.²⁴

Mit dem neuen Bundeserziehungsgeldgesetz (BERzGG) wurde die Elternzeit, früher Erziehungsurlaub, flexibilisiert. Neu bei diesem Gesetz ist erstens, dass Mütter und Väter jetzt gleichzeitig Elternzeit nehmen können. Zweitens kann nun jeder Elternteil während der Elternzeit bis zu 30 Wochenstunden arbeiten, verbunden mit dem Recht wieder zur vorherigen Arbeitszeit zurückzukehren. Die Dauer der Elternzeit beträgt drei Jahre, wobei ein Jahr mit Zustimmung des Arbeitgebers bis zum achten Lebensjahr des Kindes aufgespart werden kann.²⁵ Der Gesetzgeber geht davon aus, dass durch die Neuregelung der Elternzeit ideale Rahmenbedingungen geschaffen worden sind, um die traditionellen Vorstellungen des Drei-Phasen-Modells weiblicher Erwerbstätigkeit und des männlichen Allein-Ernährer-Modells zu Gunsten einer partnerschaftlichen Aufgabenverteilung zwischen Männern und Frauen zu überwinden. Dennoch ist der Anteil der Väter, die Elternzeit beantragen, erschreckend gering. Im Jahr 2000 lag er beim Erstantrag bei 1,6% und beim Zweitantrag

bei 2,4%.²⁶ Auch der erhobene Rechtsanspruch auf Teilzeitarbeit erzielt eine stärkere Beteiligung der Väter an der Erziehungsarbeit. Das Angebot an (qualifizierten) Teilzeitarbeitsplätzen ist jedoch ungenügend und in jedem Fall ist eine Entscheidung für Teilzeitarbeit mit strukturellen Nachteilen und verschlechterten Aufstiegschancen verbunden.²⁷ Männer sind daher größtenteils nicht dazu bereit, eine Teilzeitarbeitsstelle anzunehmen. Das Erziehungsgeld des Bundes ist nach dem Verständnis der SPD keine Lohnersatzleistung, sondern eine aus Steuern finanzierte einkommensabhängige Familienleistung für Männer und Frauen. Es stellt eine „Anerkennung für die besonders wichtige persönliche Betreuung des Kindes in seinen ersten Lebensjahren“²⁸ dar. Die Einkommensgrenzen für die Inanspruchnahme in den ersten sechs Lebensmonaten des Kindes sind deutlich höher als in der Zeit danach, so dass der Anteil der Eltern, die in den ersten sechs Monaten kein Erziehungsgeld erhalten, bei nur 0,5% liegt. Für die Zeit ab dem siebten Lebensmonat bestehen jeweils Einkommensgrenzen für das ungekürzte und das verringerte Erziehungsgeld. In der Berechnung wird nur das steuerpflichtige Einkommen der Eltern berücksichtigt. Bei Unterbrechung der Erwerbstätigkeit spielt das vorherige Erwerbseinkommen der Erziehungsgeldempfänger und -empfängerinnen keine Rolle. Voraussetzung für die Inanspruchnahme ist u.a. der Verzicht auf eine gleichzeiti-

Dennoch ist der Anteil der Väter, die Elternzeit beantragen, erschreckend gering.

ge Erwerbstätigkeit, die mehr als 30 Wochenstunden umfasst.²⁹

Trotz der gesetzlichen Rahmenbedingungen zur Gleichstellung von Männern und Frauen hat die sozialdemokratische Politik nicht verhindern können, dass es allein die Frauen sind, welche die Schwierigkeiten der Vereinbarkeit bewältigen müssen. Frauen werden verstärkt in die Erwerbsarbeit gedrängt, so dass sie dann einen Spagat zwischen Beruf und Familie vollführen müssen: „Leitbild ist die teilzeitarbeitende Mutter, ohne dass allerdings familienpolitische Leistungen die Teilzeitstrategien von Müttern ausreichend sozial abfedern.“³⁰ Frauen wird also eine Doppelbelastung zugemutet, da ihre Wahlfreiheit lediglich dahingehend erweitert wird, dass sie nun eine Wahlfreiheit zur Erwerbstätigkeit mit Kindern erhalten. Frauen, die dieser Doppelbelastung nicht gewachsen sind, verzichten zwangsläufig auf Kinder oder auf ihre Berufstätigkeit.

Paritätische Erziehungszeit / Kinder-Grundsicherung

Bündnis 90/Die Grünen kritisieren die schlechteren Berufs- und Aufstiegschancen der Frauen, obwohl diese vielfach besser qualifiziert sind. Sie beklagen den Karriereknick, den Frauen im Anschluss an Kindererziehungszeiten zu bewältigen haben, und vermissen frauenfreundliche Strukturen und Personalplanungen in den Betrieben. Um zu erreichen, dass die Erziehungszeiten partnerschaftlich zwischen Männern

und Frauen aufgeteilt werden, wollen sie das schwedische Modell prüfen lassen. In Schweden nämlich sind die Lohnersatzleistungen, die den Eltern gezahlt werden, daran gekoppelt, dass diese die Erziehungszeit paritätisch untereinander aufteilen.³¹ Im übrigen stehen die Kinder im Mittelpunkt der Familienpolitik von Bündnis 90/Die Grünen. Diese Option drückt sich darin aus, dass die finanzielle Förderung als eine Kinder-Grundsicherung gestaltet werden soll. Für eine bessere Vereinbarkeit von Kindern und Beruf wird eine steuerliche Abzugsfähigkeit von Betreuungskosten bereits ab dem ersten Euro angestrebt.

Vereinbarkeitsgesetz / Zeitkonto

Die PDS wehrt sich gegen die verklärende Idealisierung von Ehe und Familie. Beide sind auch Ort von Hass und Gewalt. 80% der Fälle von sexualisierter Gewalt gegen Kinder und 90% der Gewalttaten gegen Frauen ereignen sich in deren familiärem Umfeld. Für die PDS besteht also kein Grund, die Ehe weiterhin steuerrechtlich zu fördern. Die Partei strebt eine Abschaffung des Ehegattensplittings zu Gunsten einer von der Lebensweise unabhängigen Individualbesteuerung an. Eine Umwandlung des Ehegattensplittings würde beträchtliche Finanzmittel freisetzen, die wiederum für die Entlastung von Menschen mit Kindern aufgewandt werden könnten. Die PDS sieht daher zum einen eine Erhöhung des vom Einkommen

... dass die finanzielle Förderung als eine Kinder-Grundsicherung gestaltet werden soll.

**Die Familien sollen
finanziell vor allem
durch Steuerver-
günstigungen
gefördert werden ...**

unabhängigen Kindergeldes auf 210 € vor, zum anderen fordert sie eine Zulage für einkommensschwache Familien, um Kinder aus der Sozialhilfe herauszuholen. Kinderfreibeträge, die ausschließlich Höherverdienenden einen Vorteil bringen, sollten abgeschafft werden.³²

Die PDS will die Vereinbarkeit von Familie und Beruf gesetzlich verankern. In dem Entwurf für ein Vereinbarkeitsgesetz, der dem Bundestag vorgelegt worden ist, wird die berufliche Freistellung in Form eines zwölfmonatigen Zeitkontos für Frauen und auch für Männer, die ein Kind im Alter von bis zu 14 Jahren betreuen, vorgeschlagen. Dieses Zeitkonto wäre nicht übertragbar und verfiel, wenn es nicht in Anspruch genommen wird. Während der Freistellung würde eine Lohnersatzleistung gezahlt. Zusätzlich stünde ein weiteres Zeitkonto von sechs Monaten zur Verfügung, das zwischen den Eltern übertragbar wäre. Dieses Zeitkonto dürfte bis zum 14. Lebensjahr des Kindes genutzt werden. Während der Inanspruchnahme bestünde das Recht auf eine Grundsicherung. Ziel des Gesetzes ist die verstärkte Beteiligung von Vätern bei Erziehungsaufgaben. Lohnersatzleistung und Grundsicherung sollen verhindern, dass Familien während der beruflichen Freistellung größere finanzielle Einbußen haben.³³

Das Modell der PDS, eine flexible, nicht übertragbare Freistellung von 12 Monaten mit Anspruch auf Lohnersatzleistung einzufüh-

ren, wird in ähnlicher Form auch in den skandinavischen Ländern praktiziert. Durch dieses Projekt stieg in Schweden der Anteil der Väter, die bezahlte Elternzeit in Anspruch nehmen immerhin von 2,8% im Jahre 1974 auf 36,2% im Jahre 1999. Dieser Anteil ist im Vergleich zu anderen Ländern zwar sehr hoch, dennoch darf nicht übersehen werden, dass Väter nur ca. 11% der zur Verfügung stehenden Gesamtzeit nutzen.³⁴ Damit sich Eltern mehr Zeit für ihre Kinder nehmen können, setzt sich die PDS als einzige Partei zusätzlich zum Rechtsanspruch auf Arbeitszeitreduzierung während der Erziehungszeit für eine grundsätzliche Verkürzung der Wochenarbeitszeit ein: „Wir halten die Verkürzung der Wochenarbeitszeit auf 35 und bald schon auf 30 Stunden für die sozial verträglichste Form der Umverteilung vorhandener Arbeit. Sie schafft mehr Raum für Erziehung und vergrößert das wöchentliche Zeitfenster für soziale Kontakte, Kultur oder gesellschaftliches Engagement.“³⁵

Steuerfreibetrag / Kita-Gutschein

Die notorische Forderung der FDP nach einem schlanken Staat sowie nach mehr Markt und Wettbewerb färbt auch das Reformprofil der Vereinbarkeit ein. Die Familien sollen finanziell vor allem durch Steuervergünstigungen und die Anrechnung der Ausgaben für die Kinderbetreuung als Werbungskosten gefördert werden. Die steuerliche Förderung von Familien will die FDP durch

einen einheitlichen Steuerfreibetrag von 7500 € für alle Bundesbürger und -bürgerinnen, also auch für jedes Kind, erreichen. Familien, die von dieser Steuerentlastung nicht profitieren, könnten weiterhin Kindergeld beziehen. Das Kindergeld soll an den neuen Steuerfreibetrag angepasst werden und würde sich somit auf ca. 200 € erhöhen.³⁶

Der freie Markt und Wettbewerb sollen auch bei der Kinderbetreuung wirksam werden. Die Eltern erhalten Kita-Gutscheine und treten als Nachfragende auf dem Markt der Kinderbetreuung auf, wo sie unter den Angeboten auswählen können. Die Kita-Gutscheine lassen sich auch in Betriebskindergärten einlösen. Außerdem sollten haushaltsnahe Dienstleistungen und versicherungspflichtige Beschäftigungsverhältnisse in Privathaushalten steuerlich abzugsfähig werden. In der Kinderbetreuung ist eine Balance von Lernen, Spielen und Bewegung anzustreben. Ebenso wichtig sind individuelle und flexible Regelungen auf dem Arbeitsmarkt der Erzieher und Erzieherinnen, eine Verschlankung der Bauvorschriften für Betreuungseinrichtungen sowie die Beseitigung bürokratischer Hemmnisse.

Die von der FDP angestrebte Einführung eines einheitlichen Steuerfreibetrages für alle Bürger und Bürgerinnen würde ausschließlich Personen mit höherem Einkommen entlasten. Bedürftige Familien, die nur ein geringes oder gar kein Einkommen erzielen und somit auch weniger

oder gar keine Steuern zahlen, profitieren von einem Steuerfreibetrag überhaupt nicht. Nur ca. 20% der Eltern verfügen über ein so hohes Einkommen, dass sie mit Hilfe des Freibetrages Steuerabzüge geltend machen können, die über den entsprechenden Kindergeldbeträgen liegen.³⁷

Konvergenz der Reformpolitik: Hochwertige Kinderbetreuung

In den unterschiedlichen Akzenten der finanziellen Förderung von Familien drückt sich erkennbar das divergierende Reformprofil der Parteien aus, indem die Wahlfreiheit der Frauen oder deren Vollerwerbsarbeit, die Existenzsicherung der Kinder, die autonome und paritätische Umgang mit der Arbeits- und Lebenszeit sowie der private Wohlstand der Eltern im Brennpunkt der Debatte stehen. Demgegenüber ist die starke Konvergenz der operativen Reformpolitik auffallend, die sich vorrangig auf den Ausbau einer hochwertigen Kinderbetreuung konzentriert. Deren Orientierung an der Vereinbarkeit von Erwerbsarbeit und Familienarbeit oder am Wohl des Kindes schätzen wir demgegenüber als nachrangig ein.

Orientierung an der Vereinbarkeit

Die CDU/CSU will zwar Freiräume für Frauen schaffen, so dass diese, ohne gesellschaftlich ins Abseits zu geraten, sich ganz der

In den unterschiedlichen Akzenten der finanziellen Förderung von Familien drückt sich erkennbar das divergierende Reformprofil der Parteien aus ...

... die Frauenerwerbsquote auszuweiten, um zusätzliche Arbeitskräfte für den Arbeitsmarkt zu gewinnen ...

Erziehung ihrer Kinder widmen können. Trotzdem zielen auch die Christdemokraten in erster Linie darauf ab, die Frauenerwerbsquote auszuweiten, um zusätzliche Arbeitskräfte für den Arbeitsmarkt zu gewinnen.³⁸ Die CDU/CSU will den Mangel an Betreuungsangeboten für Kinder bis zu 3 Jahren beheben, wobei nicht nur auf institutionalisierte Lösungen gesetzt werden soll: „Wir wollen dabei bedarfsgerechte Angebote von Elterninitiativen, Betrieben, Tagesmüttern, Tagespflegeprojekten und den Aufbau von Tagespflegebörsen als Vermittlungsstruktur, die Angebot und Nachfrage zusammenführt, einbeziehen.“³⁹ Auch Grundschulen und weiterführende Schulen müssten einen Beitrag zur besseren Vereinbarkeit von Familie und Beruf leisten. Mütter und Väter bräuchten die Gewissheit, dass ihre Kinder während der im Stundenplan angegebenen Zeit auch tatsächlich von der Schule betreut werden. Zudem dürfte das Angebot zur Ganztagesbetreuung in Schulen nicht länger das Privileg von Gesamtschulen sein.⁴⁰

Die SPD sieht einen ambivalenten Einfluss der Erwerbstätigkeit auf das Geburtenverhalten. Einerseits trägt die Erwerbstätigkeit zu einem gesicherten Einkommen bei, wodurch die Entscheidung für Kinder positiv beeinflusst wird. Andererseits wird den Erwerbstätigen, falls sie sich für Kinder entscheiden, ein enormes Potential an Zeit abverlangt. Kinderlosigkeit ist vorprogrammiert, je stärker das berufliche Engagement gewichtet wird bzw. je höher

qualifiziert der Erwerbstätige ist. Ökonomen sprechen von einem Substitutionseffekt, insofern Kinder und Arbeit, Kinderbetreuung und Erwerbsarbeit, Vollzeitarbeit im Haus und Vollzeitarbeit im Beruf gegeneinander ausgetauscht werden. Um diesen Substitutionseffekt für junge vollzeitarbeitende Paare zu verringern, werden zwei Auswege angeboten: Erstens sei es notwendig, das Angebot an Kinderbetreuungseinrichtungen zu erweitern, um Müttern die Teilnahme am Arbeitsmarkt zu erleichtern. Zweitens käme als Zwischenlösung eine Flexibilisierung der individuellen Arbeitszeit in Frage.⁴¹

Für Bündnis 90/Die Grünen haben Rahmenbedingungen, die die Vereinbarkeit von Familie und Beruf verbessern, Priorität gegenüber der finanziellen Unterstützung von Familien. Auch die Grünen wollen also die Kinderbetreuungseinrichtungen für Kinder von 0-14 Jahren flächendeckend ausbauen. Kinderkrippen für Kinder von 0-3 Jahren sollen gezielt ausgebaut, ein Mittagessen in Kindergärten soll garantiert und Ganztagsangebote an Schulen eingeführt werden. Weiter wollen die Grünen durchsetzen, dass der Besuch von Kindergärten und Kindertagesstätten ab dem 5. Lebensjahr mit einer Kernzeit von fünf bis sechs Stunden beitragsfrei wird.⁴²

Orientierung am Wohl der Kinder
Die Ursache für den Mangel an Krippen-, Hortplätzen und Ganztageseinrichtungen sieht die PDS

in einer restaurativen Familienpolitik, bei der Kinder ausschließlich auf die Kleinfamilie fixiert würden. Doch sowohl Eltern als auch Kinder könnten nicht auf Kindertagesstätten verzichten. Kinder bräuchten Kontakt zu Gleichaltrigen.

Gerade für Einzelkinder sei es wichtig soziale Kompetenzen im Zusammenspiel mit anderen Kindern zu erwerben. Kinderbetreuungseinrichtungen stellten eine erhebliche Erleichterung für die Vereinbarkeit von Familie und Beruf dar und leisteten somit einen wichtigen Beitrag zur Gleichstellung zwischen Männern und Frauen im Beruf und auf dem Arbeitsmarkt. Die PDS fordert daher einen Rechtsanspruch auf den Besuch einer öffentlichen ganztägigen Kindereinrichtung für jedes Kind bis zur Einschulung. Bis zum Ende seines vierten Schuljahres müsse jedes Kind das Recht auf einen Platz im Tageshort erhalten und bis zum Ende seines achten Schuljahres solle ein Kind geförderte Freizeitgestaltung beanspruchen können. Institutionelle Kindereinrichtungen seien jedoch nicht ausschließlich an traditionelle Formen wie Krippe, Kindergarten und Hort gebunden. Innovative Konzepte wissenschaftlicher Forschung müssten mehr als bisher in die Praxis umgesetzt werden. Denkbar wären Modelle mit einer großen Altersmischung für Kinder aller Altersgruppen bis zu 12 oder 14 Jahren, Kinderhäuser und Einrichtungen, die gleichzeitig die Funktion sozialer Kommunikations- und Nachbarschaftszentren

erfüllen. Langfristig will die PDS die Beiträge für Einrichtungen der Kinderbetreuung abschaffen.⁴³

Die FDP geht davon aus, dass der Ausbau der Kinderbetreuungsangebote zum einen die Vereinbarkeit von Familien- und Erwerbsarbeit erleichtern würde, und dass diese zum andern in der Lage seien, frühzeitig und qualitativ hochwertig die sprachliche, soziale und emotionale Kompetenz der Kinder zu fördern. Soziale und intellektuelle Benachteiligung könnten in solchen Einrichtungen abgebaut werden. Der flächendeckende Ausbau von Kindertageseinrichtungen sei daher von erheblicher Bedeutung für die Zukunftsfähigkeit unserer Gesellschaft. Weiterhin setzt die FDP auf ein neues Konzept von Ganztagschulen. Diese sollen mit den Vereinen, die Jugendarbeit leisten, vernetzt werden.⁴⁴

Resümee

Je differenzierter die normativ abweichenden Leitbilder einander gegenübergestellt, je deutlicher die unterschiedlichen Reformprofile herausgearbeitet und je überzeugender die Schnittmengen der operativen Reformpolitiken belegt werden, umso behutsamer fällt ein gesellschaftsethisches Urteil aus. Dies liegt umso näher, als zwischen der verbalen Inszenierung von Reformen und deren praktischer Durchsetzung eine erhebliche Entfernung liegt.

Indem die Parteien die Familie zu

Je differenzierter die normativ abweichenden Leitbilder einander gegenübergestellt ... werden, umso behutsamer fällt ein gesellschaftsethisches Urteil aus.

Die Parteien waren von der Absicht geleitet, die Gerechtigkeit zwischen Haushalten mit Kindern und solchen ohne Kinder innerhalb derselben Generation herzustellen ..., den Grundsatz der Geschlechtergerechtigkeit zur Geltung zu bringen und dem Leitbild einer kindergerechten Gesellschaft näher zu kommen.

einem Thema reformpolitischer Versprechen gemacht haben, sahen wir darin eine angemessene Reaktion auf die im ersten Armuts- und Reichtumsbericht der Bundesregierung nachgewiesene Erkenntnis, dass junge Paare, die sich für Kinder entscheiden, im Unterschied zu Paaren, die diese Entscheidung nicht treffen können oder wollen, das Risiko eingehen, ihren Lebensstandard zu senken, in prekärem Wohlstand zu leben oder gar in eine Armutslage zu geraten. Die Parteien waren von der Absicht geleitet, die Gerechtigkeit zwischen Haushalten mit Kindern und solchen ohne Kinder innerhalb derselben Generation herzustellen.

Gleichzeitig haben wir eine Tendenz beobachtet, dass die Parteien – allerdings mit zeitlichen Abständen – die Familien nicht nur aus der Außenansicht als relativ autonome Sozialgebilde betrachteten, sondern ihre Aufmerksamkeit auf die intern ungleichen Beziehungen und auf die Schiefelage der Chancen und Risiken zwischen Männern, Frauen und Kindern richteten. Familienpolitik wurde infolgedessen vorrangig als Frauenpolitik begriffen, die sich das Ziel setzte, die strukturelle Diskriminierung von Frauen innerhalb der Familie zu beseitigen, und auch als Kinderpolitik mit dem Ziel, jedem Kind eine bestmögliche Entfaltung seiner Begabungen und Interessen zu gewährleisten. Die Parteien waren von der Absicht geleitet, den Grundsatz der Geschlechtergerechtigkeit zur Geltung zu bringen und dem Leitbild einer kin-

dergerechten Gesellschaft näher zu kommen.

Nach der Bundestagswahl 2002 und im Dunstkreis der Agenda 2010 haben wir jedoch eine Tendenzwende der familienpolitischen Debatte festgestellt, die sowohl die Gerechtigkeit zwischen den Haushalten mit Kindern und ohne Kinder sowie die Gerechtigkeit zwischen den Geschlechtern als auch die Gerechtigkeit zwischen Kindern und Erwachsenen beeinträchtigt. Die traditionellen Volksparteien scheinen das in der aktuellen Gegenwart brisante familien-, frauen- und kinderpolitische Thema den in der Zukunft relevanten Themen der demographischen Entwicklung, die sich in zunehmender Lebenserwartung, niedriger Geburtenrate und steigendem Altenlastquotienten ausdrückt, der kritischen Rentenfinanzierung und der angeblich verletzten „Generationengerechtigkeit“ unterzuordnen. Wir vermuten, dass sie dabei die eigenständigen Interessen sowie die Würde von jungen Paaren, Frauen und Kindern zum Zweck rein bevölkerungs- und wirtschaftspolitischer Interessen instrumentalisieren.

Anmerkungen:

- 1 CDU-Bundesgeschäftsstelle (Hg.), Leistung und Sicherheit. Regierungsprogramm 2002-2006, Berlin 2001, S. 29.
- 2 Ebd.
- 3 Vgl. CDU-Bundesgeschäftsstelle (Hrsg.), Lust auf Familie Lust auf

- Verantwortung, Beschluss des „Kleinen Parteitages,“ der CDU Deutschlands in Berlin 1999, Berlin 2001, S. 16.
- 4 SPD-Bundestagsfraktion (Hrsg.), Zur Sache Familienpolitik mit Herz und Verstand, Berlin 2002, S. 3.
- 5 Bündnis 90/Die Grünen Bundespartei (Hrsg.), Aus dem Wahlprogramm 2002-2006, http://www.gruene-partei.de/rs-vgn/rs_dok/0,,21434-print,00.htm
- 6 PDS-Bundestagsfraktion (Hrsg.), Familienpolitik. Grundlinien und Perspektiven, Berlin 2002, S. 8.
- 7 Ebd.
- 8 PDS-Bundestagsfraktion (Hrsg.), Familienpolitik, S. 5.
- 9 FDP im Deutschen Bundestag (Hrsg.), Zukunft Familie. Politik für eine kinderfreundliche Gesellschaft, Berlin o.A.
- 10 Vgl. Union in Deutschland (Hrsg.), UID Dokumentation 38/2003, Deutschland fair ändern, Beschluss des 17. Parteitags der CDU Deutschlands in Leipzig 2003, Berlin 2003, S. 21.
- 11 CDU-Bundesgeschäftsstelle (Hg.), Andere Umstände erfordern bessere Politik, Berlin 2002, o.A..
- 12 Ebd.
- 13 Vgl. Rürup, B., Gruescu, S. (i.A. BMFSFJ), Nachhaltige Familienpolitik im Interesse einer aktiven Bevölkerungsentwicklung, Berlin 2003, S. 19.
- 14 Bundestagsfraktion Bündnis 90/ Die Grünen (Hrsg.), Zur Sache. Familie ist, wo Kinder sind, April 2002 http://www.gruene-fraktion.de/rs-vgn/rs_datei/0,,208,00.pdf
- 15 Göring-Eckardt, K., Regierungserklärung zur Familienpolitik am 18.04.2002, http://www.goering-eckardt.de/berlin/reden/02_04_18_familienpolitik
- 16 PDS-Bundestagsfraktion (Hrsg.), Familienpolitik, S. 33.
- 17 Vgl. PDS-Bundestagsfraktion (Hg.), Familienpolitik, S. 6.
- 18 Vgl. PDS-Bundestagsfraktion (Hg.), Familienpolitik, S. 18.
- 19 Vgl. FDP im Deutschen Bundestag (Hrsg.), Zukunft Familie, o.A..
- 20 Vgl. CDU-Bundesgeschäftsstelle (Hrsg.), Andere Umstände erfordern bessere Politik, o.A..
- 21 Schnabl, C., Fürsorgearbeit in modernen Gesellschaften, in: Emunds, B., Ludwig, H., Zingel, H. (Hrsg.), Die Zwei-Verdiener-Familie. Von der Familienförderung zur Kinderförderung? Münster/Hamburg/London 2003, S. 78.
- 22 Vgl. Merz, F., Steuern, Berlin 29.04.2004; http://www.cdu.de/archiv/2370_2585.htm
- 23 Vgl. Vorstand der SPD (Hrsg.), Parteitag der SPD in Nürnberg, 19.-22. November 2001, Beschlüsse, S. 310.
- 24 Vgl. Rürup, B., Gruescu, S. (i.A. BMFSFJ), Nachhaltige Familienpolitik, S. 59.
- 25 Vgl. SPD-Bundestagsfraktion (Hg.), Zur Sache Familienpolitik, S. 4.
- 26 Vgl. Engstler, H., Menning, S. (i.A. BMFSFJ), Die Familie im Spiegel der amtlichen Statistik, Berlin 2003, S. 118.
- 27 Vgl. Schnabl, C., Fürsorgearbeit in modernen Gesellschaften, in: Emunds, B., Ludwig, H., Zingel, H. (Hrsg.), Die Zwei-Verdiener-Familie, Münster/Hamburg/London 2003, S. 63.
- 28 BMFSFJ (Hrsg.), Erziehungsgeld, Elternzeit. Das neue BErzGG für Eltern mit Kindern ab dem Geburtsjahrgang 2001, Berlin 2003, S. 7.
- 29 BMFSFJ (Hrsg.), Erziehungsgeld, Elternzeit, S. 8.
- 30 Veil, M., Familienpolitische Erneuerung des Sozialstaates-aktuelle Debatten und Maßnahmen in Europa, in: Emunds, B., Ludwig, H., Zingel, H. (Hrsg.), Die Zwei-Verdiener-Familie, Münster/Hamburg/London 2003, S. 206.
- 31 Vgl. Bündnis 90/Die Grünen Bundespartei (Hrsg.), Aus dem Wahlprogramm 2002-2006, http://www.gruene-partei.de/rs-vgn/rs_dok/0,,21434-print,00.htm
- 32 Vgl. PDS Fraktion im Deutschen

- Bundestag (Hrsg.), PDS-Politik von A bis Z, o.A.,
<http://archiv14.pds-im-bundestag.de/themen/a-z/familie.php>
- 33 Vgl. PDS-Bundestagsfraktion (Hrsg.), Familienpolitik, S. 19.
- 34 Vgl. Rürup, B. / Gruescu, S., Nachhaltige Familienpolitik, S. 30.
- 35 Vorstand der PDS (Hrsg.), Agenda Sozial. Kritik und Alternativen zur Agenda 2010, Berlin o.A., S. 11.
- 36 Vgl. FDP im Deutschen Bundestag (Hrsg.), Zukunft Familie. Politik für eine kinderfreundliche Gesellschaft, Berlin o.A..
- 37 Diemel, C., Familienpolitik. Eine praxisorientierte Gesamtdarstellung der Handlungsfelder und Probleme, Weinheim/München 2002, S. 91.
- 38 Vgl. Union in Deutschland (Hrsg.), UID Dokumentation 38/2003, S. 20.
- 39 CDU-Bundesgeschäftsstelle (Hg.), Lust auf Familie Lust auf Verantwortung, S. 21.
- 40 Vgl. ebd.
- 41 Vgl. Rürup, B. / Gruescu, S., Nachhaltige Familienpolitik, S. 22.
- 42 Vgl. Bündnis 90/Die Grünen Bundespartei (Hrsg.), Aus dem Wahlprogramm 2002-2006,
http://www.gruene-partei.de/rs-vgn/rs_dok/0,,21434-print,00.htm
- 43 Vgl. PDS-Bundestagsfraktion (Hg.), Familienpolitik, S. 28f.
- 44 Vgl. FDP im Deutschen Bundestag (Hrsg), Liberale Argumente Nr. 12/2003, Familie und Kinder: Der liberale Weg in die Zukunft,
<http://www.fdp-fraktion.de/libarg.php>

Karin Jurczyk, Andreas Lange

Familie und die Vereinbarkeit von Arbeit und Leben

Neue Entwicklungen, alte Konzepte¹

Im Rahmen der Diskussionen um die Zukunftsfähigkeit von Familien geht es nicht alleine um immanente Familienprozesse. Vielmehr ist Familie eingebettet in ein Geflecht von Systemen und Institutionen, die über diese Zukunftsfähigkeit mitentscheiden. Im vorliegenden Beitrag wird der Stellenwert beleuchtet, den wirtschaftliche Umbruchprozesse für familiäre Leistungserbringungen haben.

Dies erfolgt vor der Folie eines idealtypischen Vergleichs „fordistischer“ und „postfordistischer“ Gesellschaften, bei der deutlich wird, dass die Denkfigur der Vereinbarkeit dem Wandel des Zusammenhangs von Arbeiten und Leben nicht mehr angemessen ist. In diesem Zusammenhang plädieren die Autorin und der Autor dafür, verstärkt die Ebene der alltäglichen Lebensführung von Familien in den Mittelpunkt der Betrachtung zu rücken und nicht auf der Ebene von Einstellungen zu verbleiben. Abgeschlossen wird der Beitrag durch eine Reflexion der sich daraus ergebenden familienpolitischen Herausforderungen.

Die Auflösung „fordistischer“ Gewissheiten und die Zukunft von Familie

Fragen an die Leistungs- und Zukunftsfähigkeit familialer Lebensformen angesichts des raschen und unübersichtlichen sozialen Wandels sind Gegenstand vielfältiger Diskurse im Schnittfeld von Sozialwissenschaften, zuspitzender Aufbereitung in den Medien, öffentlicher Meinung und Politik².

Gewichtige Zeitdiagnosen nehmen in auffälliger Weise auf Entwicklungen in den Familien Bezug. So hebt Giddens³ in seinen an eine breite Öffentlichkeit gerichteten Reith-Lectures hervor: „Die wichtigste der gegenwärtigen globalen Veränderungen betrifft unser Privatleben - Sexualität, Beziehungen, Ehe und Familie. Unsere Einstellung zu uns selbst und zu der Art und Weise, wie wir Bindungen und Beziehungen mit anderen gestalten, unterliegt überall auf der Welt einer revolutionären Umwälzung. Diese breitet sich in unterschiedlichen Regionen und Kulturen schnell und gegen diverse Widerstände aus.“ Obwohl es durchaus begrüßenswert ist, wenn mit hoher Reputation aus-

Auf der Bühne des Alltags entstehen neue Herausforderungen, die im Wesentlichen auf Verschiebungen im Verhältnis von „Arbeit“ und „Leben“ oder auch „Beruf“ und „Familie“ beruhen.

gestattete Soziologen sich ernsthaft mit Familie befassen, ist es unverständlich, dass Giddens sich vor allem mit der Einstellungs- und Beziehungsebene auseinandersetzt und darüber den Alltag in den Lebensformen weitgehend außen vor lässt. Diese Alltagsblindheit gilt übrigens für weite Strecken der Familienforschung selbst⁴. Unsere These ist, dass gerade hier, auf der Bühne des Alltags, neue Herausforderungen entstehen, die im Wesentlichen auf Verschiebungen im Verhältnis von „Arbeit“ und „Leben“ oder auch „Beruf“ und „Familie“ beruhen. Zu ihrem Verständnis und zu ihrer praktischen Bewältigung benötigen wir innovative Konzepte, welche über die übliche Formel von der „Vereinbarkeit“ zweier getrennter Bereiche hinausgehen, zumal diese - auch jeder für sich genommen - mit den üblichen Gegensatzpaaren weniger denn je hinreichend beschrieben werden können. Hierzu ist es Gewinn bringend, sich dem „Ganzen des Lebens“, der „Lebensführung“ zuzuwenden, denn nur so kommen die vielfältigen, irritierenden und zutiefst widersprüchlichen Ausläufer des Übergangs zur „fluiden Moderne“⁵ in das Visier der Sozialwissenschaften. Ignoriert man diese alltägliche Ebene, verheddert man sich in den Fallstricken von Gemeinplätzen, die pauschal „mehr“ Kinderbetreuung oder „mehr“ Leistungen für Familie fordern, einerseits und Detaillösungen andererseits. Den allgemeinen soziologischen Hintergrund unserer Auseinandersetzung mit diesen Nejustierungen geben

Zeitdiagnosen ab, die von einer weitergehenden Modernisierung, einer reflexiven Modernisierung oder auch einer Zweiten Moderne sprechen. Ungeachtet begrifflicher Differenzen lassen sich in der bunten Vielfalt einschlägiger Gesellschaftsanalysen gemeinsame Elemente auffinden⁶, die für die hier besonders interessierenden Konfigurationen von familialer Lebensführung, Produktion und Konsumtion sowie deren sozialstaatliche Rahmung von Belang sind.

*Fordistische Lebensgestaltung:
Enge Kopplung von geschlechterbezogener Arbeitsteilung und gesellschaftlicher Produktivität*

Die Wahlverwandtschaften zwischen Gesellschaftsformation und Form des Lebenszusammenhangs treten zu Zwecken der Veranschaulichung besonders plastisch hervor, wenn man sich die materielle Lebensführung von Familien in den Fünfziger und Sechziger Jahren des zwanzigsten Jahrhunderts vor Augen führt. Trotz regionaler und schichtspezifischer Variationen handelte es sich um ein äußerst kompaktes Muster der familialen Lebensführung, das hinsichtlich der räumlichen und zeitlichen Parameter eine große Stabilität und Konsistenz aufwies. Hier realisierte sich die für die Moderne konstitutive Trennung von (Erwerbs-)Arbeiten und Leben, welche mit attraktiven Glücksversprechungen gekoppelt war. Innerhalb der Familie herrschte eine klare geschlechter- und ge-

nerationenspezifische Aufgabenzuweisung. Hinzu kamen deutlich festgeschriebene Aufgabenteilungen zwischen Wirtschaftssystem, Bildungssystem und Familie. Arbeitszeit und Frei- bzw. Familienzeit bildeten in diesem System voneinander separierte zeitliche Areale.

Bertram⁷ hat diese Verwandtschaft zwischen Wirtschaftsstruktur, Familienstrukturen, geschlechtlicher Arbeitsteilung und privater Lebensführung im Idealtypus der „fordistischen Familie“ prägnant zusammengefasst. Er bezieht sich auf die soziologische Umschreibung dieses Modells durch Parsons und Bales. Die ökonomische Basis der modernen Familie wird dabei in der individuellen, unabhängig von der Verwandtschaft ausgeübten Berufstätigkeit und dem darin erwirtschafteten Einkommen sowie dem dazu korrespondierenden sozialen Status gesehen. Eine zentrale Ausgangsannahme ist, dass in westlichen Gesellschaften die Berufstätigkeit überwiegend von den Ehemännern ausgeübt wird. Die alleinige ökonomische Verantwortlichkeit des Mannes verhindert, dass die familiäre Solidarität durch einen Wettbewerb zwischen Mann und Frau gefährdet werden kann. Die ökonomische Verantwortlichkeit des Mannes schlägt sich auch in der innerfamiliären Arbeitsteilung nieder. Der Mann als instrumenteller Führer vertritt auch innerhalb der Familie jene universalistischen Werte, die für das Berufssystem der Industriegesellschaft charakteristisch sind.

Die Frau ist für die expressive, emotionale Seite verantwortlich. Grundlegend ist auch die Form der wirtschaftlichen Produktion und Arbeitsorganisation, die sich durch klare Grenzziehungen und Massenfertigungen auszeichnete.

„Sowohl die systemtheoretische Interpretation von Gesellschaft und Familie wie aber auch die umstandslose Übertragung eines Modells einer ziel- und aufgabenorientierten Kleingruppe auf die Familie macht deutlich, dass Parsons/Bales die Familie und die Familienbeziehungen ganz nach dem Prinzip einer fordistisch organisierten Arbeitsgesellschaft rekonstruieren. Denn der Grundgedanke der parsonschen Familienkonstruktion entspricht weitgehend den Vorstellungen einer industriellen Organisation von Arbeit. Eine möglichst hohe Spezialisierung der Aufgaben erleichtert die erwartete Funktionserfüllung, die eindeutige Definition und Zuweisung von Aufgaben verringert mögliche Konfliktpotentiale, und die Integration und Abstimmung unterschiedlicher Aufgaben und Funktionen in einem organisierten Prozess optimiert die gemeinsame Aufgabenerledigung.“⁸

„Arbeit“ und „Leben“ sind in diesem fordistischen Idealtypus scheinbar säuberlich voneinander getrennt, geordnet entlang der Schiene von Gender. Komplementär zur emotionalisierten „weiblichen“ Familie existiert das „männliche“ Normalarbeitsverhältnis. Vereinbarkeit konnte un-

... realisierte sich die für die Moderne konstitutive Trennung von (Erwerbs-)Arbeiten und Leben ...

ter solchen Bedingungen - wenn sie überhaupt eine relevante Option darstellte - als eine harmonisch funktionierende Addition von begrenzten Teilen von beidem gedacht werden. Annäherungsweise wurde dies im Modell weiblicher Teilzeitarbeit mit männlichem Familienernährer realisiert.

Erschütterungen des fordistischen Modells und das Heraufziehen der „fluiden Gesellschaft“

Dieses Modell, das auf arbeitsteiliger Differenzierung, entsprechenden Grenzziehungen und Zuweisungen beruht, verliert auf mehreren Ebenen und vielfältig bedingt seine Konturen: Grenzziehungen lösen sich sukzessive auf, veränderte Organisationsmuster von Leben, Familie und Arbeit zeichnen sich ab. Damit ist mehr gemeint als die Leugnung der produktiven Leistungen in Familien durch eine arbeits- und industriesoziologisch aufgeklärte Gegenüberstellung von „Arbeit“ und „Leben“, worauf die Frauen- und Geschlechterforschung seit Anbeginn hinweist. Und es geht auch über die Erkenntnisse aus den Untersuchungen weiblicher Berufsbiografien hinaus, die vor allem bei weiblicher Vollzeitbeschäftigung deutliche Hinweise auf die Überlappungen von Arbeit und Leben bei Frauen gegeben haben. Denn der Wertewandel in Richtung Individualisierung wie auch partnerschaftlichere Geschlechterkonzepte, Bildungsprozesse und Vermittlungsmöglichkeiten führen

dazu, dass Familie nicht mehr der lebenslang dominierende Lebensmittelpunkt von Frauen ist und ebenso wenig Männer sich nur mehr als Ernährer ihrer Familie sehen. Entscheidend verstärkt werden Grenzverschiebungen dadurch, dass sich das Erwerbsleben ebenfalls ändert.

Die partielle Auflösung von klaren Strukturen - indiziert über die nicht zufällige Häufung von Begriffen mit dem Präfix „Ent“: „Entgrenzung“, „Entzeitlichung“, „Enthierarchisierung“ - generiert eine permanente Bewegung von Strömen von Menschen, Wissen und Gütern. Diese Bewegungen vollziehen sich auf den unterschiedlichen Niveaus, erstrecken sich über differenzielle Zeitskalen und sind nur schwer steuer- und vorhersehbar. Ihre Ursache sind in erster Linie die neuen Produktionsformen der Wirtschaft, die durch ihre immer schnelleren Produktzyklen und individualisiertere Kundenorientierung das klassische tayloristische Produktionsmodell in vielen Sektoren ablösen. Die neue Wissensökonomie bietet weniger materielle und regulative Sicherheit. Als Ferment der wirtschaftlichen Umbrüche wirken in ihr die neuen Informations- und Kommunikationstechnologien, denn ihnen wohnt in besonderer Weise das Potenzial inne, eingespielte Arbeitsteilungen und Interaktionsformen aufzubrechen - mit ambivalenten Folgen für die Individuen, Gemeinschaften und Gesellschaften.

In der Folge dieser strukturellen Entgrenzungen entwickeln

Denn der Wertewandel in Richtung Individualisierung wie auch partnerschaftlichere Geschlechterkonzepte, Bildungsprozesse und Vermittlungsmöglichkeiten führen dazu, dass Familie nicht mehr der lebenslang dominierende Lebensmittelpunkt von Frauen ist ...

sich Flexibilität, Mobilität und Individualisierung zu kaum mehr hinterfragten, ihrer Mehrdeutigkeit entkleideten ideologischen Leitbildern, die in den öffentlichen Diskursen großen Raum einnehmen und in zunehmendem Ausmaß zur Legitimation gesellschaftspolitischer Maßnahmen eingesetzt werden¹⁰. Wenn auch strittig ist, ob sich die Moderne derzeit vollständig oder partiell transformiert - Einigkeit herrscht in der soziologischen Fachdiskussion darüber, dass wichtige Weichenstellungen vorgenommen werden¹¹. Sie stellen den einzelnen Akteur vor neue Herausforderungen und nötigen ihn zu neuen Formen der Identitätsarbeit. Die Unbestimmtheiten und neuen Offenheiten führen dazu, dass der oder die Einzelne zur Lebensführung in eigener Regie berufen wird. Das gilt auch und mit besonderer Schärfe für die Bildungs- und Arbeitswelt, wo immer stärker Selbstmanagement - zumindest programmatisch - eingefordert und empathisch als endgültige Befreiung des Individuums gefeiert oder aber als Überlastung negativ eingeschätzt wird. Führende Autoren der internationalen Sozialwissenschaft sehen in dieser Fluidität das neue Gesicht der (Post-)Moderne. Barz et al.¹² setzen diese zeitdiagnostische Charakterisierung in eine diskussionsanregende Darstellung um.

Alte Theoreme und neue Entgrenzung: Über die Vereinbarkeit hinaus

Impulsgeber Ökonomie: Die und der neue „Arbeitskraftunternehmer/in“

Die übergreifenden zeitdiagnostischen Typisierungen speisen sich zu erheblichen Anteilen aus den Umbrüchen in den nationalen und globalen Ökonomien. Eine Erosion der Grenzen von innen und außen, das Verschwinden klarer Konflikte zwischen Herrschenden und Beherrschten, eine Individualisierung bzw. Dekollektivierung von Arbeitsverhältnissen und eine Fragilisierung der Lebenslagen sind nur einige der semantischen Münzen, die hierfür im Umlauf sind. Die heterogenen und ungleichzeitigen Ausläufer dieser Entwicklungen bringen, so unsere These, weit mehr und anderes mit sich als das Los, dass die „Vereinbarkeit“ von Familie und Beruf schwieriger wird. Diese Formel mag durchaus adäquat für die Endphase des Fordismus gewesen sein. Für die heranziehende fluide Figuration des Sozialen scheint sie nicht mehr hinreichend aussagekräftig, unterstellt sie doch die relative Stabilität zweier Pole, die miteinander zu vereinbaren wären - sie stellt eine echte „Zombie“-Kategorie im Sinne Ulrich Becks dar.

Zur Begründung dieser These ist es notwendig, sich in einem ersten Schritt die Folgen des sozioökonomischen Gestaltwandels auf der Individualebene zu vergegenwärtigen. Die gewach-

... entwickeln sich Flexibilität, Mobilität und Individualisierung zu kaum mehr hinterfragten, ihrer Mehrdeutigkeit entkleideten ideologischen Leitbildern ...

Selbststeuerung - die aktive Produktion und Vermarktung der eigenen Arbeitskraft, die Ausrichtung der eigenen Lebensführung an den Erfordernissen des Arbeitsplatzes, mit all den damit verbundenen Ambivalenzen - ist die Schlüsselqualifikation, die auf das gesamte Leben - den Alltag und die Biografie, Erwerb und Familie - angewendet werden muss.

senen Ansprüche auf Selbstverwirklichung können als experimentelle Erkundung der eigenen Identität dienen, darüber hinaus aber gleichzeitig als Legitimationsgrundlage für eine Reihe von ökonomischen Umstrukturierungsmaßnahmen, die insgesamt auf eine Deregulierung des Produktions- und Dienstleistungssektors zielen.

Auf jeden Fall ist dieser „neue Individualismus“ nicht voluntaristisch zu verkürzen. Vielmehr wird er heute auch in dem Sinn direkt als ein Produktionsfaktor genutzt, dass von den Arbeitenden unter Berufung auf ihre scheinbar gewandelten Bedürfnisse ein Mehr an Engagement, Flexibilität und Eigeninitiative abverlangt wird, als es unter Bedingungen eines sozialstaatlich regulierten Kapitalismus der Fall gewesen ist.

Die „Subjektivierung der Arbeit“¹³ ist die Entsprechung makrostruktureller Entgrenzungsprozesse auf Individualebene. Arbeitssoziologische Implikationen der Entgrenzung sind in der prägnanten Figur des „Arbeitskraftunternehmers“¹⁴ zusammengefasst worden. Sie zeigen, dass der „verberuflichte“ Arbeitnehmer, derjenige also, der sich im vergangenen Jahrhundert zum Leittypus entwickelt hatte - mit klarem Bildungsverlauf, Berufsbild und -status, mit festgelegten Arbeitszeiten, -orten und -aufgaben, mit einer kontinuierlichen Erwerbsbiografie, die im Risikofall sozial abgesichert ist, zum Auslaufmodell wird oder zumindest seine dominante Bedeutung verliert. Zwar wird in der neuen Figur

des „Arbeitskraftunternehmers“ an die Fähigkeit zur Selbstdisziplinierung angeknüpft, gleichzeitig müssen aber neue überfachliche Kompetenzen geboten werden: Gemeint sind die aktive Produktion und Vermarktung der eigenen Arbeitskraft, die eigenverantwortliche Gestaltung der Arbeitsvollzüge sowie die Ausrichtung der eigenen Lebensführung an den Erfordernissen des Arbeitsplatzes, mit all den damit verbundenen Ambivalenzen. Selbststeuerung ist die Schlüsselqualifikation, die auf das gesamte Leben - den Alltag und die Biografie, Erwerb und Familie - angewendet werden muss.

Diese Arbeitsanforderungen sprengen empirisch und konzeptuell das idealtypische Modell zweier „Sphären“ mit unterschiedlichen Handlungslogiken, Zeiten und Orten, verteilt auf zwei Geschlechter. Indem sich sowohl Beruf als auch Familie jeweils vom fordistischen Modell weg entwickelt haben, ist auch ihr Verhältnis zueinander nicht mehr entsprechend komplementär konstruiert. In den sich umwälzenden Arbeits- und Lebensverhältnissen geht es nicht mehr um Vereinbarkeit, denn die ursprünglichen Grenzlinien sind nicht mehr scharf und der Zugriff auf die Individuen und ihre Familien ist umfassender und subtiler zugleich geworden. Es geht vielmehr um immer wieder neu auszubalancierende Balancen von unterschiedlichen Tätigkeits- und Lebensformen an unterschiedlichen Orten der Gesellschaft. Wenn Fa-

milie als ein solcher gesellschaftlicher Ort zum Fokus von Analyse und Politik gewählt wird, so sind dabei unter aktuellen Bedingungen nicht nur deren Umwelten als besonders bewegt zu sehen, sondern diese wirken auf der Ebene von Handlungslogiken (Rationalisierung) und Strukturvorgaben (Flexibilisierung) zunehmend in Familie hinein. Eine positiv interpretierte, selbstbestimmte und gestaltbare Entgrenzung kann dabei aber durchaus im Interesse der an Familie Beteiligten sein.

Familie als Impuls-empfänger und -wandler

Das lässt sich exemplarisch anhand der Dimension Zeit aufrollen: Die Flexibilisierung von Arbeits- und Beschäftigungsverhältnissen führt, so die These, zu einer Intensivierung des betrieblichen Zugriffs auf die gesamte Person und ihren Lebenszusammenhang¹⁵. Die darin implizierte Entgrenzung gesellschaftlicher und individueller Zeitstrukturen stellt die individuellen Akteure vor die Notwendigkeit, aktiv eigene Zeitordnungen erfinden und etablieren zu müssen. Was nun dem einen als Chance zu einer erhöhten Zeitsouveränität – auch für Familie – erscheint, kann für den anderen in erster Linie eine drastisch steigende An- und oftmals Überforderung an/für ein aktives Zeithandeln darstellen. Die aktive temporale Selbstunterwerfung bringt so gesehen eine unausweichliche Optimie-

rungsspirale hervor und begünstigt tendenziell die Ökonomisierung der gesamten individuellen Alltags- und Lebenszeit.

Die damit verbundenen Zeitnöte stehen nicht zufällig in Arlie Hochschilds Bestseller *Keine Zeit* im Fadenkreuz der Sondierungen. Legen Begriffe wie „Vereinbarkeit“ oder auch „Balance“ nahe, dass die Zeitordnungen des postfordistischen Erwerbssystems mit denen der Familien in einen Abgleich zu bringen wären, so sieht Hochschild diesen Optimismus zumindest für die Stichprobe ihrer in den USA durchgeführten Untersuchung als unbegründet¹⁶. Ihr Buch legt Zeugnis ab von einer misslingenden Balance und liefert eine Analyse der erdrückenden Dominanz der Arbeitszeit über die Familienzeit. Überdies veranschaulicht es die Kosten für das Familienleben und das Aufwachsen von Kindern in den USA der 1990er-Jahre. Diese Dominanz der Arbeitszeit wird den Beschäftigten allerdings nicht einfach aufgezwungen. Eine gravierende Schlussfolgerung aus den Analysen von Hochschild ist, dass die Umpolung zwischen Arbeit und Zuhause durchaus mit dem Einverständnis der Arbeitenden rechnen kann: Für beide Geschlechter kann der Arbeitsplatz attraktiver werden als das Zuhause. Dieser Wandel in den Wertorientierungen wird durch die Entwicklung einer Unternehmenskultur gefördert, die den Beschäftigten Anerkennung und Wertschätzung am Arbeitsplatz vermittelt und dazu beiträgt, dass sie sich bei der Arbeit mehr und

... In den sich umwälzenden Arbeits- und Lebensverhältnissen geht es vielmehr um immer wieder neu auszutrierende Balancen von unterschiedlichen Tätigkeiten- und Lebensformen an unterschiedlichen Orten der Gesellschaft.

mehr wie zu Hause fühlen und deshalb immer mehr Zeit an diesem Arbeitsplatz verbringen. Im Gegenzug wird die Zeit zu Hause immer knapper und stressiger, das Familienleben gerät unter die Imperative eines tayloristischen Zeitregimes, das heißt, familiäre Tätigkeiten werden im Fließbandtempo abgewickelt. Ludwig et al.¹⁷ finden diese Tendenzen für erwerbstätige Leipziger und Frankfurter Mütter in ihrer qualitativen Studie bestätigt.

Auch wenn solche Trends vielleicht weit in die Zukunft vordringen und repräsentativer und umfassender geprüft werden müssten¹⁸, sehen manche einen Streit um Grundsatzfragen der Lebensführung am Horizont. Die Konfliktlinien verlaufen etwa zwischen Be- und Entschleunigung; zwischen Zeitreichen und Zeitarmen. Zeitkonflikte als Kulturkonflikte - diese Umschreibung trifft das Verhältnis zwischen „Familienzeit“ und „Produktionszeit“ ziemlich genau. Da die Arbeitszeit eine der relevantesten Rahmenbedingungen für die Organisation des alltäglichen Lebens ist, lösen die hier vorfindbaren Verschiebungen den fordistischen „Normaltag“ auf. Die Ausdifferenzierung individueller Zeitmuster führt nicht selten zu sozialer Desynchronisation und damit zu sozialen Problemen, zumindest aber zu einem gesteigerten Aushandlungs- und Diskussionsbedarf¹⁹. Die Zeiten einer mehrköpfigen Familie sind immer seltener deckungsgleich. So genannte „Pinnbrett-Familien“ oder aber

Handy- und Internetfamilien sind dann eine Konsequenz der Entwicklung. Die Koordination von Zeiten wird aufgrund der zentrifugalen Kräfte der Flexibilisierung und Individualisierung von Zeit aufwändiger und potentiell immer technikabhängiger.

Dies tangiert auch die Kontextinstitutionen von Familie. Je flexibler und damit unplanbarer die Arbeitszeit der Eltern wird, desto schwieriger ist es, nicht nur überhaupt einen Betreuungsplatz zu finden, sondern insbesondere eine konstante Betreuung zu gewährleisten. Die Probleme der Betreuung von Kindern im Kindergartenalter beginnen in Deutschland bereits bei der Nachmittagsbetreuung. Doch steht erst recht, wer nach 17 oder 18 Uhr arbeiten muss, hier zu Lande vor der Unmöglichkeit, Betreuungszeiten kindgerecht zu organisieren. Wenn dies nicht in Familie, Nachbarschaft und Freundeskreis gelingt, müssen Betreuungsleistungen am Markt eingekauft und flexible Betreuungs-„Back-Up“-Systeme etabliert werden - ein Beispiel für die Externalisierung der Zeitkosten, die nicht allen gleichermaßen möglich ist. Auf dem Hintergrund von Erkenntnissen der Bindungsforschung, dass kleinere Kinder klare Rhythmen und einen verlässlichen Kreis von Bezugspersonen brauchen, sollten deren Toleranzgrenzen bzgl. unterschiedlicher Zeiten in wechselnden Gruppen mit wechselnden Betreuungspersonen zumindest näher untersucht werden.

...Beschäftigte verbringen immer mehr Zeit an diesem Arbeitsplatz. Im Gegenzug wird die Zeit zu Hause immer knapper und stressiger, das Familienleben gerät unter die Imperative eines tayloristischen Zeitregimes.

„Doing family“ in der fluiden Gesellschaft oder: Wo sind die Grenzen familialer Bewältigungs- und Innovationsfreude?

Das Alltagsleben als Fokus

Grundsätzlich stellt sich also die Forschungsfrage, wie das „doing family“, die sinnstiftende Herstellung von Familienleben als ohnehin anspruchsvoller werdende Gestaltungsaufgabe in Abhängigkeit von unterschiedlichen Konfigurationen entgrenzter Erwerbsarbeit und unterschiedlichen morphologischen Strukturen privater Lebensformen, gelingt. Wir vermuten, dass sich die neuen postfordistischen Wirtschaftsbedingungen konkret in Handlungsvollzügen und Mustern geschlechtlicher Arbeitsteilung niederschlagen, die sich in Ritualen und Wochenabläufen sowie Krisenbewältigungsstrategien verdichten und interpretativ in kommunikativ geteilten Deutungen aufgefangen werden. Inwieweit diese Handlungs- und Deutungsmuster auch unter der Perspektive von Geschlechtergerechtigkeit innovativ sind, auf welche modernen oder traditionellen Orientierungen und Methoden dabei zurückgegriffen wird, bedarf einer empirischen Analyse.

Es muss deutlich gemacht werden, warum bei einer solchen Analyse des Familienlebens unter den Bedingungen der Zweiten Moderne der analytische Fokus Lebensführung sein sollte

und die Analyse von „Einstellungen“ oder „Präferenzen“ der Beteiligten, die ja nach wie vor sehr hohe Zustimmungswerte zu Familie belegen²⁰, nicht ausreichen. Erst das immer wieder zu vollziehende „doing family“ in den Mikroprozessen familialer Lebensführung konstituiert Familie als Lebensform, die auch in gewandelter Form eine hohe funktionale Bedeutung für Wirtschaft, Öffentlichkeit und Staat hat. Charakterisiert man Familie als spezifischen Tätigkeitszusammenhang privat organisierter Fürsorge und Verantwortung, Beziehung und Liebe zwischen unterschiedlichen Geschlechtern und Generationen, so umschreibt man damit allesamt Tätigkeiten, die der materiellen und kulturellen Produktion des Lebens und der Wohlfahrtsproduktion zugute kommen²¹ und den „Sockel“ von Gesellschaft darstellen. Sie werden aber oftmals bei den großen Wohlfahrtstheorien als unproduktive Peripherie abgetan. Diesen vielfältigen Tätigkeiten des Caring muss als Mikrofundierung von Gesellschaft und Wirtschaft auch unter dem Aspekt von Wohlfahrt zukünftig mehr Beachtung geschenkt werden.

Dabei systematisch auch die Perspektive der beteiligten Subjekte - Männer, Frauen, Kinder, Jugendliche - auf das Wechselspiel von Gesellschaft, intermediären Institutionen und individuellen Akteuren einzunehmen, ist ein weiteres Desiderat der familienwissenschaftlichen Theorie und Empirie. So ist es für den Kontext der „fluiden Moderne“ eine weit-

Erst das immer wieder zu vollziehende „doing family“ in den Mikroprozessen familialer Lebensführung konstituiert Familie als Lebensform ...

So muss die auch langfristige ökonomische Bedeutung von Familie und ihren Leistungen erst in der Öffentlichkeit und vor allem in der Wirtschaft wirklich „ankommen“.

gehend unbeantwortete Frage, mit welchen individuellen sowie familialen Handlungsmustern von Erwachsenen und ihren Kindern auf Entgrenzungsphänomene geantwortet wird. Bedingen veränderte Formen der Erwerbstätigkeit der Eltern im Verbund mit den neuen Anforderungen durch moderne Haushaltstätigkeiten – z.B. Online-Schriftverkehr mit Banken und Versicherungen – etwa, dass die Zuständigkeiten in der Haushaltsorganisation neu ausgehandelt werden? Kommt Kindern dabei eine neue Rolle zu, wie dies Wihstutz²² aufgrund ihrer Durchsicht kindheitssoziologischer Literatur vermutet? Hat die Generation junger Erwachsener egalitäre Vorstellungen vom Geschlechterverhältnis und kann und will sie diese in die Praxis neuer Elternschaft umsetzen?

„Doing family“ ist die Grundlage der Leistungsentfaltung der Familienhaushalte, die im Übrigen umso besser vonstatten gehen kann, je stärker sie eingebettet ist in einen Kranz von Institutionen und Systemen, die ihre Leistungsbeiträge den Familienhaushalten zukommen lassen. Eine plastische Umschreibung dieses Sachverhaltes hat jüngst Bertsch²³ vorgelegt: „Familien bilden eine Reihe kleiner leistender Gemeinschaften in ‚Familiennetzen‘, die ihre Lebensentwürfe in der Generationenfolge selbst verantworten und ihren Alltag selbst bewältigen. Sie agieren selbstständig, sind jedoch keineswegs autonom. Sie erbringen unter dem Einsatz ihrer humanen und materiellen Ressourcen Leis-

tungen, wobei sie die sie umgebenden privaten, marktlichen und kommunalen Infrastrukturen nutzen.“

Familienpolitik und Lebensqualität

Dieses Verständnis von familialer Lebensführung als Leistung, die aktuell von verschiedensten „Entgrenzungsphänomenen“ beeinflusst wird, hat wiederum weit reichende Implikationen für Konzeptionen von Familienpolitik. Eine einseitige ökonomische Fokussierung von Familie, wie sie immer wieder im Vordergrund steht, ist unseres Erachtens nicht ausreichend, um die realen Herausforderungen des raschen sozialen Wandels umfassend aufzunehmen. Hier bedarf es einer komplexen Argumentation und Politik:

So muss einerseits die auch langfristige ökonomische Bedeutung von Familie und ihren Leistungen erst in der Öffentlichkeit und vor allem in der Wirtschaft wirklich „ankommen“. Andererseits macht eine Verengung hierauf die Familienpolitik blind für die Qualitäten des Miteinanders in Familien, für die realen Gestaltungsleistungen bezüglich Alltag und Lebensverlauf ihrer Mitglieder und für die gesellschaftlichen Integrations- und Kohäsionspotenziale von Familie, die nur zum Teil monetarisiert, professionalisiert und vermarktet werden können. Und nicht zuletzt müssen im Anschluss an die obige Argumentation fa-

milienpolitische Maßnahmen die postfordistischen kontextuellen Wirkungsbedingungen einbeziehen und sich damit auch Konzepten von „Balance“ von Arbeitswelt und Familie nicht nur rhetorisch, sondern auch faktisch als Innovation gegenüber dem „Vereinbarkeitskonzept“ erweisen. Daher sind familienpolitische Ansätze gefragt, die familiäre Konstellationen, ihre Problem- und Bedürfnislagen unter den Entgrenzungsbedingungen der Zweiten Moderne im Blick haben. Im Aufzeigen solcher Innovationsnotwendigkeiten, -pfade und -potenziale liegt eine originäre Aufgabe der Wissenschaft, ihre Umsetzung obliegt jedoch anderen Akteuren: der Politik, den Unternehmen und Verbänden. Drei Leitlinien für die Zukunftsfähigkeit von Familien sollten dabei Gültigkeit haben: die Ermöglichung von Vielfalt (Diversity), von Geschlechtergerechtigkeit (Democracy) und Zuwendung (Caring). Dies führt zu folgenden Ansatzpunkten einer zukunftsorientierten Familienpolitik:

Erstens sind die makroökonomischen Prozesse, insbesondere auch durch ihre Entgrenzung der nationalstaatlichen Perspektive, zwar nicht aufzuhalten, aber auf der Ebene der Wirtschafts- und Unternehmenspolitik zu gestalten. Dies bezieht sich vor allem auf die grundlegenden Dimensionen der Arbeitsverhältnisse, der Entlohnung, der Arbeitszeit und des Arbeitsortes. Es bedarf hierfür einer unternehmerischen, gewerkschaftlichen sowie einer sozialstaatlichen Rahmung von

Entgrenzungsprozessen im Sinn von „Flexicurity-Politik“.

Zweitens ist Deutschland nach wie vor Entwicklungsland in der Ent-Tabuisierung von Müttererwerbstätigkeit. Es sind unterschiedliche Optionen zu eröffnen, die durch eine Abstimmung von Erwerbs- und Familienzeiten auch die Entscheidung zur Elternschaft erleichtern können. Balance-Konzepte müssen gerade unter Bedingungen von Entgrenzung greifen. Bei politischen Maßnahmen auf den unterschiedlichsten Ebenen und von den unterschiedlichsten Akteuren ist demnach analog zum Gender-Mainstreaming über ein Familien-Mainstreaming nachzudenken.

Drittens ist in einer bewussten Gegenbewegung zur zunehmenden Ökonomisierung des gesamten Lebens der gesellschaftliche Diskurs um Lebensqualität und Zeitwohlstand auch im Hinblick auf die Bedeutung von Familie zu intensivieren. Dabei kann es nicht um die „eine“ richtige (familiäre) Lebensform gehen, sondern um ihre Vielfalt und begründete sowie ressourcengestützte Optionen auf weitestgehende Wahlfreiheit. Beispielsweise sind für die Gestaltung von Kinderbetreuungsarrangements sowohl Möglichkeiten für Ganztagsbetreuung in Krippen, Kindergärten und Schulen als auch für Tageseltern und Initiativen zu schaffen und – im Sinn der neuen „BürgerInnenarbeit“ – auch Non-Professionals in Betreuungsarrangements einzubeziehen. Eltern müs-

Drei Leitlinien für die Zukunftsfähigkeit von Familien sollten dabei Gültigkeit haben: die Ermöglichung von Vielfalt, von Geschlechtergerechtigkeit und von Zuwendung.

sen selber entscheiden können, was sie brauchen – dafür muss es aber tatsächlich ein breites und finanzierbares Angebot geben und die Möglichkeit, dieses z.B. über Betreuungsgutscheine auch wahrzunehmen. Ebenso wichtig wie quantitativ ausreichende unterschiedliche Angebote ist dabei ihre Qualität, um Kinder nicht gemäß den Anforderungen einer entgrenzten Erwerbswelt „weg“zuorganisieren oder rein funktional zu „bilden“.

Viertens muss das Caring-Konzept weiter gefasst werden. Fragen der Sorge und Versorgung in Familien richten sich – insbesondere vor dem Hintergrund entgrenzter Arbeitsbedingungen – nicht nur auf kleine Kinder, sondern auch auf Schulkinder²⁴, auf kranke Familienmitglieder und pflegebedürftige Eltern. Familienpolitik als Care-Politik umfasst deshalb mehr als Kinderpolitik, sie bezieht sich auf das gesamte Alters- und Generationengefüge.

Fünftens sind die Adressaten solcher Forderungen und die Akteure der anstehenden Veränderungen genau zu spezifizieren. Wenn Zuwendung, Erziehung und „Caring“ nicht den Marktgesetzen geopfert werden sollen, müssen neue gesellschaftliche Koalitionen gegründet werden, an denen sich neben Politikerinnen und Politikern von Bund, Ländern und Kommunen vor allem auch Unternehmerinnen und Unternehmer und Gewerkschafterinnen und Gewerkschafter, Personen aus Familien- und Wohl-

fahrtsverbänden, Initiativen und Vereinen beteiligen. Die Gestaltung einer Zukunft, in der Caring für Kinder, Kranke und Alte keine lästige Restgröße, kein Stress ist, sondern ein wichtiger und anerkannter Teil von Lebensqualität und gutem Leben, kann nur als gemeinsames Vorhaben gelingen. Dabei kommt der kommunalen Ebene eine herausgehobene Stellung zu, denn vor Ort gilt es, Vernetzungen und Synchronisationen von Betrieben, Behörden sowie Institutionen und engagierten Bürgerinnen und Bürger aktiv und im Dialog herzustellen. Hierfür können kommunale Familienaktionstage und im Idealfall kommunale oder auf Landkreisebene erstellte Familienberichte eine wichtige Anschubfunktion leisten, um die Aufmerksamkeit der Akteure zu wecken – längerfristig gesehen bedarf es dann allerdings regelmäßiger Foren wie kommunaler Bündnisse, um eine nachhaltige Politikgestaltung für Familien zu gewährleisten.

Anmerkungen

- 1 Zuerst erschienen in: DISKURS 3/2002 Studien zu Kindheit, Jugend und Gesellschaft, Deutsches Jugendinstitut e.V., München
- 2 Lüscher 2001
- 3 2001, S. 69
- 4 Krappmann 2003
- 5 Bauman 2000
- 6 Reese-Schäfer 1999
- 7 2002
- 8 Bertram 2002, S. 521
- 9 Ostner 1978
- 10 Honneth 2002
- 11 Reese-Schäfer 1999

Familienpolitik als Care-Politik umfasst deshalb mehr als Kinderpolitik, sie bezieht sich auf das gesamte Alters- und Generationengefüge.

- 12 2001, S. 65
- 13 Kleeman / Matuschek / Voß 2002
- 14 Voß / Pongratz 1998
- 15 Jurczyk 2002
- 16 Oechsle 2002
- 17 2002
- 18 Kiecolt 2003
- 19 Daly 2002
- 20 Stürzer 2002
- 21 Geissler 2002
- 22 2002
- 23 2002, S. 11
- 24 Kaplan / Davidson 2002

- Wie die Globalisierung unser Leben verändert. Frankfurt am Main 2001
- Hochschild, Arlie Russell: *The Time Bind: When Work Becomes Home and Home Becomes Work*. New York 1997 (deutsch: *Keine Zeit. Wenn die Firma zum Zuhause wird und zu Hause nur Arbeit wartet*. Opladen 2002)
- Honneth, Axel (Hrsg.): *Befreiung aus der Mündigkeit: Paradoxien des gegenwärtigen Kapitalismus*. Frankfurt am Main 2002
- Jurczyk, Karin: *Entgrenzungen von Zeit und Gender - Neue Anforderungen an die Funktionslogik von Lebensführung?* In: Margit Wehrich / Gerd. G. Voß (Hrsg.): *tag für tag. Alltag als Problem - Lebensführung als Lösung?* München 2002, S. 95-115
- Kaplan, Elaine B. / Davidson, Christopher: *Scheduling, Worrying and Stepping Up: Working Parents' Strategies for Providing Care to Middle-Class-School Children*. Berkeley: Center for Working Families. Working Paper, 2002
- Kiecolt, K. Jill: *Satisfaction With Work and Family Life: No Evidence of a Cultural Reversal*. In: *Journal of Marriage and Family* 65, 2003, 1, S. 23-35
- Kleemann, Frank / Matuschek, Ingo / Voß, Gerd Günter: *Subjektivierung von Arbeit. Ein Überblick zum Stand der soziologischen Diskussion*. In: Manfred Moldaschl / G. Günter Voß (Hrsg.): *Subjektivierung von Arbeit*. München 2002, S. 53-100
- Krappmann, Lothar: *Kompetenzförderung im Kindesalter*. In: *Aus Politik und Zeitgeschichte*, 2003, 9, S. 14-19
- Ludwig, Isolde et al.: *Managerinnen des Alltags. Strategien erwerbstätiger Mütter in Ost und West*. Berlin 2002
- Lüscher, Kurt: *Soziologische Annäherungen an die Familie*. Konstanz 2001

Literatur

- Barz, Heiner et al.: *Neue Werte. Neue Wünsche. Future Values. Wie sich Konsummotive auf Produktentwicklung und Marketing auswirken*. Düsseldorf 2001
- Bauman, Zygmunt: *Liquid Modernity*. Cambridge 2000
- Bertram, Hans: *Die multilokale Mehrgenerationenfamilie. Von der neolokalen Gattenfamilie zur multilokalen Mehrgenerationenfamilie*. In: *Berliner Journal für Soziologie* 12, 2002, 4, S. 517-529
- Bertsch, Frank: *Staat und Familien. Familien- und Kinderarmut in Deutschland*. In: *Aus Politik und Zeitgeschichte*, 2002, 22/23, S. 11-19
- Daly, Kerry: *Time, Gender, and the Negotiation of Family Schedules*. In: *Symbolic Interaction* 25, 2002, 3, S. 323-342
- Geissler, Birgit: *Die (Un-)Abhängigkeit in der Ehe und das Bürgerrecht auf Care. Überlegungen zur Gender-Gerechtigkeit im Wohlfahrtsstaat*. In: Karin Gottschall / Birgit Pfau-Effinger (Hrsg.): *Zukunft der Arbeit und Geschlecht. Diskurse, Entwicklungspfade und Reformoptionen im internationalen Vergleich*. Opladen 2002, S. 183-206
- Giddens, Anthony: *Entfesselte Welt*.

- Oechsle, Mechtild: Keine Zeit - (k)ein deutsches Problem? In: Arlie Russell Hochschild: Keine Zeit. Wenn die Firma zum Zuhause wird und zu Hause nur Arbeit wartet. Opladen 2002, S. VII-XVII
- Ostner, Ilona: Beruf und Hausarbeit. Die Arbeit der Frau in unserer Gesellschaft. Frankfurt am Main 1978
- Reese-Schäfer, Walter: Die seltsame Konvergenz der Zeitdiagnosen: Versuch einer Zwischenbilanz. In: Soziale Welt 50, 1999, 4, S. 433-448
- Stürzer, Monika: Auf dem Weg ins Erwerbsleben. In: Waltraud Cornelißen et al. (Hrsg.): Junge Frauen - junge Männer. Daten zu Lebensführung und Chancengleichheit. Opladen 2002, S. 19-87
- Voß, Gerd-Günter / Pongratz, Hans. J: Der Arbeitskraftunternehmer. In: Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie 50, 1998, 1, S. 31-58
- Wihstutz, Anne: Arbeit von Kindern. Überforderung oder Chance zur Entwicklung von Kompetenzen? In: Diskurs 12, 2002, 2, S. 34-38

Mechthild Veil

Der Staat soll es richten?

Erwartungshaltungen französischer Eltern an Familienpolitik¹

In Diskussionen um eine moderne Familienpolitik, die den Alltag von Familien erleichtern und die Kinderfreundlichkeit fördern hilft, richtet sich die öffentliche Aufmerksamkeit zunehmend nach Westen, nach Frankreich. Das Land mit der ältesten Tradition institutionalisierter Familienpolitik gilt gegenwärtig als best-practice-Beispiel für die Zukunft.

Familienpolitik – eine Angelegenheit des Staates

In Frankreich ist der Staat der Hauptakteur in der Familienpolitik. Familien, Betriebe und die Kirche spielen eine nur nachrangige Rolle. Während staatliche Interventionen in der Familienpolitik legitimiert sind, gilt dies weit weniger für betriebliches Engagement. Das ist umso erstaunlicher, weil die Arbeitgeber traditionsgemäß einen weit größeren finanziellen Beitrag zur Familienpolitik leisten als in Deutschland und in anderen Ländern der EU. Denn betriebliche Interessen gelten als Einzelinteressen, denen gegenüber ein gewisses gesell-

schaftliches Misstrauen entgegengebracht wird. In der Funktion eines Zahlmeisters akzeptiert die französische Gesellschaft sehr wohl betriebliche Familienpolitik, sie akzeptiert diese jedoch nicht als Taktgeber für den Familienalltag oder als Pädagoge ihrer Kinder. Hierin liegt ein großer Unterschied zu Deutschland. Diese gesellschaftlich akzeptierte Prioritätensetzung kommt in den jährlich durchgeführten Umfragen des Meinungsforschungsinstituts Crédoc und auch in einer speziellen EU-Umfrage 2001 zum Ausdruck (Letablier / Pennecc / Büttner 2003).² Diese Umfragen zeigen, dass Franzosen die Qualität öffentlicher Familienpolitik insbesondere daran messen, welchen Beitrag sie zur Vereinbarkeit von Beruf und Familie leistet und inwieweit sie das Alltagsleben der Familien erleichtern hilft. Familienpolitik wird nicht daran gemessen, ob sie Einfluss auf die Geburtenrate oder auf Familienformen zu nehmen sucht. Die Erwartungshaltung gegenüber dem Staat kommt in Äußerungen zum Tragen wie: „Nur vom Staat können wir Verbesserungen erwarten.“ – „Die Verantwortung des Staates ist normal, weil Kinder die Staatsbürger von morgen sind.“ – „Für kollektive Kinderbetreuung zahle ich Steuern. Das ist Bestandteil einer sozialen Demo-

In der Funktion des Zahlmeisters akzeptiert die französische Gesellschaft sehr wohl betriebliche Familienpolitik.

In der Frage, in welche Richtung zukünftig kindbezogene Familienpolitiken ausgebaut werden sollten - mehr Infrastruktur oder mehr Transferleistungen - haben sich Franzosen für das erstere entschieden.

kratie.“ Der Staat soll den allgemeinen, den gesellschaftlichen Willen verkörpern, Betriebskindergärten werden eher abgelehnt und zwar mit der Begründung: „Der Unternehmer ist nicht Papa oder Mama.“ Es besteht ein gewisses Misstrauen, dass Unternehmen die soziale Kontrolle über Familie und Privatleben erlangen könnten. Der Arbeitgeberverband (Medef) teilt durchaus diese Haltung und hält sich mit den betrieblichen Angeboten zurück. Die befragten Eltern beziehen sich auf den Staat und fordern von ihm mehr Krippenplätze, längere Öffnungszeiten der Krippen und eine flexiblere Anpassung der Betreuungsdauer an die Arbeitszeiten der Eltern, die nicht mehr „Standard“ sind. Das große Problem erwerbstätiger Eltern sind die „starren“ Öffnungszeiten der Einrichtungen. Weil die Arbeitszeiten in Frankreich stärker flexibilisiert sind als in Deutschland, greifen Eltern häufig auf die „flexibleren“ Tagesmütter zur Betreuung ihrer Kinder unter drei Jahren zurück.

In der Frage, in welche Richtung zukünftig kindbezogene Familienpolitiken ausgebaut werden sollten - mehr Infrastruktur oder mehr Transferleistungen - haben sich Franzosen für das erstere entschieden. Eine im Januar 2003 vom Forschungsinstitut CREDOC durchgeführte Umfrage zur Einstellung der Franzosen zur Familienpolitik und zu den Leistungen der Familienkassen fragte danach, welche Familienleistungen ihrer Meinung nach vorrangig erhöht werden sollten. Es wurde

auch die Frage gestellt, ob die Erhöhung der Familienleistungen Priorität haben sollte und ob Familienleistungen (für Kinder) überhaupt in Form von Geldbeträgen oder als kollektive oder private Dienstleistung gewährt werden sollten. Von den Befragten äußerten sich 66% für einen Ausbau der Dienstleistungen und 33% für eine Erhöhung der Geldleistungen. Diese starke Präferenz der Eltern für Dienstleistungen fand sich erstaunlicherweise in allen sozialen Schichten (Croutte/ Hatchuel 2001). Eine ähnliche Umfrage in Deutschland, die auf einer Initiative von McKinsey beruht, kommt im Mai 2002 zu ähnlichen Ergebnissen: 71% der befragten Mütter, die aus familiären Gründen ihre berufliche Tätigkeit eingeschränkt oder aufgegeben haben, sprachen sich für bessere Betreuungsmöglichkeiten aus, um wieder oder in stärkerem Umfang erwerbstätig sein zu können.

Wie ist es zu dieser Arbeitsteilung zwischen Staat und Familie in Frankreich gekommen? Was sind die Hintergründe dafür, dass sich Erziehende derart auf den Staat verlassen? Mehrere Faktoren und gewachsene Strukturen sind hierfür „verantwortlich“. Zu nennen ist vor allem eine staatliche und gegenüber den Religionen neutrale, also laizistische Familienpolitik.

Die Tradition einer laizistischen Familienpolitik

In der dritten Republik (1871-1940) bildete sich eine öffentliche und

laizistische Familienpolitik heraus. Sie löste nach und nach die bis dahin vorherrschende Familienpolitik eines sozialkatholisch geprägten Unternehmertums (patronat) ab, die sich im Zeitalter der Industrialisierung gegen aufkommende Klassenkämpfe richtete und gegen die Interessen des republikanischen und laizistischen Staates³ (Schultheis 1988). Die patronale Familienpolitik hatte eine lange Tradition und war beherrscht von bevölkerungspolitischen und moralethischen Argumenten (Lessenich/Ostner 1995).

In der Zwischenkriegszeit erklärte der Staat die bis dahin freiwilligen Familienleistungen der Unternehmer (in Form betrieblicher Familienkassen) zu obligatorischen und löste das sozialkatholische Unternehmertum als Träger der *politique familiale* im 20. Jahrhundert ab. Allerdings ist der finanzielle Beitrag der Arbeitgeber – sie finanzieren überwiegend die öffentlich-rechtlichen Familienkassen, aus denen die Familienleistungen bestritten werden – immer noch erstaunlich hoch.

Diese mit Beginn des 20. Jahrhunderts einsetzende Institutionalisierung einer staatlichen Familienpolitik fand ihren vorläufigen Höhepunkt nach dem 2. Weltkrieg. Auf Initiative der französischen Widerstandsbewegung gegen die deutsche Besatzung (Libération) und des damaligen Ministerpräsidenten de Gaulle wurde 1946 eine nationale Familienkasse (CNAF) als Zweig der Sozialversicherungen gegründet.

Familienpolitik gilt seitdem als Teil des durch den Staat zu organisierenden sozialen Schutzes (Letablier/ Pennec/Büttner 2003). Die Erwartungshaltung der Bevölkerung auf familienpolitische Hilfen richtet sich – wie die oben zitierten Interviews zeigen konnten – zunächst also an den Staat.

Die Gesellschaft hat sich im Laufe ihrer Geschichte auf eine staatliche Familienpolitik geeinigt, die weniger abhängig ist von betrieblichen Interessen und von parteipolitischen Allianzen. Französische Familienpolitik ist stärker politischen Kontinuitäten verpflichtet als in Deutschland. Das laizistische Grundverständnis verhindert, dass familienpolitische Initiativen zwischen weltanschaulichen und religiösen Interessen zerrieben werden. Unabhängig von der politischen Couleur der jeweiligen Regierungen, die Frankreich traditionsgemäß zwischen Rechts und Links wechselt – seit 1981 siebenmal (Martin 2000) – beruht französische Familienpolitik auf robusten institutionellen Regularien, wie den jährlich einberufenen Familienkonferenzen, und auf robusten Akteurskonstellationen. Die Akteure, die sich neben der Vielfalt von Familienverbänden aus einer zahlenmäßig kleinen „wohlfahrtsstaatlichen Elite“ von Absolventen der *Grandes Ecoles* zusammensetzen, garantieren einen gewissen Grad an Kontinuität. Auch in Zeiten der Rezession hat Familienpolitik höchste Priorität. Sie ist in der politischen Hierarchie ranghoch angesiedelt. Wesentliche Instrumente familienpoliti-

Die französische Gesellschaft hat sich im Laufe ihrer Geschichte auf eine staatliche Familienpolitik geeinigt, die weniger abhängig ist von betrieblichen Interessen und parteipolitischen Allianzen.

***Auch in Zeiten der
Rezession hat
Familienpolitik höchste
Priorität.***

scher Entscheidungsfindung sind beim Ministerpräsidenten angesiedelt, der z.B. die Familienkonferenzen einberuft. Wäre dies in Deutschland denkbar? Man stelle sich vor: Der Kanzler beruft jährlich eine aus Politik, Wissenschaft und Verbänden zusammengesetzte Familienkonferenz ein, die lange Zeit vorher in Arbeitsgruppen vorbereitet wurde, hält dort eine Rede und fühlt sich zudem noch an die Beschlüsse der Konferenz gebunden!

Weil französische Familienpolitik nicht als ein randständiger Bereich, als „Frauennische“ gilt, sondern mitten in der Gesellschaft verankert ist, kann sie politische Kraft entwickeln.

**Betriebliche Familienpolitik?
- Nur am Rande**

Lange Zeit haben die Sozialpartner, Betriebe und Gewerkschaften Anfang des 20. Jahrhunderts das Leitbild des Arbeitnehmers mit einer kinderreichen Familie gestützt. Vor allem das Unternehmertum beteiligte sich an familienpolitischen Initiativen. Betriebe förderten betriebliche Kinderbetreuungseinrichtungen und zahlten zumeist an die männlichen Familiernährer familienpolitische Lohnzuschläge (den sog. Familienlohn). Mit Gründung der Sozialversicherungen (1945) und der Familienkassen (1946), wurden viele familienpolitische Aufgaben vom patronat auf den Staat und auf die Sozialversicherungen übertragen, ohne dass

die Arbeitgeber aus ihrer Funktion als die wesentlichen Finanziers der Familienpolitik entlassen wurden. Sie tragen auch gegenwärtig noch den Großteil der Kosten, was in den eigenen Reihen nicht unumstritten ist. Interviews mit Arbeitgebern (Letablier/Pennec 2001) haben gezeigt, dass es für diese keine Selbstverständlichkeit mehr ist, eine Familienpolitik, die sich aus ihrer Zuständigkeit zu einer Angelegenheit des Staates entwickelt hat, weiterhin und beinahe ausschließlich zu finanzieren. Die Arbeitgeber wollen nicht mehr die ausschließlichen Finanziers sein, sich aber auch nicht in die Kinderbetreuung „einmischen“. Das soll Aufgabe des Staates sein, mit allen, auch finanziellen, Konsequenzen. Ein Vertreter des Arbeitgeberverbandes fasste seine zukünftigen Vorstellungen so zusammen: „Unbestritten ist es nur logisch, das Baby zukünftig dem Staat zu übergeben“ (Letablier/Pennec 2001, S. 20).

Gegenwärtig organisieren und finanzieren Betriebe über die Betriebskomitees (Einrichtungen ähnlich den deutschen Betriebsräten) Freizeitaktivitäten für Familien, z.B. für den schulfreien Mittwoch, und in den langen Schulferien sog. colonies de vacances. Sie gewähren auch Zuschüsse zur privaten Kinderbetreuung und für kommunale Dienstleistungen. Relativ neu sind betriebliche Elternurlaubsregelungen und elternfreundliche Zeitbudgets. Gegenüber staatlichen Initiativen sind die betrieblichen Handlungsfelder jedoch sehr einge-

schränkt, die Erwartungshaltung der Gesellschaft ihnen gegenüber bleibt zurückhaltend.

Förderung von Kindern - Hilfen zur Vereinbarkeit

Aus deutscher Sicht erstaunt immer wieder folgender Zusammenhang: Frankreich weist mit die höchste Geburtenrate in Europa auf (auf 100 Frauen im gebärfähigen Alter kommen 189 Kinder gegenüber 134 Kinder in Deutschland)⁴ und gleichzeitig eine höhere Erwerbsbeteiligung von Müttern⁵ (die Erwerbsquote von Müttern mit einem Kind unter 3 Jahren liegt in Frankreich bei 80,3% gegenüber 60,7% in Deutschland, für Mütter mit einem Kind unter 6 Jahren, liegt die Erwerbsquote in Frankreich bei 85,1% gegenüber 73,3% in Deutschland).⁶ Dieser nur scheinbare Widerspruch ist auch (aber nicht nur) auf die vielfältigen und großzügigen Hilfen des Staates in der Kinderbetreuung zurück zu führen. Der Staat stellt das Leistungsspektrum auch in finanziell angespannten Zeiten nicht zur Disposition; das gilt sowohl für rechte als auch für linke Regierungen. Das ist nur möglich, weil französische Familienpolitik auf breiten gesellschaftlichen Konsens stößt.

Die ältere Tradition der Familienpolitik ist auf die Förderung von Geburten ausgerichtet, während neuere Orientierungen mehr dem Abbau der Verein-

barkeitsproblematik verpflichtet sind. Diese geburtenfördernde Ausrichtung zeigt sich in einem sprunghaften Anstieg der Familienleistungen ab dem zweiten oder dritten Kind, z.B. in der Ausgestaltung des Kindergeldes, das bis 1980 nur Familien mit drei und mehr Kindern erhielten. Erst die Regierung Mitterand führte das Kindergeld ab dem zweiten Kind ein, für das erste Kind wird auch gegenwärtig quasi noch kein Kindergeld gezahlt (aber diskutiert).

Familienleistungen mit geburtenfördernden Anreizen bestehen überwiegend aus monetären Leistungen, die die finanzielle Situation kinderreicher Haushalte stärken sollen, auch dann, wenn die Kinder längst nicht mehr im Haushalt der Eltern leben, so z.B. eine zehnpromtente Rentenaufstockung für Versicherte mit drei und mehr Kindern. Diese natalistisch orientierten Leistungen erhalten seit den 1970er Jahren Konkurrenz durch Familienleistungen, die auf eine leichtere Vereinbarkeit von Beruf und Familie zielen und damit helfen sollen, das Zusammenleben erwerbstätiger Eltern mit ihren Kindern zu erleichtern:

Familienleistungen

- Kleinkindbeihilfe

Ab dem fünften Schwangerschaftsmonat bis zur Vollendung des dritten Lebensjahres des Kindes. Pro Familie

Frankreich weist mit die höchste Geburtenrate in Europa auf und im Vergleich mit Deutschland eine höhere Erwerbsbeteiligung von Müttern.

... zum einen finanzielle Subventionierung von Tagesmüttern für häusliche Betreuung und zum anderen Bereitstellung öffentlicher Strukturen.

wird nur eine Kleinkindbeihilfe gezahlt.

- **Beihilfe zur häuslichen Kinderbetreuung**

Für Kinder unter sechs Jahren. Die Betreuung findet im eigenen Haushalt statt, mindestens ein Elternteil muss berufstätig sein.

- **Beihilfe zur Beschäftigung einer Tagesmutter**

Für Kinder unter sechs Jahren. Die Betreuung findet in der Wohnung der Tagesmutter statt.

- **Beihilfe für Alleinerziehende**

Ein nach der Kinderzahl gestaffeltes Grundeinkommen für Geringverdienende.

- **Mutterschaftsurlaub**

Er beträgt insgesamt 16 Wochen, ab der dritten Geburt 26 Wochen. Zahlung eines Lohnersatzgeldes in Höhe des Nettolohns der letzten drei Monate vor dem Mutterschaftsurlaub.

- **Vaterschaftsurlaub** (ab 01.01.2002)

Insgesamt 14 Tage. Zahlung eines Lohnersatzentgeltens wie beim Mutterschaftsurlaub.

- **Beihilfe zum Schuljahrsbeginn**

Ein einkommensabhängiger Pauschalbetrag.

- **Sondererziehungsbeihilfe** für behinderte Kinder.

- **Öffentliche Krippen**

Für Kinder von 6 Monaten bis 3 Jahren.

- **Kinderschulen** (écoles maternelles) für 3- bis 6-jährige Kinder.

Für berufstätige Eltern ist die duale staatliche Förderung der Kinderbetreuung interessant und kann als best-practice-Beispiel für Deutschland betrachtet werden: Zum einen die finanzielle Subventionierung von Tagesmüttern für häusliche Betreuung (sie soll weiter ausgebaut werden) und zum anderen die Bereitstellung öffentlicher Strukturen (Krippen und écoles maternelles) (Veil 2004a). So haben Eltern tatsächlich eine Wahlfreiheit, weniger zwischen Beruf oder Familie, was viele Französisinnen gar nicht anstreben, als in der Entscheidung für eine bestimmte Form staatlich geförderter Kinderbetreuung. So optieren leitende Angestellte mit langen Arbeitszeiten häufig für das zeitlich flexiblere Tagesmutter-Modell während Haushalte mit mittleren und niedrigeren Einkommen öffentliche Einrichtungen wie Krippen bevorzugen, weil sie preisgünstiger sind. Familien wiederum in ländlichen Regionen, in denen Krippenplätze rar sind, müssen auf subventionierte Betreuungspersonen zurückgreifen.

Diese Vielfalt staatlicher Hilfen in der (Klein-)Kindbetreuung erleichtert es Müttern, erwerbstätig zu sein, ohne dass sie diskriminiert werden, ohne dass ihnen der Spaß an einer Berufstätigkeit genommen wird. Vielleicht ist deshalb der Kinderreichtum in Frankreich größer, vielleicht haben deshalb, anders als in Deutschland, dort

auch Angehörige bildungsnahe Schichten Kinder. Hoch qualifizierte Frauen in Forschung und Politik haben häufig mehrere Kinder, ohne dass dies ihrem öffentlichen Ansehen und ihrer Karriere schaden würde. Beeindruckt schauen Frauen in Deutschland z.B. auf französische Politikerinnen: Die ehemalige sozialistische „Superministerin“ für Arbeit und Soziales, Elisabeth Gouigou, hat vier Kinder, die berufstätige Ehefrau des Landwirtschaftsministers Hervé Gaymard der konservativen Regierung acht Kinder, die sie in ihrer Wohnung im Landwirtschaftsministerium mittags bewirten lässt, und die ehemalige sozialistische Umwelt-, Unterrichts- und Familienministerin, Ségolène Royale, die bei den Regionalwahlen im März 2004 den Wahlkreis des Premierministers Jean-Pierre Raffarin für die Sozialisten „eroberte“, hat vier Kinder. Weil niemand mehr den Französischen ihr Recht auf einen Beruf in Frage stellt, wie die Familiensoziologen François de Singly und vor allem Jeanne Fagnani immer wieder betonen, können sie sich dem Nachwuchs und der Familie zuwenden.

Die Erwerbsquoten französischer Mütter⁷ liegen, unabhängig von der Kinderzahl und vom Alter des jüngsten Kindes, immer über denen in Deutschland (West und Ost). Mütter in Frankreich reduzieren ihre Erwerbsbeteiligung erst mit der Geburt des dritten Kindes. Aber auch mit drei Kindern sind französische Frauen noch stärker auf dem Arbeitsmarkt vertreten als Frauen in Deutschland. In Frankreich (wie auch in den skan-

dinavischen Ländern) ist es also, dank staatlicher Hilfen, durchaus möglich, Mutterschaft mit Berufstätigkeit und Berufsorientierung zu verbinden. Auch wenn die Ursachen hierfür vielfältig sein mögen und eindimensionale Erklärungsmuster abzulehnen sind, so hat doch international vergleichende Forschung eine Korrelation zwischen den Möglichkeiten zur Vereinbarkeit von Beruf und Familie und der Geburtenfreudigkeit in einem Lande feststellen können (Jenson/Sineau 2001).

Neue Akzente der Regierung Raffarin

Die Regierung Raffarin hält an einer finanziell aufwändigen Familienpolitik fest, obgleich sie in anderen Politikfeldern, wie dem Rentenrecht und demnächst auch im Gesundheitswesen, der Bevölkerung drastische Sparprogramme zumutet. In der im Jahre 2003 verabschiedeten Rentenreform, die für alle Versicherten zu Leistungseinbußen führt (Veil 2004b), sind familienpolitische Rentenleistungen (wie z.B. die Rentenaufstockung für kinderreiche Eltern) nicht reduziert worden. Einige Familienleistungen hat die Regierung sogar noch ausgeweitet: Z.B. ist der Erziehungsurlaub für Väter und Angestellte des öffentlichen Dienstes von ein auf zwei Jahre, in Anlehnung an die Regelungen in der Privatwirtschaft, aufgestockt worden.

Hoch qualifizierte Frauen in Forschung und Politik haben häufig mehrere Kinder, ohne dass dies ihrem öffentlichen Ansehen und ihrer Karriere schaden würde.

Französische Familienpolitik fällt im europäischen Vergleich durch politische Kontinuitäten und durch finanzielle und mentale Robustheit auf.

Neue Akzente setzte die Raffarin-Regierung auf der Familienkonferenz im April 2003:

- Umsteuern in der betrieblichen Familienpolitik (eine stärkere Beteiligung der Arbeitgeber);
- Einführung einer Geburtenprämie für Mütter;
- Anreize (Steuererleichterungen) für häusliche Kinderbetreuung, „Erziehung durch Eltern“ und für einen zeitweisen Berufsausstieg von Frauen;
- Anreize für vermehrte Teilzeit;
- ein Kindergeld ab dem ersten Kind wird geprüft.

Fazit

Französische Familienpolitik fällt im europäischen Vergleich durch politische Kontinuitäten und durch finanzielle und mentale Robustheit auf. Dieses Politikfeld ist in der Mitte der Gesellschaft angesiedelt, es wird durch „hochrangige“ politische Akteure und mit Hilfe institutionell verankerter Instrumentarien verteidigt. Ziel der Familienpolitik ist es einen Kinderwunsch realisieren zu helfen, ohne dass Frauen sich - zeitweise oder längerfristig - vom Berufsleben verabschieden müssen. Der Fokus liegt auf dem Kindeswohl, Leitbilder sind die erwerbstätige Mutter und die kinderreiche Familie.

Das Beispiel Frankreich zeigt, dass Kinderreichtum und die Er-

werbstätigkeit von Frauen keine Gegensätze sein müssen, weder auf der Ebene der Leitbilder noch in der Praxis. Eine Modernisierung der Sozial- und Familienpolitik, von der hierzulande ständig geredet wird, ist ohne Anpassung der Leitbilder an den gesellschaftlichen Wandel nicht denkbar.

Allerdings haben auch Frauen in Frankreich zunehmend Probleme, sich auf dem Arbeitsmarkt zu halten, ohne in Zeitarbeitsverträge und in Niedriglohnbereiche abgedrängt zu werden, wofür in Frankreich Teilzeitarbeit steht. Auf der einen Seite nimmt die Arbeitslosigkeit von Frauen zu, auf der anderen Seite Überbelastung derjenigen, die Arbeit haben. Das Zeitbudget für Familienleben wird knapp, worunter vor allem Frauen leiden, die in Frankreich, trotz Erwerbstätigkeit, beinahe ausschließlich für die „Familienbelange“ zuständig sind. Der Mangel an verfügbarer Zeit ist das Problem berufstätiger Mütter, das auch auf europäischer Ebene brisant zu werden droht. Leider liegen zu diesen neuen Problemen einer „gelungenen“ Vereinbarkeitspolitik noch wenige Forschungsergebnisse vor - geschweige denn politische Handlungsstrategien, die ernsthaft diskutiert werden.

Anmerkungen

- 1 Der Beitrag beruht im wesentlichen auf einem Artikel, der in den KAS/ Auslandsinformationen 1/2004 erschienen ist.
- 2 Die Untersuchung basiert in Frankreich auf 42 qualitativen Interviews mit Familien, die nach den Kriterien Alter, soziale Zugehörigkeit und Familienstand ausgesucht wurden, und zwar nach einem einheitlichen Befragungsmuster in acht EU-Mitgliedsländern und drei Kandidatenländern, durchgeführt von dem Netzwerk der EU-Kommission Iprosec mit dem Ziel, die Erwartungen, die Familien gegenüber „ihrer“ öffentlichen Familienpolitik hegen, vergleichen zu können.
- 3 Im Jahre 1905 wurde auf gesetzlichem Wege die Trennung von Kirche und Staat erwirkt.
- 4 Daten aus dem Jahr 2000 nach Eurostat.
- 5 Die Erwerbsquoten der Frauen ohne Kinder liegen mit 83,9% in Deutschland über denen der Französinen (79%), siehe Eurostat, Europäische Sozialstatistik, Luxemburg 2000.
- 6 Daten nach Eurostat, Europäische Sozialstatistik, Luxemburg 2000.
- 7 Die Erwerbsquoten der Frauen in Frankreich insgesamt liegen allerdings ein wenig unter denen in Deutschland.

Literatur

- Croutte, Patricia /Hatchuel, Georges (2001): Les attentes des Français en matière de loutien aux familles, in: Recherches et Prévisions, Heft 63, S. 105.
- Ehmann, Sandra (1999): Familienpolitik in Frankreich und Deutschland - ein Vergleich. Frankfurt a.M.
- Fagnani, Jeanne; Letablier, Marie-Thérèse (2002): Die französische Politik der Kleinkindbetreuung in den Fängen der Beschäftigungspolitik. In: Feministische Studien, Heft 2, S. 199-213.
- Jenson, Jane/Sineau, Mariette (2001): Kleinkindbetreuung und das Recht von Müttern auf Erwerbstätigkeit. Neues Denken im krisengeschüttelten Europa. In: Feministische Studien, Heft 1, S. 21-34.
- Lessenich, Stephan; Ostner, Ilona (1995): Die institutionelle Dynamik „dritter Wege“ - Zur Entwicklung der Familienpolitik in „katholischen“ Wohlfahrtsstaaten am Beispiel Deutschlands und Frankreichs. In: Zeitschrift für Sozialreform, Heft 11/12, S. 780-803.
- Letablier, Marie-Thérèse/Pennec, Sophie (2001): L'action publique en direction des familles en France. Rapport intermédiaire. Contribution de la France au rapport d'étape de la recherche IPROSEC (Improving Policy Responses and Outcomes to Socio-Economic Challenges: Changing Family Structures : Policy and Practice).
- Letablier, Marie-Thérèse/Pennec, Sophie/Büttner, Olivier (2003): Opinions, attitudes et aspirations des familles vis-à-vis de la politique familiale en France. Rapport de recherche No 9. Online: abgerufen im Juni 2003 über: www.cee-recherche.fr
- Ministère délégué à la Famille (ed.) (2003): Prestation d'accueil du jeune enfant. Rapport du groupe de travail. Online: www.famille.gouv.fr

- [fr/doss_pr/conf_famille03/sommaire.htm](#)
- Schultheis, Franz (1988): Sozialgeschichte der französischen Familienpolitik. Frankfurt a.M., New York.
- Veil, Mechthild (2004a): Frankreich. Erklärt die gesellschaftliche Verankerung französischer Familienpolitik die steigenden Geburtenraten und die hohe Müttererwerbstätigkeit? In: KAS/Auslandsinformationen, H.1, S. 4-25.
- Veil, Mechthild (2004b): Zukunft der Alterssicherung: Rentenpolitik und Rentenreformen in Frankreich und Deutschland. In: Wolfgang Neumann (Hrsg.): Welche Zukunft für den Sozialstaat? Reformpolitik in Frankreich und Deutschland. Wiesbaden.

Christina Klenner, Svenja Pfahl, Stefan Reuyß

Flexible Arbeitszeiten aus Sicht von Eltern und Kindern¹

Erwerbstätige Eltern sind herausgefordert, Arbeitszeiten, Kinder- und Familienzeiten so auszubalancieren und zu koordinieren, dass ein funktionsfähiges alltägliches Zeitgefüge entsteht. In diesem Beitrag werden Ergebnisse von Interviews mit Eltern, deren Arbeitszeiten flexibel sind und die Arbeitszeitkonten führen, sowie von Interviews mit Kindern einiger dieser Eltern vorgestellt. Besonders im Blick sind Formen des „Time Sharing“ zwischen Müttern und Vätern als innovative Formen des Umgehens mit dem Zeitproblem. Es zeigt sich, dass flexible Arbeitszeiten nicht in allen Familien die gleichen Folgen auf die Vereinbarkeit von Beruf und Familie haben; ihr Einfluss entsteht erst im Zusammenhang der jeweiligen Familiensituation und der Vorstellungen der Eltern von Familienleben und Kindheit. Trotz aller Differenzen werden einige übergreifende positive wie auch negative Auswirkungen erkennbar.

Einleitung

Arbeitszeiten sind in den letzten Jahren zunehmend flexibilisiert worden und weichen immer häufiger in Dauer, Lage und Vertei-

lung von der Normalarbeitszeit ab. Wie wirkt sich das auf die Zeit aus, die erwerbstätige Eltern und Kinder im Alltag miteinander haben? Hierzu gibt es in Deutschland bisher kaum Forschungsergebnisse. Die sozialen Auswirkungen der Arbeitszeitflexibilisierung auf das Alltagsleben von Familien werden zwar unterschiedlich bewertet, unstrittig ist jedoch, dass damit die Fähigkeit der Eltern zur Abstimmung und Absicherung von Familienleben verstärkt gefordert wird. Ob flexiblere Arbeitszeiten die Vereinbarkeit von Beruf und Familie generell erleichtern oder erschweren, kann so allgemein nicht beantwortet werden. Antworten müssen auf Unterschiede in Arbeitszeitformen wie auch in familialen Bedingungen eingehen.

Im Projekt „Blockfreizeiten und Sabbaticals. Zeitverteilungsmuster im Spannungsverhältnis von Arbeitszeiten, Kinderzeiten und Familienzeiten“² sind wir der Frage nachgegangen, wie sich flexible, ungleichmäßig verteilte Arbeitszeiten auf das Alltagsleben von Familien mit Zweiverdienen-Elternpaaren auswirken. In Fallstudien haben wir Prozesse familialer Zeitabstimmung sowie zeitliche Ansprüche von Eltern und Kindern untersucht. Welche konkreten Balanceleistungen

Inwiefern wollen und können Eltern die Arbeitszeitflexibilität zugunsten ihrer Familie nutzen?

erbringen erwerbstätige Eltern, um Arbeits-, Kinder- und Familienzeiten zu einem funktionsfähigen Ganzen zusammenzubinden? Wie schafft sich jede Familie ihr alltägliches Zeitgefüge? Uns interessierte insbesondere, wie diese Eltern Zeiten für die Familie unter den Bedingungen flexibler Arbeitszeiten absichern, und inwiefern sie die Arbeitszeitflexibilität zugunsten ihrer Familie nutzen wollen und können.

Dazu haben wir 28 ausführliche Interviews mit abhängig Beschäftigten sowie zehn Interviews mit Kindern aus deren Familien geführt. Ergänzt wurden diese Interviews durch Interviews mit Expertinnen und Experten, eine quantitative Betriebsbefragung zur Verbreitung von Sabbaticals in Deutschland³ und Sekundärauswertungen amtlicher Statistiken zu Einzelfragen. 24 Interviewpartnerinnen und -partner unter den insgesamt 28 befragten Beschäftigten

- waren abhängig Beschäftigte mit einer vertraglichen Arbeitszeit von mindestens 30 Stunden in der Woche,
- lebten mit Kindern zusammen,
- verfügten über ein Arbeitszeitkonto und damit über die Möglichkeit, ihre Arbeitszeiten (mindestens gelegentlich) ungleichmäßig zu verteilen.

Die Interviews mit diesen Eltern bilden den Kern der Studie. Vier weitere Interviews mit drei Singles und einem Beschäftigten mit einem gleichgeschlechtlichen Partner ohne Kind wurden

kontrastierend berücksichtigt. Die qualitativen Interviews mit den Eltern dauerten zwischen 60 und 180 Minuten und waren orientiert an den Verfahren des „episodischen Interviews“ (Flick 1995) und des „problemzentrierten Interviews“ (Witzel 1989, 2000). Der Zugang zu den Eltern erfolgte über sechs ausgewählte Betriebe: Ein Krankenhaus, zwei Industriebetriebe (Süßwarenproduktion, Stahlerzeugung), einen Wohlfahrtsverband und zwei öffentliche Verwaltungen. Die meisten dieser Betriebe hatten sich schon seit längerem um eine Verbesserung der Vereinbarkeit von Beruf und Familie bemüht. Sie können in dieser Hinsicht als eine positive Auswahl gelten. Das Altersspektrum der befragten Eltern reicht von 25 bis 55 Jahren, die meisten waren zwischen 30 und 49 Jahren alt. Es handelt sich um 14 Frauen und zehn Männer. 20 Befragte sind verheiratet, vier Mütter sind allein erziehend. Befragt wurden 15 Angestellte, sieben Arbeiterinnen und Arbeiter und zwei Beamtinnen. Das berufliche Spektrum reicht von der angelernten Bandarbeiterin bis zur Ärztin, die Mehrheit der Interviewpartnerinnen und -partner verfügt über eine mittlere berufliche Qualifikation als Facharbeiter/in (sechs Befragte) oder mittlere/r Angestellte/r (acht Befragte).

Ergänzend haben wir acht Mädchen und zwei Jungen im Alter von sechs bis 15 Jahren aus sechs dieser Familien jeweils etwa eine Stunde lang befragt. Acht Kinder besuchen die Grundschule, zwei

das Gymnasium. Zentrale Themen der Kinderinterviews waren Zeitstrukturen, aktive Zeitgestaltung, Zeitbedürfnisse und Zeitwünsche der Kinder sowie die Sicht der Kinder auf die innerfamiliäre Abstimmung von Zeiten.

In diesem Beitrag wird zunächst dargestellt, wie sich mit der Einführung von Arbeitszeitkonten die Arbeitszeiten von Beschäftigten verändern. Anhand des empirischen Materials wird nachgezeichnet, wie in den untersuchten Familien Zeit organisiert und gestaltet wird, um ein alltagstaugliches Zeitgefüge herzustellen. Vertiefend wird anschließend das komplexe Zeitmanagement einer speziellen Gruppe doppelt erwerbstätiger Eltern vorgestellt. Abschließend wird über die Sicht der befragten Kinder auf flexible elterliche Arbeitszeiten berichtet.

Arbeitszeiten heute – veränderte Bedingungen für die Beschäftigten

In den letzten zwei Jahrzehnten kam es zu einem massiven Flexibilisierungsschub der Arbeitszeiten, der durch die Zunahme von Wochenendarbeit, Teilzeitarbeit, Gleitzeit, Arbeit am Abend und in der Nacht sowie dem Ansteigen von Schichtarbeit gekennzeichnet ist. Nachdem zunächst die Flexibilisierung der Dauer und Lage der Arbeitszeit im Mittelpunkt stand, wird derzeit – insbesondere durch die Einführung von Arbeitszeit-

konten – eine ungleichmäßige Verteilung der Arbeitszeiten auf der Zeitachse möglich gemacht. Dabei kann innerhalb festgelegter Grenzen die tatsächliche Arbeitszeit von der vereinbarten nach oben oder unten abweichen. Die so entstehende Differenz wird in Form von Zeitguthaben bei Mehrarbeit bzw. Zeitschulden bei geringerem Arbeitszeitvolumen auf einem Arbeitszeitkonto bilanziert. Die Guthaben bzw. Schulden können entsprechend der jeweiligen Kontenregelung zu einem späteren Zeitpunkt ausgeglichen werden. In der Praxis bedeutet dies, dass die Beschäftigten zum Teil länger und zu Zeiten arbeiten, die normalerweise keine Arbeitszeiten sind. Sie haben dafür freie Zeiten, wenn andere Beschäftigte mit traditioneller Arbeitszeitlege arbeiten müssen. Je nach Kontenform und Kontoführung reicht ein solcher Zeitausgleich von einzelnen freien Stunden bis zu mehrmonatigen Freiphasen.⁴ Einzelne in die Arbeitswoche eingestreute freie Tage sind in der Praxis zum Beispiel als „Gleittage“ oder „Arbeitszeitverkürzungstage“ bekannt. Teilweise bieten die Kontenregelungen auch die Möglichkeit zu „Blockfreizeiten“, bei denen mehrere Tage am Stück frei genommen werden können. Wird längerfristig auf einem Arbeitszeitkonto Zeit angespart, kann die Arbeitszeit auch in einer längeren erwerbsarbeitsfreien Zeitphase, dem „Sabbatical“ oder „Sabbatjahr“ (auch „Langzeiturlaub“ genannt), ausgeglichen werden.⁵

In den letzten zwei Jahrzehnten kam es zu einem massiven Flexibilisierungsschub der Arbeitszeiten.

Mit Arbeitszeitkonten hat sich ein „tiefgreifender Modellwechsel“ in der Arbeitszeitgestaltung vollzogen, der die Spielräume für eine flexible Arbeitszeitverteilung vergrößert.

Mit Arbeitszeitkonten hat sich ein „tiefgreifender Modellwechsel“ (Seifert 2001) in der Arbeitszeitgestaltung vollzogen, der die Spielräume für eine flexible Arbeitszeitverteilung vergrößert. Allein zwischen 1998 und 2001 hat sich der Anteil der Betriebe mit Arbeitszeitkonten fast um die Hälfte erhöht: Während 1998 erst 19% der Betriebe Arbeitskonten eingeführt hatten, waren es 2001 29% der Betriebe. Und während 1998 für 33% der Beschäftigten ein Arbeitszeitkonto geführt wurde, erhöhte sich der Anteil 2001 auf 40% aller abhängig Beschäftigten (Bauer u.a. 2002; Bundesmann-Jansen, Groß & Munz, 2000).

Die von uns befragten Eltern arbeiten ausnahmslos in Betrieben, in denen Arbeitszeitkonten für die Beschäftigten geführt werden. Alle Eltern verfügen über ein solches Konto. Die Konten dienen dem Ausgleich für geleistete Arbeit am Wochenende (Krankenhaus, Industriebetrieb) oder für saisonbedingt verstärkt anfallende Überstunden (Wohlfahrtsverband, Kreisverwaltung), zum Teil sind sie Bestandteil der geltenden Gleitzeitregelung (Kreisverwaltung, Wohlfahrtsverband, Verwaltung) oder Teil eines voll kontinuierlichen Schichtmodells (Industriebetrieb). Diese Vielfalt der Kontenformen ist typisch für Arbeitszeitkonten in Deutschland. Am verbreitetsten sind „Überstundenkonten“, auf denen Mehrarbeit angesammelt und in Freizeit ausgeglichen wird. An zweiter Stelle stehen „Gleitzeitkonten“, bei denen der tägliche

Arbeitsbeginn und das tägliche Arbeitsende innerhalb gewisser Spannen selbst bestimmt werden kann. In den letzten Jahren sind verstärkt „Konten aus schwankender Arbeitszeitverteilung“ eingeführt worden, bei denen die tatsächliche und vertragliche bzw. tarifliche Arbeitszeit nur innerhalb eines längeren Zeitraums deckungsgleich sind. Innerhalb dieser Zeiträume (z.B. ein Jahr) kann die tatsächliche Arbeitszeit von der vertraglichen bzw. tariflichen nach oben oder unten abweichen. Daneben gibt es noch „Sonstige Kontenmodelle“, wie zum Beispiel Ansparkonten, die eine längere Freistellung (Sabbatical) während der Erwerbsbiographie ermöglichen, oder Konten, auf denen Stunden für Altersteilzeitmodelle angespart werden, die dann ein früheres Ausscheiden aus dem Erwerbsleben unterstützen.

Vor- und Nachteile flexibler Arbeitszeiten für Eltern

Die Arbeitszeiten der Eltern sind ein wichtiger Taktgeber für die Zeitgestaltung von Familien, doch bestimmen sie die Gestaltung der familialen Zeiten weder allein noch unmittelbar. Neben den Arbeitszeiten haben weitere Bedingungen Einfluss auf die gemeinsame Lebensführung der Familie und auf die familiäre Zeitgestaltung. Dazu gehören das jeweilige Paar- und Familienkonzept, das Konzept der Eltern von Kindheit und Erziehung, die

außerfamilialen Betreuungsmöglichkeiten der Kinder und auch räumliche und infrastrukturelle Bedingungen des Wohnumfeldes. Diese Faktoren bilden ein in-einander greifendes Geflecht von Bedingungen und Ansprüchen für das Zusammenleben, das wir als familiales Grundarrangement bezeichnen. Die Erwerbsarbeitszeiten der Eltern spielen dabei eine besonders wichtige Rolle, wirken aber nicht unmittelbar. Sie werden vielmehr im Zusammenhang des familialen Grundarrangements erst noch „übersetzt“. Daher muss die Frage, wie sich Arbeitszeitkonten, Samstagsarbeit, Überstunden oder andere flexible Arbeitszeiten auf die familiäre Zeitgestaltung auswirken, für unterschiedliche Familien mit verschiedenen familialen Grundarrangements differenziert beantwortet werden. Es ist durchaus möglich, dass Arbeitszeiten, die auf den ersten Blick als „familienunfreundlich“ erscheinen, in der einen Familie relativ unproblematisch verarbeitet werden, während solche, die im allgemeinen als relativ „harmlos“ angesehen werden, das Familienleben und die Versorgung der Kinder nachhaltig stören können. Bei Alleinerziehenden mit vollzeitiger oder vollzeithäufiger Erwerbstätigkeit, in Familien, in denen beide Eltern vollzeitlich oder vollzeithäufig arbeiten, wenn ein Kind behindert ist oder auch bei sehr langen Wegezeiten ist das Zeitgefüge des Alltags besonders angespannt. Arbeitszeitveränderungen können sich dann dramatisch auf den Familienall-

tag auswirken. Der Mangel an Kinderbetreuungseinrichtungen sowie deren eingeschränkte Betreuungszeiten – auf die wir hier nicht eingehen – vergrößern die Schwierigkeiten erheblich. Solche Familien sind auf planbare und eher gleichmäßige Verteilung von Arbeitszeiten besonders angewiesen. Die möglichen Vorteile einer ungleichmäßigen Arbeitszeitverteilung, etwa im Rahmen von Arbeitszeitkonten, können sie manchmal gar nicht in Anspruch nehmen.

Fast alle von uns befragten Eltern können ihre Arbeitszeitverteilung dank der Zeitkonten besser an die Zeitbedarfe der Familie anpassen. Ziel der Beschäftigten mit Kindern ist eine Art „flexible Stabilität“ in der Arbeitszeitgestaltung. Dank ihrer Arbeitszeitkonten verfügen sie über die Möglichkeit zu einer stärker selbst verfügbaren Variabilisierung von Arbeitsbeginn und -ende und über die Möglichkeit, sich bei Bedarf kurzfristig freie Stunden oder Tage zu nehmen, sofern dem keine betrieblichen Belange entgegen stehen.

Frau Talbaum, Mutter einer einjährigen Tochter, die als Facharbeiterin in einem Industriebetrieb Vollzeit arbeitet, sammelt die bei ihr saisonbedingt anfallenden Überstunden mitunter zu größeren Zeitguthaben an, die sie dann in kleineren Freizeiteinheiten wieder entnimmt. Sie findet ihr Arbeitszeitkonto „sehr praktisch. Man hat immer ein bisschen Spielraum, wenn denn wirklich mal was ist.“

Ziele beim Einsatz flexibler Arbeitszeiten sind die Etablierung eines regelmäßigen zeitlichen Grundmusters sowie das Offenhalten der Möglichkeit zu spontaner Reaktion auf wechselnde und besondere Zeitbedürfnisse der Kinder.

Die untersuchten Eltern setzen flexible Arbeitszeiten und die damit verbundenen eigenen Gestaltungsspielräume für zweierlei Ziele ein. Einerseits geschieht das zur Etablierung eines regelmäßigen zeitlichen Grundmusters, um gleich bleibende familiäre Zeitbedürfnisse und Gewohnheiten überhaupt erst abzusichern. Manche Eltern beginnen im Rahmen von Gleitzeit morgens möglichst früh mit der Arbeit, um nachmittags möglichst zeitig nach Hause zurückzukehren. Einige kommen gezielt später zur Arbeit, da sie ihre Kinder morgens mit dem Auto zur Schule zu fahren. Andere nutzen Gleitzeit, um zum Mittagessen mit den Kindern nach Hause zu gehen. Flexible Arbeitszeiten machen es auch möglich, Kinder von und zu Aktivitäten zu begleiten, die an verschiedenen Wochentagen zu je eigener Zeit stattfinden.

Frau Wiese, allein erziehende Mutter eines neunjährigen Sohnes, beendet ihre Vollzeittätigkeit in einer Verwaltung zu wechselnden Zeiten, die abgestimmt sind auf die Termine ihres Sohnes. Donnerstags nutzt sie die Gleitzeit, um etwas früher zu gehen und den Sohn vom Klavierunterricht abzuholen, mittwochs arbeitet sie länger und holt danach den Sohn vom Taek-Won-Do-Kurs ab.

Ebenso nutzen Eltern flexible Arbeitszeiten, um auf wechselnde und besondere Zeitbedarfe der Kinder spontan reagieren zu können. Bedarf dafür entsteht etwa weil der Kindergarten überraschend wegen „Läusealarm“

geschlossen hat oder kurzfristig wichtige Termine eingehalten werden müssen.

Frau Nelken: *„Dem Jungen ist die Zahnsperre durchgebrochen. ... Und dann die Termine so zu legen, dass die Sperre hingebacht werden muss und wieder abgeholt werden kann und repariert ... Und da ist das wieder günstig, um auf die Arbeitszeit zu kommen, dass man eben flexibel hier ist.“*

Auch bei kurzfristiger Erkrankung der Tagesmutter oder Terminen in der Schule, wie z.B. Elternsprechtagen, entlastet es Eltern, wenn sie spontan auf Zeitguthaben ihres Arbeitszeitkontos zurückgreifen können, um sich frei zu nehmen:

Frau Schlehe berichtet, wie sie kurzfristigen Unterrichtsausfall ihrer behinderten 16-jährigen Tochter aufgrund von Schulkonferenzen auffängt: *„... dann muss ich mich mit meinem Mann absprechen ... dann fluche ich drei bis vier Mal und dann wird überlegt, nimmst du frei oder ich?“*

Zeitguthaben werden von Eltern auch dafür genutzt, an einem Sportereignis des Kindes oder an einer Theateraufführung, an der es mitwirkt, teilzunehmen. Auch wenn das Kind etwa bei Schulwechsel, bei Streit mit Klassenkameraden oder bei Liebeskummer besondere Zuwendung braucht, können Eltern im Rahmen ihrer Arbeitszeitkonten darauf reagieren:

Frau Wiese: *„Ja, das ist auch schon mal vorgekommen, dass die Schule angerufen hat, dass*

ich dann mal hin musste. Ja. Das habe ich dann auch gemacht ... Wenn jetzt da ein kleines Drama, ja, und dann musste ich dann dahin.“

Auch bei längerfristigen besonderen Betreuungsbedarfen von Kindern können Beschäftigte auf ihre Arbeitszeitkonten zurückgreifen. Für Phasen der Ein- oder Umschulung, Umzug der Familie, Trennung/Scheidung der Eltern, längerfristige Schulprobleme oder soziale Schwierigkeiten der Kinder nutzen Eltern gern Blockfreizeiten und/oder längerfristige Auszeiten (Sabbaticals):

Frau Wiese hat ein vierwöchiges Sabbatical mit vier Wochen Sommerurlaub kombiniert, als ihr Sohn eingeschult wurde. Denn die Ferien des Kindergartens begannen bereits acht Wochen vor dem Einschulungstermin. *„Und das war einfach ein bisschen sehr lang. Und der Hort hatte auch zum Teil geschlossen.“*

Vor allem die mehrwöchigen „Betreuungslücken“ in Schulferien oder Schließzeiten in Kindergärten stellen ein besonderes Problem dar. Das trifft für nahezu alle befragten Eltern zu. In einer überraschend großen Zahl der befragten Familien mit zwei erwerbstätigen Elternteilen nehmen Vater und Mutter nacheinander oder zumindest versetzt Urlaub, um die gesamte Ferienzeit der Kinder abzudecken.

Nicht alle erwerbstätigen Eltern können die Möglichkeiten ihrer Arbeitszeitkonten wirklich ausschöpfen. Gerade allein erziehenden Eltern mit streng durch-

geplantem Familienalltag ist es kaum möglich, zusätzlich zur regulären Arbeitszeit noch Stunden vorzuarbeiten und eigentlich dringend benötigte Zeitguthaben anzusammeln:

Frau Kiefer, Büroangestellte mit 28,5 Stunden/Woche, würde ihr Arbeitszeitkonto gerne intensiver nutzen. Ihre Kinder (sieben und zehn Jahre), kommen nach Besuch der Schulrandbetreuung bereits gegen 13.30 Uhr nach Hause. Frau Kiefer arbeitet nur bis 14.15 Uhr, denn sie möchte die Töchter nicht mehr als eine Stunde allein lassen. Frau Kiefer dürfte im Gegenzug für angesammelte Zeitguthaben einen ganzen freien Tag im Monat in Anspruch nehmen. Das gelingt aber nicht immer, weil sie wegen der Töchter nur wenige Minuten am Tag länger arbeiten kann. *„Und das sind auch Tage ... da mache ich einen Arztbesuch, da erledige ich irgendeinen Behördengang oder sonstige Dinge. Also die sind für mich eigentlich sehr wichtig. Und ich bin dann also schon traurig, wenn ich diesen Tag irgendwie nicht herausgearbeitet kriege ...“* Gelegentlich nutzt sie Nachmittage, an denen ihre Töchter eigene Termine haben, um nachmittags in den Betrieb zurückzukehren und einige Stunden vorzuarbeiten. Trotzdem reicht der Zeitpuffer des Arbeitszeitkontos nicht: *„Also morgen ist zum Beispiel ein Kindergeburtstag ... Morgen habe ich frei. Auf Überstunden, die ich aber noch gar nicht alle zusammen habe ... ich habe jetzt zwei Überstunden, brauche aber*

Mehrwöchige „Betreuungslücken“ stellen ein Problem dar, das von vielen Familien bewältigt wird, indem die Eltern versetzt Urlaub nehmen.

für den Tag fünf Stunden und 47 [Minuten], das heißt also, ich mache morgen Minus ... Wenn man Geburtstag hat, da weiß man es ... vorher. Aber es kann auch irgendwas anderes sein, ein Arzttermin plötzlich, und schon muss man wieder früher gehen. Und dann muss man halt gucken, wie kommt man wieder an diese Stunden?"

Arbeitszeiten am Abend oder am Samstag vertragen sich nicht mit den begrenzten Öffnungszeiten von Kinderbetreuungseinrichtungen und oft nur schlecht mit den Bedürfnissen der Kinder...

Auch wenn fast alle von uns befragten Eltern einer flexiblen Gestaltung von Arbeitszeiten grundsätzlich aufgeschlossen gegenüber stehen, unterscheiden sie klar zwischen einer selbst gewählten Flexibilisierung und einer flexiblen Arbeitszeitgestaltung im betrieblichen Interesse. Befragte Eltern berichten, wie letztere mit dem familialen Zeitbedarf in Konflikt kommen kann. Arbeitszeiten am Abend oder am Samstag vertragen sich nicht mit den begrenzten Öffnungszeiten von Kinderbetreuungseinrichtungen und oft nur schlecht mit den Bedürfnissen der Kinder nach regelmäßigen gemeinsamen Zeiten mit den Eltern. Belastungen entstehen für Eltern durch schlecht planbare Überstunden sowie dann, wenn das tägliche Arbeitsende vom Arbeitsanfall abhängt und deshalb schlecht vorhersehbar ist. Die wechselnde Lage der Arbeitszeiten, vor allem Spätschichten, sind insbesondere für allein erziehende Eltern problematisch. Die Befragungsergebnisse zeigen, dass flexible Arbeitszeiten familiäre Rhythmen und eine gleichmäßige Alltagsgestaltung dann besonders stören, wenn sie sich kurzfristig

und gegen den Willen der Eltern ändern und „privat“ empfundene Zeiträume besetzen. Solche Formen der Arbeitszeitflexibilität stellen einen besonders tiefen Eingriff in das familiäre Zeitgefüge dar, und zwar ganz besonders, wenn Arbeitszeiten in den späten Nachmittag, den Abend und das Wochenende eindringen, also in die üblichen Familienzeiten. Es bedarf dann großer Bereitschaft zur Abstimmung innerhalb der Familie und auch mit externen Betreuern. Eltern beschreiben zeitliche Möglichkeiten und Grenzen der Hilfe von Großeltern, Verwandten oder Freunden:

Das Kind der in regelmäßigen Schichten arbeitenden Frau Talbaum wird bis spätestens 17 Uhr von deren nichterwerbstätiger Schwester betreut, die sich danach aber um ihre eigene Familie kümmern muss. Herr Talbaum arbeitet im Einzelhandel täglich bis mindestens 19 Uhr. Bisher gelang es Frau Talbaum, nur in der Frühschicht eingesetzt zu werden, doch wenn diese Regelung demnächst ausläuft und sie auch wieder Spätschicht arbeiten muss, *„dann habe ich echt ein Problem ... dann hab ich keinen, der das Kind ins Bett bringt.“*

Die allein erziehende Frau Pappel, als höhere Angestellte bei einem Wohlfahrtsverband mit 75% teilzeitbeschäftigt, holt ihren achtjährigen Sohn Philip gewöhnlich auf dem Rückweg von der Arbeit um 16 Uhr zu Fuß vom Hort ab. Da der Hort spätestens um 16.30 Uhr schließt, kann sich Frau Pappel größere Schwankun-

gen ihres Arbeitendes an den Werktagen nicht erlauben. Zudem möchte sie möglichst pünktlich kommen, um diese Stunden am Nachmittag gemeinsam mit ihrem Sohn zu verbringen. Sofern Überstunden notwendig sind, legt sie sich diese, da sie in der Arbeitseinteilung über die Woche relativ autonom ist, bewusst auf den Freitag Nachmittag oder zieht dafür sogar den Samstag Vormittag in Betracht: „... dann nutze ich das auch manchmal, um mal was weg zu arbeiten, wofür ich längere Zeit brauche oder so.“ Denn zu diesen Zeiten wird Philip von den Großeltern betreut oder besucht seinen Vater.

Abhängig beschäftigte Eltern sind den betrieblichen Zeitwünschen aber nicht nur passiv ausgeliefert.⁶ In den Interviews wird deutlich, wie die Eltern sich darum bemühen, betriebliche Arbeitszeitvorgaben und Familienzeiten aktiv miteinander auszubalancieren, indem sie sowohl die Zeitgestaltung der Familie an sich ändernde Arbeitszeiten anpassen, als auch Einfluss auf die Gestaltung ihrer Arbeitszeiten nehmen, um sie mit Familienzeiten passfähig zu machen. Viele der befragten Eltern versuchen, in die regulären Arbeitszeitaushandlungsprozesse im Team oder der Abteilung auch eigene Zeitinteressen einzubringen.

Herr Drescher, vollzeiterwerbstätig und Vater einer zweijährigen Tochter, arbeitet im Krankenhaus in einer Abteilung, in der die Dienstpläne in enger gegenseitiger Abstimmung gemeinsam von

den Kolleginnen und Kollegen festgelegt werden. Er konnte für sich eine individuelle Regelung aushandeln, die es ihm erlaubt, jeweils an Dienstagen seinen Dienst fast zwei Stunden früher als üblich zu beenden, um an diesem Tag zwischen 15 und 17 Uhr seine Tochter zu ihrer Spielgruppe zu begleiten.

Eltern sind durchaus bereit, sich auf die vom Betrieb gewünschte Flexibilität einzulassen und gewünschte Überstunden zu akzeptieren, wenn sie es in der Familie einrichten können. Im Gegenzug zu der vom Betrieb gewünschten Flexibilität, haben sie aber auch klare Vorstellungen von einer kind- oder familienorientierten Flexibilität, die sie dann ebenfalls verwirklicht sehen möchten:

Frau Ginster kritisiert die Position ihres männlichen Vorgesetzten: „*Ach eine halbe Stunde ist ja nichts, Sie können ja mal eine halbe Stunde länger machen.* Die haben aber gar nicht das Bewusstsein, dass eine halbe Stunde tödlich sein kann mitunter... Also, wenn man dem Kind sagt: *Ich hole dich um 12 Uhr ab... und man kommt eine halbe Stunde später, weil der Chef irgendwas hatte, und das Kind sitzt eine halbe Stunde, zwar betreut, aber alleine da. Das ist eine ganz schreckliche Situation für ein Kind. Und dieses Wissen, dieses Feingefühl haben manche Chefs nicht.*“ Frau Ginster bemüht sich dann doch, darauf einzugehen: „*Ich kann es versuchen. Ich frage die Schwiegereltern, ich frage meine Freundin. Und wenn erst da keiner aufpas-*

Abhängig beschäftigte Eltern sind betrieblichen Zeitwünschen nicht nur passiv ausgeliefert ...

**... welche
Abstimmungs-
leistungen Eltern zur
Sicherung der Kinder-
betreuung erbringen
müssen, wenn sich ihre
eigenen Arbeitszeiten
verschieben ...**

sen kann, dann muss ich ihm eine Abfuhr erteilen ... Dann sage ich: Chef, tut mir leid, ich kann nicht aus den und den Gründen.“

Voraussetzung für die von den Eltern oft als „Geben und Nehmen“ bezeichneten Verhandlungen mit dem Arbeitgeber über Arbeitszeitänderungen ist, dass sie über ausreichende Möglichkeiten der Kinderbetreuung verfügen bzw. auf flexible Betreuungspersonen aus ihrem sozialen Netzwerk zurückgreifen können.

Herr Chemnitz: *„... wenn ich jetzt Verfügungsschichten machen möchte oder der Meister kommt an und sagt: ‚Verfügungsschicht!‘ ... Dann muss ich erst mal gucken ... Erst mal die Frau anrufen: ‚Klappt es bei dir?‘ Und dann muss ich erst noch mit der Tagesmutter sprechen, klappt es da? Wenn es da klappt, dann kann ich zusagen.“*

„Time Sharing“ - zeitversetzte Kooperation der Eltern bei der Kinderbetreuung

Außer Haus erwerbstätige Mütter oder Väter haben nicht rund um die Uhr Zeit für ihre Kinder. Es braucht also immer Betreuung durch mindestens eine weitere Person - dem zweiten Elternteil, Großeltern und andere Verwandte, Freunde oder Nachbarn - oder durch Betreuungseinrichtungen. Nur in fünf der 24 untersuchten Familien werden die Kinder ausschließlich durch die eigenen

Eltern betreut, da ein Elternteil nicht erwerbstätig ist oder sich in Elternzeit befindet. In den anderen Familien werden die Kinder fast ausnahmslos sowohl durch öffentliche Betreuungsinstitutionen (Krippe, Kindergarten, Schule, Hort) als auch ergänzend durch Personen aus dem sozialen Netzwerk betreut. Solche Netzwerke setzen sich aus unterschiedlichen Personen(-gruppen) zusammen: Großeltern, Eltern von Freunden der Kinder, andere Verwandte, Freunde der Eltern, Nachbarn oder bezahlte Babysitter. Dass ungewöhnliche und wechselnde Arbeitszeiten die Sicherung der Kinderbetreuung komplizieren, ist oben bereits dargestellt worden. Die Komplexität der von den Eltern im Alltag kombinierten einzelnen „Betreuungsbausteine“ macht deutlich, welche Abstimmungsleistungen Eltern zur Sicherung der Kinderbetreuung erbringen müssen, wenn sich ihre eigenen Arbeitszeiten verschieben.

Die Mehrheit aller erwerbstätigen Eltern in Deutschland bewältigt die Abstimmung zwischen Familie und Beruf weiterhin traditionell, indem ein Ehepartner - fast immer die Frau - das Arbeitszeitvolumen auf Teilzeit reduziert oder gar nicht erwerbstätig ist. Die Frauen gleichen die langen Arbeitszeitbelastungen ihrer Männer aus, indem sie sich flexibel den Zeitbedürfnissen der Kinder und des Partners anpassen.

Flexible Arbeitszeiten können von Zweiverdiener-Elternpaaren aber

auch dazu genutzt werden, um stärker versetzt zu arbeiten und so die Kinder abwechselnd zu versorgen und zu betreuen.⁷ Dieses Modell wird von uns als „Time Sharing“ von Eltern bezeichnet und in der Literatur auch als „Co-parenting“ (Fthenakis & Minsel, 2002) diskutiert. Unter den von uns befragten Eltern befinden sich zwei Paare, in denen sich die vollzeitbeschäftigten Partner die Zeiten für die Kinder relativ gleichmäßig aufteilen und dementsprechend auch ihre eigenen Arbeitszeiten auf die Zeiten der Kinderbetreuung abstimmen. Diese Eltern streben Gleichwertigkeit der Partner in der je eigenen, subjektiv bedeutungsvollen Berufstätigkeit und gleichzeitig eine gerechte Arbeitsteilung in der Familie an.⁸ Eine echte Gleichverteilung des Zeiteinsatzes für die Kinder findet sich bei den von uns befragten Familien dort, wo beide Elternteile auch tatsächlich gleich viel Erwerbsarbeit leisten. In weiteren fünf Familien praktizieren Eltern deutliche Ansätze von „Time Sharing“, ohne dass die Väter sich dort in strengem Sinne paritätisch beteiligen. Auch diese Väter wirken aber gezielt auf ihre Arbeitszeiten ein, um sich überdurchschnittlich an der Betreuung der Kinder zu beteiligen. In drei dieser fünf Familien arbeitet ein Elternteil Teilzeit oder befindet sich in Elternzeit.

Herr Chemnitz ist Facharbeiter in einem vollkontinuierlichen Wechselschichtsystem mit sehr unterschiedlichen Arbeitszeitlagen. Er arbeitet jeweils zwei Tage in Früh-, Spät- und Nachtschicht und hat

anschließend vier Tage frei. In den ersten zwei Lebensjahren der Tochter wechselte sich seine Vollzeittätigkeit mit der dazu passend gelegten Teilzeitarbeit seiner Frau zeitlich ab: „... *ich kam von der Frühschicht um 14 Uhr, sie ist von 14 bis 17 Uhr arbeiten gegangen ... Bei Mittagschicht ist sie von 8 bis 12 Uhr arbeiten gegangen, und danach bin ich arbeiten gegangen. Bei Nachtschicht bin ich aufgestanden um 13 Uhr, dann ist sie arbeiten gegangen bis 17 Uhr.*“ Inzwischen arbeitet auch Frau Chemnitz Vollzeit, und zwar täglich von 8 bis 16 Uhr in einem Werbebüro. Die Tochter ist sechs Jahre alt, besucht einen Ganztagskindergarten, und eine Tagesmutter ist in das Arrangement einbezogen. Die Arbeitsteilung der Eltern erfolgt abhängig von Herrn Chemnitz' Schichtplan. An den meisten Tagen holt Herr Chemnitz seine Tochter nachmittags vom Ganztagskindergarten ab, außer an den Tagen mit Spätschicht, wenn er von 14 Uhr bis 22 Uhr arbeitet. Dann übernimmt seine Frau diese Aufgabe. Zu diesem Zweck muss sie ihren Arbeitsplatz 30 Minuten früher als üblich verlassen. Diese Arbeitsstunden holt Frau Chemnitz entweder durch abendliche Überstunden an den freien Tagen ihres Mannes oder durch gelegentliche Arbeit am Wochenende nach. Herr Chemnitz versorgt die Tochter zudem morgens vor dem Kindergarten und bringt sie gegen 8.30 Uhr dort hin, außer wenn er Früh- oder Nachtschicht hat, dann wiederum übernimmt dies erst seine Frau und anschließend die Tages-

Eltern, die „Time Sharing“ betreiben, streben Gleichwertigkeit der Partner in der je eigenen, subjektiv bedeutungsvollen Berufstätigkeit und gleichzeitig eine gerechte Arbeitsteilung in der Familie an.

Paare, die „Time-Sharing“ betreiben, streben danach, Zeitmuster aus Erwerbsarbeit und Familienleben möglichst weitgehend abzustimmen.

mutter. Da er an allen Tagen, außer den Spätschichttagen, länger mit seiner Tochter zusammen ist als seine Frau, ist Herr Chemnitz die Hauptbetreuungsperson für seine Tochter. Auch seine freien Tage verbringt er so weit wie möglich mit ihr.

Paare, die „Time-Sharing“ betreiben, streben danach, Zeitmuster aus Erwerbsarbeit und Familienleben möglichst weitgehend abzustimmen. Beide Elternteile federn die arbeitsbedingte Abwesenheit des jeweils anderen Elternteils ab. Die Alltagsorganisation der untersuchten Familien wird durch diese zeitlich versetzte Verschränkung von Arbeitszeiten und Betreuungszeiten sehr komplex:

Herr Linde ist vollzeitnah als höherer Verwaltungsangestellter tätig, seine Frau ist vollzeitbeschäftigte Lehrerin. Sie haben eine 15-jährige Tochter und zwei Söhne im Alter von einem und sechs Jahren. Der sechsjährige Leo besucht bis 16.30 Uhr eine Ganztagschule, der einjährige Lasse wird täglich von 8 Uhr bis 14.30 Uhr in einer Krippe betreut. Herr und Frau Linde sind abwechselnd für die nachmittägliche Betreuung der Kinder und den Haushalt zuständig. Dazu hat Herr Linde seine Arbeitszeit leicht reduziert (auf 35 Stunden pro Woche) und arbeitet im Rahmen seiner Gleitzeit montags, mittwochs und freitags nur bis 14.30 Uhr. Er holt dann Lasse aus der Krippe und Leo von der Schule ab. Dienstags und donnerstags arbeitet er bis 17 Uhr und Frau Linde übernimmt

Kinderbetreuung und Haushalt. Die Unterrichtsvorbereitung verschiebt sie an diesen Tagen in die Zeit nach dem Abendessen. Jeder begleitet einmal in der Woche Leo zum Fußballtraining. Herr Linde bringt zudem morgens die Söhne zur Krippe bzw. Schule und nimmt auch Laura im Auto mit, da ihre Schule direkt neben seiner Arbeitsstätte liegt. *„Und sie kommt auch mittags manchmal zum Essen ... in die Kantine.“*

Die Zeiten beider Partner müssen beim „Time-Sharing“ passgenau ineinander greifen, so dass sich beide Partner auf Absprachen miteinander verlassen können. Oft genug ist ein termingenaues Übergeben der Kinder notwendig, das Herr Linde als „fliegenden Wechsel“ beschreibt. Dies schränkt die Möglichkeit ein, sich am Arbeitsplatz auf kurzfristige Zeitänderungen, vor allem Überstunden, einzulassen. Und es ist notwendig, dass Arbeitgeber dies nicht nur akzeptieren, sondern Arbeitszeitverteilungsmuster zulassen, die gewünscht werden, um zu Hause Familienzeiten zu organisieren. „Time-Sharing“-Eltern möchten flexible Arbeitszeiten produktiv für ein gemeinsames Familienleben neben der Erwerbstätigkeit nutzen, sind aber auch auf Planbarkeit und eine gewisse Stabilität der Arbeitszeitmuster angewiesen. Zugleich können Eltern die Versorgung ihrer Kinder sowie deren Termine besser absichern, wenn dafür zwei verantwortliche Personen zur Verfügung stehen.

„Time Sharing“ ist ein Modell familialer Arbeitsteilung, das nicht nur auf extern verursachte Arbeitszeitnöte antwortet, sondern von egalitären Paar- und Familienkonzepten von Eltern ausgeht. Die Väter, die am „Time Sharing“ mit ihren Partnerinnen interessiert sind, sind „neue Väter“ (Fthenakis & Minsel 2001), die intensiv am Leben ihrer Kinder beteiligt sein möchten.

Herr Chemnitz: *„Ich bin ja nicht nur als Erzeuger da, sondern auch als Vater.“* Herr Linde bedauert es, dass er an zwei Tagen erst gegen 18 Uhr nach Hause zurückkehren kann: *„... dann sind die Kinder quengelig, also zumindest der Kleine. Dann erlebe ich den nur noch etwas müde und heulend, dann macht er keinen Spaß mehr.“*

Als bedeutungsvoll erweist sich allerdings, dass die „Time-Sharing“-Väter ihre Familienverpflichtungen im Betrieb geltend machen, wenn Arbeitszeiten ausgehandelt werden. Wenn Herr Chemnitz gegen kurzfristige Arbeitszeitänderungen auch mit dem Hinweis protestiert, dass er an diesem (eigentlich arbeitsfreien) Tag schon zum Plätzchenbacken im Kindergarten eingeteilt ist, greift dies nicht nur in die Arbeitszeitgestaltung ein, sondern verändert langsam auch die Sensibilisierung und Diskussionskultur in den Betrieben gegenüber familialen Belangen. Bisher treffen die Vorreiter in den Betrieben noch auf viel Widerstand. Dies könnte sich in der Zukunft ändern, wie die hoffnungsvoll stim-

menden Erfahrungen von Herrn Chemnitz nahe legen:

„Am Anfang konnten die [Kollegen] das [familiale Time Sharing] nicht verstehen, was wir machen. ‚Das geht nicht gut, das klappt nicht, das funktioniert nicht!‘ ... Und mittlerweile sehen die, dass es doch klappt. Der eine kriegt mittlerweile das zweite Kind, die haben das auch probiert. Es ging.“

Familienleben trotz Zeitmangel: die Bedeutung von Gewohnheiten und Ritualen

Das Zusammenleben in den befragten Familien ist stark durch regelmäßige Wiederholungen bestimmt, die sich insbesondere an den Mahlzeiten fest machen. In so gut wie allen Familien sind Mahlzeiten gemeinsame Situationen im Tagesablauf und als feste Gewohnheiten etabliert. Da die befragten erwerbstätigen Eltern mittags fast ausnahmslos nicht zu Hause sind, beschränkt sich das Mittagessen meist auf eine „Kleinigkeit“, wie belegte Brote, einen Teller Cornflakes, oder Reste vom Vortag. Umso wichtiger sind den Familien die wenigen Mahlzeiten, die gemeinsam eingenommen werden können:

Für Familie Mohnfeld hat das Abendessen eine hohe Bedeutung für das Zusammensein. *„Das ist mehr als nur essen, ja. Das ist auch reden und erfahren, wie der Tag war ... und von da an wird es eigentlich familiär.“*

Die Väter, die am „Time Sharing“ mit ihren Partnerinnen interessiert sind, sind „neue Väter“, die intensiv am Leben ihrer Kinder beteiligt sein möchten.

**... Rituale sollen
ausdrücklich der
Kommunikation und
der Intimität zwischen
Eltern und Kindern
dienen.**

Frau Ginster geht an einigen Abenden in der Woche einer Nebentätigkeit als Fitnesstrainerin nach und ist deshalb zu den für das Abendessen üblichen Zeiten nicht zu Hause. So ist es das Frühstück, bei dem die beiden erwerbstätigen Eltern und die sechs- und neunjährigen Töchter zusammensitzen, „... wo man sagt, wie geht es einem und wie war der Tag gestern? Oder habt ihr heute Stress in der Schule?“

In Familien, in denen sich an den Werktagen nicht immer eine gemeinsame Mahlzeit organisieren lässt, wird an den Wochenenden besonderes Gewicht auf das Familienfrühstück oder auf „ein gemeinsames, gekochtes, richtiges Essen“ am Abend (Familie Linde) gelegt.

Eltern mit arbeitsbedingt anderem Tagesrhythmus leisten ihren Kindern bei den Mahlzeiten Gesellschaft, auch wenn sie selbst zu diesen Uhrzeiten nicht essen möchten:

So setzt sich die allein erziehende Frau Buchholz morgens nach ihrer Nachtschicht im Krankenhaus erst mal mit ihren achtjährigen Zwillingstöchtern an den Frühstückstisch: „Ich meine, ich habe zwar meist keinen Hunger, aber das macht man dann schon mal ...“

Alle befragten Eltern bauen darüber hinaus in ausgewählten Tagesphasen bestimmte Gewohnheiten zu familialen Ritualen aus. Synchronisierte Aktivitäten werden inszeniert und betont, etwa in Form eines besonderen „Rückkehrrituals“ in die Familie nach

der Arbeit. Solche Rituale sollen ausdrücklich der Kommunikation und der Intimität zwischen Eltern und Kindern dienen.

Wenn Herr und Frau Isselborg gegen 16.30 Uhr gemeinsam mit dem Auto von der Kreisverwaltung zurückkehren, wo sie beide vollzeiterwerbstätig sind, setzen sie sich mit den Töchtern (12 und 15 Jahre) erst einmal zum Kaffeetrinken zusammen, „... und dann können die Kinder erzählen, was so war.“ Fast identisch beschreibt dies die jüngere Tochter Ina: „Aber sonst ist das eigentlich ganz gut mit dem Kaffeetrinken. Also da wird immer so geredet. Wie war denn die Schule und so was?“

Herr Chemnitz: „Dann sitzen wir am Tisch, trinken eine Tasse Kaffee und dann reden wir ein bisschen über den ganzen Tag. Was ist passiert? Was ist bei ihr [der Tochter] im Kindergarten passiert? Was ist bei mir passiert? Was ist bei der Frau auf der Arbeit passiert? Dann reden wir eine Stunde, anderthalb.“

Fast alle befragten Familien mit kleineren Kindern berichten von ausgedehnten Zu-Bett-Bring-Ritualen. Bei Familie Kiefer besteht dieses Ritual aus Vorlesen, Betten, miteinander Sprechen und Küsschen geben, bei Familie Isselborg aus Reden und Kuschneln, bei Familie Chemnitz aus Spielen, Herumalbern, Zähneputzen und am Bett Sitzen.

Flexible elterliche Arbeitszeiten aus der Sicht der Kinder

Der Alltag der von uns befragten Kinder unterscheidet sich im Hinblick darauf, wie offen oder geschlossen ihre Tages- und vor allem die Nachmittagsgestaltung ist, wie viele Wechsel der Orte, der Betreuungspersonen sowie der Betreuungssituationen sie zu vollziehen haben und wie viel Zeit sie zu Hause verbringen. Trotz der vielfältigen Unterschiede im jeweils individuellen Betreuungssystem weisen die Antworten der befragten Kinder wie auch die ihrer Eltern darauf, dass die Kinder Zeitvorgaben durch die elterlichen Arbeitszeiten oder durch eigene Schul- und Betreuungszeiten weitgehend akzeptieren.⁹ Die befragten Kinder stellen die Betreuung an sich nicht in Frage. Unabhängig von der Komplexität des Arrangements und wechselnden Betreuungspersonen und -orten ist die Akzeptanz des jeweiligen Betreuungsmusters hoch.

Philip Pappel, acht Jahre alt, findet den Hort einerseits zwar „zu billig“ und „doof“, sein täglicher Aufenthalt dort an den Nachmittagen lässt sich aber seiner Ansicht nach nicht vermeiden, „weil meine Mama arbeitet“. In Ermangelung von Alternativen arrangiert er sich jedoch mit dieser Betreuungsvariante und findet den Hort zugleich auch „cool“, da er dort „seine ganzen Freunde“ trifft.

Auch die sechsjährige Gela Gins-

ter findet ihre tägliche Schulrandbetreuung bis 13 Uhr „gut“, denn da „kann man nämlich stricken und malen und alles, und Überraschungs-Mandala [machen].“

Ein Vorteil des „Time Sharings“ der Eltern für die Kinder liegt unseres Erachtens darin, dass die Kinder Vater und Mutter als gleichberechtigte Bezugspersonen erleben, die beide alle Arten von Versorgungsleistungen erbringen und als Spiel- und Ansprechpartner für die Kinder da sind. Die Kinder erleben Vater und Mutter jeweils in allen Rollen: als Erwerbstätige, als Menschen mit persönlichen Interessen, als Ansprechpartner, wie auch als fürsorgliche Eltern.

Herr Linde: „Und ich glaube, dass es nicht nur für den Vater wichtig ist, sondern auch für die Kinder, dass sie beide Eltern haben.“

Von uns befragte Kinder scheinen es zu genießen, beide Elternteile abwechselnd ganz für sich zu haben:

Geraldine Ginster spricht sich für ein Modell aus, in dem ihre Eltern „so abwechselnd“ zu Hause sind. Der Papa soll nur dann arbeiten, „wenn Mama nach Hause kommt ..., weil man dann beide sieht.“ Sie hat klare Vorstellungen, wann sie von welchem Elternteil betreut werden möchte: „... also die Mama ist mittags besser und Papa ist abends besser, weil Papa lässt einen länger Fernsehen gucken und Mama lässt einen länger draußen spielen.“

Auch Herr Rosenfeldt berichtet von seinen dreijährigen Zwi-

Ein Vorteil des „Time Sharings“ der Eltern für Kinder liegt darin, dass sie beide jeweils in allen Rollen – als Erwerbstätige, Menschen mit persönlichen Interessen, Ansprechpartner und fürsorgliche Eltern – erleben.

**... die vorgezogene
Bescherung an einem
anderen Tag als
Heiligabend ist keine
wirkliche Alternative.**

lingen, sie wünschten sich am Abend ihren Vater oder ihre Mutter für das Zu-Bett-Bring-Ritual, je nachdem, mit wem sie in der jeweiligen Woche mehr Zeit verbringen. *„Das wechselt sich wirklich ab. Wenn ich viel frei habe ... von Montag bis Donnerstag die vier Tage frei ... dann ist es schon mal so, dass ich die Hauptperson bin. Mache ich aber jetzt zwei Mittag- und zwei Nachtschichten ... dann ist meine Frau die Hauptperson, dann sitzt sie meistens abends da. Die suchen sich dann immer die Person aus, die am meisten tagsüber mit ihnen zusammen ist.“*

Keines der Kinder stellte die Berufstätigkeit der Eltern als solche in Frage. Dennoch gibt es Kritik an den vorherrschenden Arbeitszeitmustern der Eltern. Insbesondere dann, wenn diese am späten Nachmittag, am Wochenende oder an besonderen Feiertagen liegen:

Gefragt nach ihren Arbeitszeitwünschen für die Eltern, spricht sich die neunjährige Geraldine dafür aus, dass ihre Eltern am Freitagnachmittag grundsätzlich nicht arbeiten sollten: *„Weil freitags, da machen wir auch meistens was zusammen und spielen manche Spiele zusammen.“*

Die achtjährige Beatrice ist traurig über die Abwesenheit der Mutter am Heiligabend, *„wo das Christkind eigentlich kommt.“* Die vorgezogene Bescherung an einem anderen Tag ist für sie keine wirkliche Alternative.

Die Kinder wünschen sich die Teilnahme der Eltern an beson-

deren Ereignissen in ihrem Leben und kritisieren Arbeitszeiten der Eltern, die dies verhindern:

Die sechsjährige Gela wünscht sich, dass ihre Mutter sie öfter an den Nachmittagen ins Schwimmbad begleiten könnte, *„... weil ich das letzte Mal, da war ich mit Opa und habe Seepferdchen gemacht.“* Ihre neunjährige Schwester Geraldine hebt die Anwesenheit des Vaters bei ihrem letzten Schwimmereignis hervor: *„Letztes Mal im Freibad, als ich da war mit Papa, habe ich Silber gemacht.“*

Wichtig ist den Kindern Zugegensein und Fürsorge in besonderen Situationen, wie zum Beispiel bei Krankheiten oder an Geburtstagen. Die Kinder brauchen und erwarten dann die Anwesenheit eines Elternteils:

Bei Krankheit: *„Mama war dann natürlich da.“* Allein die Vorstellung, dass dies einmal nicht so sein könnte, löst Angst aus: *„... wenn es dann schlimmer wird oder irgendwie so und keiner ist da“,* so die achtjährige Berit Buchholz.

Geraldine berichtet voller Stolz, dass sie ihren letzten Geburtstag mit Vater und Mutter verbringen konnte: *„Mama hat sich frei genommen ... Nimmt sich immer frei.“*

Aus mehreren Aussagen der befragten Kinder geht hervor, dass auch ihnen das Einhalten von familialen Gewohnheiten und Ritualen wichtig ist. Solche Rituale müssen nicht unbedingt die Form starrer Wiederholungen aufweisen, sondern folgen

gleichermaßen beständigen wie elastischen Rhythmen. Sie können daher im Alltag auch hin und wieder, aber eben nicht ständig, durchbrochen werden, indem die zeitliche Lage leicht variiert wird oder das Ritual einmal ausfällt. Allerdings reagieren gerade kleinere Kinder sehr sensibel, wenn „Rückkehrrituale“ oder „Zu-Bett-Bring-Rituale“ nicht in gewohnter Form und Qualität stattfinden, weil ein Elternteil daran aufgrund von Überstunden nicht teilhaben kann oder das Ritual aufgrund von Zeitdruck der Eltern nur in geraffter Form durchgeführt wird.

So beklagt sich die achtjährige Tochter von Frau Buchholz, dass nach besonders anstrengenden Nachtdiensten der Mutter beim morgendlichen Frühstück „alles hoppi-hoppi“ gehen muss. Lässt Frau Kiefer das übliche Zu-Bett-Bring-Ritual etwa „flotter“ als gewöhnlich ablaufen, weil sie abends weggehen möchte, wird dies auch von Karla und Kristin (7 und 10 Jahre) „offen angeprangert“. Beide fordern dann spätestens für den nächsten Tag wieder den gewohnten Ablauf ein.

Verlässlichkeit und ein Einhalten der gewohnten Zeiten der elterlichen Heimkehr sind nach Auskunft der Eltern gerade kleineren Kindern wichtig:

Herr Riesling, der aktuell Elternzeit in Anspruch nimmt, berichtet, sein vierjähriger Sohn habe eine „innere Uhr“ für den Zeitpunkt, wann seine Mutter normalerweise von der Arbeit nach Hause zurückkehren müsste.

Frau Josts zwei und sechs Jah-

re alte Söhne, die vom nichterwerbstätigen Vater versorgt werden, warten nachmittags sehnsüchtig auf ihre Rückkehr von der Arbeit und reagieren „knatschig“, wenn sie aufgrund von Überstunden später als üblich erscheint. *„Es dauert dann auch eine Weile, bis sie dann erst wieder zufrieden sind. Man muss sich schon ganz intensiv dann mit ihnen beschäftigen.“*

Kinder sind früh damit vertraut, dass das Familienleben entlang von Zeitplänen verläuft:

Herr Chemnitz berichtet stolz, dass seine sechsjährige Tochter die Symbole auf dem aufgehängten Schichtplan schon lesen und interpretieren kann und ihre eigene Tagesgestaltung bereits eigenständig auf die häuslichen Anwesenheitszeiten oder die Schlafbedürfnisse ihres Vaters abstimmt: *„Bei Nachtschicht kann sie Freundinnen holen, bei Mittagschicht geht das nicht immer so.“*

Befragt nach konkreten Vorstellungen zur familialen Zeitgestaltung nannten Kinder neben dem Wunsch nach mehr gemeinsamer Zeit mit den Eltern im Alltag die elterliche Anwesenheit im Hintergrund und die Möglichkeit, bei Bedarf immer einmal Kontakt aufzunehmen.

So spielt Geraldine häufig mit ihren Freundinnen in der Umgebung der Wohnung, unterbricht, wenn sie Mamas oder Papas Auto kommen hört, *„mal kurz“* das Spiel und *„... dann sage ich zu Papa, wenn der wieder kommt, auch Hallo, und dann bin ich auch wieder weg.“*

Kinder sind früh damit vertraut, dass das Familienleben entlang von Zeitplänen verläuft.

Gelegentliche elternfreie Zeit wird positiv bewertet, weil sie die Möglichkeit bietet, Zeit für sich zu haben und diese frei und eigenverantwortlich gestalten zu können.

Trotz der Kritik an berufsbedingter elterlicher Abwesenheit schätzen Kinder aber auch manche Freiheiten, die ihnen das verschafft. Gelegentliche elternfreie Zeit wurde positiv bewertet, weil sie die Möglichkeit bietet, Zeit für sich zu haben und diese frei und eigenverantwortlich gestalten zu können:

Der neunjährige Wanja Wiese findet es „toll“, wenn er gelegentlich der Kontrolle seiner Mutter entzogen ist und er alleine oder mit seinem Cousin an so manchem Nachmittag das Haus für sich hat und „Unsinn machen“ kann.

Alle befragten Kinder wollen, dass sich ihre Zeit mehr an ihren Bedürfnissen orientiert. Manche Kinder bringen diese Wünsche selbstbewusst in Aushandlungsprozesse mit den Eltern ein:

So möchte Wanja dann auf die nachmittägliche Hortbetreuung verzichten, wenn er gerade einmal allein sein möchte. *„Manchmal, wenn ich denke ‚ach, heute macht es mir nicht so einen Spaß, dann gehe ich gleich [nach der Schule] nach Hause.“* An solchen Tagen ruft er seine Mutter auf der Arbeit an und fragt, ob er früher nach Hause gehen darf. Es gibt aber auch Tage, an denen er es ablehnt, den Hort vorzeitig zu verlassen, wenn seine Mutter früher als erwartet von der Arbeit kommt. Frau Wiese berichtet: *„Wenn ich sage, du kannst heute früher kommen, ich komme schon früher nach Hause, das macht er auch gar nicht, weil er sich da eigentlich ganz wohl fühlt ... Da hat er seine Freunde.“*

Wanja formuliert am pointiertesten, was sich vermutlich viele Kinder wünschen:

„Ich finde, es soll immer so sein, dass, wenn ich möchte, dass sie [die Mutter] zu Hause ist, dann wenn ich nach Hause komme, dass sie dann auch zu Hause ist. Wenn ich nach Hause komme und ich möchte lieber, dass sie dann noch nicht da ist, dass sie dann auch noch nicht da ist.“

Anmerkungen

- 1 Zuerst erschienen in: ZSE, Zeitschrift für Soziologie der Erziehung und Sozialisation, Heft 3 /2003, S. 268-285.
- 2 Das Projekt wurde zwischen 2000-2002 von Svenja Pfahl und Stefan Reuyß unter der Leitung von Christina Klenner am WSI in der Hans Böckler Stiftung durchgeführt und vom Ministerium für Arbeit und Soziales, Qualifikation und Technologie des Landes Nordrhein-Westfalen und der Hans Böckler Stiftung finanziell gefördert (Klenner, Pfahl & Reuyß, 2002).
- 3 Diese repräsentative Befragung von Betrieben und Verwaltungen in Deutschland wurde im Rahmen einer Kooperation mit dem Institut zur Erforschung sozialer Chancen in Köln (ISO) durchgeführt. Das ISO Köln hat dazu in seine schriftliche Befragung zum betrieblichen Arbeits- und Betriebszeitmanagement auch Fragen zur Verbreitung von Sabbatical-Regelungen integriert.
- 4 Zur genaueren Funktionsweise vgl. Seifert (2001), zur Darstellung einzelner Modelle sowie Regelungsmodi vgl. Klenner & Seifert (1998).
- 5 Neben dem Ansparen von Überstunden werden Sabbaticals vor

- allein durch eine vorübergehende Reduktion der vertraglichen Arbeitszeit bei unvermindert geleisteter Arbeitszeit ermöglicht. So wird beispielsweise über einen Zeitraum von 12 Monaten kontinuierlich ein Entgelt von 75% des Vollzeitentgelts bezahlt, neun Monate werden vollzeitig gearbeitet (Ansparphase), die restlichen drei Monate des Jahres sind dann frei (Freiphase).
- 6 Dieses Ergebnis unserer explorativ angelegten Befragung wird gestützt durch die für ganz Deutschland repräsentativen Untersuchungsergebnisse von Bundesmann-Jansen, Groß & Munz (2000, S.166). 40% der 1999 von ihnen befragten abhängig Beschäftigten sehen den hauptsächlichen Zweck der Führung von Arbeitszeitkonten zwar darin, dass sich die Arbeitszeiten damit besser an die betrieblichen Bedürfnisse anpassen lassen. Aber je rund ein Drittel der Befragten betrachtet die Anpassung der Arbeitszeit an außerberufliche Erfordernisse (34%) bzw. an persönliche Bedürfnisse (33%) subjektiv als vorrangigen Zweck von Arbeitszeitkonten.
- 7 Aufgrund unserer gezielten Auswahl von Zweiverdiener-Elternpaaren befinden sich unter den von uns befragten Familien nur fünf, in denen die Ehefrau nicht erwerbstätig ist, in einer sechsten arbeitet die Frau Teilzeit. In zwei der von uns befragten Familien arbeiten dagegen die Ehemänner Teilzeit oder sind nicht erwerbstätig. In 12 befragten Familien arbeiten beide Partner Vollzeit.
- 8 „Time Sharing“ bei der Kinderbetreuung ist allerdings nicht gleichbedeutend mit einer völlig partnerschaftlichen Teilung der Haus- und Familienarbeit - wenn es aber doch eine Art „Brücke“ dorthin zu sein scheint. Die befragten Väter, die mehr kindbezogene Betreuungs- und Versorgungsleistungen übernehmen, leisten zugleich auch

mehr Hausarbeit als die anderen Väter.

- 9 Diese Befragungen hatten explorativen Charakter. Die Ergebnisse müssen als exemplarisch für Verhältnisse der Kinder verstanden werden, die noch systematischer Untersuchung bedürfen.

Literatur

- Bauer, F., Groß, H.; Munz, E. & Sayin, S. (2002). Arbeits- und Betriebszeiten 2001. Köln: Berichte des ISO, Band 67
- Bundesmann-Jansen, J., Groß, H. & Munz, E. (2000). Arbeitszeit '99. Köln: Ministerium für Arbeit, Soziales und Stadtentwicklung, Kultur und Sport des Landes Nordrhein-Westfalen.
- Engelbrech, G. & Jungkunst, M. (2001). Wie bringt man Beruf und Kinder unter einen Hut? IAB Kurzbericht, 7, 1-4.
- Flick, U. (1995). Qualitative Forschung. Theorie, Methoden, Anwendung in Psychologie und Sozialwissenschaften. Reinbek bei Hamburg: Rowohlt.
- Fthenakis, W.E. & Minsel, B. (2001). Die Rolle des Vaters in der Familie. Berlin: Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend.
- Klenner, C., Pfahl, S. & Reuyß, S. (2002). Arbeitszeiten - Kinderzeiten - Familienzeiten. Projektbericht im Auftrag des Ministeriums für Arbeit und Soziales, Qualifikation und Technologie des Landes Nordrhein-Westfalen. Düsseldorf (<http://www.arbeitszeiten.nrw.de/pdf/SABBATI2.PDF>).
- Klenner, C. & Seifert, H. (1998). Zeitkonten - Arbeit à la carte? Neue Modelle der Arbeitszeitgestaltung. Hamburg: Bund Verlag.
- Kurz-Scherf, I. (1995). Zeit der Vielfalt - Vielfalt der Zeiten. Berlin: Schriftenreihe der Senatsverwaltung für Arbeit und Frauen, Bd. 11.

- Ludwig, I., Schlevogt, V., Klammer, U. & Gerhard, U. (2001). *Managerinnen des Alltags*. Berlin: edition sigma.
- Seifert, H. (2001). Zeitkonten: Von der Normalarbeitszeit zu kontrollierter Flexibilität. *WSI Mitteilungen*, 2, 84-91.
- Witzel, A. (1989). Das problemzentrierte Interview. In: Jüttemann, G. *Qualitative Forschung in der Psychologie. Grundlagen, Verfahrensweisen, Anwendungsfelder*. Heidelberg, 227-255.
- Witzel, A. (2000). Das problemzentrierte Interview. In: *Forum Qualitative Sozialforschung (FQS)*, Online Journal. (<http://www.qualitative-research.net/fqs-texte/1-00/1-00witzel-d.pdf>, 28.08.2002).
- Wagner, A. (2000). Arbeitszeitwirklichkeit von (hoch-)qualifizierten Angestellten. In: S. Pfahl (Hrsg.), *Moderne Arbeitszeiten für qualifizierte Angestellte* (S. 9-22). Düsseldorf: Hans Böckler Stiftung, edition Bd. 26

Brigitte Stolz-Willig

Arbeitszeiten und Arbeitszeitwünsche im EU-Vergleich

Verfolgt man die öffentliche Diskussion über die Entwicklung der Arbeitszeiten, so gewinnt man den Eindruck, dass in Deutschland ein besonders niedriges Niveau der Arbeitszeiten erreicht worden sei. Neuerdings verbindet sich diese Einschätzung mit der Forderung nach Wiedereinführung längerer Arbeitszeiten, die im öffentlichen Dienst bereits teilweise durchgesetzt worden ist. Die Notwendigkeit von Arbeitszeitverlängerungen wird mit dem Verweis auf die vermeintlich längeren Arbeitszeiten in anderen europäischen Ländern und daraus folgende Wettbewerbsnachteile Deutschlands begründet. Wie verhält es sich nun tatsächlich damit?

In Westdeutschland hat es von Mitte der 1980er Jahre bis Mitte der 1990er Jahre tatsächlich eine deutliche Verkürzung der tarifvertraglichen Arbeitszeiten von durchschnittlich 39,6 auf 37,4 Wochenstunden gegeben. In Ostdeutschland gingen die durchschnittlichen tariflichen Arbeitszeiten Anfang und Mitte der 90er Jahre von 40,2 auf 39,1 Wochenstunden zurück. Seit Mitte der 90er Jahre ist der Trend zur Verkürzung der tariflich vereinbarten Arbeitszeiten jedoch zum Stillstand gekommen. Seitdem liegen die tariflichen Arbeitszei-

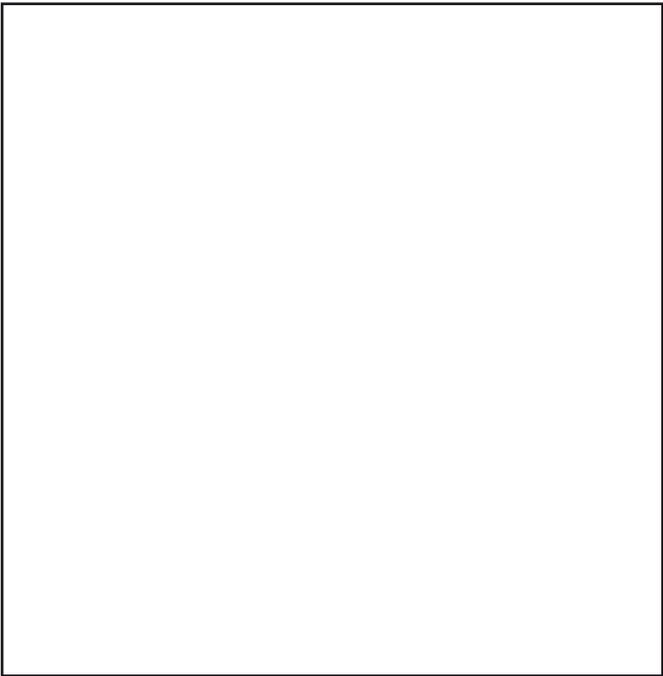


Schaubild 1:

Quelle: Europäische Arbeitskräftestichprobe, Lehndorff 2003, S.2

ten im gesamtdeutschen Durchschnitt unverändert bei 37,65 Wochenstunden. Im EU-Durchschnitt liegt Deutschland damit rund eine Woche unter dem Durchschnitt (Lehndorff 2003).

In der Debatte um Arbeitszeitverlängerung wird auf die tarifvertragliche Differenz der Arbeits-

zeiten in Deutschland rund 1,2 Wochenstunden oberhalb des Tarifniveaus. Obwohl es kaum noch Branchen mit einer tarifvertraglichen Arbeitszeit von 40 Wochenstunden gibt, betragen die tatsächlich vereinbarten Arbeitszeiten in vielen Betrieben 40 Wochenstunden und mehr.

Deutlicher noch tritt der Trend zur Arbeitszeitverlängerung hervor, wenn man die wachsende Differenz zwischen vereinbarten und tatsächlichen Arbeitszeiten in West- und Ostdeutschland betrachtet.

Liegen die durchschnittlichen betrieblich vereinbarten Arbeitszeiten bereits rund 1,2 Wochenstunden oberhalb des Tarifniveaus, so beträgt die Differenz zwischen tarifvertraglichen und tatsächlichen Arbeitszeiten in Deutschland im Schnitt sogar zwei bis zweieinhalb Wochenstunden.

Wie die Europäische Arbeitskräftestichprobe ausweist, entsprechen damit die durchschnittlichen tatsächlichen Arbeitszeiten der abhängig in Vollzeit Beschäftigten in Deutschland mit 40 Wochenstunden in 2001 und 39,9 Wochenstunden in 2002 exakt dem EU-Durchschnitt.

Von Deutschland als „kollektivem Freizeitpark“ kann also überhaupt keine Rede sein. Demgegenüber ist auffallend, dass Länder mit einer hochgradig leistungs- und wettbewerbsfähigen Wirtschaft wie Frankreich und Niederlande deutlich kürzere Arbeitszeiten haben, wohingegen Länder mit geringerer Stundenproduktivität (Spanien, Portugal, Großbritan-

Quelle: Mikrozensus, Lehndorff 2003, S.4

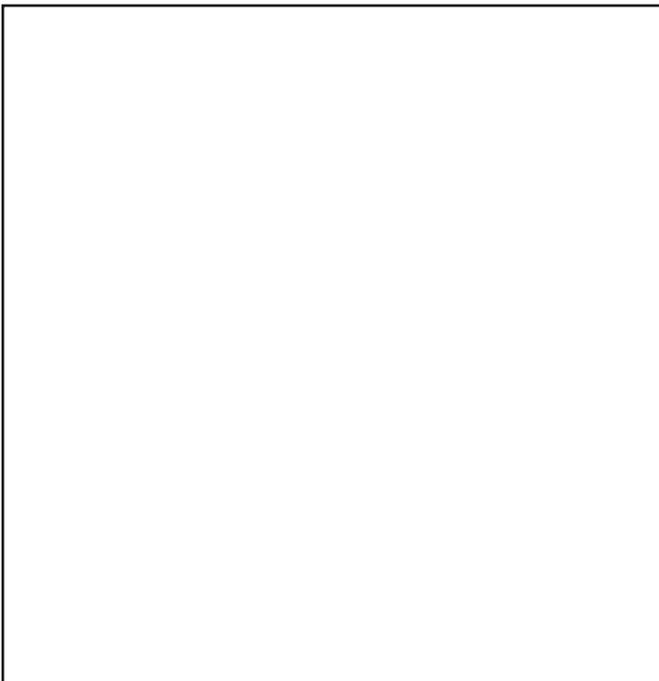


Schaubild 2:

Quelle: Europäische Arbeitskräftestichprobe; Lehndorff 2003, S.6

Polis 41

zeiten Bezug genommen. Dabei wird unterschlagen, dass die betrieblich vereinbarten Arbeitszeiten in vielen Fällen von den Tarifverträgen abweichen. So lagen im Jahr 2002 die durchschnittlich vereinbarten Wochenarbeits-

nien) durchschnittlich längere Arbeitszeiten aufweisen (Lehndorff 2003).

Arbeitszeiten und Arbeitszeitflexibilisierung in Deutschland

Während der Trend zur Arbeitszeitverkürzung in Deutschland gebrochen ist, gewinnt die Flexibilisierung der Arbeitszeiten steigende Bedeutung. Flexibilisierung als Gegenbegriff zur „Starrheit“ wird überwiegend positiv bewertet. Allerdings ist eine Flexibilisierung der Arbeitszeiten keine neue Entwicklung. Überstunden zur kurzfristigen Anpassung des Arbeitsvolumens an betriebliche Absatzschwankungen oder Schichtarbeit als Instrument der Flexibilisierung der Betriebszeiten sind keine Erfindung der letzten Jahre. Derzeit vollzieht sich aber ein Formwandel der Flexibilisierung, der Ausmaß, Akteure und Formen betrifft (Kratzer/Sauer 2004). Neben und zum Teil an die Stelle von regulierter Beschäftigung und standardisierten Formen der Flexibilität treten Arrangements, deren gemeinsamer Kern es ist, den Beschäftigten selbst, seine Fähigkeit zur Selbstregulierung und Selbststeuerung in den Mittelpunkt des Rationalisierungsprozesses zu stellen (Voß/Pongratz 2003). Den betrieblichen Rahmen bilden neue Steuerungs- und Organisationskonzepte von Arbeit (indirekte Steuerung, Selbstorganisation) und teilweise in die Selbst-

verantwortung der Beschäftigten verlegte Arbeitszeitformen (wie beispielsweise Arbeitszeitkonten). Gleichzeitig wächst die Heterogenität der Erwerbsformen mit einem zunehmenden Gewicht von deregulierten und ungesicherten Beschäftigungsverhältnissen, wie befristeten Beschäftigungsverhältnissen, Mini- und Midi-Jobs, Leiharbeit, neuer Selbstständigkeit. Zwischen 1991 und 2001 geht die Zahl der Vollzeitbeschäftigten um 11% zurück, während die Zahl der Erwerbstätigen in den nichtstandardisierten Erwerbsformen steigt, vor allem bei der Teilzeitbeschäftigung (+ 44%) und den Selbständigen ohne Beschäftigte (+ 32%) (Kratzer/Sauer 2004, S. 50).

Die Entwicklung der Flexibilisierung von Arbeitszeiten und Beschäftigungsformen dokumentiert eine wachsende Pluralität und Polarisierung innerhalb der Beschäftigten: Während auf der einen Seite Arbeit, vor allem in mittleren und höheren Qualifikationsgruppen mehr Gestaltungsanforderungen und auch -möglichkeiten erlauben kann, wachsen prekäre Beschäftigungsformen mit geringen Handlungsspielräumen und vermindertem oder fehlendem Einkommens- und sozialen Schutz. Diese Polarisierung von Beschäftigungsformen und Arbeitszeiten trägt geschlechtsspezifische Merkmale: Überlange Arbeitszeiten vorwiegend der Männer und die hohe Teilzeit- und Mini-Job-Quote vorwiegend der Frauen sind zwei Seiten der Medaille einer Normalitätskonzeption von Erwerbsarbeit, die familiä-

Betrieblich vereinbarte Arbeitszeiten weichen in vielen Fällen von den Tarifverträgen ab.

re und soziale Lebenszusammenhänge systematisch ausblendet.

Gespaltene Arbeitszeiten

Seit Mitte der 90er Jahre geht die Arbeitszeit der Vollzeitbeschäftigten in Deutschland nicht mehr zurück. Zugleich wächst die Zahl der Teilzeitbeschäftigten und es sinkt das Stundenvolumen bei Teilzeitbeschäftigung. Die Arbeitszeitmuster polarisieren sich entlang der Merkmale Region (d.h. West-/Ostdeutschland), der Qualifikation und des Geschlechtes (Kratzer/Sauer 2004).

Zentrale Spaltungslinie innerhalb der Arbeitszeitstrukturen ist die Polarisierung in kürzere und längere Arbeitszeiten. Der Anteil der Beschäftigten mit „normgeprägten“ Arbeitszeiten zwischen 30 und 40 Stunden nimmt in Westdeutschland deutlich ab. 1984 hatten noch knapp 52% der Beschäftigten Arbeitszeiten zwischen 30 und 40 Stunden, 2002 ist der Anteil auf 43% gesunken. Im Gegenzug wachsen die Anteile der Beschäftigten mit geringfügigen Arbeitszeiten und niedrigen Teilzeitvolumina einerseits (von etwa 15% auf 21%) und mit Arbeitszeiten über 40 Wochenstunden andererseits.

Die Polarisierung der Arbeitszeitstruktur und -Entwicklung folgt einem geschlechtsspezifischen Muster: Die im Durchschnitt rückläufigen Arbeitszeiten gehen vor allem auf das Konto eines sich weiter verringern-

den Arbeitsvolumens von Frauen und eines leicht ansteigenden Arbeitsvolumens von Männern. Arbeiteten 1984 westdeutsche Männer im Durchschnitt noch 8,8 Stunden länger als Frauen, so hat sich diese Differenz bis zum Jahr 2002 auf 10,6 Stunden erhöht. In Ostdeutschland sind die geschlechtsspezifischen Differenzen geringer ausgeprägt, arbeiten doch Ost-Frauen weniger häufig in geringfügigen und Teilzeitbeschäftigungsverhältnissen.

Auch qualifikationsspezifisch polarisiert sich die Arbeitszeitstruktur: Während die Arbeitszeiten der Hochqualifizierten tendenziell länger werden, werden die Arbeitszeiten der „Unqualifizierten“ tendenziell kürzer. Im Jahr 2002 ist die Arbeitszeit hochqualifizierter Beschäftigter durchschnittlich um 14,2 Stunden länger als die der Beschäftigten am unteren Ende der Qualifikationsstruktur (zum Vergleich: 1984 betrug diese Differenz noch 7,5 Stunden). Noch deutlicher driften die Arbeitszeiten der verschiedenen Qualifikationsgruppen im Osten auseinander: Ausgehend von einer fast egalitären Arbeitszeitverteilung im Jahr 1990 polarisieren sich die Arbeitszeiten und die Arbeitszeitdifferenz klettert von 2,1 Stunden in 1990 auf 11,7 Stunden im Jahr 2000.

Die Arbeitszeiten der Männer werden in fast allen Qualifikationsgruppen länger, während die Arbeitszeiten der Frauen in allen Qualifikationsgruppen sinken. Eine Ausnahme bilden allerdings hochqualifizierte Frauen: Der An-

*Arbeitszeitmuster
polarisieren sich
entlang der Merkmale
Region, Qualifikation
und Geschlecht.*

Quelle: Kratzer/Sauer/Fuchs 2004, S. 111

teil von hochqualifizierten Frauen mit überlangen Arbeitszeiten wächst (Kratzer/Sauer/Fuchs 2004, S. 111). Zwischen den weiblichen Arbeitszeiten zeichnet sich folglich eine Polarisierung entlang des Qualifikationsniveaus ab. Wenig überraschend spiegeln sich die Entwicklungen im Beschäftigungssystem in divergierenden weiblichen Lebenskonzepten: Bereits vierzig Prozent der Akademikerinnen in Deutschland bleiben kinderlos.

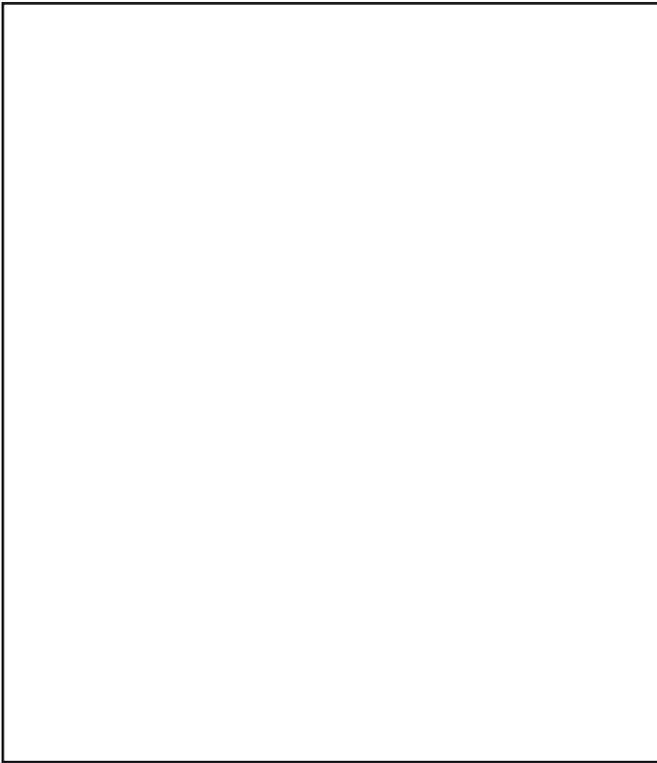
Familiale Arbeitsteilung in Deutschland West und Ost

Betrachtet man die Arbeitszeiten im Haushaltskontext, dann zeigt sich, dass Frauen mit überlangen Arbeitszeiten weit überwiegend mit Partnern zusammenleben, die ebenso stark in die Erwerbsarbeit eingebunden sind. Ganz

anders sieht es in umgekehrter Perspektive aus: Wenn Männer überlange Arbeitszeiten haben, leben sie in der Regel mit Partnerinnen zusammen, die entweder überhaupt nicht erwerbstätig sind oder unter 30 Stunden arbeiten (Kratzer/Sauer/Fuchs 2004, S. 115).

Hausarbeit und Kinderbetreuung sind in Deutschland immer noch überwiegend Frauensache. Nach Künzler leisten Frauen in West- und Ostdeutschland ca. doppelt soviel Hausarbeit wie Männer, während es bei der Kinderbetreuung 1,5- (West) bzw. 1,4-mal (Ost) so viel ist. Männer hingegen verbringen in Westdeutschland 1,8- und in Ostdeutschland 1,4-mal so viel Zeit wie Frauen mit erwerbsgebundenen Zeiten (Künzler 2001). Da die Erwerbsarbeit bezahlt und sozial abgesichert ist, während die Hausarbeit unbezahlt „aus Liebe“ geleistet wird, ist die Arbeitsteilung ein

Frauen mit überlangen Arbeitszeiten leben überwiegend mit Partnern zusammen, die ebenso stark in die Erwerbsarbeit eingebunden sind, Männer mit überlangen Arbeitszeiten dagegen mit Partnerinnen, die überhaupt nicht oder teilzeiterwerbstätig sind.

**Schaubild 3:****Quelle: Eurostat 2003, eigene Berechnungen**

Hauptmerkmal der sozialen Ungleichheit der Geschlechter.

Bemerkenswert ist, dass sich seit Beginn der 90er Jahre die geschlechtsspezifische Teilung der Hausarbeit im Westen nur sehr geringfügig zu Gunsten der Frauen verändert hat. In der ehemaligen DDR war die Hausarbeit zwar nicht gleich verteilt, aber doch wesentlich egalitärer als im Westen. Umso erstaunlicher ist, dass sich die Männer in Ostdeutschland im Jahr 2000 wieder weniger an der Hausarbeit beteiligen

als noch Anfang der 90er Jahre, obwohl doch immer noch mehr Frauen Vollzeit arbeiten als im Westen.

Mehr Engagement als bei der Hausarbeit zeigen Männer bei der Kinderbetreuung. 19 Stunden (West) bzw. 16 Stunden (Ost) pro Woche verbringen Väter aus Zweielternfamilien mit ihren Kindern. Doch auch hier übernehmen Frauen den größeren Anteil: Mit 28 Wochenstunden verwenden westdeutsche Frauen 1,5 mal soviel und mit 22 Wochenstunden ostdeutsche Frauen 1,4 mal soviel Zeit wie Männer für direkt kindbezogene Aktivitäten. Dabei hat die Tatsache, dass Eltern im Osten auffallend weniger Zeit mit ihren Kindern verbringen, damit zu tun, dass dort die Versorgungslage mit außerfamiliärer Kinderbetreuung noch immer wesentlich besser ist als im Westen.

Eine erste europäische Vergleichsuntersuchung zur familialen Arbeitsteilung in zwölf Ländern der europäischen Union auf der Basis des Eurobarometers (1995) hat gezeigt, dass Deutschland West eine vergleichsweise starke Veränderungsresistenz aufweist hinsichtlich eines Wandels der familialen Arbeitsteilung und mit den Ländern Spanien und Portugal „das Schlusslicht (ist) in der Ausbreitung partnerschaftlich-egalitärer Formen der familialen Arbeitsteilung“ (Künzler 1995, S. 129). Neuere Ergebnisse sind im Rahmen des europäischen Verbundprojektes „Division of Household Labour in the European Union“ zu erwarten.

Wie sieht es in den europäischen Nachbarländern aus?

In den meisten europäischen Ländern ist die Erwerbsbeteiligung von Frauen in den letzten Dekaden stark angestiegen. Dennoch existieren nach wie vor erhebliche länder- und geschlechtsspezifische Differenzen in den Erwerbsquoten. Während in den Ländern der EU-Südschiene (Italien, Spanien und Griechenland) immer noch weniger als 50% der Frauen im Erwerbsalter einer Erwerbstätigkeit nachgehen, liegen die Quoten im Vereinigten Königreich und in den skandinavischen Ländern Finnland, Schweden und Dänemark zwischen 65 und 72%. Im Mittelfeld liegt Deutschland mit rund 59%.

Während die skandinavischen Länder eine nur noch geringe Differenz in der Erwerbsbeteiligung zwischen Männern und Frauen zeigen, liegen die Erwerbsquoten der Männer in den Ländern der Südschiene um bis zu 30% über der Erwerbsquote der Frauen.

In den meisten Ländern ist Teilzeitarbeit zur wichtigsten Voraussetzung einer Vereinbarkeit von Beruf und Familie für Frauen geworden. 2002 lag der Anteil der Teilzeitbeschäftigten unter den erwerbstätigen Frauen in Europa zwischen 8,1% in Griechenland und 73,1% in den Niederlanden. Nach wie vor bleiben Männer unter den Teilzeitbeschäftigten aber eine verschwindende Minderheit. Lediglich in den Niederlanden

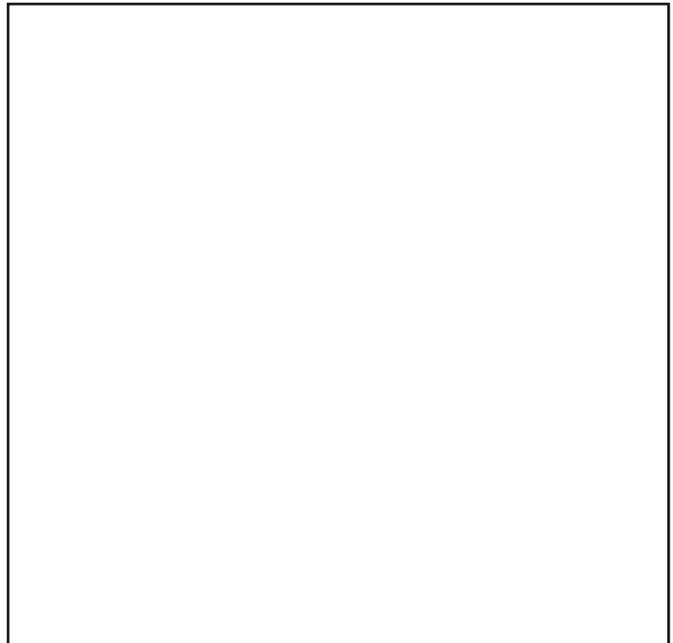


Schaubild 4:

Quelle: Eurostat 2003, eigene Berechnungen

scheint die geschlechtsspezifische Struktur der Teilzeitbeschäftigung aufgebrochen. Bei einer hohen Erwerbsbeteiligung beider Geschlechter erreicht die Teilzeitquote der Männer mittlerweile ca. 21%. Auch in den skandinavischen Ländern Dänemark und Schweden liegen die Teilzeitquoten etwas über dem EU-Durchschnitt der männlichen Teilzeitbeschäftigung. Eine Ausnahme bildet Finnland, wo Teilzeitbeschäftigung für beide Geschlechter eine eher geringe Rolle spielt.

Ganz unterschiedlich sind dabei die Teilzeitprofile. So hat beispielsweise die durchschnittliche Teilzeitbeschäftigte in Schweden

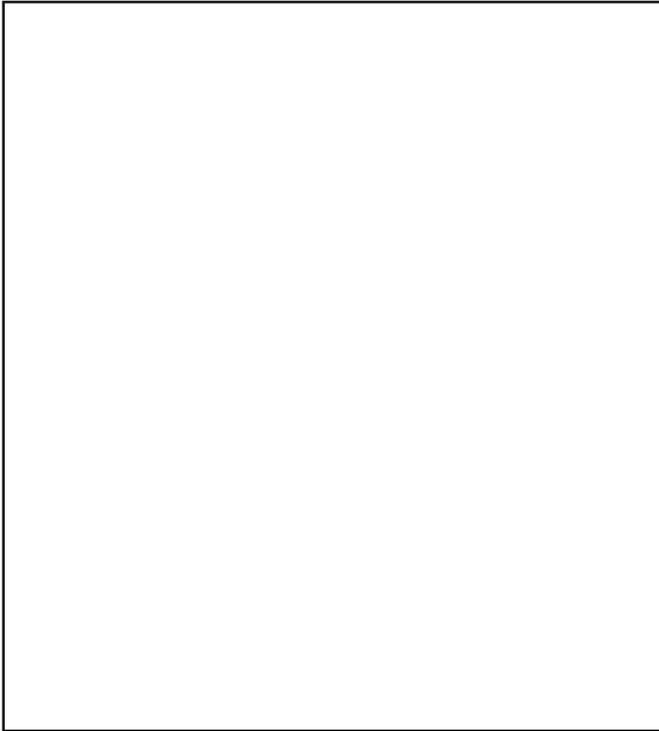


Schaubild 5

eine um 50% längere Arbeitszeit als in Spanien und befindet sich hinsichtlich der finanziellen und sozialen Absicherung in einer völlig anderen Position. Auch innerhalb der einzelnen Länder ist die Bannbreite der Teilzeitbeschäftigung erheblich und reicht von Arbeitsverhältnissen mit weniger als 10 Stunden pro Woche bis zu „vollzeitnaher Teilzeitbeschäftigung“ über 30 Stunden, die in Schweden, aber auch in den Niederlanden, Italien und Griechenland mehr als 20% aller Teilzeitarbeitsplätze ausmachen (Klammer, 2001, S. 269).

Die Ländervergleiche machen deutlich, dass der Teilzeitarbeit eine unterschiedliche Bedeutung bei der Arbeitsmarktintegration von Frauen zukommt: Bei einem niedrigen Beschäftigungsniveau signalisiert eine niedrige Teilzeitquote eine ausgeprägte Zugangsbarriere zum Arbeitsmarkt für die Frauen. Wenn Frauen erwerbstätig sind, dann in der Regel in Vollzeitbeschäftigung. In Ländern mit mittlerer Beschäftigungsquote wie Deutschland, Österreich, Belgien ist der Zuwachs an Beschäftigung für Frauen an den Zuwachs von Teilzeitarbeit geknüpft, während sich in den skandinavischen Ländern die Erwerbskonstellationen zu Gunsten einer stärker egalitären Erwerbsbeteiligung der Geschlechter verändern. Teilzeitarbeit trägt hier gewissermaßen einen transitorischen Charakter.

Die Arbeitszeitwünsche sind in den Ländern der EU homogener als die tatsächlichen Arbeitszeiten (Bosch/Wagner 2002). Es gibt einen erheblichen Personenkreis, der kürzere Arbeitszeiten wünscht, darunter viele vollzeitbeschäftigte Frauen, aber insbesondere auch Männer mit langen und überlangen Arbeitszeiten.

In allen Ländern liegt der Durchschnitt der gewünschten unter dem Durchschnitt der derzeitigen tatsächlichen individuellen Arbeitszeiten: Rund 39 Stunden pro Woche arbeiteten 1998 die Erwerbstätigen in den untersuchten 16 Ländern, während ihre Wunscharbeitszeiten bei durchschnittlich 34,5 Stunden lagen¹.

Die Arbeitszeiten der abhängig Beschäftigten betragen im Durchschnitt der 16 Länder 37,7 Stunden bei gewünschter Reduzierung um 3,7 Stunden pro Woche. Die Selbständigen arbeiten mit wöchentlichen Durchschnittsarbeitszeiten von 48,2 Stunden mehr als 10 Stunden länger als die abhängig Beschäftigten. Ihre Wunscharbeitszeiten liegen bei durchschnittlich 38,3 Stunden.

Hinter diesen Durchschnittswerten verbergen sich unterschiedlich gerichtete Arbeitszeitwünsche auf individueller Ebene, bei starker Dominanz der Wünsche nach einer Verkürzung der Arbeitszeiten: Nur knapp zwei Fünftel der Beschäftigten – etwas mehr Frauen als Männer – möchten ihre gegenwärtige Arbeitszeit im Wesentlichen beibehalten. Mehr als die Hälfte der männlichen und mehr als zwei Fünftel der weiblichen Beschäftigten wünschen kürzere Arbeitszeiten. 15% der

weiblichen und nur 9% der männlichen Beschäftigten wünschen längere Arbeitszeiten. Personen mit langen Arbeitszeiten wollen eher weniger, Personen mit sehr kurzen Arbeitszeiten eher mehr arbeiten. Gewünscht werden eher graduelle Veränderungen als vollkommen andere Arbeitszeiten und in der Tendenz eine Verringerung der Unterschiede, d.h. deutlich weniger Beschäftigte würden in der Folge einer Realisierung der Erwerbs- und Arbeitszeitwünsche Arbeitszeiten an den oberen und den unteren Rändern des Spektrums aufweisen. Die Unterschiede in den Arbeitszeiten von Männern und Frauen würden sich bei Berücksichtigung der Arbeitszeitpräferenzen stärker annähern, aber nicht aufheben (Wagner/Bosch 2002). Deutlich zu Tage tritt eine Konvergenz in Richtung auf Stundenzahlen zwischen 30 und 40, d.h. die Grenze zwischen Voll- und Teilzeitarbeit würde fließend.

Hinter den Durchschnittswerten verbergen sich unterschiedlich gerichtete Arbeitszeitwünsche auf individueller Ebene – Personen mit langen Arbeitszeiten wollen eher weniger, Personen mit sehr kurzen Arbeitszeiten eher mehr arbeiten.

Quelle: Bosch/Wagner 2002

***Die skandinavischen
Länder haben seit
Jahren einen Wechsel
in den Leitbildern einer
Politik zur
Vereinbarkeit von Beruf
und Familie vollzogen.***

Zwar arbeiten in allen untersuchten Ländern Männer länger als Frauen, doch die Erwerbskonstellationen differieren sehr stark:

In Ländern mit niedriger Beschäftigungsquote der Frauen, wie in Griechenland, Italien und Spanien, sind die Arbeitszeitunterschiede zwischen den Geschlechtern gering. Das erklärt sich daraus, dass Frauen hier zwischen Nichterwerbstätigkeit und Erwerbstätigkeit mit relativ langer Arbeitszeit (Vollzeit) „wählen“ müssen. Teilzeitbeschäftigung ist wenig verbreitet und damit wird den Frauen der Zutritt zum Arbeitsmarkt erschwert.

In den skandinavischen Ländern sind geringe Arbeitszeitunterschiede zwischen den Geschlechtern mit hohen Beschäftigungsquoten der Frauen kombiniert. Hier haben die Frauen die besten

Erwerbschancen, was sich aus dem sozialstaatlichen Angebot an Kinderbetreuungsmöglichkeiten einerseits und einem Angebot an elternbezogenen Arbeitszeitfreistellungs- und -flexibilisierungsmöglichkeiten erklärt.

Darüber hinaus haben die skandinavischen Länder seit Jahren einen Wechsel in den Leitbildern einer Politik zur Vereinbarkeit von Beruf und Familie vollzogen. Gefördert wird heute vor allem die Familienintegration der Väter durch Einführung von Vaterschaftsurlauben und ausschließlich auf Väter bezogene Anspruchsrechte familienbezogener Erwerbspausen und -reduzierungen. In der Folge geht der Anteil der teilzeitbeschäftigten Frauen in diesen Ländern sogar leicht zurück.

Große Arbeitszeitunterschiede zwischen den Geschlechtern finden sich in Ländern mit mittleren Beschäftigungsquoten der Frauen wie in Deutschland und Österreich und hohen Beschäftigungsquoten wie Großbritannien. Teilzeitarbeit ermöglicht hier den Frauen den Zutritt zum Arbeitsmarkt, zugleich aber erschweren mangelnde Möglichkeiten der Kinderbetreuung eine gleichberechtigte Erwerbsintegration der Frauen.

Bei allen Unterschieden hinsichtlich der Erwerbskonstellationen und der Arbeitszeitpräferenzen zeichnen sich in allen Ländern der europäischen Union zwei deutliche Trends ab: Erstens deuten die Wunscharbeitszeiten in allen untersuchten Ländern auf eine stärker egalitäre Aufteilung der Erwerbsarbeitszeiten zwischen den Geschlechtern hin. Und zweitens ist das ErnährermodeLL in allen Ländern auf dem Rückzug und wird von dem Typ des Paarhaushaltes mit zwei Erwerbstätigen abgelöst.

Resümee: Herausforderungen für eine europäische Arbeitszeitpolitik

Die Untersuchungen zu Arbeitszeiten und Arbeitszeitwünschen belegen eindrucksvoll, dass die Normalitätsstandards von Erwerbsarbeitszeiten veränderten Geschlechterrollen sowie Familien- und Lebensformen nicht mehr gerecht werden können. Ein relevanter Teil der Beschäftigten

wünscht kürzere Arbeitszeiten, darunter viele Männer mit langen und überlangen Arbeitszeiten. Demgegenüber wünscht ein großer Teil vorwiegend der Frauen ihre (Teilzeit-)Arbeit auszuweiten. Wenn vollzeitbeschäftigte Frauen zwischen 25 und 30 Stunden arbeiten wollen, kann dies auch als Wunsch nach kurzer Vollzeitarbeit gewertet werden.

Eine Betrachtung tariflicher und betrieblicher Arbeitszeitvereinbarungen lässt einen Trend zur De-Standardisierung von Arbeitszeiten im Sinne der Abweichung vom Normalarbeitszeitstandard nach oben und unten erkennen. Während die Ausdifferenzierung der Arbeitszeiten nach unten vorwiegend Frauen betrifft, sind Männer häufiger von langen und überlangen Arbeitszeiten betroffen. Damit entwickeln sich tatsächliche und gewünschte Arbeitszeiten weiter auseinander. Welche Rolle in diesem Zusammenhang die geringe Partizipation von Frauen in Politik, Gewerkschaften und betrieblicher Interessenvertretung spielt, müsste genauer untersucht werden.

Nach wie vor dominieren in der Debatte um Arbeitszeiten wirtschaftliche und beschäftigungspolitische Aspekte. Die Bedeutung der Arbeitszeitentwicklung und -gestaltung für eine geschlechterdemokratische Modernisierung von Arbeit und Leben wird demgegenüber kaum thematisiert. Die Trends zur Ablösung traditioneller Arbeits- und Geschlechterarrangements in allen Ländern der EU setzen die Forderung nach einer

Nach wie vor dominieren in der Debatte um Arbeitszeiten wirtschaftliche und beschäftigungspolitische Aspekte.

Durchsetzung eines neuen Arbeitszeitstandards auf die Tagesordnung. Die Begrenzung der Arbeitszeiten nach oben, die Förderung vollzeitnaher Teilzeitarbeit bzw. kurzer Vollzeitarbeit, die Gleichbehandlung von allen Beschäftigungsformen und die Eröffnung von Wahlmöglichkeiten im Erwerbsverlauf, das sind substantielle Forderungen einer geschlechterdemokratischen Neujustierung des Arbeitszeitsystems.

Anmerkung

- 1 Die europäische Stiftung zur Verbesserung der Lebens- und Arbeitsbedingungen hat im zweiten Halbjahr 1998 in den 15 EU-Mitgliedsstaaten und Norwegen eine Untersuchung zu den Arbeitszeiten und Arbeitszeitwünschen durchgeführt. Die Untersuchung, an der sich 30.500 Personen beteiligten, ist repräsentativ für die Wohnbevölkerung im Alter von 16 bis 64 Jahren. Zu den Arbeitszeitwünschen wurden 12.600 Erwerbstätige sowie 17.900 Nichterwerbstätige befragt, die innerhalb der folgenden fünf Jahre eine Erwerbsarbeit aufnehmen wollten. Das IAT, Gelsenkirchen hat gemeinsam mit Infratest Sozialforschung diese Befragung in Bezug auf die tatsächlichen und gewünschten Arbeitszeiten analysiert. Die Verfasserin dankt Alexandra Wagner für die zur Verfügung gestellten Auswertungen.

Literatur

Bielenski, Harald/Bosch, Gerhard/Wagner, Alexandra: Employment

Options for the Future: Actual and preferred Working Hours. A comparison of 16 European Countries. Report on behalf of the European Foundation for Living and Working Conditions. Dublin 2002.

Bielenski, Harald/Bosch, Gerhard/Wagner, Alexandra: Wie Europäer künftig arbeiten wollen. Frankfurt am Main 2002.

Bosch, Gerhard/Wagner, Alexandra: Konvergenz der Arbeitszeitwünsche in Westeuropa. Konturen eines neuen Arbeitszeitstandards. IAT-Report 2002-01.

Klammer, Ute: Flexicurity als zukünftige Leitidee sozialer Sicherung in Europa - eine Antwort (nicht nur) auf die neue Vielfalt weiblicher Erwerbs- und Lebenszusammenhänge. In: Katrin Andruschow (Hg.): Ganze Arbeit, feministische Spurensuche in der Non-Profit-Ökonomie. Berlin 2001.

Kratzer, Nick/Sauer, Dieter: Flexibilisierung und Subjektivierung von Arbeit. In: Sozioökonomische Berichterstattung in Deutschland, 2004 (im Erscheinen).

Kratzer, Nick/Sauer, Dieter/Fuchs, Tatjana: Zeitmuster - Zeitverwendung im Kontext von Erwerbsarbeit und Haushalt. In: Sozioökonomische Berichterstattung in Deutschland, 2004 (im Erscheinen).

Künzler, Jan: Geschlechtsspezifische Arbeitsteilung: Die Beteiligung von Männern im Haushalt im internationalen Vergleich. In: Zeitschrift für Frauenforschung, Heft 1;2 1995, S. 115-133.

Künzler, Jan/Walter, Wolfgang/Reichert, Elisabeth/Pfister, Gerd: Gender Division of Labour in Unified Germany. Tilburg University Press 2001.

Lehndorff, Steffen: Wie lang sind die Arbeitszeiten in Deutschland? Fakten und Argumente zur aktuellen Debatte um Arbeitszeitverlängerungen. IAT Report 2003-07.

Voß, G.Günter/Pongratz, H.: Arbeitskraftunternehmer. Erwerbsorientierungen in entgrenzten Arbeitsformen. Berlin 2003.

Andreas Lange

Ansprüche von Kindern an Arbeits- und Familienzeiten ihrer Eltern¹

Ungeborene und geborene Kinder brauchen Elternzeit

Work-Life-Balance ist zu einem Topos in Medien, Regierungsenqueten, an den Arbeitsplätzen und im Alltag der Menschen geworden (Dettling 2004). In modernen westlichen Gesellschaften finden sich viele Erwachsene in einer Situation wieder, in der sie (noch) länger und noch intensiver arbeiten als zuvor (Nolan 2002). Die Frage, was alles diesem Arbeitsimperativ, der Zudringlichkeit des Arbeitslebens in Bezug auf den Rest des Lebens geopfert werden soll, wird zu einer Schlüsselthematik des 21. Jahrhunderts.

Ich möchte diese gesellschaftspolitisch brisante Schlüsselfrage unter besonderer Berücksichtigung der Perspektive der Kinder behandeln. Einleitend unterscheidet sich vier Herangehensweisen, von denen ich im Text dann drei näher ausführen werde:

Schon vor ihrer Geburt werden Kinder von den Arbeitszeiten und Arbeitsbedingungen ihrer Eltern betroffen. Es lassen sich eine Reihe von Befunden dafür finden, dass der in allen europäischen Ländern spürbare Ge-

burtenrückgang keineswegs das Ergebnis einer konsum- und spaßorientierten Lebenshaltung junger Männer und Frauen ist. Vielmehr nehmen diese die Signale, die ihnen aus der Wirtschaftswelt über die Medien weitergegeben werden, realistisch und rational wahr und handeln danach. Die erste Botschaft lautet: Bezahlte Arbeit ist heute ein Privileg, für das man hart arbeiten muss. Man hat mobil zu sein, sich über die Maßen für seinen Arbeitsplatz zu engagieren, ständig am Ball zu bleiben. Die zweite Botschaft lautet: Aber selbst dieser Einsatz garantiert in der von Börsenkursen und Renditeansprüchen regierten Arbeitswelt nicht mehr den Erfolg. Der Zufall, die Ungeplantheit und das Risiko regieren mithin nicht selten die Lebenswege der Menschen. Leistung muss nicht mehr mit Erfolg einhergehen! (Neckel/Dröge 2002). Dass ein nicht unerheblicher Teil der Menschen unter diesen Bedingungen vor einer Familiengründung zurückschreckt, ist dann kein Wunder. Diese Symptomatik wurde jüngst in einer international vergleichenden Studie (Mills/Blossfeld 2003) festgestellt. Eine neuere deutsche Untersuchung zur Kinderlosigkeit bei Männern erhärtet die These vom Aufschub

Die Frage, was alles ... der Zudringlichkeit des Arbeitslebens in Bezug auf den Rest des Lebens geopfert werden soll, wird zu einer Schlüsselthematik des 21. Jahrhunderts.

Kinder brauchen Elternzeit, um sich und insbesondere ihre Kompetenzen entwickeln zu können.

des Kinderwunsches durch ökonomische Widrigkeiten. Hier konnte gezeigt werden, dass Männer anstreben, ihre Familiengründung von einer gesicherten ökonomischen Erwerbsbasis aus in Angriff zu nehmen. Da diese sichere Plattform aber immer später im Lebenslauf gebaut wird und immer öfter auch wieder untergehen kann, muss mit einer Zunahme von Kinderlosigkeit insgesamt gerechnet werden (Schmitt 2003).

Zweitens geht es um die Frage, warum und in welcher Hinsicht die Arbeits- und Familienzeit der Eltern für die real existierenden Kinder von heute relevant und diskutierenswert ist. Die Beantwortung bewerkstellige ich im ersten Teil des Beitrags anhand einiger Ausführungen zur Familie als Alltags- und Sozialisationsraum.

Drittens müssen wir uns mit der Zeitverwendung der Kinder und Eltern auseinandersetzen. Insbesondere interessieren ihre gemeinsamen Zeiten, deren Lage und Ausformung. Hierzu gibt es Befunde des Kölner Sportwissenschaftlers Kleine, der die überragende Bedeutung des Wochenendes und des frühen Abends für familiales Miteinander nachweisen kann.

Viertens ist zu eruieren, welchen Reim sich die Kinder auf die Arbeitszeiten und sonstigen Zeiten der Eltern machen – was sie darüber denken, welche Zeiten sie sich für sich und für Interaktionen mit anderen wünschen und wie sie im Alltag mit den Ar-

beitszeiten der Eltern umgehen. Dazu berichte ich einiges aus einer neueren deutschen Studie. Ich schließe mit einigen kurzen Bemerkungen zur weiteren Vertiefung des Forschungsthemas und einem Vorschlag, den Zeitwohlstand von Kindern und ihren Eltern als wichtige Bezugsgröße der Familien- und Kinderpolitik bei der Gestaltung der Schnittstellen Arbeits- und Familienwelt zu betrachten.

Individuelle und gemeinsame Zeit als Ressource für Sozialisation und für einen gelingenden Alltag

Die sozialisationstheoretische Perspektive nebst einigen wissenssoziologischen Beobachtungen

Wieso interessieren uns eigentlich die Perspektiven von Kindern – ich beziehe mich hier auf Kinder im Alter von 6 bis 14 Jahren – auf die Familien- und Arbeitszeiten ihrer Eltern? Welchen Ertrag versprechen wir uns von deren vertiefter Erkenntnis?

Die erste Annahme lautet: Kindliche Sozialisationsprozesse werden wesentlich durch ein gewisses Grundquantum an Zeit, das Kinder mit signifikanten Anderen und hier wiederum mit den Eltern teilen, gefördert. Es handelt sich um eine gewissermaßen objektive Außenperspektive, die von Forschern angelegt wird: Kinder brauchen Elternzeit, um sich und insbesondere ihre Kom-

petenzen entwickeln zu können. In jüngerer Zeit findet dieser Aspekt der Investition in Zeit auch unter Berücksichtigung von qualitativen Momenten als Investition in Sozialkapital zunehmend Beachtung.

Familie spielt eine zentrale Rolle für die Vermittlung und Aneignung von Bildung. Im Rahmen der alltäglichen Familientätigkeiten ist es möglich, Bildungsprozesse der Familienmitglieder anzustoßen und zu fördern. Eltern und auch Großeltern übernehmen Bildungsleistungen, die über die reine Sicherung der schulischen Leistungsfähigkeit der Kinder – genügend Schlaf, regelmäßiger Tagesablauf und gesunde Ernährung – deutlich hinaus gehen. Familien erbringen familiäre Bildungsleistungen, die für die einzelnen Familienmitglieder und deren kulturelle Teilhabe und soziale Anschlussfähigkeit ebenso von Bedeutung sind wie für den Fortbestand und die Weiterentwicklung einer Gesellschaft insgesamt.

Auch institutionelle Erleichterungen könnten diese Leistungen des informellen Bildungserwerbs zeitlich sicherstellen. Konkret: Ganztagschulen, wenn sie nur hinreichend intelligent genug konzeptioniert würden, könnten auch dazu beitragen, dass Familienzeit entlastet wird von routinisierten schulischen Anforderungen, wie die Kontrolle von Hausaufgaben und das Ausfüllen schulischer Lücken. Familien könnten sich dann sehr viel stärker vertiefenden, interessens-

bezogenen Bildungsprozessen widmen.

Zusammengefasst: „Zeitinputs“ der Eltern, alleine oder als Paar im Familienverbund, lassen sich verstehen als Zukunftsinvestition in die Sozialisation der Kinder.

Die Alltagsperspektive: Die Zeit der Eltern als Element des Wohlbefindens und der Lebensqualität von Kindern

In den letzten zehn Jahren hat sich eine neue Perspektive auf Kinder und ihre Kindheit herausgebildet, die im internationalen Sprachraum mit dem Etikett „new social studies of childhood“ (Prout 2004) versehen und hierzulande als Soziologie des Kindes und/oder der Kindheit geführt wird.

Was zeichnet diese wissenschaftliche Zugriffsweise aus? Erstens besteht die Neuorientierung darin, über die Entwicklung des Kindes hinaus dessen Alltag im Hier und Jetzt in den Blick zu nehmen. Kindheit wird so nicht mehr nur als eine auf Zukunft ausgerichtete Entwicklungsphase, sondern als Lebensphase eigener Art verstanden. Kinder sind daher zweitens nicht mehr alleine als von außen beeinflusste, passiv sozialisierte Wesen zu konzipieren. Sie tauchen in dieser Forschungsrichtung auch nicht primär, wie das lange Zeit in der Familienforschung der Fall war, als „Last“ (Daly 2003) oder „ökonomischer Faktor“ auf.

Vielmehr betont man, dass Kinder, in jeweils genau zu erforschenden

Kindheit wird nicht mehr nur als eine auf Zukunft ausgerichtete Entwicklungsphase, sondern als Lebensphase eigener Art verstanden.

Werktag sind für die Kinder stärker durch Arbeit determiniert als das Wochenende.

Ausmaßen, selber Akteure in ihrer Sozialwelt sind. Mit dem Konzept der Handlungsbefähigung (Kaltenborn 2001; Morrow 2003) wird darauf verwiesen, dass Kinder nicht nur reagieren, sondern in einem für das jeweilige Feld zu eruiertem Ausmaß selbst als Akteure wirken. Diese „Agency“ erstreckt sich über den Freizeit- und Medienbereich hinaus. Sie schließt auch das Handeln in der Familie ausdrücklich ein. Zeitmuster in der Familie erscheinen vor dieser theoretischen Folie als miteinander ausgehandelt, teilweise auch durchaus konfliktreicher Natur und erstritten.

Dieser neuen Auffassung vom Kind als Akteur entspricht drittens die Forderung, die Perspektive des Kindes in der Forschung stärker zu berücksichtigen (Heinzel 2000, 2003; Honig/Lange/Leu 1999). Es werden nicht mehr nur Erwachsene über Kinder, sondern diese selbst befragt. Ihren Einschätzungen und Bewertungen wird ein eigenständiger Wert beigemessen.

Fragen, die sich aus dieser Perspektive stellen, lauten dann: Wie und welche Facetten der Erwerbsbedingungen nehmen Kinder wahr? Wie beurteilen Kinder die Arbeitsbedingungen ihrer Eltern in Bezug auf ihre alltägliche Lebensführung? Wie strahlen die Arbeitsbedingungen der Eltern insgesamt auf die kindliche Alltagsgestaltung ab und wie versuchen die Kinder damit umzugehen? Wie erleben die Kinder diese Situation?

Bevor wir uns aber der Beantwortung dieser Fragen zuwenden, lassen sie uns einen Blick in die gemeinsame Zeitverwendung von Eltern und Kindern werfen:

Was tun Kinder und ihre Eltern wann?

Vorab ist eines festzuhalten: Die Mär, wonach heutige Eltern ihren Kindern weniger Zeit „schenken“, als dies in den 1960er und 1970er Jahren der Fall war, ist durch eine Reihe von internationalen Studien widerlegt worden (Sandberg/Hofferth 2001). Vielmehr belegt das ebenfalls breit dokumentierte Gefühl der Zeitnot von Eltern aufgrund beruflicher Anforderungen (Klenner 2004; Milkie 2004), dass sie ihren Kindern eigentlich noch mehr Zuwendung und Förderung zukommen lassen wollen.

Ich beziehe mich hier auf eine Studie des Kölner Sportwissenschaftlers Heine. Von 398 Kindern wurden die Zeitemfänge ihrer Alltagsaktivitäten an 398 Werktagen, an 350 Samstagen und 375 Sonntagen erhoben. Ich konzentriere mich auf die Darstellung der Werktag und des Wochenendes.

Werktag sind Arbeitstage für Kinder

Werktag sind für Kinder stärker durch Arbeit determiniert als das Wochenende. Die Schule bindet die größten Zeitanteile institutioneller Arbeitsanforderungen. Werktaglich entfallen zwischen 3.5 bis 5.5 Stunden auf den

Schulbesuch. Mit der Erledigung der Schulaufgaben oder anderer schulbezogener Arbeit belasten Kinder ihr Wochenende im Vergleich zur Werkwoche nur geringfügig. Zwar fällt die aufgewandte Zeit für außerschulisches Lernen im statistischen Mittel mit 54 Minuten pro Werktag nicht sonderlich hoch aus. Sie unterliegt jedoch erheblichen individuellen Schwankungen. Ein Viertel der Kinder benötigt zwischen 1.3 und 3.8 Stunden. Der Schulbesuch erhöht zudem die Mobilitätsanforderungen an die Kinder.

Sind die Arbeitsbelastungen der Schule ein eindeutiges Strukturmerkmal des Werktags, bestimmen andere außerschulische Arbeitsanforderungen die Werkwoche wie das Wochenende gleichermaßen. Angesprochen sind Alltagstätigkeiten, welche die Versorgung der eigenen Person betreffen, die unumgänglich für die Alltagsgestaltung der Kinder sind und routinemäßige, kleinere Arbeitsvorgänge darstellen. Wenig „geliebt“, allgemein jedoch akzeptiert besitzen sie einen hohen Verbindlichkeitsgrad. Zeiteinschränkungen oder Versäumnisse werden in der Regel von der Familie oder anderen Bezugspersonen nicht toleriert. Versorgung, Organisation und Ordnung des Alltags werden täglich verlangt, sie weisen eine 100-prozentige Realisierungshäufigkeit an allen Wochentagen auf und binden bedeutende Zeitanteile des Kinderalltags.

Körperaktive Arbeiten stellen eine weitere außerschulische Ar-

beitsanforderung dar, die ähnlich hohe Zeitanteile wie die Alltags-tätigkeiten binden, jedoch nur an 59 Prozent der Werktage erfasst wurden. Haus- wie Gartenarbeiten, der Haushalt, die Versorgung von Tieren, Einkäufe müssen verrichtet, Zeitungen ausgetragen werden. Möglicherweise ist der Verbindlichkeitsgrad dieser Arbeiten in und ums Haus bzw. der Wohnung geringer als der der Alltagstätigkeiten.

Die hier erhobenen Daten zeigen, dass Eltern heute von ihren Kindern eine regelmäßige und zeitintensive Erledigung familieninterner Arbeiten erwarten, die vom Tischdecken über das Aufräumen, Zeitungen austeilen und Einkaufen bis zur Gartenarbeit reichen kann.

Wir wissen auch aus anderen Forschungsfeldern, dass Eltern die Aktivitäten ihrer Kinder nicht zuletzt deshalb in bestimmte Bahnen lenken, weil sie sich davon positive Sozialisationseffekte für ihre Kinder erwarten. So sind insbesondere Eltern der mittleren und oberen Milieus darauf bedacht, dass Kinder in ihrer Freizeit etwas Sinnvolles tun, das ihre Kompetenzen stärkt und sie vor allem selbständig und autonom werden lässt (Dunn/Kinney/Hoffert 2003).

Der Arbeitscharakter der Werk-tage ist allerdings nicht nur auf die Arbeiten der Kinder (hier wiederum insbesondere die schulische Arbeit), sondern indirekt auch auf die Berufstätigkeit der Eltern zurückzuführen. Sie erfordern den Aufenthalt von Kindern

... dass Eltern die Aktivitäten ihrer Kinder nicht zuletzt deshalb in bestimmte Bahnen lenken, weil sie sich davon positive Sozialisationseffekte für ihre Kinder erwarten.

Ein wichtiges Element der Freizeitaktivitäten der Familie ist der gemeinschaftliche Medienkonsum und hier vorab das gemeinschaftliche Fernsehen.

in vorschulischen betreuenden Einrichtungen wie Kindergarten oder Hort. Die beruflich induzierte Zeitknappheit von Eltern beeinflusst zudem die Mobilität der Kinder.

Das Wochenende – intensiviertes Familien- und Kinderleben.

An Wochenenden erfahren Tätigkeiten, denen für die Lebensgestaltung der Kinder besondere Bedeutung zugemessen wird, eine gesteigerte Beachtung. Unterstrichen wird dies durch einen engen Familienbezug, in den die meisten Wochenendaktivitäten der Kinder zu bedeutenden Zeitanteilen eingelagert sind. Aus diesem Grund sind Samstage und Sonntage für Kleine (2003, S. 19) als Tage intensivierten Familien- und Kinderlebens zu verstehen. So stellt die Gestaltung der gemeinsamen Freizeit ein zentrales Element des Familienlebens am Wochenende dar: wie z.B. Wandern, Radtouren, spazieren gehen, Schwimmbad-, Flohmarkt-, Kino- oder Verwandtenbesuche. Wichtig sind bewegungsintensive und sportliche Betätigungen. Der Familienbezug kann aktiv oder passiv sein, wenn beispielsweise Eltern und Geschwister bei Wettkämpfen oder Ligaspielen als Zuschauer anwesend sind. Unternehmungen konzentrieren sich sowohl auf den Samstag als auch intensiviert auf den Sonntag.

Ein wichtiges Element der Freizeitaktivitäten der Familie ist der gemeinschaftliche Medienkonsum und hier vorab das gemein-

schaftliche Fernsehen. Gerade an Samstagabenden kann Fernsehen zu einer wichtigen Familieninszenierung werden.

Ausgeprägt ist der kommunikative Charakter der Mahlzeiten (Setzwein 2004), die an Samstagen und Sonntagen zeitlich stark ausgedehnt werden.

Die Rhythmisierung des Alltags in arbeitsbetonte Werkstage und in Wochenendtage ist nicht kindspezifisch und noch weniger kindgewollt. Vielmehr resultiert sie aus einer Überlagerung des Kinder- und Erwachsenenalltags. Zeitstrukturen des Familienalltags, der elterlichen Erwerbstätigkeit, der Schule, der Betreuungs- und Freizeitrythmen wie des informellen Zusammenlebens prägen diese Rhythmik. Sie gleicht sich stark derjenigen der Erwachsenen an. Es entwickelt sich so etwas, was zusammenfassend als ein generationenübergreifender Arbeits- wie Freizeitstil bezeichnet werden könnte, der die Aktivitäten von Kindern und Eltern annähert. Sport und Mediensystem bilden dabei hervorgehobene Kristallisationspunkte der Inszenierung von Familie und des Selbsterlebens als Familie. Gut vorstellbar ist, was eine weitere Deregulierung und eine Verschärfung der Arbeitsbedingungen bedeuten könnte.

Die Rhythmisierung des Alltags in eher arbeitsbetonte Werkstage und Wochenendtage intensivierten Kinder- und Jugendlebens ist nicht kindspezifisch und noch weniger kindgewollt.

Arbeitszeit und Arbeitsbedingungen: Die Sicht der Kinder

Bemerkungen zum Forschungsstand

Zwar gibt es noch keinen systematischen Forschungsschwerpunkt hierzu, aber immerhin finden sich in jüngerer Zeit immer wieder verstreute Indizien für den uns interessierenden Zusammenhang. Befragt man Kinder nach den Arbeitszeiten der Eltern, dann „erntet“ man unterschiedliche Antworten. Einigen sind sie als Rahmen für ihr eigenes Leben nicht bewusst und daher ziemlich egal. Andere geben schlicht zu, dass sie noch nie darüber nachgedacht haben (Näsman 2003). Wieder andere hingegen geben detaillierte Auskünfte und reflektieren über die Arbeitsbedingungen ihrer Mütter und Väter. Elisabeth Näsman, eine schwedische Kindheitsforscherin, hebt hervor, dass die von ihr im Rahmen mehrerer Projekte befragten Kinder die elterlichen Arbeitsbedingungen bevorzugt in zeitlichen Begriffen beschreiben. Sie nennen von sich aus die Verteilung, die Stundenzahl und die Regelmäßigkeit der Arbeitszeiten ihrer Eltern als prägende Strukturmomente des Arbeitens, die dann für sie direkte Konsequenzen haben.

Man sollte daraus aber nicht voreilig den Schluss ziehen, alle Kinder von heute wären kleine Zeitmanager. Sie sind zwar je nach Alter differentiell in der Lage, über Zeit nachzudenken – aber für sie

ist der Zeitbegriff trotz alledem nicht nur an Tätigkeiten, sondern auch an Personen gebunden. Camporese und Romano, zwei italienische Sozialforscher, berichten dies aus den Vorerhebungen zur großen italienischen Zeitbudgetstudie von 2002, die ausdrücklich Kinder als Informanten berücksichtigt.

Soweit eine kurze Begründung und Veranschaulichung kindlicher Perspektiven auf Zeit. Wenden wir uns nun, wie angekündigt, inhaltlichen Aussagen der Wahrnehmung von und Auseinandersetzung mit elterlichen Arbeitszeiten zu.

Im Rahmen einer regionalen Studie in Nürnberg zu den Lebensbedingungen und zur Lebensführung von Kindern in einem Nürnberger Stadtteil hat Ulrike Roppelt (2003) wertvolle, auch direkt politikgestaltungsrelevante Hinweise auf die kindliche Auseinandersetzung mit Berufs- und Familienzeit finden können.²

Als ein wichtiges Ergebnis schält sich in dieser Studie heraus, dass unsichere, nicht planbare Arbeits- und damit Betreuungszeiten aus Sicht von Kindern ein Problem darstellen. Das bringen einige der interviewten 8- bis 11-Jährigen auch deutlich zur Sprache: *„Ich weiß nie, wann sie nach Hause kommt. Wenn sie eine Besprechung hat und sie weiß es nicht vorher, kommt sie später nach Hause. Und ich muss warten und kann nichts mit meinen Freunden ausmachen. Ich kann nie sagen, ja, du kannst zu mir kommen, denn meine Mutter ist ja vielleicht nicht*

Unsichere, nicht planbare Arbeits- und damit Betreuungszeiten stellen aus Sicht von Kindern ein Problem dar.

„Ich muss jeden Tag die ganze Zeit zuhause bleiben und auf meine Mutter warten, bis sie endlich mal heimkommt.“

zu Hause. Das nervt mich schon ganz schön“ (Junge, 9 Jahre). „Mal gehe ich nach Hause, ist die Mama da – mal gehe ich nach Hause und die Mama ist nicht da. Das ist mal so und mal so, da kann ich mich auf gar nichts verlassen. Dann schaue ich, ob die Oma wenigstens da ist, aber am schönsten wäre es, wenn ich gleich zu Hause wäre. Es nervt mich, dass ich es vorher gar nicht weiß und mich wieder ärgere, warum es nicht klappt“ (Junge, 10 Jahre).

Mehrere Kinder geben als weitere Einschränkung lange Warte- und Überbrückungszeiten an, bis die Eltern am Abend endlich nach der Arbeit daheim eintreffen. Diesen Sachverhalt erleben sie als besonders nachteilig und blockierend. Das resultiert vor allem daher, dass die Kinder zu meist erst draußen spielen dürfen, wenn ihre Eltern daheim sind.

„Ich muss jeden Tag die ganze Zeit zuhause bleiben und auf meine Mutter warten, bis sie endlich mal heimkommt. Irgendwann hat man dann keine Lust mehr. Immer warten und warten. Man guckt auf die Uhr und dann sind das immer noch zwei Stunden. Dabei könnte ich in der Zeit schon alles mögliche andere machen“ (Junge, 9 Jahre).

Zu der Überbrückungsproblematik bzw. der Probleme der Passung können auch noch solche der als zu hoch eingeschätzten Anforderungen, die sich für die kindliche Lebensführung aus den Arbeitszeiten der Eltern ergeben, kommen: „Die Mama schneidet

mir zwar Brot ab und stellt was zum Aufwärmen raus. Aber alles so ganz alleine machen, das ist schwierig, weil ich bin ja eigentlich erst acht. Ich hab auch ein bisschen Angst, dass ich vergesse den Ofen aus zu machen oder manchmal sind da so komische Geräusche. Dann bin ich immer froh, wenn die Mama kommt und ich nicht mehr alleine bin“ (Mädchen, 8 Jahre).

Das Thema Selbständigkeit als Chance und Selbständigkeit als Zumutung, welches in der Kindheitsforschung seit längerem intensiv verhandelt wird, zeichnet sich hier ganz deutlich als wichtige Konsequenz bestimmter Arbeitsarrangements ab.

Ausschlaggebend für die „Qualität des Alleinseins“ sind das Ausmaß sowie die Häufigkeit von allein verbrachter Zeit. Kürzere Phasen ohne Sozialpartner werden von den befragten Jungen und Mädchen durchaus als Chance für bestimmte eigeninitiierte Handlungsprojekte und familiäre Regelverletzungen gesehen und daher überwiegend als vorteilhaft eingestuft. „Wenn mal keiner da ist, freue ich mich, weil ich dann alleine Fernsehen schauen kann und meine Mama nicht guckt“ (Junge, 10 Jahre). „Es war schon eine Umstellung, als die Mama wieder das Arbeiten angefangen hat. Ich finde das gut so, weil ich alles machen kann, was ich will. Ich kann wenig essen, muss keinen Salat essen und Fernsehen gucken“ (Mädchen, 9 Jahre).

Während diese beiden Kinder durchaus eine gewisse Zufrieden-

heit mit ihrer Betreuungssituation zeigen und auch Phasen ohne elterliche Kontrolle schätzen, weil sie hier ihre „Agency“, also ihre Handlungsfähigkeit ausleben können, sind andere Kinder weniger glücklich mit den vorgefundenen Kombinationen. So sind beispielsweise die beiden Elternteile von Nicole vollzeiterwerbstätig, was eine eher rigide Anpassung an den Tagesrhythmus der Eltern, der wiederum von der Berufstätigkeit dominiert wird, nach sich zieht: *„Manchmal sehe ich die kaum, weil sie nur arbeiten. Ich bin fast immer alleine zu Hause. Das gefällt mir überhaupt nicht, aber meine Eltern sagen, sie können es nicht ändern, sie müssen beide arbeiten. Ich hoffe, wenn ich ein bisschen größer bin, dass es besser wird, weil ich nicht mehr so viel alleine zuhause sein muss“* (Mädchen, 9 Jahre).

Interessant ist nun, dass auch Kinder Unzufriedenheit äußern, wenn ihre Mütter nicht erwerbstätig sind. Beispielsweise kann dies der Fall sein, wenn das Kind sich durch die ständige Präsenz eines Elternteils permanent beobachtet und kontrolliert fühlt. Es sieht dann keine Chance, dem familialen Regelgeflecht zu ent-rinnen: *„Das nervt total, wenn immer jemand um mich rum ist. Nie kann ich was tun, was meine Mutter nicht merkt. Fernsehen gucken oder essen, wann ich will. Ich hab ihr gesagt, sie soll ein paar Stunden arbeiten gehen, aber sie will nicht“* (Mädchen, 11 Jahre).

Die Interviewaussagen machen ferner darauf aufmerksam, dass

das Ausmaß elterlicher Berufstätigkeit mit ausschlaggebend ist für das Wohlbefinden in der Familie. Sowohl Kinder, deren Eltern viel arbeiten, als auch Kinder, deren Eltern wenig beruflich eingebunden sind, bewerten ihre familiale Situation überwiegend als belastend. Daraus schließt Roppelt (2003), dass man nicht von einer linearen Verknüpfung zwischen beruflicher Einbindung und erhöhter Belastung der betroffenen Kinder ausgehen kann. Zufrieden sind mithin die Kinder, deren Eltern eine mittlere Arbeitsbelastung aufweisen. 70% dieser Kinder waren mit ihrer Betreuungssituation zufrieden, die ihnen simultan ein ausgewogenes Maß an Schon- und Sozialraum, an Kontrolle und Freiraum ermöglicht.

Ein großer Teil der befragten Mädchen und Jungen äußert sich zufrieden mit der individuellen Betreuungslösung, die ihre Eltern geschaffen haben. Für die Kinder gibt es so etwas wie grundlegende Säulen für Wohlbefinden und Zufriedenheit: *„Hauptsache, ich habe nie das Gefühl, dass ich alleine bin“* (Mädchen, 9 Jahre). Hier wird die Balance thematisiert, welche berufstätige Eltern in der Fürsorge um ihre Kinder bewerkstelligen müssen. Es geht allerdings nicht einfach um eine ständige Anwesenheit der Eltern. Vielmehr ist es die Maxime einer Ausgewogenheit zwischen Nähe und Distanz bzw. zwischen Berufstätigkeit und Familie, die beim Kind zur Zufriedenheit führt. *„Am wichtigsten ist, wenn jemand*

Das Ausmaß elterlicher Berufstätigkeit ist mit ausschlaggebend für das Wohlbefinden in der Familie.

Ein stimmiges Gefüge von Familie und Beruf wird durch solche Arbeitsbedingungen erleichtert, die elastisch im Hinblick auf eine Koordination mit dem beruflichen Zeitplan des Partners sind.

zu Hause ist oder ich anrufen kann, das sprechen wir ab. Weil ich bei den Hausaufgaben schon Hilfe brauche. Immer müssen die Eltern nicht da sein, halt nur, wenn ich sie brauche“ (Junge, 9 Jahre).

Als Bestandteile einer als wünschenswert erfahrenen Betreuungssituation lassen sich dem Material von Roppelt gute Absprachen, Zuverlässigkeit, Erreichbarkeit der Eltern in der Firma, das Fehlen zeitlicher Leerlaufphasen und ein gewisses Quantum an Alleinzeit nennen. Besonders geschätzt werden Arrangements in der Familie, die von beiden Elternteilen verantwortet werden. *„Bei uns ist meine Mama im Schuldienst. Da ist oft mein Papa da und ich esse unter der Woche mit ihm zusammen. Alleine bin ich nie, entweder ist Papa oder die Mama zuhause. Die wechseln sich auch in der Frühe ab. Ich finde das gut, dann hat man wenigstens beide mal“ (Mädchen, 9 Jahre).* Die geschickte Verknüpfung von Erziehung und Beruf wird von den Kindern stark begrüßt. In manchen Antworten scheinen sie sogar als Ideallösung auf. *„Die Elternbetreuung ist sehr wichtig für Kinder. Ich finde, die Eltern sollten sich mit den Fragen der Kinder beschäftigen und das können sie nur, wenn sie beide auch da sind. Bei mir ist der Papa und die Mama abwechselnd oder gleichzeitig zu Hause und das ist die beste Lösung“ (Junge, 9 Jahre).* Diese beste Lösung, ein stimmiges Gefüge von Familie und Beruf, wird durch solche Arbeitsbedingungen erleichtert, die elastisch im Hinblick auf eine Koordination

mit dem beruflichen Zeitplan des Partners sind. Ähnliche Ergebnisse finden sich in der Untersuchung von Klenner/Pfahl/Reuyß (2003). Dazu passt auch, dass in einer neueren Repräsentativumfrage zur Kindheit in Deutschland vom Institut für Demoskopie in Allensbach gerade die Abwesenheit der Väter von vielen Kindern als Defizit erlebt wird. Während drei Viertel der Kinder die Einschätzung vertreten, dass ihre Mutter genügend Zeit für sie hat, ziehen nur 37 Prozent diese Bilanz in Bezug auf ihren Vater (IfD Allensbach 2004, S. 104).

Ausblick: Auf dem Weg zum Zeitwohlstand für Kinder und Eltern

In meinem Beitrag konnten nur ausgewählte Aspekte des vielschichtigen Themenkomplexes herausgearbeitet werden. Meine wichtigste Botschaft ist, dass es durchaus möglich ist, aussagekräftige Daten aus der Kinderperspektive zu den uns interessierenden Sachverhalten zu sammeln und auszuwerten. Allerdings ist unser Thema bislang noch nicht zum Schwerpunkt einer großen repräsentativen Studie in Deutschland oder Österreich gemacht worden. Hier gilt es, einiges nachzuarbeiten.

Die zu erwartenden Ergebnisse aus einer solchen Forschungsanstrengung sind sicherlich nicht nur innerwissenschaftlich weiterführend. Sie wären auch eine

wichtige Grundlage für eine Familienpolitik, die den Zeitwohlstand von Kindern und ihren Eltern als Zielgröße ernst nimmt. Wenn wir nämlich betriebswirtschaftliche Erfordernisse zur alleinigen Richtschnur der Familien- und Kinderpolitik nehmen, dann fungieren wir als Zeiträuber (Kostans 2004). Es muss auch klar sein, dass mit der Forderung nach mehr Zeitwohlstand für Familien kein konservatives roll-back im Sinne von „Frauen an den Herd“ gemeint sein kann. Vielmehr stelle ich mir eine breitflächige Reflexion über die angemessene Verteilung der gesellschaftlich notwendigen Arbeit zwischen den Geschlechtern und Generationen vor. Wir wissen aus internationalen Studien, dass erwerbstätige Menschen sich gut vorstellen können, etwa 30 bis 32 Stunden zu arbeiten. Eine solche Arbeitszeit für beide Partner könnte einiges an produktiver Energie freisetzen. Sie könnte vor allem zu einer Entzerrung der „*rush-hour of life*“ beitragen. Damit umschreiben wir in der Soziologie den Umstand, dass heutige Erwerbstätige wegen des späteren Beginns ihrer Erwerbskarriere und des immer stärkeren Zugriffs auf ihre Arbeitskraft in der Mitte ihres Lebens – bei gleichzeitig bestehenden weiteren Aufgaben – extrem gefordert werden, mit den bekannten Phänomenen des burning-out und frühzeitigen Verschleißes. Kinder hätten also in diesem Modell weniger belastete Eltern. Solche Modelle bedürften natürlich einer sozialpolitischen Flankierung. Aber sie würden bei intelligenter Nutzung und unter Beibehaltung des Postulats

der Wahlfreiheit weite Korridore für Familienzeiten öffnen. Die Untersuchung von Kleine (2003) hat ja eindrücklich aufgezeigt, dass die Wochenenden eminent wichtig sind für gemeinsame familiäre Unternehmungen. Wir brauchen mehr solcher gemeinsamer Zeitkorridore.

Aus der Perspektive der Kinder betrachtet müsste es darum gehen, ihnen in Abhängigkeit ihrer jeweiligen Bedürfnisse und ihres Entwicklungsstandes parallel zu den verlässlicher verfügbaren Eltern weitere Verlässlichkeit in den Bildungs- und anderen Institutionen zu bieten.

Eine breitflächige Reflexion über die angemessene Verteilung der gesellschaftlich notwendigen Arbeit zwischen den Geschlechtern und Generationen könnte vor allem zu einer Entzerrung der „rush-hour of life“ beitragen.

Anmerkungen

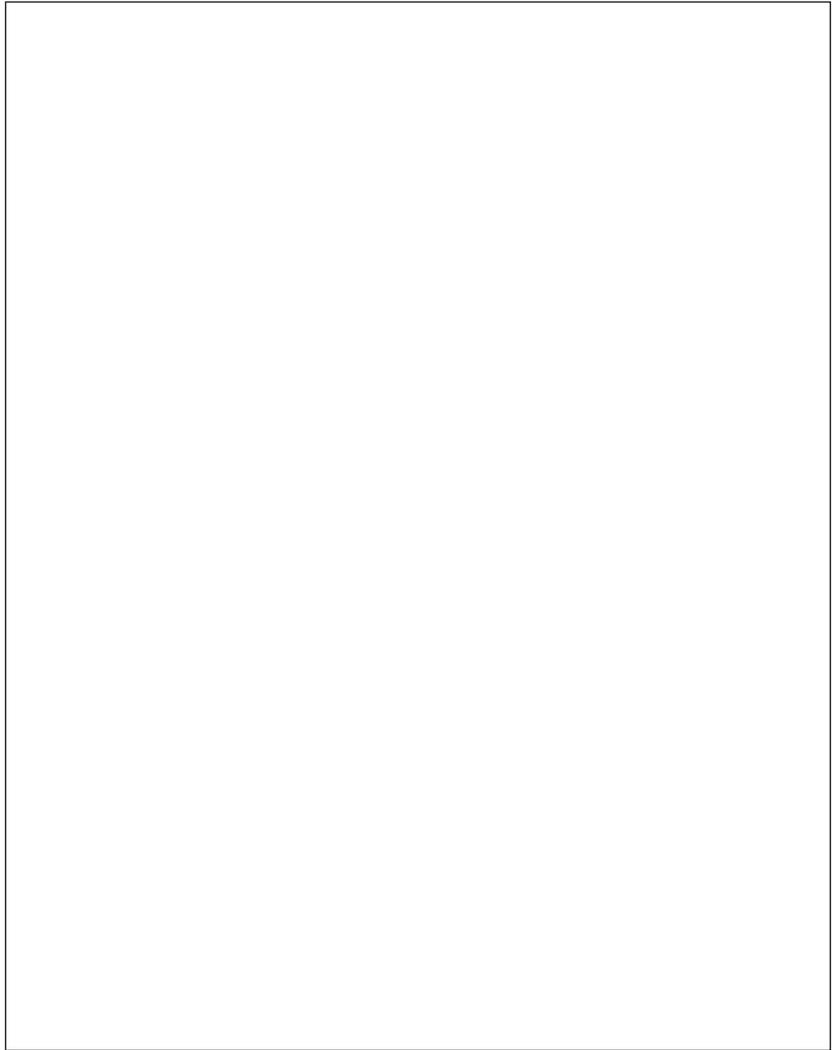
- 1 Die Argumente dieses Beitrags entstanden im Projekt „Entgrenzung von Arbeit – Entgrenzung von Familie“ und profitieren von der intensiven Diskussion in der Abteilung Familie und Familienpolitik am Deutschen Jugendinstitut in München, insbesondere mit Karin Jurczyk und Peggy Szymenderski.
- 2 N=130 Kinder, multimethodisches Design, Schwerpunkt aber eindeutig explorativ und problemerschließend.

Literatur

- Allensbach, Institut für Demoskopie (2004). Ein Herz für Kinder im Auftrag von Bild, zitiert nach der Zusammenfassung in der Zeitschrift für Sozialisationsforschung und Erziehungssoziologie (1): 104
- Brake, Anna; Büchner, Peter (2003). „Bildungsort Familie: Die Transmis-

- sion von kulturellen und sozialem Kapital im Mehrgenerationenzusammenhang.“ Zeitschrift für Erziehungswissenschaft 6(4): 618-638.
- Camporese, R. and M. C. Romano (2003). Children's Time. Brüssel, International Association for Time Use Research - Conference 2003 Comparing Time.
- Daly, Kerry (2003). „Family Theory Versus the Theories Families Live by.“ Journal of Marriage and Family 65(4), 771-784.
- Dettling, Warnfried (2004). Work-Life Balance als strategisches Handlungsfeld für die Gewerkschaften. Düsseldorf: Hans-Böckler-Stiftung. Arbeitspapier Nr. 90.
- Dunn, Janet S. / Kinney, David A. /Hofferth, Sandra L. (2003). „Parental Ideologies and Children's After-School Activities.“ American Behavioral Scientist 46(10), 1359-1386.
- Feierabend, Sabine Klingler, Walter (2003). „Was Kinder sehen.“ Media Perspektiven(4): 167-179.
- Heinzel, Frederike (2000). Methoden und Zugänge der Kindheitsforschung im Überblick. In: Heinzel, Frederike (Hrsg.) Methoden der Kindheitsforschung. Ein Überblick über Forschungszugänge zur kindlichen Perspektive. Weinheim: Juventa, 21-35.
- Heinzel, Frederike. (2003). Methoden der Kindheitsforschung - Probleme und Lösungsansätze. In: Pregel, Annedore (Hrsg.) Im Interesse von Kindern? Forschungs- und Handlungsperspektiven in Pädagogik und Kinderpolitik. Weinheim: Juventa, 123-135.
- Heinz, Hengst (2003). Ein internationales Phänomen: Die neue soziologische Kindheitsforschung In: Orth, Barbara/Schwietring Thomas/Weiß, Johannes (Hrsg.) Soziologische Forschung: Stand und Perspektiven. Ein Handbuch. Opladen: Leske + Budrich, 195-213.
- Honig, Michael Sebastian/Lange, Andreas/ Leu, Hans-Rudolf (1999) (Hrsg.). Aus der Perspektive von Kindern? Zur Methodologie der Kindheitsforschung. Weinheim: Juventa.
- Kaltenborn, Karl-Franz(2001). Aufwachsen mit familialen Übergängen. Expertenwissen und kindliche agency in posttraditionalen Gesellschaften. In: Behnken, Imbke /Zinnecker, Jürgen (Hrsg.). Kinder. Kindheit. Lebensgeschichte. Ein Handbuch. Seelze: Kallmeyer, 502-521.
- Kleine, Wilhelm. (2003). Tausend gelebte Kindertage. Sport und Bewegung im Alltag der Kinder. Weinheim: Juventa.
- Klenner, Christina / Pfahl, Svenja / Reuyß, Stefan (2003). „Flexible Arbeitszeiten aus Sicht von Eltern und Kindern.“ Zeitschrift für Soziologie der Erziehung und Sozialisation 23(3), 268-285.
- Klenner, Christiana (2004). Erwartungen an einen familienfreundlichen Betrieb. Erste Auswertung einer repräsentativen Befragung von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern mit Kindern oder Pflegeaufgaben. Berlin: Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend.
- Kostans, Petropolous (2004). Kinder nicht nur für die Volkswirtschaft. Süddeutsche Zeitung, 17.02. 2004, S. 2.
- Mills, Melinda /Blossfeld, Hans-Peter (2003). „Globalization, Uncertainty and Changes in Early Life Courses.“ Zeitschrift für Erziehungswissenschaft 6(2), 188-218.
- Milkie, Melissa A. / Mattingly, Marybeth J. / Nomaguchi, Kei M. / Bianchi, Suzanne /Robinsohn, John P. (2004). „The Time Squeeze: Parental Statuses and Feelings About Time With Children.“ Journal of Marriage and Family 66(3), 739-761.
- Morrow, Virginia (2003). Perspectives on Children's Agency Within Families. In: Kuczynski, Leon (Hrsg.). Handbook of Dynamics in Parent-Child Relations. Thousand Oaks: Sage, 109-129.
- Näsman, Elisabeth (2003). Employed

- or Unemployed Parents. A Child Perspective. In: Jensen, An-Margitt /McKee, Lorna (Hrsg.). *Children and the Changing Family. Between Transformantion and Negonation.* London, New York: Routledge Falmer, 46-60.
- Neckel, Sighard /Dröge, Kai. (2002). Die Verdienste und ihr Preis: Leistung in der Marktgesellschaft. In: Honneth, A. (Hrsg.). *Befreiung aus der Mündigkeit. Paradoxien des gegenwärtigen Kapitalismus.* Frankfurt am Main: Campus, 93-116.
- Nolan, Jane (2002). The Intensification of everyday life. In: Burchell, Brendan / Lapidó, David /Wilkinson, Frank (Hrsg.). *Job Insecurity and Work Intensification.* London, New York: Routledge, 112-136.
- Pääkkönen, H. (2003). What do schoolchildren in Finland do with their time? Brüssel, Paper presented at the IATUR-Conference „Comparing Time“.
- Prout, Alan (2004). „Herausforderungen für die neue Kindheitssoziologie.“ *Sozialwissenschaftliche Literatur Rundschau* 27(48), 57-72.
- Roppelt, Ulrike. (2003). *Kinder - Experten ihres Alltags?* Frankfurt am Main: Peter Lang.
- Sandberg, J. F.; Hofferth, S.L. (2001). „Changes in Children's Time With Parents: United States, 1981-1997.“ *Demography* 38(3): 423-436.
- Setzwein, Monika (2004). *Ernährung - Körper - Geschlecht. Zur sozialen Konstruktion von Geschlecht im kulinarischen Kontext.* Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- Schmitt, Christian (2003). *Kinderlose Männer in Deutschland - Eine sozialstrukturelle Bestimmung auf der Basis des Sozio-oekonomischen Panels.* Berlin: DIW.
- Sandberg, J. F. and S. L. Hofferth (2001). „Changes in Children's Time With Parents: United States, 1981-1997.“ *Demography* 38(3): 423-436.
- Thorpe, K. and K. Daly (1999). „Children, Parents, and Time: The Dialectics of Control.“ *Contemporary Perspectives on Family Research* 1(1): 199-223.
- Zeher, H. (2001). *Folgen des Wandels gesellschaftlicher Zeitbedingungen für Kinder. Expertise für das Wirtschafts- und Sozialwissenschaftliche Institut in der Hans-Böckler-Stiftung.* Berlin, Max-Planck-Institut für Bildungsforschung.



Rose Ahlheim

Was brauchen Kinder?

Mein Beitrag soll ein Plädoyer für die Belange der Kinder sein. Wenn es um die Frage geht, wie die Chancen der Frauen, ihre Lebensperspektiven frei zu entwickeln und ihr berufliches Potential zu entfalten, mit Mutterschaft und Kindererziehung zu verbinden sind, ist ja auch danach zu fragen, was den Kindern förderlich ist. Entwicklungspsychologie und Säuglingsforschung können in der Diskussion um die Gestaltung familienfreundliche Arbeitsbedingungen und -zeiten durchaus politikfähige Argumente liefern. Ich möchte am Detail zeigen, auf welche Weise „Investitionen“ in die frühe Betreuung von Kindern sich auswirken und „auszahlen“.

Die Erfahrung zeigt, dass Aufmerksamkeit und Zeitaufwand, Präsenz und gerade soviel Zuwendung, wie das Kind sie einfordert, in seinem frühen Alter Investitionen sind, die sein Gedeihen fördern und den Aufwand „lohnen“. Die Erfahrung zeigt aber auch, dass ein Kind, egal wie klein es ist, eine zufriedene Mutter braucht, die sich an ihrem Kind freuen kann, ohne sich als sein Opfer zu fühlen. Und dass es einem Kind nicht gut tut, wenn es über die angemessene Zeit hinaus der Lebensmittelpunkt, das Ein und Alles seiner Mama bleibt.

Was also braucht ein Kind? Die Frage hat nichts zu tun mit Schmusekram und „Eiteitei“. Die

Rentendebatte und der PISA-Schreck haben den Blick dafür geschärft, dass die Zukunft des Landes und unserer selbst vom Gedeihen unserer Kinder abhängt. Was aber ein Kind braucht, um gut zu gedeihen, das ist im konkreten wie im allgemeinen Falle aber leider oft strittig.

In der so genannten PISA-Debatte gibt es nun z.B. eine wütende Entschlossenheit, die Schulpflichtgrenze auf vier Jahre herabzusetzen, oder eine Kita-Pflicht ab fünf Jahren einzuführen, oder verpflichtende Bildungspläne für Kindergärten. Leistungsbewusstsein schon bei den Kleinsten wecken, die Grundschule mehr am Konkurrenzgedanken ausrichten – „Schluss mit der Kuschelpädagogik!“ tönt der Schlachtruf von Erziehungswissenschaftlern und -wissenschaftlerinnen, die ihr Ohr am Puls der Zeit haben möchten. Auch glaubt man, der Mittelmäßigkeit deutscher Schülerleistungen beizukommen, indem man die Lehrer und Lehrerinnen aus den Fesseln des Beamtendaseins befreit und sie nach „Leistung“ bezahlt.

„Kuschelpädagogik“, das ist wohl der infamste und ignoranteste Vorwurf, den man engagierter Früherziehung und Grundschulpädagogik machen kann. Denn wie entsteht kindliche Lernfähigkeit? Was fördert ihre Leistungsbereitschaft und ihr Interesse am

Leistungsbewusstsein schon bei den Kleinsten wecken, die Grundschule mehr am Konkurrenzgedanken ausrichten – „Schluss mit der Kuschelpädagogik!“ tönt der Schlachtruf ...

Lernen, was befähigt Kinder, sich zu konzentrieren und bei der Sache zu bleiben?

Einige Ergebnisse der empirischen Säuglingsforschung

Die Hirnforschung der letzten Jahre hat bestätigt, was man eigentlich schon lange wusste: Auch wenn jedes Kind seine ganz eigene genetische Ausstattung mitbringt, so braucht es doch um sie optimal zu entfalten optimale Bedingungen. Die Entwicklung, die es nehmen wird, ist mitnichten vorgezeichnet. Die Hirnphysiologen haben heute bildgebende Verfahren zur Verfügung, die die neuronale Hirntätigkeit sichtbar machen. Und da kann man bildlich nachvollziehen, wie die Funktionsstrukturen des kindlichen Hirns vom ersten Lebenstag an (und davor selbstverständlich auch schon) sich ausdifferenzieren, verdichten, vernetzen, wie die unzähligen Kreisläufe und Verästelungen und Verflechtungen der Erregungen an Komplexität und Intensität zunehmen, und zwar - darauf will ich hinaus! - in einer deutlichen Korrelation zu einem lebendigen Austausch im Kontakt mit den primären Beziehungspersonen. Anregung und Erfahrung in der körperlichen und gestischen Interaktion zwischen Säugling und Mutter sind es, das gemeinsame Handeln in einem Austauschprozess ist es, was Reifung, Entwicklung und Differenzierung der zerebralen Vernetzungen vorantreibt. Im

Hirn des Säuglings wird zunächst ein enormer Überschuss an Nervenzellen, Fortsätzen und Synapsen erzeugt, von denen aber nur diejenigen erhalten bleiben und stabilisiert werden, die auch funktionell genutzt und damit in größere funktionelle Netzwerke integriert werden (vgl. Singer, 1995). Und die feste Verankerung von funktionsabhängigen Strukturbildungen ist wiederum abhängig von der Miterregung der Hirnregionen, die Sitz des emotionalen Erlebens sind. Zu heftige emotionale Erregung, die zu einer Affektüberflutung führt, kann die Destabilisierung und Regression von bereits gebildeten neuronalen Verschaltungen begünstigen. Fehlende oder zu geringe Erregung der emotionalen Zentren dagegen verhindert, dass neue strukturierende Erfahrungen gemacht und hinreichend fest verankert werden. „Optimale Bedingungen für die Etablierung und Stabilisierung neuer, komplexerer assoziativer Verschaltungsmuster herrschen immer dann, wenn es zu einer moderaten Aktivierung emotionaler Zentren kommt („Neugier‘, ‚Spiel‘).“ (Hüther, 2002, S. 467)

Auch die beobachtende Säuglingsforschung kann nähere Auskunft darüber geben, wie es zu einer solchen „moderaten Aktivierung“ kommt. Sie untersucht die subtile Interaktion zwischen Mutter und Kind („Mutter“ wird hier als Kürzel für die „primär versorgende erwachsene Beziehungsperson“ verwendet, die ja zumeist auch die leibliche Mutter ist). In extrem verlangsamten Zeit-

Auch wenn jedes Kind seine ganz eigene genetische Ausstattung mitbringt, so braucht es doch, um sie optimal zu entfalten, optimale Bedingungen.

lupenaufnahmen zeigt sie, wie differenziert dieser Austausch ist. Minimale gestische und mimische Zeichen gehen hin und her, oft nur Bruchteile von Sekunden lang, von Kind und Mutter wahrgenommen, beantwortet oder probeweise imitiert.

Gerade die frühe Imitation des Gesichtsausdrucks ist experimentell untersucht worden. Es gibt z.B. den Nachweis, dass Säuglinge im Alter von 6 Wochen bestimmte Mundbewegungen oder ein seitliches Zungeherausstrecken (das physiologisch nicht benötigt wird) schon dann nachahmen und ihrem Repertoire an Bewegungen hinzufügen, wenn es ihnen an drei Tagen hintereinander für jeweils 90 Sekunden vorgemacht wird (vgl. Bürgin, 1997, S. 43). Dieses Beispiel wirkt trivial, ich werde auf die Bedeutung solcher frühen mimischen Imitationen aber noch zurückkommen.

Oder ein anderes Detail: Schon kurze Zeit nach seiner Geburt ist ein Baby imstande, die scheinbar unwillkürlichen Zappelbewegungen seiner Beinchen und Ärmchen in eine gewisse Synchronie mit dem Sprechrhythmus der Erwachsenen zu bringen (vgl. ebd., S. 32). Dabei haben solche experimentelle Anordnungen den Nachteil, dass sie den Einfluss von Interaktionen auf das innere Wachstum nicht unmittelbar aufzeigen können. Diesen Einfluss können wir uns eher vorstellen bei einer Detailbeobachtung wie der, dass Säuglinge nicht für sich allein Freude zeigen. Sie lachen

nur in Gegenwart anderer, die für sie Bedeutung haben, auf die sie bezogen sind (ebd., S. 36).

In einem ständigen Abgleichen und Abstimmen erfindet ein Mutter-Kind-Paar eine ganz besondere Bewegungssprache, einen „Tanz“, wie der Säuglingsforscher Stern (1992) sagt, „Tanz“ deswegen, weil das Zusammenspiel einem Rhythmus folgt, der von den vitalen Bedürfnissen des Kindes – Hunger und Sättigung, Wachen und Schlafen, Wachheit und Ruhe geprägt ist. Dabei ist es das Baby selbst, das in einem gewissen Maße die Stimulierung regulieren kann. Wird es überstimuliert, so kann es bereits eigene Abwehrformen einsetzen. Es blickt von der erwachsenen Person weg, starrt ins Leere, schreit, stößt mit energischen Zappelbewegungen die sich annähernde Person von sich weg oder schläft ein. In diesen Formen der Abwendung vom Objekt können wir die angeborenen Vorläufer der späteren psychischen Abwehrmechanismen sehen (vgl. Paulsen, 1998, S. 157).

Sie kennen vielleicht das treffende Schlagwort vom „kompetenten Säugling“, mit dem die Vorstellung revidiert wurde, ein Kind reagiere lediglich auf Anregungen. Vielmehr hat das Kind von sich aus die Fähigkeit und den vitalen Antrieb, seine Mutter zu Reaktionen zu veranlassen. Ein ganz frühes Beispiel ist die angeborene Suchbewegung des Neugeborenen nach der Brust, die der Mutter das erste Anlegen erleichtert. Aber das Baby ist auch wiederum auf Reaktionen

Das treffende Schlagwort vom „kompetenten Säugling“ revidierte die Vorstellung, ein Kind reagiere lediglich auf Anregungen.

Um sich genau zu verstehen, brauchen Kind und Erwachsene schon lange vor der Sprache ein ausgefeiltes Signalsystem, mit dem beide vertraut sind.

angewiesen, um aktiv zu bleiben und nicht in frühe Resignation zu versinken.

Ausgefeilte Versuche haben gezeigt, dass schon Neugeborene ihre Mutter von anderen Frauen unterscheiden können. Der Geruch spielt eine Hauptrolle, dazu kommen das Hautempfinden, die tiefensensorische Wahrnehmung des Gehalten- und Getragenwerdens in einem gewohnten Rhythmus, die Stimme. Auch andere Personen, den Vater besonders, wenn er sich oft mit dem Baby befasst, kann es bald erkennen und unterscheiden. Dazu dienen unter anderem die schon erwähnten frühen Imitationen, der körpersprachliche Austausch also, der über die imitierte Bewegung - d.h. über die Wahrnehmung der eigenen Körperbewegung - ein Wiedererkennen im Kind ermöglicht. Es entsteht ein exklusives Verständigungssystem. Um sich genau zu verstehen - hat das Baby Hunger, ist es müde, hat es Bauchweh, Durst oder Langeseweile, Wut oder Angst, möchte es etwas sehen und hören oder braucht es seine Ruhe - brauchen Kind und Erwachsene schon lange vor der Sprache ein ausgefeiltes Signalsystem, mit dem beide vertraut sind.

Erste Beziehungserfahrungen und die innere Welt des Kindes

Ich möchte nun kurz die Ebene experimenteller und beobachtender Annäherung verlassen und überlegen, was im Baby vor-

gehen mag. (Dieser Zugang ist möglich über die Rekonstruktion in der Analyse, über die Selbstbeobachtung und die Fremdanalyse in regressiven Zuständen.) Ein Baby, das oft genug die Erfahrung gemacht hat, dass nach einem Ansteigen von Hunger und unlustvoller Spannung die Mutter erscheint und für Sättigung und Entspannung sorgt, wird eine innere Vorstellung von ihrem Kommen, ihrer beruhigenden Stimme, ihrem Geruch und ihrer Brust entwickeln. Diese Vorstellung aktiviert es bei einem Spannungsanstieg, noch ehe die Mutter wirklich kommt, es nimmt halluzinatorisch die Befriedigung vorweg. Wenn die reale Mutter nun wirklich in angemessener Frist kommt, so entsteht im Kind für einen Moment die Illusion, seine Vorstellung, sein Begehren habe sie auf den Plan gerufen, es könne die Mutter magisch herbeiwünschen, so als erschaffe sein Verlangen die Mutter jedes Mal neu. „Damit diese Illusion aber im Sinnesleben des Säuglings erzeugt werden kann“, sagt der Kinderanalytiker Winnicott, „muss sich ein Mensch ständig die Mühe machen, dem Baby die Welt in verstehbarer Form und eben der eingeschränkten Weise, die seinen Bedürfnissen entspricht, nahe zu bringen.“ (Winnicott, 1976, S. 70)

Und? Warum sollte es überhaupt wünschenswert sein, in Babys solche Omnipotenzenerlebnisse zu fördern? Weil das Erleben von Wirkungsmacht eine so basale Bedeutung für das Selbsterleben hat, für das, was Erik Erikson

„Urvertrauen“ genannt hat, und was zugleich die Grundlage des Ur-Selbstvertrauens ist. Und: weil hier die erste Repräsentanz einer Person und einer Beziehung sich bildet, eine innere Vorstellung, angereichert mit Erinnerungen an Interaktionen und geteilte Affekte, die Bedingung für die Ausbildung einer kohärenten inneren Welt, für Kreativität und Phantasietätigkeit. Und die innere Repräsentanz der Mutter kann für eine Weile an die Stelle der realen Mutter treten, ermöglicht Bedürfnisaufschub, weil phantasierte Befriedigung möglich wird - solange, bis der reale Hunger nach Milch oder nach Begegnung dann doch stärker ist. Auf lange Sicht werden Trennung und Verselbständigung möglich, wenn das Kind die basale Erfahrung verinnerlichen konnte, dass es etwas bewirken kann, wenn es diese Erfahrung sicher in sein entstehendes Selbstbild einweben kann. Es gibt ein angeborenes Motiv, wirksam zu sein, und es hängt von den frühen Interaktionserfahrungen ab, wie weit die Erfahrung „ich kann etwas bewirken“ zu einem tragenden Motiv in der späteren Selbstwahrnehmung wird (vgl. Paulsen, 1998, S. 157).

Ich möchte kurz innehalten und daran erinnern, wie wir uns das Wachstum der inneren Bilder, die ein Kind von sich selbst, von seinen Beziehungspersonen und von der Welt entwickelt, vorstellen können. Das Baby erlebt und speichert tagtäglich unzählige Interaktionsszenen mit den immer wiederkehrenden Objekten,

und die Erinnerungsengramme enthalten nicht nur den bloßen Handlungsablauf, sondern auch die begleitenden Sensationen und Affekte. Der stetige Rhythmus von Hunger und Sättigung, Bedürfnisspannung und Befriedigung, Unruhe und Beruhigung bildet den Hintergrund, vor dem die Handlungssequenzen in ähnlicher Form immer wieder kehren und in ihnen die Akteure, die das Kind wiedererkennen kann, und die Empfindungen, die dazu gehören. Unzählige Erinnerungsbilder verdichten sich zu Erinnerungsmustern, bilden Strukturen wie Folien, die man übereinander legt, vernetzen sich zu kohärenten Vorstellungen wie „Mama, wie sie mich beruhigt“, „Mama, wie sie mich sättigt“, „Mama, wie sie böse ist“, „Papa, wie er mich beruhigt“ und so weiter. Jedes dieser Erinnerungsbilder ist umgeben mit einer Aura von Gefühlen und Bedeutungen. Wir haben gute Gründe, zu vermuten, dass die inneren Bilder von „Ich“ und „Nicht-Ich“ sich erst in der zweiten Hälfte des ersten Jahres voneinander zu lösen beginnen. „Mama, wie sie böse ist“ wäre demnach in der frühesten Zeit eine Mama, die das Kind nicht zufrieden macht, die seine Spannung und seine reaktive Wut nicht beruhigt. Das Bild der Mama in einer solchen Situation ist umgeben von der Wut, die die Wut des Kindes selbst ist. Vieles spricht dafür, dass die Bilder der „Mama in guter Interaktion“ und der „Mama in böser Interaktion“, jeweils von den Empfindungen des Kindes umgeben, voneinander getrennt bleiben,

Es hängt von den frühen Interaktionserfahrungen ab, wie weit die Erfahrung „ich kann etwas bewirken“ zu einem tragenden Motiv in der späteren Selbstwahrnehmung wird.

Die innere Welt ist von Beginn an getönt und strukturiert durch die Begleitaffekte des Kindes, so wie es seine innere Befindlichkeit und die Außenwelt, die bedeutungsvollen Personen seiner Umgebung erlebt.

wie Melanie Klein es in der Metapher von der „guten“ und der „bösen“ Brust dargestellt hat. Erst später muss das Kind die Aufgabe lösen, gute und böse Bilder in einer umfassenden Repräsentanz ineinander zu fügen. Ungetrennt dagegen sind in den ersten Monaten, wie gesagt, die Bilder vom Selbst und vom Objekt, so dass ein junges Baby nicht Abhängigkeit fühlen wird, sondern seine Fähigkeit, Affekte zu steuern. Ich spreche jetzt, wohlgemerkt, von der inneren Welt des Kindes, die sich noch ausdifferenzieren muss, während es anwesende äußere Objekte bereits sehr fein unterscheiden und erkennen kann. Die innere Welt ist von Beginn an getönt und strukturiert durch die Begleitaffekte des Kindes, so wie es seine innere Befindlichkeit und die Außenwelt, die bedeutungsvollen Personen seiner Umgebung erlebt.

„Mitgebrachte“ Affektbahnen und Affektregulierung

Dass ein Baby von Beginn an ein Repertoire von Affekten und auch von spezifischen Ausdrucksmitteln mitbringt, ist klar von außen her zu beobachten:

Überraschung und Schrecken drückt es aus, indem es die Brauen hochzieht oder mit den Augen blinzelt; Interesse, Erregung durch heruntergezogene Brauen und eine Haltung des Schauens und Lauschens; Ekel durch ein

„höhnisches“ Lächeln mit hochgezogener Oberlippe (erster Monat). Genuss und Freude sind an seinem Lächeln erkennbar und am langsamen tiefen Atmen (4.-6. Woche), Qual und Pein an seinem Schreien mit gewölbten Augenbrauen und herabgezogenen Mundwinkeln, rhythmischem Schluchzen. Ärger und Wut dagegen äußert es mit Stirnrunzeln, einem roten Gesicht, Anspannung der Kiefermuskulatur (3.-4. Monat). Angst und Entsetzen wiederum gehen mit aufgerissenen Augen einher, einem blassen Gesicht, kalter und feuchter Haut, Zittern im Gesicht und aufgestellten Haaren (6.-8. Monat) (vgl. Paulsen, 1998, S. 158, dort weitere Literatur).

Es ist nicht nur die Mutter, die durch ihre versorgende und beruhigende Haltung die Affekte des Säuglings reguliert, sondern umgekehrt reguliert das kleine Kind auch die Affekte der Mutter: Ein unzufriedenes Kind wird sie in Unruhe versetzen und Zweifel in ihr mobilisieren, ob sie eine gute Mutter sein kann, ein lächelndes und freundlich glucksendes Kind wird sie zufrieden stimmen und ihr das Gefühl geben, dass sie eine gute Mutter ist. So bildet sich im mimischen, körperlichen vorsprachlichen Affektaustausch nicht nur ein Signalsystem heraus, sondern ein gemeinsam reguliertes Affektsystem, das wiederum den Handlungsdialog steuert.

Den erwachsenen Personen aber fällt innerhalb des Affektaustauschs eine entscheidende Rolle zu. Sie müssen auffangen, was das

Kind allein nicht aushalten könnte, müssen es halten und trösten, und vor allem müssen sie den Affekten einen Sinn, eine Bedeutung geben, damit das Kind sich und die Anderen verstehen lernt. In der Psychoanalyse hat sich die von Bion geprägte Metapher vom „containment“ durchgesetzt. Die Mutter nimmt den noch undifferenzierten Affekt ihres Babys in sich auf, bewahrt ihn als „container“, aber sie lässt sich nicht überwältigen. Sie kennt die Bedeutung des Affekts, seinen Sinn in der gegebenen Situation, und entsprechend gibt sie ihn in Worten, Gesten, einem Singsang oder vorsprachlichen Lauten zurück.

So wird aus einem Gefühlszustand, der das Baby überkommt, ein geteiltes und mitteilbares Empfinden in einer fest definierten Beziehungssituation. Sie „verdaut“ sozusagen den Affekt und gibt ihn dem Kind in einer verträglichen Form zurück. So prägt die Interaktion mit den vertrauten Personen die innere Welt des Kindes mit, indem sie für die tagtäglichen Erfahrungen gemeinsame Sinnzusammenhänge herstellen, eine emotional getönte Aura von Bedeutungen, die Kind und Erwachsene miteinander teilen.

Nur wenn es Erfahrungen dieser Art in ausreichendem Maße machen kann, wird ein Kind in sich die Fähigkeit entwickeln können, sich der Welt kognitiv und emotional zu nähern. Für unser Zusammenleben ist ja unerlässlich, dass die Denkfunktionen eingebettet sind in ein inneres Gefüge von emotional bedeutsamen Bezie-

hungen und Zusammenhängen, anders sind Verantwortung, Einfühlung in andere und Fürsorge nicht möglich. Ich habe auch einleitend darauf verwiesen, wie die emotionale Miterregung auf einem optimalen, mittleren Spannungsniveau sich auch in der Neurophysiologie als Vorbedingung der fortschreitenden Strukturierung und Stabilisierung der neuronalen (und d.h.: mentalen) Prozesse erwiesen hat. Das „containment“ durch die Mutter sorgt für eben dieses verträgliche Erregungsniveau.

Und wenn ein Kind zu früh mit Angst und Wut allein gelassen wurde, kann es nie die Erfahrung machen, dass solche Gefühle kontrollierbar sind, dass man sie aushalten kann, so wie die Mutter es vorgemacht hat. Destruktive Affekte bleiben unintegriert und können das Subjekt zeitlebens überrollen.

„Optimale Frustration“ und innere Trennung

Bisher habe ich betont, wie unerlässlich für eine gute Entwicklung ein intaktes Verständigungssystem, ein geteiltes Affektsystem zwischen Betreuungspersonen und Kind ist, und wie ein solches System notwendigerweise exklusiv gerade zwischen diesen beiden hergestellt wird. Nun ist aber keine Beziehung frei von Störungen.

Unterbrechungen der eingespielten Interaktion, etwa das

... So prägt die Interaktion mit den vertrauten Personen die innere Welt des Kindes mit ...

... Und wenn ein Kind zu früh mit Angst und Wut allein gelassen wurde, kann es nie die Erfahrung machen, dass solche Gefühle kontrollierbar sind, dass man sie aushalten kann.

Einspringen eines Babysitters in Abwesenheit der Mutter, führen zu Ärger, Wut, Angst beim Kind. Unvermeidlich kommt es aber auch mit den vertrautesten Personen zu Fehlabbildungen, Missverständnissen und Enttäuschungen. Und das muss auch so sein.

Ohne die unvermeidlichen Frustrationen würde ein wichtiger Anreiz fehlen, mit Trennung fertig zu werden und die innere Loslösung von den Primärpersonen voranzutreiben. Erst die Abwesenheit der Mutter ist es ja, die das Kind nötigt, ihre innere Repräsentanz heranzuziehen, sich mit der Phantasie ihrer Wiederkehr zu trösten. In einem mittleren Maße sind Frustrationen förderlich, in einem zu hohen Maß dagegen - wenn sie das Baby allzu oft überwältigen und resignieren lassen - können sie das Vertrauen des Kindes in seine eigenen Fähigkeiten wie in die Zuverlässigkeit seiner Umwelt nachhaltig untergraben.

„Optimale Frustration“ nennt Anna Freud das notwendige Maß an entwicklungsfördernder Versagung - aber wie ist dieses Maß zu finden? Das Problem dürfte sein, dass es eben keine Normierung in dieser Frage geben kann. Innerhalb von groben Richtwerten muss jedes Mutter-Kind-Paar seinen eigenen Rhythmus finden und dann auch leben können.

Ich soll mich hier zu der Frage äußern, was ein Kind braucht, und ich befinde mich noch immer im ersten Lebensjahr - ich hoffe, dass ich bisher habe verständlich machen können, dass und warum

diese frühe Zeit tatsächlich so viel Raum in unserer Überlegung einnehmen muss. Ich bin auch noch immer nicht zu Ende mit dem ersten Lebensjahr.

Nach den ersten Monaten, in denen das Einvernehmen hergestellt werden soll, in denen es so wichtig ist, dass die Gefühlszustände des Kindes mitgedacht und mitgeföhlt werden können, folgt in der zweiten Hälfte des ersten Jahres die beginnende Unterscheidung von Selbst und Nicht-Selbst und damit die innere Trennung. Wie diese aber in der frühesten Phase verläuft, ist entscheidend für die Individuation, das Selbstempfinden.

Die Trennung wird z.B. vorbereitet mit dem Wechselspiel „ich bin dran - du bist dran“ (4.-5. Monat), später mit den Spielen „Guckguck - da!“ oder „Fort - da!“, die Trennung und Wiedererscheinen des Objekts oft wiederholen und eine symbolische Darstellung und Repräsentation des inneren Prozesses vorbereiten.

Expansion und Identifikation

Unermüdlich wird das Kind üben, z.B. das Hochstemmen aus der Bauchlage. Auf Videoaufnahmen ist sehr schön zu sehen, wie ein kurzer Blickwechsel mit der Mutter, ein Austausch von Lauten das Kind ermutigen, mit seinen Anstrengungen fortzufahren. So ist es nicht verwunderlich, dass vernachlässigte Kinder schon das Sitzen mit deutlicher Verspätung

Ohne die unvermeidlichen Frustrationen würde ein wichtiger Anreiz fehlen, mit Trennung fertig zu werden ...

lernen. Es ist nicht die „frühe Förderung“ in einem technischen Sinne, sondern die Freude und Anteilnahme der vertrauten Erwachsenen, ihre spiegelnde Begleitung, die seine Bemühungen bestärken und belohnen. Lernen und üben will es von ganz allein.

Mit dem Krabbelalter setzt die Eroberung der Welt ein, die mit dem Fortkriechen einhergeht. Das Kind geht (kriecht) auf Erkundung und erprobt seine Aktivität. Sie kennen vielleicht das bekannt gewordene Experiment mit Krabbelkindern, von dem ich kurz erzählen möchte. Man setzte in einiger Entfernung von einem Mutter-Kind-Paar ein buntes Spielzeug hin, das das Interesse der Kinder erregte. Auf dem Wege zu diesem verlockenden Ziel gab es im Boden eine abfallende Schräge, die mit einer dicken Glasplatte überdeckt war. Für die Kinder sah es also so aus, als müssten sie einen Abgrund überqueren. Regelmäßig zögerten die Kinder auf dem Wege zu dem Spielzeug vor dieser ihnen unbekanntem Situation und blickten zurück zur Mutter. Gab diese mit einem Lächeln und Nicken zu verstehen, dass die Sache in Ordnung sei, so kletterten sie ruhig weiter. Sahen sie in Gesicht und Haltung der Mutter Beunruhigung, so verharrten sie vor dem Hindernis und gerieten in einen Konflikt zwischen Expansionswunsch und Ängstlichkeit. So kann ein Kind schon früh Vorsicht und Ängstlichkeit entwickeln oder frischen, ja draufgängerischen Wagemut - nicht nur seinem eige-

nen angeborenen Temperament entsprechend, sondern auch der Verfassung der Mutter.

Ihre freudige Zustimmung bildet den Hintergrund, vor dem das Erkunden der Welt zur Lust wird, ihre Missbilligung sorgt für frühe Grenzen. Wir sehen hier die frühen Formen der Identifikation, die für das Selbstbild des Kindes konstitutiv sein wird.

Es ist schön zu beobachten, wie vor der Identifikation die Imitation steht. Mit 2 bis 3 Monaten hat das Baby Erwartungen ausgebildet über die Interaktionspartner und die Imitationsspiele, die sie mit ihm spielen werden, und richtet sein Imitationsverhalten danach. Mit 4 bis 5 Monaten kann es „Ich bin dran - du bist dran“-Spiele spielen, die einen Austausch im Wechselspiel voraussetzen. Mit 9 Monaten imitieren Kinder nicht nur bloße Körperbewegungen, sondern den Umgang mit Dingen, den sie bei einer Person beobachten - vorausgesetzt, diese Aktivität ist eingebunden in eine interaktive Beziehung zu dieser Person. Mit 18 Monaten umfasst die Imitation auch Handlungen, die ein bedeutungsvoller Erwachsener nur intendiert oder beginnt. Nun kann das Kind sich also auch Pläne und Absichten des Erwachsenen erschließen (vgl. Bürgin, 1997, S. 44), d.h. sich in ihn hineinversetzen, sich mit ihm identifizieren. Es wird nun auch „Als-ob“-Spiele spielen - Autos fahren lassen, kochen, Puppen füttern. Es kann Handlungen symbolisch darstellen, und es ist mit elterlichen Tätigkeiten und Haltungen identifiziert.

Mit dem Krabbelalter setzt die Eroberung der Welt ein ...

Was Eltern und Kinder brauchten, wäre eine Flexibilität der Arbeitszeiten in den ersten drei Jahren, die den Grundsatz „erste Priorität hat das Kind“ ermöglichen würde.

Diese frühe Identifikation mit mütterlichen/väterlichen inneren Objektvorstellungen ist eine unentbehrliche Vorbedingung für die spätere Aufgabe der jungen Erwachsenen, den eigenen Kindern gegenüber zuverlässig elterliche Positionen einzunehmen. Fehlt die frühe ausreichend sichere Erfahrung und Verinnerlichung vom Vater-Mutter-Kind-Sein, ist also die Beziehungsmatrix Vater-Mutter-Kind innerpsychisch nicht solide repräsentiert, so wird später die Sicherheit fehlen, wie es ist und „sich anfühlt“, eine Mutter bzw. ein Vater zu sein (vgl. Wolff, 2001). Verunsicherte Eltern geraten dann leicht in die Spirale der Überzeugungen „ich habe ein unzufriedenes Kind - also bin ich eine schlechte Mutter / ein schlechter Vater - dann kann ich auch nur ein schlechtes Kind haben - das Kind ist schlecht, also bin ich schlecht ...“ Dieser Zirkel kann zu sehr ungunstigen Entwicklungen führen.

Äußere Bedingungen für gelungene innere Trennung

Aus all dem geht, wie ich hoffe, hervor: Ein Kind braucht Erwachsene, die Zeit und Geduld für es haben und sich an ihm freuen können. Und es braucht gut vorbereitete Trennungen - egal ob die Erwachsenen nun berufstätig sind oder nicht.

Dazu noch ein paar Worte.

Die Erwachsenen können ihre Aufgabe dann gut erfüllen, wenn

sie selber sich sicher fühlen können. Ein Arbeitsrhythmus, der im Alltag zu Unübersichtlichkeit und Hektik führt (wie z.B. Wechselschichten, Überstunden) ist nicht nur für Mütter mit kleinen Kindern unzumutbar, sondern auch für die Entwicklung der Kinder äußerst ungünstig. Schon regelmäßige Arbeitszeiten können zu ständigen Alltagskonflikten führen, denn die Zeitökonomie der industriell geprägten Arbeitswelt ist eine grundsätzlich andere als die einer Mutter-Kind-Arbeitsgemeinschaft (Prokop, 2001; vgl. Wolff, 2001). Jede Mutter kennt den Stress am Morgen, wenn das Frühstück und das Anziehen vor der Krabbelstube einmal nicht so schnell gehen wie sonst - will man das Kind zur Eile antreiben, so gibt es Konflikte und Geschrei und das Ganze dauert um so länger. Und erst die Ratlosigkeit und Verzweiflung, wenn der Babysitter nicht kommt oder das Kind krank ist, aber zugleich die Arbeit ruft. Was Eltern und Kinder brauchten, wäre eine Flexibilität der Arbeitszeiten in den ersten drei Jahren, die den Grundsatz „erste Priorität hat das Kind“ ermöglichen würde. Im ersten Lebensjahr ist es von fundamentaler Wichtigkeit, später aber immer noch von großer Bedeutung, dass Ersatzpersonen, die die mütterliche Betreuung übernehmen, dem Kind vertraut sind, so dass sie die subtilen elterlichen Funktionen, die ich zuvor einigermaßen ausführlich geschildert habe, übernehmen können. Weder sollten die Trennungszeiten von der Mutter allzu lang sein, damit die Kinder sie

überbrücken können, ohne in Resignation und Depression zu versinken, noch sollten Betreuungspersonen allzu viele Kinder zu versorgen haben. Fünf Krabbelkinder sind schon sehr an der Grenze, wenn ein Betreuer sich ausreichend auf jedes einzelne einlassen will.

Damit komme ich auf die institutionalisierte Trennung zu sprechen. Ganz abgesehen von dem Normalfall, dass beide Eltern einer Erwerbsarbeit nachgehen müssen oder wollen, gibt es ja Mutter-Kind-Paare, die professionelle Hilfe durch Ersatzbetreuung von vornherein gut brauchen können, weil die Mütter aus äußeren oder inneren Gründen ihrer Aufgabe nicht gut genug nachkommen können. Es kann aber auch sein, dass „gute“ Mütter sich mit ihrem kleinen Kind so isoliert und alleingelassen fühlen, dass sie institutionalisierte Hilfe in Anspruch nehmen sollten. Vom Standpunkt der Kinder müsste eine Kinderbetreuung so aussehen, dass sie eine willkommene Erweiterung ihrer Lebenserfahrung darstellt, ein Feld der Expansion und Verselbständigung, ohne ihnen zu viel Verlassenheitsangst zuzumuten. Jedes Kind will selbstständig werden und Autonomie erwerben, das ist ihm mitgegeben wie der frühe Wunsch nach Wirkungsmacht. Jedes Kind muss auf dem Wege dorthin ein gewisses Maß an Trennungsschmerz und Verlustangst aushalten, um die Sicherheit zu erwerben: Das kann ich. Es kommt auf das rechte Maß an, damit das innere Bild der zuverlässigen Mutter nicht gefähr-

det ist oder dauerhaft verloren geht. Und für das rechte Maß gibt es hier auch wieder keine Norm, keine Regel, sondern nur Einführung und Beobachtung. Daraus folgt, dass zu Beginn einer institutionellen Betreuung Flexibilität möglich sein muss, dass Mutter und Kind nicht an einen festen Stundenplan gebunden sein sollten, sondern nach Lage der Dinge eine halbe Stunde früher oder später eintreffen und sich nach kürzerer oder auch erst längerer Zeit trennen sollten. Eine Kleinkinderbetreuung sollte Raum für die Mütter während der Trennungsphase mit einschließen. (Erfahrungsgemäß fällt beiden die Trennung leichter, wenn die Mutter fortgehen muss). Allzu schnelles Fortgehen, allzu langes Fortbleiben der Mutter wird zu einer Belastungsprobe für das Kind. Ideal ist es nach meiner Einschätzung, wenn die Eltern der Kinder in gewisser Weise mit präsent sind in der Kindergruppe – sei es, indem sie regelmäßig an der Betreuung beteiligt sind, sei es, dass sie im Wechsel das Essen bereiten, besondere Vorhaben begleiten oder ähnliches. Diese Art der potentiellen Mitanzwesenheit setzt freilich voraus, dass die Eltern ihre Arbeitszeiten entsprechend einrichten können.

Was brauchen Kinder?

Bisher ging es fast nur darum, was Babys oder Krabbelkinder brauchen. Aber in diesem Alter brauchen Kinder auch besonders viel

Vom Standpunkt der Kinder müsste eine Kinderbetreuung so aussehen, dass sie eine willkommene Erweiterung ihrer Lebenserfahrung darstellt, ein Feld der Expansion und Verselbständigung, ohne ihnen zu viel Verlustangst zuzumuten.

und dies besonders dringend, weil sie sich noch wenig selber helfen können. Und in diesem Alter können sie auch noch nicht sagen, was sie brauchen. Frühere „schwarze“ Erziehungsmethoden haben ja planmäßig damit gearbeitet, dass Kinder ihre frühen Erfahrungen nicht bewusst erinnern und niemandem übel nehmen können.

Fördernde Bedingungen aber sind für Kinder nicht durch ausgeklügelte Förderprogramme und Trainingsmethoden herzustellen, sondern durch vertrauensvolle und ermutigende Beziehungen.

Aber heute wissen wir, dass frühe Defizite kaum aufzuholen sind, und dass frühe Identifikationen die spätere Persönlichkeit bestimmen. Früh schon entscheidet sich, wie bindungsfähig oder beziehungsunfähig, wie verantwortungsfähig oder wie destruktiv eine Persönlichkeit werden kann. So gesehen fängt auch die Prävention einer späteren Bereitschaft zu Gewalt und Fanatismus schon mit der ersten Erziehung an.

Um auf die moderne Hirnforschung zurückzukommen: Sie hat gezeigt, dass sich die Ausdifferenzierung und Strukturbildung nie wieder in einem so rasanten Tempo vollzieht wie in den ersten beiden Lebensjahren. Und dass sich in dieser Zeit Ansätze und Potentiale bilden, die unter fördernden Bedingungen weiterentwickelt, bei einer Nicht-Benutzung aber ein für alle Mal zurückgebildet werden. Fördernde Bedingungen aber sind für Kinder nicht durch ausgeklügelte Förderprogramme und Trainingsmethoden herzustellen, sondern durch vertrauensvolle und ermutigende Beziehungen.

Literatur

- Bion, W. R., Elemente der Psychoanalyse, Frankfurt 1992
- Bürgin, D., Drei- und Vielsamkeit als Beziehungsform, in: AKJP H. 93, 1997, S.31-55
- Hüther, G., Und nichts wird fortan so sein wie bisher... Die Folgen traumatischer Kindheitserfahrungen für die weitere Hirnentwicklung, in: AKJP H.116, 2002, S.461-476
- Paulsen, S., Affekt und Beziehung - theoretische und therapeutische Überlegungen, in: AKJP H.98, 1998, S.155-167
- Prokop, U., Maßstäbe der Gleichheit. Zur aktuellen Diskussion der Gleichheit in den Geschlechterverhältnissen, in: E. Rohrman (Hg.), Mehr Ungleichheit für alle. Fakten, Analysen und Berichte zur sozialen Lage der Republik am Anfang des 21. Jahrhunderts, Heidelberg 2001, S.135-166
- Singer, W., Development and plasticity of cortical processing architectures, in: Science H.270, 1995, S.758-764
- Stern, D. Die Lebenserfahrung des Säuglings, Stuttgart 1992
- Winnicott, D.W., Von der Kinderheilkunde zur Psychoanalyse, München 1976
- Wolff, A., Veränderte Familienformen: Über die Bedeutung der leiblichen Eltern in der inneren Welt des Kindes, in: AKJP H.110, 2001, S.195-213
- AKJP = Analytische Kinder- und Jugendlichen-Psychotherapie. Zeitschrift für Theorie und Praxis der Kinder- und Jugendlichen-Analyse, Brandes & Apsel Verlag, Frankfurt

Thomas Wieseler

Familie bringt Gewinn!

Zwischen Kinderwunsch und Realität

Dass Familie wichtig ist und gefördert werden muss – darüber sind sich alle einig. Trotzdem ist Deutschland mittlerweile zu einem kinderfernen Land geworden. Die Geburtenrate ist mit 1,29 eine der niedrigsten in ganz Europa. Von den deutschen Frauen im Alter zwischen 35 und 39 Jahren sind knapp 30 Prozent kinderlos, bei den Akademikerinnen sind es sogar 44 Prozent, und bei den Männern steigt der Anteil Kinderloser ebenfalls stetig an. Damit nimmt Deutschland beim Anteil der Kinderlosen eine Spitzenstellung in Europa ein, und dass, obwohl sich junge Menschen durchschnittlich zwei Kinder wünschen.

Der Wunsch nach einer eigenen Familie, nach eigenen Kindern ist bei jungen Menschen beiderlei Geschlechts mit über 80 Prozent sehr ausgeprägt. Doch ebenso wichtig wird von den Befragten der Lebensbereich „Beruf und Arbeit“ eingestuft. Auch junge Hochschulabsolventen und Hochschulabsolventinnen mit besten Karrieremöglichkeiten und hohen beruflichen Ambitionen streben ein Balance von Beruf und Familie an.

Junge Menschen wollen sich nicht länger entscheiden zwi-

schen beruflicher Karriere und dem Leben mit Kindern. Immer mehr Frauen gehen einer qualifizierten Berufstätigkeit nach und sehen keinen Grund, diese aufzugeben, weil Kinder kommen. Die Väter dagegen, auch das zeigen Studien, verstehen sich heute zunehmend nicht nur als Ernährer der Familie, sondern als Erzieher ihrer Kinder, mit denen sie mehr Zeit verbringen möchten. Viele hoch qualifizierte Frauen schieben ihren Kinderwunsch immer weiter auf, weil Kinder und berufliches Engagement für junge Frauen hierzulande nur schwer zu vereinbaren sind – bis aus dem aufgeschobenen Kinderwunsch eine ungewollte Kinderlosigkeit wird.

Für eine nachhaltige Familienpolitik

Vor diesem Hintergrund ist das Engagement für eine familienfreundliche Arbeitswelt und der quantitative und qualitative Ausbau der Kinderbetreuung eine strategische Schlüsselfrage – zum einen, um Eltern die Balance von Familie und Arbeitswelt zu ermöglichen, zum anderen, weil die Geburtenraten überall dort deutlich höher als in Deutschland sind, wo es genügend Tagesbetreuung gibt. Deshalb unterstützt

Die Väter verstehen sich heute zunehmend nicht nur als Ernährer der Familie, sondern als Erzieher ihrer Kinder, mit denen sie mehr Zeit verbringen möchten.

***Weniger Kinder
bedeuten schon heute
weniger Wachstum und
weniger wirtschaftlichen
Wohlstand.***

die Bundesregierung Länder und Kommunen in den nächsten Jahren tatkräftig beim Ausbau der Kinderbetreuung. Vier Mrd. Euro werden für den Ausbau der Ganztagschulen investiert. Und mit erheblicher finanzieller Förderung wird der Ausbau der Kinderbetreuung für Kinder unter drei Jahren vorangetrieben. Ab 2005 werden die hierfür zuständigen Kommunen aufsteigend mit 1,5 Mrd. Euro jährlich gefördert.

Die Bundesregierung legt Priorität auf den Ausbau der Infrastruktur für Familien statt auf den weiteren Ausbau direkter finanzieller Transfers. Deutschland gibt bereits vergleichsweise viel Geld für Familien aus. Der Löwenanteil materieller staatlicher Leistungen, nämlich 62 Prozent, wird für finanzielle Leistungen in die Familien hinein verwendet, vom Kindergeld über Steuererleichterungen, Erziehungs- und Mutterchaftsgeld bis zur Anerkennung von Versicherungsjahren in der Rentenversicherung. Kein anderes europäisches Land außer Luxemburg zahlt soviel Kindergeld wie Deutschland. Zum Vergleich: In Schweden sind die Ausgaben für Familien pro Kopf der Bevölkerung genauso hoch. Nur wird dort das Geld ganz anders ausgegeben: Nur 28 Prozent für materielle Leistungen wie Kinder- und Erziehungsgeld, 72 Prozent in Schule und Betreuung. Die Konsequenz: Schweden verfügt im europäischen Vergleich über die höchste Dichte an öffentlichen Einrichtungen zur Betreuung von Kindern unter drei Jahren und die Geburtenrate sowie die Erwerbs-

beteiligung der Frauen sind höher als in Deutschland.

Wachstumsfaktor bevölkerungsorientierte Familienpolitik

Zwischen Geburtenrate, Vereinbarkeit von Familie und Beruf und der ökonomischen Entwicklung besteht ein unmittelbarer Zusammenhang. Der Rückgang der Personenzahl im erwerbsfähigen Alter wird nach Berechnungen der OECD wesentlich dazu beitragen, dass in der EU die durchschnittliche jährliche Wachstumsrate des Bruttoinlandsprodukts von heute etwa 2,3 Prozent um durchschnittlich 0,5 Prozent im Zeitraum der Jahre 2025 bis 2050 sinken wird.

Weniger Kinder bedeuten schon heute weniger Wachstum und weniger wirtschaftlichen Wohlstand. Die Wirtschaft ist auf die spezifischen Impulse der nachwachsenden angewiesen. Leistungsfähigkeit, Kreativität und Engagement der Arbeitskräfte sind wesentliche Produktionsfaktoren und Voraussetzung für mehr Wachstum und Innovation. Der demographische Wandel wird dazu führen, dass Unternehmen schon in absehbarer Zeit Probleme haben werden, was qualifizierte Arbeitskräfte und auch die Zahl der Kunden ihrer Produkte und Dienstleistungen angeht, wenn nicht gezielt entgegengesteuert wird. Die Wirtschaft kann angesichts des Fachkräftemangels schon heute nicht

mehr auf das Potenzial qualifizierter Frauen verzichten.

Um Wohlstand dauerhaft zu erhalten und Wachstum zu fördern, ist eine nachhaltige Familienpolitik notwendig, die drei Ziele gleichwertig verfolgt:

1. Bedingungen zu schaffen, die dazu führen, dass sich Wünsche nach Kindern erfüllen;
2. die bestmögliche und frühe Förderung unserer Kinder;
3. eine bessere Nutzung des Erwerbspotenzials von Frauen.

Familienfreundlichkeit rechnet sich

In den Unternehmen, Gewerkschaften und Verbänden setzt sich zunehmend die Einsicht durch, dass von diesen Faktoren wesentlich die Zukunftsfähigkeit unserer Gesellschaft abhängt.

Eine bessere Balance von Familie und Arbeitswelt ist kein Ziel, das sich nur Großunternehmen in Schönwetter-Perioden „leisten“ können, wie es oft heißt. Gerade auch kleine und mittlere Betriebe besitzen aufgrund ihrer Innovationskraft und Kreativität die geeigneten Voraussetzungen für familienfreundliche Maßnahmen.

Erkenntnisse über die „harten“ quantitativen Effekte familienfreundlicher Maßnahmen lagen bisher für Deutschland nur in Ansätzen vor. Das Bundesfamilienministerium hat im Jahr 2003 die Prognos AG beauftragt, im Rahmen einer Analyse der Control-

lingdaten von zehn Unternehmen zu prüfen, ob sich familienfreundliche Maßnahmen betriebswirtschaftlich rentieren.¹

Um möglichst „harte“ Zahlen zu erhalten, wurde die Analyse auf Kosteneffekte beschränkt, die im Zusammenhang mit einer familienbedingten Fluktuation, der Dauer bis zum Wiedereinstieg sowie Fehlzeiten entstehen. Die Kostensenkungspotenziale liegen damit im Einzelnen bei:

1. den Rekrutierungs- bzw. Fluktuationskosten, d.h. den Kosten für die familienbedingte Fluktuation von Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern – gleichzusetzen mit den Rekrutierungskosten von Ersatzkräften mit gleichem Qualifikationsniveau;
2. den Überbrückungskosten, d.h. den Kosten für die Überbrückung der Phase, in der sich Personal in Elternzeit befindet;
3. den Wiedereingliederungskosten, d.h. den Kosten für die Wiedereingliederung von Rückkehrerinnen und Rückkehrern aus der Elternzeit, die mit der Dauer der Betriebsabwesenheit steigen;
4. den Kosten für Fehlzeiten, d.h. den Kosten für erhöhte Fehlzeiten aufgrund der zusätzlichen Belastung durch Familienaufgaben neben der Erwerbstätigkeit.

Für die Berechnung der betrieblichen Aufwendungen für eine familienbewusste Personalpolitik wurden typische familienfreund-

Eine bessere Balance von Familie und Arbeitswelt ist kein Ziel, das sich nur Großunternehmen in Schönwetter-Perioden „leisten“ können.

liche Maßnahmen (Beratungsangebote für Eltern, Kontakthalte- und Wiedereinstiegsprogramme für Beschäftigte in Elternzeit, Teilzeitangebote, flexible Arbeitszeiten, Telearbeit, betriebliche bzw. betrieblich unterstützte Kinderbetreuung) berücksichtigt sowie die entsprechenden Kosten.

Als Wirkungen familienfreundlicher Maßnahmen zeigen sich deutlich geringere Fluktuationsraten nach einer Geburt und ein deutlich früherer Wiedereinstieg nach der Elternzeit. Die von den analysierten Unternehmen realisierten Einsparungen bewegen sich überwiegend in einer Größenordnung von mehreren 100.000 Euro. Die Rendite beträgt im Durchschnitt rd. 25 Prozent.

Das Fazit der Studie lautet: Familienfreundliche Maßnahmen rechnen sich betriebswirtschaftlich, und eine familienfreundliche Personalpolitik ist eine Investition, die sich nicht nur langfristig auszahlt, sondern die bereits kurzfristig zu Einsparungen führt. Dabei noch unberücksichtigt bleiben die nicht bezifferbaren Vorteile, die durch ein gutes und vertrauensvolles Verhältnis zwischen Beschäftigten und Arbeitgeber entstehen. Wenn der Arbeitgeber die familiären Belange und Bedingungen aus der Planung der Arbeitsabläufe nicht ausklammert, wachsen auf Seiten der Beschäftigten Loyalität, Flexibilität und die Bereitschaft, in dringlichen Situationen zu ungewöhnlichen Zeiten im Betrieb zu sein. Eine familienfreundliche

Unternehmenskultur ist damit ein entscheidender Faktor für Wachstum und damit Beschäftigung in den Unternehmen.

Neue strategische Kooperationen

Die Entwicklung hin zu einer familienfreundlichen Arbeitswelt wird kein Selbstlauf sein. Anliegen des Bundesfamilienministeriums ist es, das Tempo zu beschleunigen - durch harte ökonomische Argumente und Kooperationen mit starken Partnern.

Ohne das aktive Mitwirken von Unternehmen und Betriebsräten, Verbänden und Gewerkschaften wird die Balance von Familie und Arbeit schlecht gelingen. Aus diesem Grund hat Bundesfamilienministerin Renate Schmidt im letzten Jahr gemeinsam mit Liz Mohn von der Bertelsmann Stiftung die „Allianz für die Familie“ ins Leben gerufen. Unter dem Dach der Allianz sind vielfältige Projekte mit starken Partnern gebündelt, mit dem Ziel, neue Akzente in der Personalpolitik zu setzen und innovationsfördernde Kooperationen anzustoßen. Zentrale Module sind die offensive und effektive Nutzung moderner Arbeitsorganisation und flexibler Arbeitszeit, familienbewusste Personalentwicklung sowie familienunterstützende Dienstleistungen.

Prominente Persönlichkeiten aus Wirtschaft, Gewerkschaften, Verbänden und der Wissenschaft

Eine familienfreundliche Personalpolitik ist eine Investition, die sich nicht nur langfristig auszahlt, sondern die bereits kurzfristig zu Einsparungen führt.

unterstützen das Anliegen einer familienfreundlichen Arbeitswelt, u.a. der Präsident des DIHK, Ludwig Georg Braun, der Vorsitzende des DGB, Michael Sommer und der Unternehmensberater Roland Berger. Gutachten und Studien renommierter Experten unterfüttern die Argumente für eine familienfreundliche Arbeitswelt mit neuen wissenschaftlichen Belegen.

Es seien hier nur kurz einige weitere Projekte im Rahmen der Allianz genannt:

- Anfang 2004 haben sich das Bundesfamilien- und das Bundeswirtschaftsministerium in einer bisher einzigartigen Kooperation mit acht führenden deutschen Unternehmen wie z.B. Bertelsmann AG, DaimlerChrysler und Deutsche Telekom zusammengetan, um die Auswirkungen von Work-Life-Balance-Maßnahmen auf Unternehmen, Beschäftigte, Volkswirtschaft und Gesellschaft genauer untersuchen zu lassen. Die Ergebnisse werden im Frühjahr 2005 vorliegen.
- Insbesondere für kleine und mittlere Unternehmen hat das Bundesfamilienministerium gemeinsam mit dem DIHK und der Hertie-Stiftung ein „Checkheft familienorientierte Personalpolitik“ veröffentlicht. Hier werden zahlreiche Ansätze, die einen geringen finanziellen und personellen Aufwand und dennoch große Wirkung haben, vorgestellt.
- Um die spezifischen Handlungsmöglichkeiten von Hand-

werksbetrieben zur familienfreundlichen Gestaltung der Arbeitswelt zu untersuchen, wird eine vom Bundesfamilienministerium in Kooperation mit dem Zentralverband des Handwerks (ZDH) in Auftrag gegebene Studie durchgeführt. Die Ergebnisse werden im November 2004 vorgestellt.

- Um beispielhafte Ansätze familienbewusster Personalpolitik in Unternehmen bekannter zu machen und besonderes Engagement herauszustellen, führt das Bundesfamilienministerium ab September 2004 den Unternehmenswettbewerb „Erfolgsfaktor Familie 2005“ durch. Der Bundeskanzler hat die Schirmherrschaft dafür übernommen.

Die Umsetzung hin zu mehr Familienfreundlichkeit in unserer Gesellschaft muss in erster Linie dezentral erfolgen.

Lokale Bündnisse für mehr Familienfreundlichkeit vor Ort

Die Umsetzung hin zu mehr Familienfreundlichkeit in unserer Gesellschaft muss in erster Linie dezentral erfolgen. Daher setzt das Bundesfamilienministerium dort an, wo die Lebensbedingungen von Familien konkret bestimmt werden: in den Kommunen selbst. Gemeinsam mit Persönlichkeiten aus Wirtschaft, Kommunen und Verbänden wurden Anfang 2004 die „Lokalen Bündnisse für Familie“ ins Leben gerufen. In der groß angelegten Initiative engagieren sich Vertreterinnen

Eine familienfreundliche Unternehmenskultur und Arbeitswelt liegt im gemeinsamen Interesse von Politik, Wirtschaft und Verbänden.

und Vertreter von Unternehmen, Kammern, Verbänden, Kirchen und Wohlfahrtsverbänden. Die Initiative will bestehende Aktivitäten stärken und zur Initiierung von neuen Bündnissen anregen. Ein in Berlin eingerichtetes Servicebüro bietet unbürokratisch und kostenlos Beratung beim Aufbau von Bündnissen sowie Unterstützung laufender Arbeit. Die Initiative hat sich zu einem großen Erfolg entwickelt: Derzeit (Stand Juli 2004) wird an rund 170 Standorten beraten, schon 64 Lokale Bündnisse haben sich verbindlich zur Mitarbeit bereit erklärt. Nicht nur die Lebensbedingungen von Familien verbessern sich merklich, auch die Kommunen profitieren davon ganz konkret: Familienfreundlichkeit stoppt die Abwanderung junger, kaufkräftiger Familien und Arbeitnehmer und -nehmerinnen und erhöht die Attraktivität einer Kommune als Wirtschaftsstandort.

Fazit

Eine familienfreundliche Unternehmenskultur und Arbeitswelt liegt im gemeinsamen Interesse von Politik, Wirtschaft und Verbänden, denn es handelt sich um ein dreifaches Gewinnerthema: Von einer besseren Balance von Familie und Arbeitswelt profitieren erstens die Familien, denn sie werden bei der Koordination von Berufs- und Privatleben entlastet. Zum zweiten profitiert der Staat, wenn er durch eine höhere Erwerbsbeteiligung Steuern und Sozialabgaben einnimmt. Zum dritten bringt eine familienorientierte Personalpolitik für Unternehmen Wettbewerbs- und Standortvorteile sowie Kosteneinsparungen.

Anmerkung

- 1 Die Studie „Betriebswirtschaftliche Effekte familienfreundlicher Maßnahmen“ kann beim Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend bestellt werden und ist auf der Internetseite www.bmfsfj.de als Download verfügbar.

Stefan J. Becker

Fokus „Beruf und Familie“ - Ergebnisse der Hertie-Stiftung

Immer mehr Unternehmen machen die Erfahrung: Eine unzureichende Balance von Erwerbstätigkeit und Familienarbeit führt im betrieblichen Alltag zu kostspieligen Reibungsverlusten! Werden die dadurch bedingten Konflikte nicht zufriedenstellend gelöst, müssen die Unternehmen mit betriebswirtschaftlichen Nachteilen rechnen. Gleichzeitig können die Unternehmen aufgrund des immer größeren Konkurrenzdrucks und der immer mehr in den Mittelpunkt rückenden Anforderungen von Seiten der Kunden kaum Rücksicht auf die privaten Belange ihrer Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter nehmen. Beide Bereiche - Beruf und Familie - erheben gleiche Ansprüche auf die Zeit desjenigen, der sie vereinbaren will. Ein Dilemma, das sich wohl niemals ganz lösen lässt - gleichwohl ist eine tragfähige Balance zwischen Beruf und Familie möglich.

Im Umgang mit der Frage nach einer besseren Vereinbarkeit von Beruf und Familie lassen sich ganz unterschiedliche Verhaltensweisen in den Unternehmen beobachten: Vom Ignorieren des Problems bis hin zur aktiven Umsetzung einer familienbewussten Personalpolitik.

Strategie des Ignorierens

Wohl die meisten Unternehmen in Deutschland ignorieren nach wie vor schlichtweg mögliche privat-familiäre Anforderungen ihrer Belegschaft. Beruf und Familie sind für sie zwei unterschiedliche Bereiche, die ihrer Meinung nach keine Schnittstellen aufweisen - familiäre Probleme sind in den Familien selbst zu lösen. Verantwortlichkeiten des Unternehmens, das mit seinen Arbeits(zeit)vorgaben wesentliche Rahmenbedingungen für das Familienleben setzt, werden nicht gesehen. Dementsprechend gibt es auch keinerlei entlastende Angebote zur Vereinbarkeit von Beruf und Familie.

Der Grund für die Zurückhaltung der Unternehmen ist klar erkennbar. In einer im Frühjahr 2003 im Auftrag der Gemeinnützigen Hertie-Stiftung durchgeführten Studie zu den „Strategien einer familienbewussten Personalpolitik“ führen auf die Frage nach den größten Hemmnissen bei der Umsetzung einer familienbewussten Personalpolitik die meisten der befragten Unternehmen - immerhin 44 Prozent - „fehlende Geldmittel“ an. Das Vorurteil, betriebliche Maßnahmen zur Vereinbarkeit von Beruf und Fa-

Das Vorurteil, betriebliche Maßnahmen zur Vereinbarkeit von Beruf und Familie seien zu kostenintensiv und bedürfen der staatlichen Förderung, hält sich beharrlich.

**Unternehmen
beginnen sich über
Möglichkeiten einer
familienbewussten
Personalpolitik zu
informieren.**

milie seien zu kostenintensiv und bedürfen der staatlichen Förderung, hält sich beharrlich.

Die Zurückhaltung der Unternehmen lässt sich auch mit der lange Zeit praktizierten Ablehnung der Wirtschaftsverbände erklären. Bis Mitte der 90er Jahre gingen die Spitzenverbände der Wirtschaft davon aus, dass es sich bei der Aufgabe, eine bessere Vereinbarkeit von Beruf und Familie zu erreichen, in erster Linie um ein gesellschaftliches Problem handelt, welches primär durch Bewusstseinsänderungen bzw. einen grundlegenden gesellschaftlichen Wandel zu lösen ist – nicht aber durch betriebliche Angebote. Selbst die Gewerkschaften sahen sich lange Zeit nicht veranlasst, die Vereinbarkeit von Beruf und Familie explizit zum Gegenstand von Tarifverträgen zu machen und sind auch heute noch eher zögerlich engagiert.

Strategie des Experimentierens

Nur unsystematisch und stark von betrieblichen Bedürfnissen bestimmt gab es ab Mitte der 70er Jahre erste tariflich vereinbarte Angebote zur Teilzeitarbeit, die auch den Aspekt einer besseren Vereinbarkeit von Beruf und Familie berücksichtigten.

In den 80er Jahren machte sich ein deutlicher Anstieg des Problembewusstseins bemerkbar, auch im Zusammenhang mit betrieblicher Frauenförderung. In

einzelnen Betrieben sind in diesem Kontext Angebote zur flexibleren Gestaltung von Arbeitszeiten, zur Reintegration von Erziehungsurlauberinnen (Betriebsvereinbarungen über Rückkehrgarantie an einen gleichwertigen Arbeitsplatz) sowie vereinzelt zur betrieblichen Kinderbetreuung entwickelt worden.

Die Konzepte blieben jedoch weitestgehend auf einer experimentellen Stufe. Und auch heute finden sich viele Unternehmen, die zwar Teilzeitarbeit anbieten, aber nur in Einzelfällen; Unternehmen, in denen zwar Telearbeit praktiziert wird, aber nur von wenigen Ausgewählten; Unternehmen, die Angebote zur Kinderbetreuung machen, aber nur für einen Bruchteil der Belegschaft.

Strategie des Informierens

Immer mehr Unternehmen machen in jüngster Zeit die Erfahrung, dass es zunehmend schwieriger wird qualifizierte Fachkräfte zu gewinnen. Zugleich führen die von Mobilität und Flexibilität geprägten Arbeitsbedingungen dazu, dass die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter an die Grenzen ihrer Belastbarkeit stoßen, was wiederum oftmals der Grund für höhere Krankheits- und Fluktuationsraten ist.

Unternehmen, die sich bislang überhaupt nicht mit dem Thema der Vereinbarkeit von Beruf und Familie beschäftigt haben, beginnen sich über Möglich-

keiten einer familienbewussten Personalpolitik zu informieren. Auslöser dafür sind oftmals unmittelbar spürbare Probleme mit bzw. in der Belegschaft: Fachkräfte, in deren betriebsinterne Ausbildung viel investiert wurde, kehren nach der Elternzeit nicht mehr ins Unternehmen zurück; Teams brechen auseinander, weil einige Mitglieder auf Kosten anderer familienbedingt „blaumachen“; Führungskräfte sind nicht bereit, den notwendigen Standortwechsel mitzumachen – und begründen dies mit familiären Verpflichtungen.

In solchen Situationen wird offensichtlich, dass die Verantwortlichen in den Unternehmen zu wenig wissen, welche Maßnahmen sie zur besseren Vereinbarkeit von Beruf und Familie anbieten können. Die Kenntnis über mögliche Maßnahmen einer familienbewussten Personalpolitik wird aber mehr und mehr entscheidend für den Erfolg eines Unternehmens.

Auch die Wirtschaftsverbände haben mittlerweile die Notwendigkeit einer breit angelegten und systematischen Information erkannt. So hat beispielsweise der Deutsche Industrie- und Handelskammertag (DIHK) zusammen mit dem Bundesfamilienministerium und der Beruf & Familie gGmbH eine entsprechende Handreichung herausgegeben und vertreibt diese über die örtlichen IHKs. Alle Verbände engagieren sich im Rahmen der „Allianz für die Familie“ und unterstützen das Audit Beruf & Familie®.

Strategie des Profitierens

Das Audit Beruf & Familie®, ein auf Initiative und im Auftrag der Gemeinnützigen Hertie-Stiftung entwickeltes Analyse- und Managementinstrument, hilft den Unternehmen nicht nur, die für ihre jeweiligen Rahmenbedingungen erforderlichen Angebote umzusetzen, sondern zeigt dabei auch, dass eine familienbewusste Personalpolitik nachhaltig effizienzsteigernd wirkt.

Mit dem Audit wurden erstmals integrierte Ansätze einer familienbewussten Personalpolitik als Teil umfassender Innovationsstrategien entwickelt. Im Vordergrund stand die Verknüpfung mitarbeiter- und unternehmensgerechter Arbeitszeitflexibilisierung mit einer optimierten Arbeitsorganisation. Dabei bildete sich auch ein neues Konzept der „lebensphasenorientierten“ Personalpolitik heraus. Initiiert wurden außerdem die Öffnung von Teilzeitarbeit auch für Männer und Führungskräfte, Programme zur unterstützenden Kinderbetreuung und erste Ansätze zur Hilfe bei der Pflege älterer Familieneingehöriger.

Betriebliche Familienpolitik wird beim Audit Beruf & Familie® nicht länger als wohltätige Sozialpolitik verstanden. Als Bestandteil einer strategischen Unternehmenspolitik schafft sie eine tragfähige Balance zwischen Unternehmensinteressen und Mitarbeiterbelangen und fördert so Innovationsfähigkeit, Kreativität, Wissen und Erfahrung, Engagement und

Betriebliche Familienpolitik wird nicht länger als wohltätige Sozialpolitik verstanden, sondern als Bestandteil einer strategischen Unternehmenspolitik.

Leistung. Unternehmen und Belegschaft profitieren gleichermaßen.

die Realisierung betriebsindividueller und bedarfsgerechter Lösungen, nicht die Implementierung von Standardkonzepten.

Das Instrument „Audit Beruf & Familie®“

Das Audit Beruf & Familie® verfolgt folgende Ziele:

Begutachtung vorhandener Maßnahmen zur Vereinbarkeit von Beruf & Familie

Ausgangspunkt einer jeden Entwicklung ist der Status quo, der im Unternehmen vorgefunden wird. Das klingt banal. Da den meisten Unternehmen aber gar nicht die Bandbreite möglicher Maßnahmen einer familienbewussten Personalpolitik bekannt ist, ist das Aufzeigen des bereits Vorhandenen ein wichtiger erster Schritt. Dabei werden nicht nur die Schwächen identifiziert, sondern auch die Stärken bereits bestehender Angebote aufgezeigt.

Hilfe bei der Umsetzung neuer Maßnahmen

Vorrangiges Ziel des Audits Beruf & Familie® ist es, das vorhandene Angebot familiengerechter Maßnahmen einem kontinuierlichen Verbesserungsprozess zu unterziehen. Dabei geht es auch - insbesondere bei größeren Unternehmen - um die sinnvolle Vernetzung bestehender Angebote. Darüber hinaus sollen Impulse für neue Handlungsstrategien gegeben werden. Ziel ist

Besseres Personalmarketing durch Zertifizierung

Schließlich sollen die Unternehmen, die das Audit Beruf & Familie® erfolgreich angewandt haben, dokumentieren können, dass sie ernsthaft an der Umsetzung einer familienbewussten Personalpolitik arbeiten. Durch ein entsprechendes Zertifikat, das öffentlichkeitswirksam verliehen wird, können sie den entsprechenden Nachweis erbringen.

Das Audit Beruf & Familie® begutachtet also nicht nur bereits umgesetzte Projekte, sondern zeigt auch betriebsindividuelle Entwicklungsmöglichkeiten auf. Deshalb spricht es sowohl Unternehmen an, die sich bereits profiliert haben, als auch diejenigen, die erst beginnen und hierfür Hilfe in Anspruch nehmen möchten.

Die Entscheidung über die Erteilung der Zertifikate trifft ein unabhängiger Audit-Rat, in dem u.a. Vertreter des Bundesfamilienministeriums, des Deutschen Industrie- und Handelskammertages, Wissenschaftler und Journalisten vertreten sind. Mit der Zielvereinbarung beginnt das Unternehmen einen kontinuierlichen Verbesserungsprozess. Dieser Prozess - und nicht das bereits bestehende Angebot familienfreundlicher Maßnahmen - ist das entscheidende Kriterium für ein Grundzertifikat; eine Re-Auditierung nach drei Jahren

Das Audit Beruf & Familie® begutachtet also nicht nur bereits umgesetzte Projekte, sondern zeigt auch betriebsindividuelle Entwicklungsmöglichkeiten auf.

überprüft, inwieweit die Ziele erreicht wurden.

Leitfaden für den gesamten Auditierungsprozess ist ein in acht Handlungsfeldern unterteilter Kriterienkatalog. Diese acht Handlungsfelder decken die klassischen Bereiche der Personalpolitik ab: Arbeitszeit; Arbeitsorganisation; Arbeitsort; Informations- und Kommunikationspolitik; Führungskompetenz; Personalentwicklung; Entgeltbestandteile und geldwerte Leistungen; Service für Familien.

In der Online-Infothek www.beruf-und-familie.de finden sich zu allen Maßnahmen detaillierte Informationen, beispielsweise über den finanziellen, personellen und zeitlichen Aufwand, die Mitbestimmungsrelevanz sowie Beispiele von Unternehmen, die die jeweiligen Maßnahmen bereits praktizieren.

Wo steht das Audit Beruf & Familie® heute?

Seit 2001 empfehlen die Spitzenverbände der deutschen Wirtschaft – DIHK, BDA, BDI und ZDH – ihren Mitgliedern, das Audit Beruf & Familie® verstärkt einzusetzen, da es die ökonomischen und betrieblichen Vorteile einer familienbewussten Personalpolitik in den Vordergrund stellt. Seit Anfang 2004 haben Bundeswirtschaftsminister Clement und Bundesfamilienministerin Schmidt die Schirmherrschaft für das Audit Beruf & Familie® über-

nommen. Beide Ministerien haben das Audit im eigenen Hause durchgeführt und betonen den Wettbewerbsvorteil, den Unternehmen mit einer familienbewussten Personalpolitik erzielen. Das Audit Beruf & Familie® empfehlen sie als ein Instrument zur betriebsindividuellen Verbesserung familiengerechter Maßnahmen.

In Presse, Hörfunk und Fernsehen erfolgt eine kontinuierliche Berichterstattung. Die Beruf & Familie gGmbH sowie die Auditorinnen und Auditoren sind gefragte Kompetenzpartner für Politik und Wirtschaft.

Das Audit Beruf & Familie® findet in den letzten Jahren immer größere Resonanz. Insbesondere fünf Gründe lassen sich hierfür nennen:

Familienbewusste Personalpolitik

Beim Audit Beruf & Familie® geht es um eine familienbewusste Personalpolitik, nicht um eine familienfreundliche oder gar familienorientierte Personalpolitik. Denn Unternehmen müssen ihrem Wesen nach gewinnorientiert und kundenorientiert sein. Ein unternehmerisches Handeln, das sich an den Interessen der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter und deren Familien orientiert, wäre zu einseitig. Unternehmen sollen sich aber bewusst sein, dass ihre Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, die zum unternehmerischen Erfolg beigetragen, auch familiäre Verpflichtungen haben. Es geht nicht darum, einseitig die Interes-

... geht es um eine familienbewusste Personalpolitik, nicht um eine familienfreundliche oder gar familienorientierte Personalpolitik.

... werden Angebote einer familienbewussten Personalpolitik geschaffen, die auf die Rahmenbedingungen des Unternehmens und die Belange der Belegschaft optimal zugeschnitten sind.

sen einer Gruppe in den Vordergrund zu stellen, sondern unter Berücksichtigung der Interessen aller Beteiligten eine tragfähige Balance zu schaffen.

Passgenaue Angebote

Mit Hilfe des Audits Beruf & Familie® werden Angebote einer familienbewussten Personalpolitik geschaffen, die auf die Rahmenbedingungen des Unternehmens und die Belange der Belegschaft optimal zugeschnitten sind. Nicht möglichst viele Maßnahmen sollen umgesetzt werden, sondern möglichst die richtigen Maßnahmen. Dabei setzt das Audit auf die Freiwilligkeit der Unternehmen. Betriebsindividuelle Angebote können nur mit der Initiative des Unternehmens umgesetzt, nicht mit Hilfe eines Gesetzes erzwungen werden.

Nachhaltiger Prozess

Zufriedenstellende Lösungen ergeben sich nur, wenn die Angebote fortwährend mit den sich ändernden Rahmenbedingungen abgeglichen werden. Ein einmal gefundenes Konzept zur Vereinbarkeit von Beruf und Familie muss nicht für alle Zeiten Gültigkeit haben. So wie sich in den Familien selbst die Anforderungen ändern – wenn die Kinder kleiner sind, bedürfen sie ganz anderer Betreuungskonzepte als wenn sie größer sind –, so können sich auch die Anforderungen an das Unternehmen abhängig von den betrieblichen Rahmenbedingungen (z.B. Umstrukturierung)

gen) und der Zusammensetzung der Belegschaft im Zeitverlauf ändern.

Das Audit Beruf & Familie® trägt diesem Erfordernis Rechnung, weil hier nicht einmalig der Status quo überprüft wird, sondern durch die Schwerpunktsetzung auf die Umsetzung weiterführender Ziele ein nachhaltiger Verbesserungsprozess angestoßen wird.

Gesamte Belegschaft eingebunden

Ein Konzept ist umso erfolgreicher, je stärker die gesamte Belegschaft davon profitiert. Angebote für Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter mit Familie, die immer nur auf Kosten von Kollegen ohne Familie gemacht werden, haben keine langfristigen Realisierungschancen.

Was heißt in diesem Zusammenhang „Familie“? Bewährt hat sich die weitgefasste Definition, die im Rahmen des Audits i.d.R. zur Anwendung kommt: „Familie ist überall dort, wo langfristig Verantwortung für andere übernommen wird!“ Damit ist sicherlich zunächst die Kernfamilie mit Mutter, Vater und Kind(ern) gemeint. Sie schließt aber Alleinerziehende genauso mit ein wie Paare ohne Kinder. Gleichzeitig wird mit dieser Definition deutlich, dass es bei der Vereinbarkeit von Beruf und Familie nicht nur um das Problem der Kinder und deren Betreuung geht, sondern auch um die Pflege von Älteren. Eine Anforderung, die aufgrund

„Familie ist überall dort, wo langfristig Verantwortung für andere übernommen wird!“

der demografischen Entwicklung immer bedeutsamer wird.

Darüber hinaus wird beim Audit Beruf & Familie® Wert darauf gelegt, dass alle erarbeiteten Maßnahmen in gleicher Weise von Frauen wie von Männern wahrgenommen werden. Eine Beschränkung auf eine Frauenförderpolitik – die nach wie vor in manchen Branchen richtig und wichtig ist – ist nicht gewollt.

Eingebunden ins kommunale Umfeld

Unternehmen sind bei der Umsetzung einer familienbewussten Personalpolitik besonders gefordert. Aber natürlich haben auch Politik und Verbände, Kommunen, Kirchen und Vereine ihre jeweiligen Verantwortlichkeiten ernst zu nehmen. Das Audit Beruf & Familie® zeigt auf, in welchem Bereich die Kooperation mit anderen Partnern vor Ort möglich und sinnvoll ist. Durch die Vernetzung schafft es Synergien und ermöglicht die Realisierung von innovativen Angeboten, die oftmals alleine nicht umgesetzt worden wären.

Die Erfahrungen zeigen: Wenn unternehmerische Maßnahmen und kommunale Angebote gezielt miteinander verbunden werden, wird der betriebswirtschaftliche Nutzen der Unternehmen erheblich gesteigert und zugleich die Attraktivität der Kommunen spürbar gestärkt. Auf diese Weise schafft eine erfolgreiche familienbewusste Personalpolitik nicht nur einen Wettbewerbsvorteil

für Unternehmen, sondern auch einen Vorteil für den Wirtschaftsstandort Deutschland.

Natürlich haben auch Politik und Verbände, Kommunen, Kirchen und Vereine ihre jeweiligen Verantwortlichkeiten ernst zu nehmen.



Familie, um 1920

Cornelia Lange

Orientierungen einer zukünftigen Familienpolitik aus hessischer Sicht

Die Familienpolitik ist das Herzstück der hessischen Sozialpolitik und Querschnittsaufgabe für alle Politikbereiche. Mit der im Jahre 2000 gestarteten familienpolitischen Offensive widmet sie sich drei Schwerpunktbereichen:

- Bewusstsein für Familien schärfen
- Vereinbarkeit von Familie und Beruf fördern unter dem Leitbild der tatsächlichen Wahlfreiheit für Beruf und Kinder
- Finanzielle Situation der Familie verbessern

Angesichts der demografischen Entwicklung und der bereits seit vielen Jahren absehbaren Auswirkungen auf Gesellschaft, Wirtschaft und soziale Sicherungssysteme rückt eine bevölkerungsbewusste Familienpolitik immer mehr in das Bewusstsein des politischen Handelns von Bund und Ländern.

Die Hessischen Maßnahmen zur Vereinbarkeit von Familie und Beruf

Die Vereinbarkeit von Familie und Beruf ist ein zentrales gesellschaftliches Anliegen. Arbeitswelt und Wirtschaft sind auf ein positives, konstruktives Verhält-

nis zur Familie bzw. zur Familienarbeit angewiesen. Maßnahmen zur Verbesserung der Vereinbarkeit von Erwerbstätigkeit und Familie als Voraussetzung für gleiche Teilhabechancen und damit auch für eine zukunftsfähige Gesellschaft setzen voraus, dass dafür die Rahmenbedingungen geschaffen werden. Die Hessische Landesregierung beabsichtigt daher, die Vereinbarkeit von Elternschaft und Berufstätigkeit nachhaltig zu verbessern.

Gemäß dem Motto „mit gutem Beispiel voran“ innerhalb der Landesregierung

Alternierende Telearbeit

Nachdem der „Modellversuch zur Verbesserung der Vereinbarkeit von Beruf und Familie für Frauen und Männer durch alternierende Telearbeit im Bereich der Hessischen Landesverwaltung“ erfolgreich abgeschlossen worden ist, wird alternierende Telearbeit als neue Arbeitsform in der Landesverwaltung dauerhaft eingeführt werden. Durch die alternierende Telearbeit wird es Beschäftigten ermöglicht, einen Teil ihrer Arbeit zu Hause am PC zu erledigen. Die Arbeitsform „alternierende Telearbeit“ soll Männern und Frauen

Angesichts der demographischen Entwicklung und der bereits seit vielen Jahren absehbaren Auswirkungen auf Gesellschaft, Wirtschaft und soziale Sicherungssysteme rückt eine bevölkerungsbewusste Familienpolitik immer mehr in das Bewusstsein des politischen Handelns von Bund und Ländern.

Durch die Einführung alternierender Telearbeit konnte das Ziel der Verbesserung der Vereinbarkeit von Beruf und Familie nachhaltig und maßgeblich gefördert werden.

- gegebenenfalls nach Erfüllung einzelner Bedingungen (z.B. Vorhandensein pflege- oder betreuungsbedürftiger Angehöriger) - gleichermaßen offen stehen. Die hierzu erforderlichen Anschlussvereinbarungen mit den Gewerkschaften wurden im Wege einer Gemeinsamen Erklärung noch Juni diesen Jahres unterzeichnet und im Staatsanzeiger bekannt gemacht.

An dem von der Landesregierung durchgeführten zweijährigen Modellversuch zur Erprobung alternierender Telearbeit haben insgesamt 141 Beschäftigte aus unterschiedlichen Hierarchiestufen in insgesamt 43 Dienststellen der Hessischen Landesverwaltung teilgenommen. Der Modellversuch wurde wissenschaftlich vom Institut für Soziologie der TU Darmstadt begleitet.

Als Ergebnis des Modellversuches lassen sich folgende Punkte aufführen:

Durch die Einführung alternierender Telearbeit konnte das Ziel der Verbesserung der Vereinbarkeit von Beruf und Familie nachhaltig und maßgeblich gefördert werden:

- Durch alternierende Telearbeit wurde für die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter eine deutlich flexiblere Arbeitszeitgestaltung möglich.
- Alternierende Telearbeit fördert die vorzeitige Wiederaufnahme der Berufstätigkeit von Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern in der Elternzeit.
- Alternierende Telearbeit führt

zu einer erheblichen Erleichterung der Lebensumstände von schwerbehinderten Menschen.

- Die Motivation der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter wurde wesentlich gesteigert.

Durch die Möglichkeit einzelner Dienststellen, alternierende Telearbeit anbieten zu können, wird daher von seiten der Landesregierung ein deutliches Signal zur Verbesserung der Vereinbarkeit von Beruf und Familie gesetzt.

Das Wirtschaftsministerium wird in 2004 300.000 € zur Förderung der Telearbeit in Unternehmen aufwenden.

Maßnahmen im Bereich der zentralen ressortübergreifenden Fortbildung

In den vergangenen vier Jahren wurden aus den Mitteln für Maßnahmen der Ausbildung, Fortbildung und Umschulung von Frauen im Landesdienst jeweils für die Regionen Nord-, Mittel- und Südhessen ein Anwendungsbetreuerinnenlehrgang eingerichtet. Hiermit sollten Frauen in niedrigen Vergütungsgruppen die Möglichkeit einer Weiterqualifizierung sowie Frauen im Erziehungsurlaub eine Wiedereingliederungschance erhalten. Eine Evaluierung hierüber ist im Sozialministerium durchgeführt worden.

Für die Erstellung eines Mentoringkonzeptes sowie dessen Durchführung für Frauen in der hessischen Polizei werden seit 2002 ebenso Mittel zur Verfü-

gung gestellt. Den daran teilnehmenden engagierten Frauen soll hierdurch Hilfestellung gegeben werden um deren weitere berufliche und persönliche Entwicklung voranzutreiben.

Audit Beruf & Familie® im Hessischen Sozialministerium

Eine bessere Vereinbarkeit von Berufstätigkeit und Familienleben gewinnt immer mehr an Bedeutung in der Planung familienbewusster Personalpolitik. Ein wirksames Instrument zur Überprüfung der eigenen betrieblichen oder behördlichen Familienfreundlichkeit ist das Audit Beruf & Familie®. Im Rahmen der „Familienpolitischen Offensive“ wurde im Oktober 2000 unter dem Aspekt der Vorbildfunktion für den öffentlichen Dienst im Ministerium mit der Durchführung des Audits Beruf & Familie® durch die gemeinnützige Hertiestiftung begonnen. Ziel ist es, Schnittstellen zwischen den Interessen und Bedürfnissen von Unternehmen und Verwaltungen einerseits und Erwerbstätigen und Familien andererseits herauszufinden und Lösungswege hierzu zu erarbeiten. Familienbewusste Personalpolitik soll gebündelt, unterstützt und weiterentwickelt werden.

Das Hessische Sozialministerium hat den Weg der Auditierung beschritten. Es kommt damit der Vorbildfunktion des öffentlichen Dienstes nach und folgt einer Anregung der Enquetekommission des Hessischen Landtags „Familienfreundliches Hessen“. Mit der Verleihung des Grundzerti-

fikats am 12. Juni 2001 wurde dokumentiert, dass bereits eine gute Grundlage für die Vereinbarkeit von Beruf und Familie im Ministerium vorhanden ist. Die im Rahmen des Auditierungsverfahrens festgesetzten Ziele für eine weitere Verbesserung von familienfreundlichen Arbeitsbedingungen müssen nunmehr bis zum Jahr 2004 umgesetzt werden. Dies geschieht zum einen durch die Verknüpfung von Personalentwicklungsmaßnahmen mit dem Audit. Auf diese Weise entstand z.B. ein Leitfaden zur Führung von Jahresgesprächen, wurde die IT-Fortbildung neu organisiert und sind Maßnahmen zur Stärkung der Führungskompetenz geplant.

Als weiteres wichtiges Instrument im Rahmen des Audits erwies sich die Beschäftigten-Befragung zum Bedarf an Unterstützungsangeboten vor allem zur Betreuung von Kindern und auch älteren, hilfsbedürftigen Angehörigen. 25% aller Befragten, davon 80% Frauen, haben sich an dieser Umfrage beteiligt.

Im Rahmen der Umsetzung der Ergebnisse wurde für Eltern, die ihr/e Kind/er im Notfall mit zur Dienststelle bringen müssen, ein kombiniertes Arbeits-/Spielzimmer eingerichtet. Außer einem voll funktionsfähigen Arbeitsplatz wird dazu eine Grundausstattung mit Spielzeug, kindgerechten Möbeln sowie eine Ruhemöglichkeit für Kinder gehören. Beschäftigte, denen es nicht möglich ist, an diesem speziell eingerichteten Arbeitsplatz zu arbeiten, können

Für Eltern, die ihre Kinder im Notfall mit zur Dienststelle bringen müssen, wurde ein kombiniertes Arbeits-/Spielzimmer eingerichtet.

Mit den Landesmitteln werden flexible, innovative, neue und zusätzliche Angebote zur Tagesbetreuung gefördert, die dem aktuellen Bedarf vor Ort Rechnung tragen.

die Spielgeräte etc. vorübergehend in ihr Arbeitszimmer holen.

Die Ferienzeit stellt für Mütter und Väter eine erhebliche Belastung dar, da der eigene Urlaub einfach nicht ausreicht, um die Ferienzeit der Kinder abzudecken. Hier ist für Unterstützungsangebote gesorgt worden. Die Kosten werden von den Eltern selbst getragen.

Sowohl zur Vermittlung von Ferienbetreuungsangeboten für Kinder und Jugendliche als auch zur Beratung bei der Betreuung älterer und pflegebedürftiger Menschen werden Beschäftigte der Fachabteilung als Ansprechpartner und -partnerinnen den Kolleginnen und Kollegen des Hauses zur Verfügung stehen.

Schritt für Schritt werden so die vereinbarten Ziele im Rahmen des Audits umgesetzt. Das endgültige Zertifikat „Audit Beruf & Familie®“ dürfte im Jahr 2004 erreichbar sein.

„Mit gutem Beispiel voran“ - landesweit in Hessen

Die Offensive für Kinderbetreuung

Die „Offensive für Kinderbetreuung“, die die Landesregierung im Jahr 2001 gestartet hat, ist bei Kommunen, freien Trägern und Eltern auf große Resonanz gestoßen und zeigt landesweit Wirkung. In diesem Jahr fließen Landesmittel von insgesamt 10,5 Millionen Euro in 318 (von 426) hessische Städte und Gemeinden. Das

Programm hat in der Fläche den Ausbau der Betreuungsangebote für Kinder unter drei Jahren und Schulkinder angestoßen und die Weiterentwicklung bestehender Ansätze beschleunigt.

Mit den Landesmitteln werden flexible, innovative, neue und zusätzliche Angebote zur Tagesbetreuung gefördert, die dem aktuellen Bedarf vor Ort Rechnung tragen. Außerdem werden Bauvorhaben und Umbaumaßnahmen kirchlicher und sonstiger freier Träger der Jugendhilfe mit Bauausgaben von 3.000 Euro bis 50.000 Euro, vorrangig für Schaffung von Plätzen für Kinder unter drei Jahren, gefördert.

Zugute kommt die Gesamtsumme für das Jahr 2003 in Höhe von 10,5 Millionen Euro

- dem Auf- und Ausbau der individuellen Tagesbetreuung durch Tagespflegepersonen,
- erweiterten Öffnungszeiten in Kinderrippen,
- der Ausweitung der Plätze in Kinderrippen,
- Kinderhorten/Teilzeitbetreuungsangeboten für Schüler,
- dem Bestandsschutz,
- Bauvorhaben und
- Modellversuchen.

Die Fach- und Fördergrundsätze „Offensive für Kinderbetreuung“ bieten ein Förderinstrument, das nicht für die traditionelle Zielgruppe im Kindergartenbereich bestimmt ist, sondern sich ausschließlich der Betreuung von Kindern unter drei Jahren und im Schulalter widmet. Da der Rechts-

anspruch auf einen Kindergartenplatz für alle 3- bis 6-jährigen Kinder in Hessen weitestgehend erfüllt ist, hat die Schaffung von Plätzen - insbesondere für Kinder unter drei Jahren - hohe Priorität.

Die Landesregierung erleichtert mit dem Programm die Vereinbarkeit von Familie und Beruf. Gleichzeitig unterstützt sie die Städte und Gemeinden bei ihren Aufgaben der sozialen Daseinsvorsorge. Das Programm ist eine ideale Grundlage, um die kommunale Familienpolitik voranzubringen und Gemeinden, Städte und das Land insgesamt familienfreundlicher zu machen.

Bessere Vereinbarkeit setzt voraus, dass die institutionellen Rahmenbedingungen weiter verbessert werden, und erfordert einen bedarfsgerechten Ausbau der Angebote an familienentlastenden Einrichtungen und Diensten für die Erziehung von Kindern.

Der Aufbau regionaler Service- und Vermittlungsstellen für Tagespflegepersonen freier oder öffentlicher Träger wird mit bis zu 50% der Kosten gefördert. Qualifizierte Tagespflegepersonen erhalten maximal 400 Euro pro Jahr als Zuschuss zur Altersvorsorge. Neben Baden-Württemberg ist Hessen das einzige Bundesland, das diesen Zuschuss gewährt.

Hessenweit gibt es inzwischen in 62 Städten und Gemeinden 87 Service- und Qualifizierungsstellen von freien oder kommunalen Trägern (hessisches Netzwerk Tagespflege). In nahezu allen 33 Jugendämtern wird die Ta-

gespflege durch Beratung und Werbung aktiv unterstützt, um weitere Angebote zu etablieren. Derzeit werden in Hessen Empfehlungen zur Qualifizierung von Tagespflegepersonen entwickelt. Mit der landesweiten Einführung ist in Kürze zu rechnen. Weiterhin wird zurzeit ein Kinderbetreuungsgesetz erarbeitet, welches die Tagespflege gleichrangig neben die Angebote der Betreuung in Tageseinrichtungen für Kinder stellt. Vorgesehener Zeitraum des Inkrafttretens ist das Jahr 2005.

Damit hat Hessen durchaus eine Spitzenposition im Vergleich zu anderen Bundesländern.

Kommunale Familientische

Das Hessische Sozialministerium hat gemeinsam mit der Gemeinnützigen Hertie-Stiftung zur Verbesserung der örtlichen Rahmenbedingungen für Familien das Modellprojekt „Kommunale Familientische in Hessen“ im Jahr 2002 in Dreieich, Fritzlar, Fulda, Maintal durchgeführt. Ziel des Projektes war es, die Beratungs- und Hilfeangebote für Familien zu bündeln. Für eine zukunftsfähige Lösung zentraler gesellschaftlicher Probleme und zugleich konkreter Fragen vor Ort bedarf es der Einbindung aller Beteiligten. Akteure aus allen örtlichen familienrelevanten Bereichen, Familien und interessierte Bürgerinnen und Bürger haben sich an einem „Runden Tisch“ zusammengefunden. Dort wurden gemeinsam familienrelevante Themen für die Kinderbetreuung, Vereinbarkeit von Familie und Beruf oder fami-

Bessere Vereinbarkeit setzt voraus, dass die institutionellen Rahmenbedingungen weiter verbessert werden, und erfordert einen bedarfsgerechten Ausbau der Angebote an familienentlastenden Einrichtungen und Diensten für die Erziehung von Kindern.

Für eine zukunftsfähige Lösung zentraler gesellschaftlicher Probleme und zugleich konkreter Fragen ist die Einbindung aller Beteiligten notwendig.

Für die Balance zwischen Familie und Beruf sind die spezifischen Bedingungen der Kinderbetreuungsmöglichkeiten, der Arbeitsorganisation, der Nachbarschaften und anderer Sozialsysteme von ausschlaggebender Bedeutung.

liengerechtes Wohnen ausgearbeitet und Lösungswege entwickelt.

Wettbewerb „Familienfreundliche Kommune“

Gemeinsam mit der Gemeinnützigen Hertie-Stiftung rief die Hessische Landesregierung im Jahr 2003 zum zweiten Mal den Wettbewerb „Familienfreundliche Kommune“ aus. Motto und Ziel des Wettbewerbs war der Themenbereich Vereinbarkeit von Familie und Beruf. Die Preisverleihung fand im Dezember 2003 statt. Der nächste Wettbewerb soll im Jahr 2005 stattfinden. Den Wettbewerbsteilnehmern und -teilnehmerinnen werden zur Weiterverfolgung ihrer Ziele und zum Austausch auch im Jahr 2004 Workshops angeboten.

Mütterzentren

Für die Balance zwischen Familie und Beruf sind die spezifischen Bedingungen der Kinderbetreuungsmöglichkeiten, der Arbeitsorganisation, der Nachbarschaften und anderer Sozialsysteme von ausschlaggebender Bedeutung. Ca. 60 Mütterzentren leisten durch ihre Betreuungsangebote dazu einen erheblichen Beitrag. Es ist ein großer Verdienst der Mütterzentren, dass sie sich der Vereinbarkeit von Familie und Beruf zugewandt haben, die Frauen in ihren Bemühungen unterstützen und ihnen durch Bildungs- und Beratungsangebote konkrete Hilfestellung geben. Die Hessischen Mütterzentren haben

hierzu Konzepte entwickelt und führen Veranstaltungen und Kurse mit Kinderbetreuung durch. In den Einrichtungen gibt es inzwischen eine breite Palette von Bildungs- und Qualifizierungsmaßnahmen, die auf die individuellen Bedürfnisse der Frauen ausgerichtet sind.

Trendanalyse zur Vereinbarkeit von Familie und Beruf

Im Auftrag des Hessischen Sozialministeriums hatte das Rationalisierungs- und Innovationszentrum der deutschen Wirtschaft (RKW) in Eschborn 1000 klein- und mittelständische Unternehmen (KMU) zu Maßnahmen der Vereinbarkeit von Familie und Beruf befragt. Ziel der Befragung war:

- die Bestandsaufnahme von familienbewussten Aktivitäten bei hessischen klein- und mittelständischen Unternehmen, KMU (bis 250 Beschäftigte);
- eine Übersicht zum Problembewusstsein über Beschäftigung und Familie im hessischen Mittelstandsverhalten;
- die Erhebung eines möglichen Bedarfes an Unterstützung bei der Umsetzung einer familienfreundlichen Unternehmenspolitik.

Die von diesen Betrieben angebotenen Maßnahmen bieten in erster Linie Eltern Unterstützung bei der Vereinbarkeit von Beruf und Familie. Die Maßnahmen erreichen eher Frauen als Männer. Freiwillige Angebote für die Beschäftigten steigen mit der Betriebsgröße.

Der Betriebspanel des IAB (Institut für Arbeitsmarkt und Berufsforschung)¹ vom August 2003 bestätigt die Ergebnisse der Trendanalyse des RKW von 2002. Die Ergebnisse der Trendanalyse sollen im Internet veröffentlicht werden.

Vereinbarkeitskongress

Für die Jahre 2004 bis 2008 ist von der Hessischen Landesregierung eine größere Kongressreihe zum Thema „Vereinbarkeit Familie und Beruf“ geplant. Diese Kongresse werden in Kooperation mit der Hertie-Stiftung und der Hessenstiftung „Familie hat Zukunft“ durchgeführt. Absicht ist, den Dialog zwischen der Hessischen Landesregierung, den Stiftungen und den gesellschaftlichen Kräften, insbesondere der Wirtschaft, zu vertiefen. Das Thema „Vereinbarkeit von Familie und Beruf - hessische Wege hin zu mehr Wahlfreiheit für Eltern“ soll unter allen relevanten Aspekten und u.a. unter Beteiligung von Wirtschaft, Politik, Jugend- und Familienexperten behandelt werden. Diese interdisziplinäre Veranstaltung soll die verschiedenen Perspektiven und Ansätze aus Wissenschaft und Praxis zusammen bringen, wesentliche Erkenntnisse und Gemeinsamkeiten herausarbeiten und damit Grundlagen für die weitere politische Entscheidungsfindung auch unter Berücksichtigung der Entwicklung in anderen EU-Ländern im Hinblick auf die dortigen familienpolitischen Maßnahmen schaffen.

Schlussbemerkung

Da diese Gesellschaft in der Regel immer noch eine Entscheidung für Kinder oder für Beruf verlangt, entscheiden sich viele für den Beruf und damit gegen Kinder. Die Hessische Landesregierung beabsichtigt, dieses „entweder - oder“ endlich aufzubrechen und durch ein eindeutiges „sowohl als auch“ zu ersetzen. Kinder und Beruf dürfen sich nicht gegenseitig ausschließen. Gleichzeitig soll eine echte Wahlfreiheit zwischen „nur Familie“ und „Familie und Beruf“ bestehen. Das „sowohl als auch“ darf also nicht zum Zwang zu „Familie und Beruf“ führen. Bessere Vereinbarkeit setzt voraus, dass die institutionellen Rahmenbedingungen weiter verbessert werden. Deshalb setzt die Hessische Landesregierung konsequent den bedarfsgerechten Ausbau der Angebote an familienentlastenden Einrichtungen und Diensten für die Erziehung von Kindern fort. Dies reicht von Krippen, Ganztagskindergartenplätzen, Horten und Ganztagschulen bis zu allen Dienstleistungen zur Unterstützung der Betreuung im Privathaushalt, etwa in Form von Tagesmuttermodellen.

Besondere Verantwortung kommt dabei auch den Arbeitgebern zu. Sie sind aufgefordert, familiäre Verpflichtungen ihrer Beschäftigten verstärkt im Rahmen personalpolitischer Entscheidungen zu berücksichtigen und Arbeitsbedingungen zu schaffen, die ein ausgewogenes Miteinander von

Da diese Gesellschaft in der Regel immer noch eine Entscheidung für Kinder oder für Beruf verlangt, entscheiden sich viele für den Beruf und damit gegen Kinder.

Es soll eine echte Wahlfreiheit zwischen „nur Familie“ und „Familie und Beruf“ bestehen.

Bessere Vereinbarkeit führt zu mehr Kindern, also zu mehr zukünftigen Konsumenten, damit zu mehr Umsatz, zu mehr Wachstum, zu mehr Steuer- und Beitragszahlern und damit zu weniger Abgabenbelastung auch für die Unternehmen.

Beruf und Familie ermöglichen und Aufstiegschancen auch den Familien den Vorrang eingeräumt haben. Das bedingt allerdings vielfach ein Umdenken seitens der Unternehmen. Neben die kurzfristige, rein betriebswirtschaftlich orientierte Sicht sollte hier zunehmend auch eine langfristige und volkswirtschaftlich ausgerichtete Sichtweise treten. Dabei ist die Gleichung für die Unternehmungen recht einfach: Bessere Vereinbarkeit führt zu mehr Kindern, also zu mehr zukünftigen Konsumenten, damit zu mehr Umsatz, zu mehr Wachstum, zu mehr Steuer- und Beitragszahlern und damit zu weniger Abgabenbelastung auch für die Unternehmen. Das Ermöglichen der Vereinbarkeit von Familie und Beruf ist für die Unternehmen also keine Sozialleistung, sondern eine wichtige Investition, die sich langfristig rechnet!

Anmerkung

- 1 Das IAB-Betriebspanel ist eine repräsentative Arbeitgeberbefragung zu betrieblichen Bestimmungsgrößen der Beschäftigung. Hierbei handelt es sich um ein Projekt des Instituts für Arbeitsmarkt und Berufsforschung (IAB). Diese Befragung wird seit 1993 jährlich bei denselben Betrieben in Deutschland durchgeführt. Mittlerweile werden bundesweit knapp 16.000 Betriebe aller Branchen und aller Größen zu einer Vielzahl beschäftigungspolitischer Themen befragt. Die Angaben der Betriebe sollen helfen, die Vermittlungs- und Beratungstätigkeiten der Bundesanstalt für Arbeit näher an der betrieblichen Realität zu orientieren.

Ute Gerhard

Familie und Sozialpolitik – ein Perspektivenwechsel tut Not

Familienpolitik als Anhängsel der Sozialpolitik bzw. als ihre „natürliche“ Grundlage

In letzter Zeit ist die ‚Familie‘ durch zwei Problemanzeigen in die Schlagzeilen geraten: Erstens, durch den Geburtenrückstand in Deutschland, der insbesondere auch im europäischen Vergleich auffällt. Damit sei – so die allzu voreilig gezogenen Schlussfolgerungen – angesichts der Überzahl alter Menschen das demographische Gleichgewicht gestört und der Generationenvertrag sozialer Sicherung gefährdet. Und zweitens durch Qualitätslücken, fehlende Zuständigkeiten und Orte für die Erziehung, Betreuung und Bildung von Kindern, eine Fehlanzeige, die nach den schockierenden Ergebnissen der Pisa-Studie nicht weiter als Privatangelegenheit behandelt werden kann. Doch genau besehen, geht es in dieser neuen Aufmerksamkeit für Kinder und Familien eigentlich nicht um die Familie oder, konkret, die Probleme der Familien und das Wohlergehen ihrer Mitglieder, sondern um zwei ihrer Funktionen, deren Erfüllung offenbar nicht mehr gesichert ist: Die Produktion von Nachwuchs und die Bildung und Erziehung

der Kinder, die bisher in der Familie und auch in den Schulen auch nur mit aktiver Unterstützung durch die Eltern, in der Regel der Mutter, gewährleistet schien. Das Ergebnis, noch einmal durch OECD-Studien gestützt, ist eindeutig: In kaum einem anderen Land im OECD-Vergleich (getestet wurden 32 Staaten) spielt die soziale Herkunft und der Status der Eltern für den Lernerfolg der Kinder eine so große Rolle wie in Deutschland. Das heißt unter anderem auch, in keinem anderen Land geben so viele Schüler (42%) an, nicht zum Vergnügen zu lesen – eine bedenkliche Bilanz für das „Land der Dichter und Denker“ (Smolka 2002, S. 7).

Trotz aller politischen Rhetorik über die zentrale Bedeutung der Familie und obwohl Familie in allen empirischen Untersuchungen und Meinungsumfragen ungebrochen eine hohe Wertschätzung erfährt, ja, von den meisten Menschen als Lebensform bejaht und idealisiert wird, ist Familienpolitik – so meine These – in der Rangordnung politischer Prioritäten und Ressorts ein nachgeordneter und von angeblich wichtigeren Ressorts abhängiger Bereich, mit dem sich weder politische Karrieren planen noch anscheinend Wahlen gewinnen lassen. Auch wenn der Bundeskanzler heute

Genau besehen geht es in der neuen Aufmerksamkeit für Kinder und Familien eigentlich nicht um die Probleme der Familien, sondern um zwei ihrer Funktionen, deren Erfüllung offenbar nicht mehr gesichert ist: Die Produktion von Nachwuchs und die Bildung und Erziehung der Kinder.

Das oft genug spannungsreiche Verhältnis von Familie und Politik ist nicht zuletzt darin begründet worden, dass der besondere Wert der Familie ... gerade in ihrer Privatheit liegt - trotzdem hat staatliche Politik seit jeher in die Familien hineinregiert und ihre materiellen Bedingungen bestimmt, unabhängig davon, ob dies Familienpolitik hieß.

dank neuer Familieninitiativen seiner Ministerin nicht mehr so lässig von „Frauen und Gedöns“ reden würde, unterscheidet sich diese unbedachte Aussage doch in ihrer Tragweite kaum von der immer wieder zitierten Äußerung des ehemaligen Bundeskanzler Adenauers, der im Zuge der Rentenreform eine besondere Berücksichtigung der Kindererziehung mit dem Hinweis ablehnte, Kinder kämen immer, auch ohne Politik, zur Welt. Wie wir heute wissen ist es jedoch ein großer Irrtum Kinder, vor allem ihre Erziehung und Bildung, als eine „natürliche“ Ressource zu behandeln.

Nun ist das oft genug spannungsreiche Verhältnis von Familie und Politik nicht zuletzt darin begründet worden, dass der besondere Wert der Familie in der bürgerlich liberalen und rechtsstaatlichen Ordnung gerade in ihrer Privatheit, ihrer vor dem Staat zu schützenden Sphäre liegt. Deshalb wurde sie auch in den staatssozialistischen Diktaturen mehr als „Raum der Freiheit“ und der „Entwicklung individueller Initiativen und Autonomie“, denn als Ort alltäglicher Unrechtserfahrungen und auch Gewalt erlebt (Einhorn 1993, S. 6). Trotzdem hat staatliche Politik seit jeher in die Familien hineinregiert und ihre materiellen Bedingungen, ihre Rechtsform und Ordnung bestimmt, unabhängig davon, ob dies Familienpolitik hieß. In der Bundesrepublik Deutschland gibt es seit den 1950er Jahren ein eigenes Ressort Familie und also eine institutionalisierte Familien-

politik, die - wie das jüngste Gutachten des BMFSFJ „Nachhaltige Familienpolitik im Interesse einer aktiven Bevölkerungsentwicklung“ belegt - im europäischen Vergleich sogar verhältnismäßig viel Geld an Familien transferiert, ohne bisher wirklich „nachhaltig“ oder im Hinblick auf die „Realisierung von Kinderwünschen“ effektiv zu sein (Rürup/Gruescu 2003, S. 7, 35). Gleichzeitig wurde in vielen Expertisen, spätestens seit dem Fünften Familienbericht (BT-Drucks. 12/7560) in Pfennig bzw. Cent errechnet, welcher immensen Beitrag Familien allein durch die unentgeltliche Erziehungsleistung ihrer Kinder zur volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung leisten, ganz abgesehen von dem unschätzbaren, nicht in Geld aufzuwiegenden Wert für den sozialen Zusammenhalt und das, was wir Glück nennen. Schließlich ist die Politik mit den Entscheidungen des Bundesverfassungsgerichts aus den 1990er Jahren (BVerfGE 1990; 1992; 1998) unter Zugzwang gesetzt, eine Gerechtigkeitslücke nicht nur im Steuerrecht zu schließen, die endlich die Kosten der Kindererziehung angemessen berücksichtigt.

All dessen eingedenk, plädiere ich für einen viel grundsätzlicheren Perspektivenwechsel in der Familienpolitik, der insbesondere das Verhältnis von Familien- und Sozialpolitik betrifft. Meine Motivation speist sich aus zwei Argumentationslinien: Zum einen aus dem europäischen Vergleich der Rahmenbedingungen für eine kinder- und familienge-rechte Sozialpolitik, zum anderen

aus Erkenntnissen der Frauen- und Geschlechterforschung, die seit nun mehr als 30 Jahren die Probleme der Vereinbarkeit von Familie und Beruf und die Nichtberücksichtigung, aber auch Unverzichtbarkeit der privaten Alltagsarbeit thematisiert. Sie hat diese Fragen in vielfältigen empirischen, soziologischen, sozialpolitischen Studien, aber auch unter ethischen und sozialphilosophischen Gesichtspunkten eben nicht nur als Frauen- sondern als Geschlechter- und damit Gesellschaftsproblem bearbeitet. Die Marginalisierung dieser Erkenntnisse hat auch mit der Wertigkeit der Familien- im Verhältnis zur Sozialpolitik zu tun. Korrespondierend zur geschlechtshierarchisch organisierten Arbeitsteilung zwischen Familien- und Erwerbsarbeit wird Familienpolitik in der Arbeitsmarktgesellschaft allenfalls als „Anhängsel“ der Sozialpolitik behandelt und gilt – wie Hans Achinger dies treffend ausdrückte – als „unliebsame Störung der versicherungsmathematischen Rechnung“ (Achinger 1979, S. 28/29). Der angesichts der Orientierung am Generationenvertrag widersinnige Begriff der „versicherungsfremden Leistungen“ in Bezug auf die Anerkennung von Erziehungszeiten im Rentenrecht, die angeblich dem Prinzip der Beitragsgerechtigkeit entgegenstehen, macht die ganze Verkehrung der Verhältnisse deutlich.

Dabei beruht die Funktionsfähigkeit des bisherigen wie gegenwärtigen Sozialstaats zum größeren

Teil auf der informellen, d.h. vor allem der familialen Wohlfahrtsproduktion (Kaufmann 1997, S. 44f und 99f). Denn die private Alltagsarbeit sowie die Erziehung und Pflege der Kinder und Alten, überhaupt jede Form sozialer Hilfeleistung und gesellschaftlicher Solidarität bilden die eigentliche und unverzichtbare Grundlage und Voraussetzung unseres gesellschaftlichen Reichtums. Dies genau wird immer wieder übersehen, im Rahmen von Sozialpolitik eigentlich nicht diskutiert, taucht allenfalls als Risiko oder Krisenszenario auf, wenn deutlich wird, dass es, wenn auch Frauen in individuelle Marktabhängigkeit geraten, niemanden mehr gibt, der für diese keineswegs nur privat nützlichen, sondern dem Wohl aller dienenden Tätigkeiten zur Verfügung steht. „Die Effektivität der Sozialpolitik“ – so weiter F.X. Kaufmann, „beruhte dabei in der Vergangenheit auf der Selbstverständlichkeit einer Familienverfassung, welche die Verpflichtung der Frauen zur unentgeltlichen Haushalts- und Erziehungsleistung legitimierte“ (a.a.O., S. 45). Die gegenwärtige Krise des Sozialstaates und das Brüchigwerden des sozialstaatlichen Kompromisses zwingen uns dazu, die Leistungen der privaten Haushalte nicht nur aus ökonomischem oder sozialpolitischem Gründen, sondern mit Blick auf die Zukunftsfähigkeit unserer Gesellschaft neu zu überdenken.

Um dies etwas näher zu erläutern, will ich in meinem Beitrag zunächst zu klären versuchen,

Die private Alltagsarbeit sowie die Erziehung und Pflege der Kinder und Alten, überhaupt jede Form sozialer Hilfeleistung und gesellschaftlicher Solidarität bilden die eigentliche und unverzichtbare Grundlage und Voraussetzung unseres gesellschaftlichen Reichtums.

Bisherige, die bundesrepublikanische Familienpolitik bestimmende Familien-Konzepte haben offensichtlich den Anforderungen an eine moderne und gerechte Gestaltung der Familienbeziehungen nicht genügt.

welche Konzepte von Familienpolitik unsere gegenwärtige Debatte bestimmen.

Zweitens möchte ich mit einem Blick über die Grenzen fragen, was wir von anderen Wohlfahrtspolitiken lernen können, worin möglicherweise die Probleme der Krise unseres Sozialstaats liegen.

Und drittens soll mein Plädoyer für einen notwendigen Perspektivenwechsel in der Familien- und Sozialpolitik mit dem Konzept der „Sorge für andere“ als unverzichtbarer Quelle der Wohlfahrt und der Zukunftsfähigkeit unserer Gesellschaft begründet werden.

Konzepte einer familien-gerechten Politik - oder von welcher Familie reden wir?

Wenn wir uns noch einmal kurz vergegenwärtigen, welche Modelle bzw. Konzepte von Familie die Politik der Bundesrepublik in ihrer noch nicht gar so langen Geschichte die Familienpolitik bestimmt haben, so ist festzustellen, dass sie ganz offensichtlich den Anforderungen an eine moderne und gerechte Gestaltung der Familienbeziehungen nicht genügt haben, geschweige denn den allgemeinen Strukturwandel, den in allen europäischen Ländern festgestellten Trend zur Vielfalt der Familien- und Lebensformen („convergence to diversity“, vgl. Kaufmann et al. 2002), aufzufangen oder angemessen begleitet haben. Das beginnt mit

der auch noch im Gleichberechtigungsgesetz von 1957 als Norm bestätigten Hausfrauenehe, sie sollte in den 1960er Jahren revidiert werden durch ein niemals realisierbares Dreiphasenmodell. Als mit der Familienrechtsreform 1977 endlich die gleichberechtigte Ehe gesetzlich verankert wurde, wird die sog. Wahlfreiheit erfunden, die durch einzelne gesetzgeberische Schritte der Anerkennung und Kompensation für die Familienarbeit (wie das Erziehungsgeld und die geringfügige Anerkennung der Erziehungszeiten im Rentenrecht) abgestützt wird. Doch dieser erste Baustein für einen möglichen Systemwechsel - Stichwort „versicherungsfremd“ - wird im allgemein politischen Klima der von Kanzler Kohl verkündeten „konservativen Wende“ am Beginn der 1980er Jahre gleich wieder konterkariert. Denn da wird in den Leitsätzen „Die sanfte Macht der Familie“, verabschiedet von der Christlich Demokratischen Arbeitnehmerschaft (CDA 1981), eine „Mütterlichkeit im neuen Gewand“ beschworen, die wie in früheren Jahrhunderten Emanzipations- und Gleichberechtigungsbestrebungen als „Ichsucht“ denunziert, ein gründliches und - wie die Spätfolgen heute zeigen - sträfliches Missverständnis. Denn spätestens in dieser Zeit setzen im europäischen Vergleich die Modernisierungsrückstände und Versäumnisse einer deutschen Familienpolitik ein, und es verwundert nicht, dass Vorschläge etwa der GRÜNEN für Modelle „geteilter Elternschaft“ in der

gleichen Zeit keine Lobby finden, nicht durchzusetzen sind.

Mit der Vereinigung der beiden deutschen Staaten 1989 treffen dann zwei völlig unterschiedliche Familienpolitiken und soziale Praktiken der Familien aufeinander: In Westdeutschland gilt – ideologisch, keineswegs real und materiell gesichert – nach wie vor das Familienernährermodell, es ist inzwischen allenfalls modifiziert durch die Zuverdienerrolle der Frauen. In Ostdeutschland war der Doppelverdienerhaushalt die Norm, Betreuung und Erziehung der Kinder wurden durch vielfältige sozialpolitische Maßnahmen und eine kollektiv organisierte Erziehung in Krippen, Kindergärten und Horten unterstützt. Die Kennzeichnung als „Muttipolitik“ deutet darauf hin, dass es sich auch bei dieser Familienpolitik keineswegs in erster Linie um befreiende Frauenpolitik handelte. Fest steht, dass die selbstverständliche Praxis der Frauen und Mütter in der DDR, die im beschränkten Rahmen selbständiger und ökonomisch unabhängiger waren, nicht so einfach im Wege eines „Normalisierungsprozesses“ an die westdeutschen Normen anzugleichen war. Das zeigt die nach wie vor höhere Erwerbsquote von Müttern in Ostdeutschland trotz hoher Arbeitslosenquote und eine andere Kultur der Selbstverständlichkeiten, nämlich Familie und Beruf vereinbaren zu können und zu wollen (zahlreiche Untersuchungen, vgl. Ludwig et al. 2002).

Wenn wir heute die aktuellen Programme der Parteien daraufhin befragen, welche familienpolitischen Ziele sie verfolgen, besser wohl, versprechen, so fällt zunächst einmal auf, dass sie alle die zentrale Bedeutung der Familie betonen und ihre besondere Leistung für die Gesellschaft und neuerdings auch für die Wirtschaft anerkennen und würdigen (vgl. auch zum Folgenden F. Hengsbach / A. Zimnik in diesem Heft). Wenn wir wissen wollen, von welcher Form der Familie sie reden, so beziehen sich alle in ihren Formulierungen auf den auch in der Rechtsprechung inzwischen anerkannten erweiterten Begriff von Familie. „Familie ist überall da, wo Eltern für Kinder und Kinder für Eltern Verantwortung tragen“, so die CDU-Bundesgeschäftsstelle (Hg. 2001). Die SPD sagt: „Für uns ist sie dort, wo Kinder sind, ob ehelich oder nicht ehelich, leiblich oder adoptiert, mit einem oder mehreren Elternteilen, mit Eltern nationaler oder internationaler Herkunft, genauso wie die gleichgeschlechtliche Lebenspartnerschaft mit Kindern“ (SPD-Bundestagsfraktion, 2002). Bei den GRÜNEN liest man: „Familie ist, wo Kinder sind.“ Vorrang hat hier das Wohl der Kinder, deshalb heißt es weiter: „Unsere Politik gilt allen Kindern, ganz egal in welchen Lebensgemeinschaften sie aufwachsen“ (Bündnis 90/Die Grünen 2002). Für die FDP ist „Familie ... jede Verantwortungsgemeinschaft mit Kindern“ (FDP im Deutschen Bundestag, Hg. o.J.), und die PDS schlägt vor: „Familie

... es verwundert nicht, dass Vorschläge für Modelle „geteilter Elternschaft“ in der gleichen Zeit keine Lobby finden ...

... wie die vielbeschworene Vereinbarkeit familienpolitisch zu lösen ist, wird wiederum nur funktional als Betreuungsproblem und erst neuerdings auch als Bildungsaufgabe der Kinder, insbesondere auch der Kleinkinder, diskutiert.

ist da, wo Nähe ist“ (PDS-Bundestagsfraktion 2002).

Doch hinter den ähnlichen Formeln stehen sehr unterschiedliche normative Konzepte: Für die CDU ist nach wie vor die Ehe die besonders gegenüber anderen Lebensgemeinschaften zu schützende und zu privilegierende Institution, deren Eigenständigkeit gerade auch gegenüber gesellschaftlichen Übergriffen der Rechtsstaat zu garantieren hat. Es finden sich ferner viele „gute Worte“, die eine starke Wertorientierung, jedoch nicht unbedingt eine am Grundgesetz ausgerichtete Umsetzung der Rechte der einzelnen Familienmitglieder erkennen lassen. Mit einer aktiven Familienpolitik - wie immer sie konkret aussehen mag - will die Union „Anreize für eine höhere Geburtenrate schaffen, um wieder demographische Stabilität in Deutschland herzustellen“ - also auch hier sind ihre Funktionen eindeutig, nicht aber der Weg dahin. Ferner will sie die Erziehungskompetenz der Eltern stärken und „Wege aufzeigen, wie man eine Familie erfolgreich managen kann“ (CDU-Bundesgeschäftsstelle Hg. 2002, zit. n. Hengsbach/Zimnik in diesem Heft).

Für die SPD ist die Familie - wenn man neben dem Programm insbesondere auch den von der Regierung in Auftrag gegebenen Kosten-Nutzen-Rechnungen ihrer Ratgeber folgt - vor allem auch eine demographische und sozio-ökonomische Ressource, die Wirtschaftswachstum, Arbeitsproduk-

tivität und die Finanzierbarkeit der sozialen Sicherungssysteme zu sichern vermag. Also hier ist eindeutig, abgesehen von der Toleranz gegenüber den verschiedensten Lebensformen, gegenwärtig eine Fokussierung auf den ökonomischen Aspekt zu erkennen, die zugleich eine Leerstelle offen lässt. Die Zukunftsfähigkeit der Gesellschaft, die Förderung, Erziehung und Bildung der Kinder ist ein hoher Wert, die Sicherung der Wohlfahrt im Alter und eine funktionierende Arbeitsmarktpolitik sind notwendige und legitime Zielsetzungen staatlicher Politik, gleichwohl bleibt der normative Rahmen merkwürdig blass.

Ebenso wie die genuin sozialdemokratische Leitlinie sozialer Gerechtigkeit im Kontext von Markt und Wirtschaft immer weniger explizit auftaucht, ist im Hinblick auf Familie von der Emanzipation und Gleichstellung der Frauen schon gar nicht mehr die Rede. Die Verwirklichung der Gleichberechtigung durch Erwerbstätigkeit war und ist sozialdemokratisches Credo, doch wie die viel beschworene „Vereinbarkeit“ familienpolitisch zu lösen ist, wird wiederum nur funktional als „Betreuungsproblem“ und erst neuerdings auch als Bildungsaufgabe der Kinder, insbesondere auch der Kleinkinder, diskutiert.

Hier liegt ein entscheidender Unterschied zur Sozialdemokratie in Schweden, die seit den 1960er Jahren - übrigens gemeinsam mit Frauenpolitikerinnen und Feministinnen - Familienpolitik ausdrücklich und vorrangig als Um-

setzung des Gleichheitsprinzips insbesondere auch im Blick auf die Kinder verstand (Kolbe 2002). Die hier bezeichnete Leerstelle ist meines Erachtens der Grund dafür, dass Familienpolitik im Alltagsverständnis vorrangig als Terrain der Konservativen gilt.

Zumindest die Programmatik der GRÜNEN sollte nicht unterschlagen werden, sie fordern die Ausrichtung der Familienpolitik als demokratisches Projekt, das vor allem anderen die Rechte der Kinder als Staatsbürger verwirklichen und eben auch Geschlechterdemokratie als Leitbild für Familie und Gesellschaft einlösen will. Die Frage ist, wie dieser Ansatz politikmächtig werden kann.

In der gegenwärtigen Situation ist Klarheit erforderlich, etwa in der Beantwortung der Frage was es heißt, wenn die Familie – wie seit der Weimarer Verfassung formuliert und im Grundgesetz garantiert – als „primärer Ort“ der Erziehung bezeichnet wird, gerade weil das Beharren auf dem „Primat“ der Elternrechte und -pflichten zu sehr dem traditionell bürgerlichen Familienideal verhaftet bleibt und die Zwänge, Not und Enge familiärer Wirklichkeiten nicht hinreichend berücksichtigt. Angesichts vieler Floskeln und einer nun schon traditionellen Familienrhetorik sind in der politischen Beratung und Debatte daher klare Worte und realistische Positionen die Voraussetzung für eine Reform, in der Familienpolitik nicht weiter als „Stiefkind“ der Sozialpolitik gilt,

vielmehr gleichgewichtig und offen für veränderte Lebensweisen und Familienformen an dem Ziel universeller Bürgerrechte ausgerichtet bleibt (Marshall 1992) und damit als wichtiger Teil der Zivilgesellschaft an ihren Standards für Gerechtigkeit teilhat.

Wohlfahrtsregime und das Verhältnis von Staat, Markt und Familie: der Blick über die Grenzen

Die Besonderheiten und die gegenwärtig auch besonderen Probleme des deutschen Sozialstaats liegen in seiner historisch gewachsenen Struktur und Systematik begründet. Sozialpolitik und soziale Sicherheit sind vom Arbeitsmarkt her und auf Vollbeschäftigung und sog. Normalarbeitsverhältnisse hin gestaltet. Das einst vorbildliche Modell Bismarck'scher Prägung, das die Risiken der industriekapitalistischen Entwicklung als Arbeiterfrage beantwortete, wird daher auch als „erwerbsarbeitszentrierter Sozialversicherungsstaat“ charakterisiert, der zunehmend mit Finanzierungsproblemen wie auch Gerechtigkeitsdefiziten zu kämpfen hat. Angesichts der Krise der Normalarbeit in Form von Massenarbeitslosigkeit und zunehmend prekären Arbeitsverhältnissen erweist er sich auch als unsolidarisch und undemokratisch, da er die Leistungen derer, die Kinder erziehen und damit den Generationenvertrag erst er-

... der „erwerbsarbeitszentrierte Sozialversicherungsstaat“ ... erweist sich zunehmend als unsolidarisch und undemokratisch, da er die Leistungen derer, die ... den Generationenvertrag erst ermöglichen, nicht hinreichend berücksichtigt ...

... Danach bemisst sich der Grad der Wohlfahrtsstaatlichkeit daran, inwieweit soziale Rechte als Bürgerrechte universal und unabhängig vom Status des oder der Einzelnen auf dem Arbeitsmarkt garantiert sind.

möglichen, nicht hinreichend berücksichtigt und kompensiert.

In der international vergleichenden Sozialpolitikforschung gilt der deutsche Sozialstaat als Musterbeispiel eines konservativen Wohlfahrtsregimes. Der Begriff „Wohlfahrtsregime“ – im Deutschen vielleicht weniger anstößig auch als „Wohlfahrtskultur“ bezeichnet – ist eingeführt worden, um unterschiedliche Wohlfahrtspolitiken zu kennzeichnen. „Regime“ meint hier, dass neben der für den jeweiligen Sozial- oder Wohlfahrtsstaat maßgeblichen Beziehung zwischen Staat und Wirtschaft oder eben Arbeitsmarkt- und Wirtschaftspolitik ein ganzer Komplex von rechtlichen, institutionellen und auch kulturellen Faktoren zu berücksichtigen ist und den Wohlfahrtstyp bestimmt. Insbesondere die Arbeiten von Gösta Esping-Andersen (Esping-Andersen 1990a; 1996) bieten in dieser Hinsicht einen konzeptionellen Rahmen an, in dem verschiedene Regime, Entwicklungspfade bzw. nationale Modelle der Sozialstaatlichkeit verglichen werden können. Da er zur Erklärung der unterschiedlichen Wohlfahrtskulturen das spezifische Verhältnis von Staat, Markt und Familie ins Zentrum der Analyse stellt, nimmt dieser Ansatz den immer wieder angemahnten Paradigmenwechsel vor, scheint er auch offen zu sein für die Familien- und Geschlechterproblematik. Dennoch hat eine inzwischen umfangreiche feministische Sozialpolitikforschung die Blindstellen auch dieses Ansatzes

herausgearbeitet und darauf hingewiesen, dass auch bei diesem Autor die Rolle der Familie theoretisch unklar bleibt (Sainsbury 1999; Gerhard 1996). Zur Kennzeichnung der verschiedenen Typen wohlfahrtsstaatlicher Sicherung führt Esping-Andersen den Begriff der „De-kommodifizierung“ ein, der die Abhängigkeit bzw. Unabhängigkeit des oder der Einzelnen vom Arbeitsmarkt beschreibt. Danach bemisst sich der Grad der Wohlfahrtsstaatlichkeit daran, inwieweit soziale Rechte als Bürgerrechte universal und unabhängig vom Status des oder der Einzelnen auf dem Arbeitsmarkt garantiert sind. Dass Frauen mit Kindern oder Familie aber aus anderen Gründen als Männer nicht erwerbstätig sind, in der Regel, weil ihre persönlichen Dienstleistungen in der Familie ihre Marktfähigkeit erschweren, wird auch in diesem theoretischen Modell ignoriert, weil von der Freiheit und Gleichheit der erwachsenen Arbeitnehmer ausgegangen wird. Es ist eben eine skandinavische Perspektive, in der seit den 1970er Jahren neben aktiver Arbeitsmarktpolitik, der Expansion des staatlichen Dienstleistungssektors auch die Gleichberechtigung der Geschlechter die Zielsetzung der Sozialpolitik bestimmte. Nach dieser Klassifizierung unterscheidet Esping-Andersen drei Typen von Wohlfahrtsregimen:

- Die „liberalen“ Wohlfahrtsregime, in denen allein die Vermarktung der eigenen Arbeitskraft über Wohl und

- Wehe bestimmt. Lohnersatz- und soziale Unterstützungsleistungen sind niedrig, stigmatisierend und streng bedarfsorientiert. Zugleich unterstützt der Staat die Freiheit des Marktes und setzt auf Eigenleistung und private Versicherungen. Beispielhaft für dieses Regime sind die USA, Kanada und Australien, seit der Thatcher-Regierung in den 1980er Jahren zunehmend auch Großbritannien.
- Das konservativ-korporatistische Modell, das den Maßstab sozialer Sicherheit nach dem Erfolg auf dem Arbeitsmarkt und damit erworbenen Berechtigungen differenziert. Verhältnismäßig gut abgesichert ist die „Klasse“ der kontinuierlich Beschäftigten. Im Übrigen dominieren traditionelle Werte in Bezug auf die Familie und ein starkes Familienernährermodell, das die geschlechtsspezifische Arbeitsteilung befestigt, das sozialpolitische Arrangement. Als typischer Vertreter dieser Form der Sozialstaatlichkeit gelten Deutschland, Österreich und Italien. Frankreich passt aus der Geschlechterperspektive und mit Blick auf seine explizite Familienpolitik nicht in dieses Schema (vgl. Veil 2003).
 - Die so genannten sozialdemokratischen Wohlfahrtsregime, die soziale Ansprüche als universale Rechte behandeln und an den Staatsbürgerstatus knüpfen, wobei

Bürgerrechte für Männer und Frauen und ebenso auch für Kinder gelten. Das heißt die Eheschließung oder das Familienrecht beeinflussen den individuellen Rechtsstatus nicht, aber auch Kinder haben ein eigenständiges Recht auf Erziehung und Bildung. Der Standard sozialer Sicherung ist hoch und wird über Steuern finanziert. Prototypen sind die skandinavischen Staaten, vor allem Schweden und Dänemark (Esping-Andersen 1990b, S. 26f).

Ein Vergleich, der die Geschlechterverhältnisse und die Bedeutung von Betreuungs- und Fürsorgeaufgaben berücksichtigt, ergibt noch einmal ein anderes Gruppenbild als die hier skizzierte Klassifizierung in drei Welten des Wohlfahrtskapitalismus (Ostner 1995). Doch in allen Vergleichen, welchen Analyseansatz wir auch wählen, ist immer der westdeutsche Sozialstaat, der jetzt auch die Normen und rechtlichen Rahmenbedingungen für Ostdeutschland vorgibt, im Hinblick auf die Stellung der Frauen, insbesondere Mütter, ein defizitäres und nicht zuletzt ungerechtes Modell.

Nun gibt allerdings auch die Agenda der Europäischen Union zu einer europäischen Beschäftigungspolitik zu denken, die den Erwerbsstatus aller erwachsenen Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen und damit eine individualisierte Erwerbsgesellschaft voraussetzt. Denn es ist keineswegs wünschenswert, dass alle

Welchen Analyseansatz wir auch wählen, immer ist der westdeutsche Sozialstaat ... im Hinblick auf die Stellung der Frauen, insbesondere Mütter, ein defizitäres und nicht zuletzt ungerechtes Modell.

Ein Beispiel für den konservativen Charakter des Sozialmodells Deutschland ist die Halbtagschule ...

nützlichen und notwendigen Tätigkeiten unter die Gesetze der Marktökonomie gestellt werden. Doch es wird notwendig sein, Erziehung, Bildung und Betreuung derer, die Schutz und Hilfe bedürfen, als gemeinsame politische Angelegenheit zu behandeln und gleichzeitig Betreuungskulturen als die notwendige andere Seite der Wohlfahrtsproduktion zu entwickeln und zu fördern. Diese Betreuungskulturen aber müssen demokratisch, das heißt nicht nur zu Lasten des einen Geschlechts, sondern zugunsten beider und zum Wohl der Kinder organisiert sein.

Ein anderes Beispiel für den konservativen Charakter des Sozialmodells Deutschland, dessen historische Verankerung die sozialpolitische Gesamtkonstellation einer vor allem am Arbeitsmarkt orientierten Sozialpolitik kennzeichnet, ist die Halbtagschule. Sie ist – abgesehen von Österreich und der Schweiz – ein „Sonderfall“ in Europa (Gottschall/Hagemann 2002, auch zum Folgenden). Wie eng die Halbtagschule mit den Strukturmerkmalen des deutschen Sozialstaats und mit einer geschlechtsspezifischen und selbstverständlichen Familienordnung verknüpft ist, machen Karin Gottschall und Karin Hagemann anhand von vier Kriterien deutlich:

- Den politisch getrennten Zuständigkeiten für Kinderbetreuung und Bildung. Anders als im übrigen Europa trat die reine Unterrichtsschule nur als Vormittagsschule – für die

Arbeiterkinder und die Kinder der bürgerlichen Schichten mit unterschiedlichen Begründungen – am Beginn des 20. Jahrhunderts an die Stelle der im 19. Jahrhundert ganztägigen Volksschule. Auch zahlreiche Reformbemühungen z.B. in der Weimarer Republik konnten hieran nichts ändern.

- Mit der Dreigliedrigkeit der allgemein bildenden Schulen, den Volksschulen, Gymnasien und der Etablierung einer dualen Facharbeiter- und Berufsschulbildung wurde zugleich ein sozial geschichtetes Berechtigungssystem etabliert und der Zugang zum Arbeitsmarkt zumindest für die männlichen Jugendlichen geordnet. Mädchen und Frauen waren hingegen in jeder Hinsicht von diesen Ausbildungsmöglichkeiten bis weit ins 20. Jahrhundert hinein ausgeschlossen, da auch die weiterführenden Schulen und die typischen Frauenberufe eher auf die Familienaufgaben vorbereiten sollten.
- Der Vorrang der Familie bei der Erziehungsarbeit: Die Halbtagschule hatte Auswirkungen nicht nur auf dem Arbeitsmarkt, sondern auch für den Familienalltag. Die fehlende Schulverpflegung, der alltägliche Mittagstisch daheim, aber auch die Einbindung der Mütter in die Begleitung der Hausaufgaben und die Organisation der ergänzenden musischen, sportlichen Erziehung und gesellschaftli-

- chen Kontakte setzt eine nicht erwerbstätige Hausfrau und Mutter voraus.
- Schließlich, die nur halbherzige Verberuflichung der Erziehungsarbeit und der frühkindlichen Bildung, die keine einheitlichen Qualitätsstandards für die Arbeit mit Kindern im Vorschulalter kennt, führt nicht nur zu unangemessenen Statusdifferenzen unter Erziehern und Erzieherinnen sowie Lehrern und Lehrerinnen der verschiedenen Stufen, sondern stützt auch die Trennung von Bildung und Betreuung in unterschiedlichen politischen Ressortzuständigkeiten, die bis heute notwendige Reformen behindern.

Nur mit Hilfe eines breiten gesellschaftlichen Konsenses, in dem Eltern, Erzieher und Erzieherinnen, aber auch die politisch Verantwortlichen mitwirken, wird es möglich sein, sich über neue Bildungskonzepte zu verständigen, die gegenwärtigen Anforderungen genügen und doch Bildung nicht nur auf marktgängiges Wissen beschränken, sondern zu sozialem und demokratischem Handeln und also auch zur „Sorge für andere“ zu befähigen.

Sorge für andere als Tätigkeit für die Welt

Eine Denkweise in der Sozialpolitik, die neben Staat und Wirtschaft (oder Markt) die Familie als zentrales Verbindungsstück

in die Analyse einführt, ist bereits ein Perspektivenwechsel, weil gefragt wird, in welcher Weise die Erziehungs- und Betreuungsarbeit, überhaupt die Sorge für andere, als materielle und kulturelle Wohlfahrtsproduktion sozialpolitisch eine Rolle spielt und zum Maßstab für Wohlfahrt, gelingende Sozialstaatlichkeit wird. Die Frauen- und Geschlechterforschung, die in der Analyse der geschlechtsspezifischen Arbeitsteilung eine wesentliche Ursache für das Scheitern der Gleichberechtigung erkannt und immer wieder die Engführung des Arbeitsbegriffs auf die bezahlte Lohnarbeit kritisiert hat, konnte an die international vergleichende Sozialpolitikforschung anknüpfen, die sich für das spezifische Verhältnis von Staat, Markt und Familie interessiert. Sie hat in zahlreichen Forschungen und feministischen Interventionen Fürsorge und Pflege als alltägliche soziale Praxis von Frauen in Familie und Beruf ins Zentrum der Analyse gestellt und gerade in Anbetracht der zunehmenden Nachfrage nach persönlichen Dienstleistungen und angesichts des so genannten Pflegedefizits herausgearbeitet, wie unverzichtbar die Erziehungs- und Betreuungsarbeit, überhaupt die Sorge für andere, als materielle und kulturelle Wohlfahrtsproduktion ist (Lewis 2003; Ungerson 1990; Leira/Saracino 2002).

Der hierbei im Englischen verwendete Begriff „care“ zur Bezeichnung aller Haushalts-, Erziehungs- und Pfllegetätigkeiten ist schwer ins Deutsche zu über-

Nur mit Hilfe eines breiten gesellschaftlichen Konsenses wird es möglich sein, sich über neue Bildungskonzepte zu verständigen, die gegenwärtigen Anforderungen genügen und doch Bildung nicht nur auf marktgängiges Wissen beschränken, sondern zu sozialem und demokratischem Handeln befähigen.

Die „Ethik der Fürsorglichkeit“ bedeutet gerade auch für Frauen nicht Selbstlosigkeit oder Selbstaufopferung, sondern geht von einem Konzept der Autonomie aus. Danach ist das Individuum nicht als isoliertes Einzelwesen zu denken, das lediglich eigene Interessen verfolgt, sondern in fürsorgliche Beziehungen und Verantwortung für andere eingebunden bleibt.

tragen, weil Übersetzungen wie „Sorge“, „Fürsorge“, „Pflege“ oder „sich kümmern um“ nur Teilaspekte treffen. Als Stichwort für alle fürsorglichen Tätigkeiten ist der Terminus dennoch den anfänglich in der Frauenforschung verwendeten Begrifflichkeiten wie Reproduktionsarbeit, bzw. Haus- oder Beziehungsarbeit vorzuziehen. Denn „care“ bezieht auch die auf dem Arbeitsmarkt - in der Regel zu gering - bezahlten fürsorglichen und pflegenden Tätigkeiten mit ein und umfasst sowohl informelle, familiäre persönliche Dienste als auch im wesentlichen von Frauen ausgeübte Berufstätigkeiten im Bereich der Sozialarbeit und des Gesundheitswesens.

Das Konzept löst sich außerdem von der Aufteilung in öffentliche und private Zuständigkeiten und Verantwortlichkeiten und von geschlechtsspezifischen Zuschreibungen. Das heißt auch Männer, die Sorge für andere tragen oder die betreut oder gepflegt werden, sind inbegriffen. Im skandinavischen Kontext ist in den sozialwissenschaftlichen wie sozialpolitischen Diskursen über Fürsorgearbeit die besondere Verantwortung der Pflegenden als „Fürsorgerationalität“ beschrieben und damit eine neue moralische Ökonomie im Gegensatz zu der an Effizienz und Wirtschaftlichkeit ausgerichteten Rationalität als leitendes Prinzip der Pflegepraxis begründet worden (Waerness 2000). Schließlich können sich diese Überlegungen auf eine in der feministischen Theorie entwickelte „Ethik

der Fürsorglichkeit“ (Gilligan 1984) stützen, die gerade auch für Frauen nicht Selbstlosigkeit oder Selbstaufopferung bedeutet, sondern von einem Konzept der Autonomie ausgeht. Danach ist das Individuum nicht als isoliertes Einzelwesen zu denken, das lediglich eigene Interessen verfolgt, sondern in fürsorgliche Beziehungen und Verantwortung für andere eingebunden bleibt. Joan Tronto knüpft hier an und entwickelt ein Konzept von „Demokratie als fürsorglicher Praxis“, weil demokratische Praxis der Fürsorge als politischem Korrektiv für Verletzlichkeiten, Abhängigkeitsbeziehungen und soziale Ungleichheiten bedarf (Toronto 2000; vgl. Sevenhuijsen 1998).

Was wir aus dieser Debatte lernen können, wäre die Idee, das Prinzip gesellschaftlicher Solidarität auf der Basis der Erfahrungen von Frauen und derer, die in der Familie und fürsorglichen Beziehungen tätig sind, stark zu machen und die soziale Praxis der Anteilnahme in die Aushandlung sozialer Gerechtigkeit und damit in die Sozialpolitik einzubringen. Denn entscheidend ist unser Menschenbild und die Vorstellung, wie wir die Beziehungen zwischen Individuum und Gesellschaft gestalten wollen. Wir sind auch als autonome Subjekte soziale Wesen, d.h. aufeinander angewiesen und erfreuen uns anders als alle anderen Lebewesen der Fähigkeit zu gegenseitiger Anerkennung und Rücksichtnahme. Die Sorge für andere zum Maßstab für Wohlfahrt, für Sozialstaatlichkeit zu machen aber

meint mehr als rhetorische oder symbolische Anerkennung. Sie muss auch die Kriterien für die gerechte Verteilung von Arbeit wie des gesellschaftlichen Reichtums mit einbeziehen. Eine Kultur und Politik der Fürsorge, die die Sorge für andere in der Kindererziehung, im Betreuungs- und Pflegebereich als Tätigsein für die Belange des Gemeinwesens versteht, ist „Tätigkeit für die Welt“ im Sinne Hannah Arendts. Gleich in welcher Rolle die einzelnen, Frauen und Männer, handeln, im privaten Raum oder in der Öffentlichkeit von Amt und Beruf, „in der Erziehung“, so Arendt weiter, „übernehmen sie (Eltern, Erzieher und Lehrer) die Verantwortung für beides, für Leben und Werden des Kindes wie für den Fortbestand der Welt“ (Arendt 1994; vgl. auch E. Senghaas-Knobloch 2001).

Literatur

- Arendt, Hannah (1994): Die Krise in der Erziehung, in: Arendt, Hannah: Zwischen Vergangenheit und Zukunft. Übungen im politischen Denken I, München/ Zürich, Piper: 255-276.
- Achinger, Hans (1979): Sozialpolitik als Gesellschaftspolitik, Frankfurt/M., Eigenverlag des Deutschen Vereins für öffentliche und private Fürsorge.
- CDA, Sozialausschüsse der Christlich-Demokratischen Arbeitnehmerschaft (1981): Die sanfte Macht der Familie. Leitsätze, Entschlößungen, Mannheim.
- Einhorn, Barbara (1993): Cinderella goes to Market: Citizenship, Gender and Women's Movements in East Central Europe, London/New York, Verso.
- Esping-Andersen, Goesta (1990a): The Three Political Economies of the Welfare State, in: Esping-Andersen, Goesta (Hg.): The Three Worlds of Welfare Capitalism, Cambridge, Polity Press: 9-34.
- Esping-Andersen, Goesta (1990b): The Three Worlds of Welfare Capitalism, Princeton, NJ, Princeton University Press. Kann soweit ich weiß weg
- Esping-Andersen, Gosta (1996): Welfare States without Work: the Impasse of Labour Shedding and Familialism in Continental European Social Policy, in: Esping-Andersen, Gosta (Hg.): Welfare States in Transition. National Adaptions in Global Economies, London/Thousand Oaks/New Delhi, Sage: 66-87.
- Gerhard, Ute (1996): Feministische Sozialpolitik in vergleichender Perspektive, in: Feministische Studien, 14/ 2: 6-17.
- Gilligan, Carol (1984): Die andere Stimme. Lebenskonflikte und Moral der Frau, München, Piper.
- Gottschall, Karin; Hagemann, Karen (2002): Die Halbtagsschule in Deutschland: Ein Sonderfall in Europa?, in: Aus Politik und Zeitgeschichte. Beilage zur Wochenzeitung Das Parlament, B 41: 12-22.
- Kaufmann, Franz-Xaver (1997): Herausforderungen des Sozialstaates, Frankfurt/Main.
- Kaufmann, Franz-Xaver; Kuijsten, Anton; Schulze, Hans-Joachim; Strohmeier, Klaus Peter (2002): Family Life and Family Policies in Europe: Volume 2: Problems and Issues in Comparative Perspective, Oxford, Oxford University Press.
- Kolbe, Wiebke (2002): Elternschaft im Wohlfahrtsstaat. Schweden und die Bundesrepublik im Vergleich 1945-2000, Frankfurt/ NewYork, Campus.
- Leira, Arnlaug; Saraceno, Chiara (2002): Care: actors, relationships and contexts, in: Hobson, Barbara; Lewis,

Eine Kultur und Politik der Fürsorge, die die Sorge für andere in der Kindererziehung, im Betreuungs- und Pflegebereich als Tätigsein für die Belange des Gemeinwesens versteht, ist „Tätigkeit für die Welt“ im Sinne Hannah Arendts.

- Jane; Siim, Birte (Hg.): *Contested Concepts in Gender and Social Politics*, Cheltenham, Edward Elgar: 55-83.
- Lewis, Jane (2003): *Erwerbstätigkeit versus Betreuungsarbeit*, in: Gerhard, Ute; Knijn, Trudie; Weckwert, Anja (Hg.): *Erwerbstätige Mütter. Ein europäischer Vergleich*, München, Beck: 29-52.
- Ludwig, Isolde; Schlevogt, Vanessa; Klammer, Ute; Gerhard, Ute (2002): *Managerinnen des Alltags. Strategien erwerbstätiger Mütter in Ost- und Westdeutschland*, Berlin, edition sigma.
- Marshall, Thomas H. (1992): *Bürgerrechte und soziale Klassen: zur Soziologie des Wohlfahrtsstaates [1950]*, Frankfurt/New York, Campus.
- Ostner, Ilona (1995): *Arm ohne Ehemann? Sozialpolitische Regulierung von Lebenschancen für Frauen im internationalen Vergleich*, in: *Beilage zur Wochenzeitung Das Parlament/ B 36-37: 3-22*.
- Rürup, Bert; Gruescu, Sandra (2003): *„Nachhaltige Familienpolitik im Interesse einer aktiven Bevölkerungsentwicklung.“* Berlin: Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend, Hg.
- Sainsbury, Diane (Hg.) (1999): *Gender and welfare state regimes*, Oxford/New York, Oxford University Press.
- Senghaas-Knobloch, Eva (2001): *Postfordistische Grenzverwischungen der Arbeitswelt und das feministische politische Projekt*, in: Kahler, Heike; Lenz, Claudia (Hg.): *Die Neubestimmung des Politischen. Denkbewegungen im Dialog mit Hannah Arendt*, Königstein/Ts. Ulrike Helmer Verlag, 264-298.
- Sevenhuijsen, Selma (1998): *Citizenship and the Ethics of Care. Feminist Considerations on Justice, Morality and Politics*, London/New York, Routledge.
- Smolka, Dieter (2002): *Die PISA-Studie: Konsequenzen und Empfehlungen für bildungspolitik und Schulpraxis*, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte. Beilage zur Wochenzeitung Das Parlament, B 4/2002: 3-11*.
- Tronto, Joan (2000): *Demokratie als fürsorgliche Praxis*, in: *Feministische Studien extra*, 18: 25-42.
- Ungerson, Clare (1990): *Gender and Caring. Work and Welfare in Britain and Scandinavia*, London, Harvester/Wheatsheaf.
- Veil, Mechthild (2003): *Kinderbetreuungskulturen in Europa: Schweden, Frankreich, Deutschland*, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte. Beilage zur Wochenzeitung das Parlament, B44: 12-30*.
- Waerness, Kari (2000): *Fürsorgerationalität*, in: *Feministische Studien, extra/ 18: 54-67*.

Autorinnen und Autoren

ROSE AHLHEIM, Studium der Sonderpädagogik, 10 Jahre als Sonderschullehrerin tätig; psychoanalytische Ausbildung zur Kinder- und Jugendlichen-Psychotherapeutin, seit 1981 mit freier Praxis niedergelassen, seit 1984 in Marburg. Seit vielen Jahren Supervisorin und Dozentin am Institut für analytische Kinder- und Jugendlichenpsychotherapie in Frankfurt am Main.

STEFAN J. BECKER (Jg. 1965), Diplomvolkswirt, seit 1998 Projektleiter bei der Gemeinnützigen Hertie-Stiftung und Geschäftsführer der „Beruf & Familie gGmbH“; zuvor u.a. wissenschaftlicher Mitarbeiter beim Europäischen Forschungsinstitut Königswinter der Stiftung Christlich-Soziale Politik e.V.; Aufgabenfeld u.a.: Audit Beruf & Familie®, familienfreundliche Kommune, familiengerechte Hochschule.

UTE GERHARD, Dr. em., Professorin für Soziologie mit dem Schwerpunkt Frauen- und Geschlechterforschung am FB Gesellschaftswissenschaften der Universität Frankfurt/Main, Direktorin des Cornelia Goethe Centrums für Frauenstudien und die Erforschung der Geschlechterverhältnisse an der Universität Frankfurt. Mitbegründerin der Feministischen Studien und Mitherausgeberin von L'Homme, Zeitschrift für feministische Geschichtswis-

senschaft. Arbeitsschwerpunkte: Geschichte und Theorie des Feminismus, Sozialpolitik, Frauen und Recht, Rechtsgeschichte, Rechtssoziologie.

FRIEDHELM HENGSBACH, Dr. (Jg. 1937), Mitglied des Jesuitenordens (SJ). Studium der Philosophie, Theologie und Wirtschaftswissenschaften, Professor für Christliche Gesellschaftsethik an der Philosophisch-Theologischen Hochschule St. Georgen in Frankfurt am Main, Leiter des Oswald von Nell-Breuning Instituts für Wirtschafts- und Gesellschaftsethik. Arbeitsschwerpunkte: Zukunft der Arbeitsgesellschaft, Verknüpfung von Erwerbssystem und sozialer Sicherung, Theorie demokratiefähiger Marktwirtschaften.

MECHTILD M. JANSEN, Erziehungswissenschaftlerin, seit 1987 Referatsleiterin in der Hessischen Landeszentrale für politische Bildung (HLZ), Wiesbaden, jetzt zuständig für Frauen / Gender Mainstreaming / Geschlechtsbezogene Pädagogik / Migration. Zuvor Erwachsenenbildungsreferentin im Bistum Limburg, Lehraufträge an verschiedenen Hochschulen.

KARIN JURCZYK, Dr. phil., Diplomsoziologin, Studium der Soziologie und Politologie, seit 2002 Leiterin der Abteilung Familie und Familienpolitik am Deutschen Jugendinstitut e.V. in München.

Zuvor Forschungen an der Universität München u.a. zu Familie und Beruf, alltäglicher Lebensführung und Zeit; Lehraufträge an verschiedenen Hochschulen.

CHRISTINA KLENNER, Dr. sc. oec., Diplomökonomin, mehrere Jahre hauptamtlich beim Hauptvorstand der Gewerkschaft Handel, Banken und Versicherungen (HBV) in Düsseldorf, seit 1996 im Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlichen Institut (WSI). Arbeitsschwerpunkte: Probleme der Arbeitszeitflexibilisierung, Frauenerwerbstätigkeit. Seit 2000 dort Referatsleiterin, zur Zeit laufende empirische Forschung zur Gleichstellung im Betrieb, zur Work-Life-Balance und zur Vereinbarkeit von Beruf und Familie.

ANDREAS LANGE, Dr. phil. (Jg. 1960), Studium der Soziologie und Psychologie, 1991-2000 wissenschaftlicher Mitarbeiter an der Universität Konstanz, seit 2003 wissenschaftlicher Referent am Deutschen Jugendinstitut München, Abteilung Familie und Familienpolitik und Privatdozent für Soziologie an der Universität Konstanz. Im WS 2003/2004 Gastprofessur an der Universität Innsbruck.

CORNELIA LANGE (Jg. 1959), Jura-studium, seit 1999 Abteilungsleiterin für den Bereich Familie im Hessischen Sozialministerium in Wiesbaden, zuvor u.a. Richterin am AG Bühl/Baden sowie am VG Sigmaringen, Sozialdezernentin

am LRA Sigmaringen und Bürgermeisterin in Ludwigsburg.

SVENJA PFAHL (Jg. 1986), Diplomsoziologin, zurzeit Doktorandin an der Humboldt Universität Berlin und Promotionsstipendiatin der Hans Böckler Stiftung; zuvor wissenschaftliche Mitarbeiterin am Institut für Soziologie der FU Berlin und wissenschaftliche Mitarbeiterin am Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlichen Institut (WSI) in der Hans-Böckler-Stiftung. Arbeitsschwerpunkte: Arbeitszeit, Arbeit, Gewerkschaften, Geschlechterverhältnisse, Familie.

STEFAN REUYSS (Jg. 1967), Diplomsoziologe, seit mehreren Jahren als freier wissenschaftlicher Mitarbeiter, Gendertrainer und Berater u.a. für das GenderKompetenzZentrum, die TU Berlin und verschiedene Gewerkschaften tätig. Arbeitsschwerpunkte: Arbeit und Geschlecht.

BRIGITTE STOLZ-WILLIG, Dr. phil., Professorin am Fachbereich Sozialarbeit der Fachhochschule Frankfurt am Main. Zuvor u.a. am Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlichen Institut (WSI) der Hans-Böckler-Stiftung beschäftigt; Arbeitsschwerpunkte: Arbeitsmarkt und Arbeitszeitpolitik.

MECHTHILD VEIL, Dr. phil., selbstständig arbeitende Sozialwissenschaftlerin im von ihr gegründeten „Büro für Sozialpolitik und Geschlechterforschung in Europa“ in

Frankfurt. Arbeitsfeld: Forschung und Beratung zur Sozialpolitik (Alterssicherung) unter dem Gender-Aspekt, regionaler Schwerpunkt ist hierbei Deutschland und Frankreich; Mitherausgeberin der Feministischen Studien.

THOMAS WIESELER, Ministerialrat im Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend; Leiter des Referats „Familienfreundliche Arbeitswelt und Unternehmenskultur“.

ALEXANDRA ZIMNIK, geb. 1982 in Weinheim/Bergstraße; seit WS 2002 Studium an der Philosophisch-Theologischen Hochschule St. Georgen in Frankfurt am Main, von September 2004 bis April 2005 Studium in Irland am „Milltown Institute of Theology and Philosophy“ in Dublin.